Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

14. Mai 1979
Jg. 7 Nr. 20

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Transportarbeiterverband plant Boykott gegen Äthiopien

z.anb.Wien. Auf seiner Sitzung im kommenden Monat wird der Vorstand der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft ITF in London die Einleitung eines weltweiten Boykotts von Schiffen mit Bestimmungshäfen in Äthiopien verhandeln. Der Präsident des ITF Brechtel, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Österreichs, teilte auf Anfrage in Wien mit, daß er in einem Gespräch mit einem Vertreter der eritreischen Befreiungsbewegung erfahren habe, daß die äthiopischen Militärbehörden eritreische Transportarbeiter verhaftet sowie mehrere Gewerkschafter ermordet haben. Mit dem Boykott will die ITF, die ca. 300 Gewerkschaften mit etwa 6 Mio. Lohnabhängigen zusammenfaßt, die gerechten Kämpfe der eritreischen Arbeiter unterstützen. Die Hafenarbeiter, nahezu eine halbe Million, sollen den Kern der Aktion bilden.

F.Polisario trifft mit Delegation der OAU zusammen

z.ind. Zum ersten Mal hat Anfang Mai ein Treffen der F.Polisario mit einer Delegation der OAU stattgefunden. Bekräftigt wurde das Selbstbestimmungsrecht des sahaurischen Volkes und so eine gute Grundlage geschaffen für die geplante außerordentliche OAU-Gipfelkonferenz. Angesichts der militärischen Erfolge der F.Polisario in den letzten Monaten mußte der mauretanische Ministerpräsident erklären, daß Mauretanien sich in Zukunft an die Beschlüsse der UNO und der OAU halten wird. Die französischen Imperialisten hatten versucht, Marokko und Mauretanien für eine Aufteilung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) zu gewinnen. Dieser Plan hat nach den militärischen und politischen Erfolgen der F.Polisario schlechte Aussichten.

Demonstrationen gegen imperialistische Kernenergieprogramme

z.sus. Nachdem in den *USA* nach dem Reaktorunfall in Harrisburg zahlreiche

F.Polisario trifft mit Delegation der OAU zusammen

z.ind. Zum ersten Mal hat Anfang Mai ein Treffen der F.Polisario mit einer Delegation der OAU stattgefunden. Bekräftigt wurde das Selbstbestimmungsrecht des sahaurischen Volkes und so eine gute Grundlage geschaffen für die geplante außerordentliche OAU-Gipfelkonferenz. Angesichts der militärischen Erfolge der F.Polisario in den letzten Monaten mußte der mauretanische Ministerpräsident erklären, daß Mauretanien sich in Zukunft an die Beschlüsse der UNO und der OAU halten wird. Die französischen Imperialisten hatten versucht, Marokko und Mauretanien für eine Aufteilung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) zu gewinnen. Dieser Plan hat nach den militärischen und politischen Erfolgen der F.Polisario schlechte Aussichten.

Demonstrationen gegen imperialistische Kernenergieprogramme

z.sus. Nachdem in den USA nach dem Reaktorunfall in Harrisburg zahlreiche
örtliche Demonstrationen stattgefunden haben, – so demonstrierten 3000 in Groton (Connecticut), 10000 in San Francisco und 2000 in New York –, nahmen am 6. Mai 35000 an einer Demonstration in Washington gegen das Kernenergieprogramm der Carter-Regierung teil und 100000 an der Kundgebung. – In *Schweden,* wo die Inbetriebnahme von 6 fertigen Kraftwerken ausgesetzt und der Bau von zweien unterbrochen werden mußte, demonstrierten vor einigen Wochen 10000 gegen das Kernenergieprogramm der Regierung. – In *Dänemark* fanden am Tag der Energiedebatte Mitte April große Demonstrationen statt. – An einer Protestkundgebung in *Schottland* am 6. Mai beteiligten sich 10000, von denen 3000 das Gelände eines im Bau befindlichen Reaktors besetzt halten.

Nordische Länder anerkennen weiterhin Pol-Pot-Regierung

z.coi. „Dänemark und Norwegen erkennen nach wie vor offiziell die Pol-Pot-Regierung als einzig rechtmäßige Vertretung Kampucheas an", gab das dänische Fernsehen am 9. 5. anläßlich des Besuches eines Vertreters der Regierung des Demokratischen Kampuchea, Sam San, bekannt. Schweden hält trotz der Anfang Mai beschlossenen Erhöhung der Finanzhilfe an Vietnam auf 400 Mio. SKr. daran fest, „keine Verbindungen mit dem neuen Regime in Kampuchea aufzunehmen". „Die nach Vietnams Invasion in Kampuchea eingesetzte Regierung unter Präsident Heng Samrin wird vom Außenministerium im Prinzip als Marionettenregime betrachtet" (Dagens Nyheter 4.5.). Genosse Sam San war in Stockholm auf Einladung der Freundschaftsgesellschaft mit Kampuchea und wurde am 1. Mai auf einer Kundgebung von 3000 Menschen begrüßt.

USA betreiben „Normalisierung mit Rhodesien"

Über die Interventionspläne gibt es Streit / Großbritannien will sich keineswegs ausbooten lassen

z.lup. „Meines Erachtens sollten wir mit angemessener Geschwindigkeit die Normalisierung der Beziehungen zu Rhodesien einleiten. Die Aufhebung der Sanktionen und die diplomatische Anerkennung sind Schritte, die die neue Regierung stärken und weitere Guerillaaktivitäten entmutigen würden. Ich rechne nicht damit, daß die Guerillaaktivität sofort aufhören würde, aber die Anerkennung der Regierung würde die Moral der Guerillas untergraben und sie dazu bringen, ihre Aktivitäten allmählich einzustellen", erklärte Jesse Helms, US-imperialistischer Senator, in einem Interview mit der „Times". Wieso rechnet dieser eiskalte Reaktionär, der als rechter Kritiker der angeblich unentschlossenen Politik Carters gilt, damit, daß diplomatische Anerkennung und Aufhebung der Sanktionen durch die USA die Aufgabe des bewaffneten Befreiungskampfes erzwingen könnte, der bereits große Teile des Landes befreit hat? Sowieso floriert über Südafrika der Handel der US-Imperialisten mit Rhodesien, wo sich die Minen und Fabriken ja zum größten Teil im Besitz der amerikanischen Imperialisten befinden. Und daß Muzorewa Agent der US-Imperialisten ist, das wissen die Befreiungskämpfer ebensogut wie Jesse Helms. Als er sich im letzten Herbst zusammen mit Smith in den USA aufhielt, hat Muzorewa kein Hehl daraus gemacht, daß er so bellt, wie sein Herr befiehlt, und erklärt: „Ich bin gekommen, um zu fordern, daß Amerika seine traditionellen Prinzipien Gerechtigkeit, Menschenrechte und nationale Souveränität achtet und unverzüglich der jungen Demokratie in Rhodesien-Zimbabwe zu Hilfe kommt, diesem Sproß von Demokratie, der gegenwärtig um seine schiere Existenz kämpft." Und diejenigen, die Sithole und Muzorewa gekauft haben, bevor sie schließlich im März 1978 das Abkommen zur inneren Lösung unterschrieben hatten, das waren amerikanische Monopole, die größten Aufkäufer von in Zimbab-

bung der Sanktionen durch die USA die Aufgabe des bewaffneten Befreiungskampfes erzwingen könnte, der bereits große Teile des Landes befreit hat? Sowieso floriert über Südafrika der Handel der US-Imperialisten mit Rhodesien, wo sich die Minen und Fabriken ja zum größten Teil im Besitz der amerikanischen Imperialisten befinden. Und daß Muzorewa Agent der US-Imperialisten ist, das wissen die Befreiungskämpfer ebensogut wie Jesse Helms. Als er sich im letzten Herbst zusammen mit Smith in den USA aufhielt, hat Muzorewa kein Hehl daraus gemacht, daß er so bellt, wie sein Herr befiehlt, und erklärt: „Ich bin gekommen, um zu fordern, daß Amerika seine traditionellen Prinzipien Gerechtigkeit, Menschenrechte und nationale Souveränität achtet und unverzüglich der jungen Demokratie in Rhodesien-Zimbabwe zu Hilfe kommt, diesem Sproß von Demokratie, der gegenwärtig um seine schiere Existenz kämpft." Und diejenigen, die Sithole und Muzorewa gekauft haben, bevor sie schließlich im März 1978 das Abkommen zur inneren Lösung unterschrieben hatten, das waren amerikanische Monopole, die größten Aufkäufer von in Zimbab-
we ausgebeutetem Chrom. Allegheny Ludlum, Union Carbide und Foote Minerals, wie die „Washington Post" ein paar Wochen später zu berichten wußte. Ausbooten des britischen Konkurrenten, dessen Kolonie Zimbabwe offiziell nach wie vor ist und der auch nach wie vor den kolonialen Beamtenapparat weitgehend stellt, war eine Absicht des von den US-Imperialisten eingefädelten Manövers, und darin waren sie auch keineswegs erfolglos. Zerschlagung des Befreiungskampfes, die Hauptabsicht dieses Manövers, ist aber schon ziemlich gescheitert. Wenn „Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Rhodesien" dieses Problem jetzt lösen soll, dann deshalb, weil die US-Imperialisten mit dieser Formel amerikanische Truppenpräsenz oder zumindest Interventionsdrohung, die so nachhaltig ist, daß sie eine Verhandlungslösung zu erpressen imstande ist, umschreiben.

„Wenn wir nicht bereit sind, Geld oder Waffen zu schicken, würden wir der Regierung keinen Gefallen tun. Anerkennung ist ein schlechter Witz, wenn sie nicht massive militärische und ökonomische Hilfe einschließt", erklärte Andrew Young. Vance forderte erneut Wahlen unter UN-Aufsicht, einschließlich UN-Friedenstruppe. Carter hat mitgeteilt, er betrachte die Wahlen als „Schritt in die richtige Richtung", werde ein endgültiges Urteil aber erst am 15. Juni fällen, wenn „die Politik der neuen Regierung absehbar ist". Inzwischen sind die US-Imperialisten nicht untätig. Muzorewa hat bereits erklärt, daß die Überfälle fortgesetzt werden. „Die Strategie", die hinter den Überfällen vor allem auf Sambia steht, „besteht darin, Kaunda zu zwingen, Druck auf Nkomos ZAPU auszuüben", erklärte der Korrespondent des britischen „Observer". Durch die Zerstörung der Eisenbahnlinie Sambia-Tansania wollen die Kolonialisten Sambia völlig von der Eisenbahn durch Zimbabwe und Südafrika abhängig machen.

Kohl hat Muzorewa gleich nach der Wahl ein Glückwunschtelegramm geschickt und postwendend eine Einladung nach „Rhodesien-Zimbabwe" erhalten. Die Bundesregierung ließ durch ihr Konsulat in Johannisburg

Anerkennung ist ein schlechter Witz, wenn sie nicht massive militärische und ökonomische Hilfe einschließt", erklärte Andrew Young. Vance forderte erneut Wahlen unter UN-Aufsicht, einschließlich UN-Friedenstruppe. Carter hat mitgeteilt, er betrachte die Wahlen als „Schritt in die richtige Richtung", werde ein endgültiges Urteil aber erst am 15. Juni fällen, wenn „die Politik der neuen Regierung absehbar ist". Inzwischen sind die US-Imperialisten nicht untätig. Muzorewa hat bereits erklärt, daß die Überfälle fortgesetzt werden. „Die Strategie", die hinter den Überfällen vor allem auf Sambia steht, „besteht darin, Kaunda zu zwingen, Druck auf Nkomos ZAPU auszuüben", erklärte der Korrespondent des britischen „Observer". Durch die Zerstörung der Eisenbahnlinie Sambia-Tansania wollen die Kolonialisten Sambia völlig von der Eisenbahn durch Zimbabwe und Südafrika abhängig machen.

Kohl hat Muzorewa gleich nach der Wahl ein Glückwunschtelegramm geschickt und postwendend eine Einladung nach „Rhodesien-Zimbabwe" erhalten. Die Bundesregierung ließ durch ihr Konsulat in Johannisburg
1 500 schwarzrotgoldene Fähnchen mit der Aufschrift „Eigentum eines Bürgers der BRD" verschicken. „Diese sollen für den Fall einer krisenhaften Zuspitzung einen gewissen Schutz bieten", meint die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Weniger wohl die Fähnchen als die Bundeswehr, die durch das Schwarz-Rot-Gold repräsentiert ist.

Interventionsdrohungen und -vorbereitungen sind die Grundlage der Manöver der US-Imperialisten wie auch der britischen und westdeutschen Imperialisten. Aber die britischen Imperialisten werden keineswegs einfach die „gewählte Regierung" anerkennen, mit der sie von den US-Imperialisten gerade ausgebootet werden sollen. Sie würden damit das wichtigste Faustpfand, das sie haben, offizielle Kolonialmacht zu sein, aus der Hand geben. Colin Legum, Afrika-Spezialist der britischen Imperialisten, hatte schon im September 1978 gefordert, Großbritannien müsse seine legale Präsenz in seiner Kolonie rasch wiederherstellen und alsbald Truppen entsenden, andernfalls hätte es entweder die Sache bald völlig verloren oder aber die Kubaner auf dem Hals und ganz Afrika gegen sich. Prym, der Verteidigungsminister der neuen Regierung, hat jüngst das gleiche empfohlen.

Indem sie den Befreiungskampf entfaltet, verschärft die Patriotische Front die Widersprüche zwischen den britischen und amerikanischen Imperialisten. Und sie nutzt sie ausdrücklich, indem sie erklärt, Verhandlungen ausschließlich mit Großbritannien als der Kolonialmacht zu führen, und bloß um die Modalitäten der Unabhängigkeitserklärung und der Übergabe der Macht. Die ZANU hat – nach dem Besuch von Smith in den USA – zudem erklärt, daß zu künftigen Verhandlungen die USA nicht mehr zugelassen würden.

und alsbald Truppen entsenden, an- lassen würden.

180 DM Festgeld! Fischereiarbeiter bereiten kommende Lohnauseinandersetzung vor



180 DM Festgeld! Fischereiarbeiter bereiten kommende Lohnauseinandersetzung vor



Den Fischereikapitalisten ist es in den letzten Jahren gelungen, die Löhne der Arbeiter auf das unterste Niveau aller Branchen zu drücken. Gegen die ständigen Lohnsenkungen und die Verschärfung der Schweißauspressung haben die Arbeiter am 1. Mai ihre Forderungen erhoben und auf der Betriebsversammlung der „Nordsee" die Aufstellung der Forderung nach 180 DM Festgeld erhoben. Das Bild zeigt die fabrikmäßig organisierte Ausbeutung auf einem modernen Hochseefischereischiff.

Hohe Renteneinnahmen bei sinkendem Lohn

Rentenanpassungsbericht 1979 – eine kaltschnäuzige Bilanz

z.hev. Der Rentenanpassungsbericht 1979 – nach Bundesarbeitsminister Ehrenberg eine Erfolgsbilanz – faßt die bisherigen Ergebnisse des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes zusammen und reduziert sie auf ihren finanziellen Kern. Durch Änderung der Bemessungsgrundlagen für die Renten und die Lösung der Rentenerhöhungen von der Lohnentwicklung war den Rentnern das genommen worden, was sich jetzt in den Kassen, über die die Bourgeoisie voll verfügt, wiederfindet. In Zahlen ausgedrückt: das derzeitige Bar- und Anlagevermögen der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten betrug am 31.12.1978 rund 22 Mrd. DM, aber nur 8,7 Mrd. waren wenigstens innerhalb von ein bis vier Jahren „liquide". Zufriedenstellend ist diese Gratwanderung – immer noch hart am finanziellen Defizit vorbei – für die Bourgeoisie aber nicht, muß sie doch derzeit den gesamten Einnahmeüberschuß der Rentenversicherung für die Rentenzahlung liquide halten.

Unbefriedigend war z.B. die Entwicklung der „Sterbenshäufigkeit". Bedauernd stellt der Bericht fest, daß 60000 Personen oder 8% weniger gestorben sind als eigentlich erwartet. Und das trotz der gelungenen Senkung der Ausgaben für die Krankenversicherung der Rentner um 1,2 Mrd. DM innerhalb eines Jahres. Der Sozialbeirat der Bundesregierung unter Federführung von Prof. Helmut Meinhold stellte denn auch die rhetorische Frage, „ob die tatsächliche Entwicklung der Altersbezüge nicht... weiter gegangen ist, als dies ursprünglich angestrebt wurde". Der Krankenversicherungsbeitrag für Rentner, die Besteuerung der Renten oder die Nettoanpassung bleiben hochaktuell. Dies aber, so Meinhold, „würde eine schwierige, im tiefsten Sinne politische Grundsatzentscheidung erfordern". Es wäre die Entscheidung, das Ziel der Rentnerbeseitigung offen eingestehen zu müssen. Davor wird Ehrenberg noch zurückschrecken, er läßt deshalb flankierende Maßnahmen erarbeiten. Dies geschieht in der Transfer-Enquete-Kommission, die sowohl über die Kürzung der Hinterbliebenenrenten als auch „über die Stellung der Rentenversicherung innerhalb des Gesamtgefüges der Altersversorgung und der gesamten Transferleistungen" nachzudenken hat.

Der bisherige Weg, die Rentenkassen zu füllen – allein 1,4 Mrd. Mark kamen im 2. Halbjahr 1978 nach Erhöhung des Arbeitslosenbeitrags auf 3% aus der Arbeitslosenversicherung, eine Beitragserhöhung auf 18,5% bei den Renten ist eingeplant – stößt an die Grenzen, die ihm von der Arbeiterbewegung gesteckt werden. Wer schon, bitte schön, ließe sich einen Beitrag von 35% gefallen, wie ihn die Bundesversicherungsanstalt für das Jahr 2000 „errechnet" hat? Das Hauptdilemma für die Bourgeoisie zeichnet sich ab: sie muß den Lohn senken und doch Kapital in die Rentenversicherung bekommen. Bei den Modellrechnungen des Anpassungsberichts geht sie von ganzen 5-7% Lohnerhöhung im Schnitt der nächsten 15 Jahre aus. Ob das eintreten wird, das fragt sie sich selbst. So wird Ehrenberg auf allen Hochzeiten tanzen, die Beiträge erhöhen wollen und die Renten senken. Die jüngste Erfolgsmeldung aus dem Arbeits- und Sozialministerium ist bloß der Nebel, hinter dem dies durchgezogen werden soll.



„Als Elisabeth von Dyck ihre Wohnung... am Freitag kurz vor 22 Uhr betreten wollte, wurde sie von Polizisten erwartet. Sie griff auf den Befehl ‚Hände hoch' zu einer großkalibrigen Pistole. Zwei Beamten feuerten ... Die Frau wurde in den Rücken und den rechten Oberschenkel getroffen ... (Sie) starb eine Stunde später". (Süddeutsche Zeitung vom 7.5.79)

Arbeiterkinder stehen unter Staatsschutz

Neue Gesetze zur Lohnschmälerung und Unterdrückung

z.bil. Es war eine gewaltige Redeschlacht im Deutschen Bundestag. Danach haben sie „im Jahr des Kindes" drei Gesetze verabschiedet: Das Gesetz zur Neuregelung der elterlichen Sorge, das Mutterschaftsurlaubsgesetz (Alternative CDU/CSU: Familiengeld) und das Unterhaltsvorschußgesetz. Die deutsche Bischofskonferenz focht schriftlich mit einer Erklärung zum Thema „Ehe und Familie" mit. Die Neuregelung der elterlichen Sorge, jahrelanger Zankapfel zwischen SPD und CDU/CSU, eröffnet schrankenlose staatliche Einmischung. Die Vormundschaftsgerichte können künftig die Erziehung überwachen, die „Neigungen" bei der Berufswahl der Kinder festlegen. Vollstrecker sind die Jugendämter. Das Mutterschaftsurlaubsgesetz läßt Müttern nach der gesetzlichen Schonfrist von 8 Wochen vier weitere Monate die „Wahl" nicht zu arbeiten, bei einem Mutterschaftsurlaubsgeld von *höchstens* 750 Mark. Nicht die Kapitalisten zahlen, sondern die Versicherungskassen, die bekanntlich nicht von den Arbeitern verwaltet sind. Schließlich das Unterhaltsvorschußgesetz: 165 DM im Monat erhält der alleinstehende Elternteil, der das Kind versorgt, für maximal drei Jahre und bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes. Voraussetzung ist, daß gegen den Nichtzahlenden *vollstreckt* werden kann. Dieser Gerichtsvollziehertitel muß an den Staatsapparat abgetreten werden, der eintreibt. Die „Empfangenden" sind auskunfts- und anzeigepflichtig, das bei Strafandrohung. Nachdem das Gezänk seinen Auftritt hatte, die CDU/CSU wortreich die „staatliche Einmischung in Ehe und Familie" anprangerte, während die SPD die „moderne Ehe" und das „Selbstbestimmungsrecht des Kindes" verteidigte, verlohnt es sich, einige Rechnungen durchzuführen.

Zwei Vorwände werden benutzt.

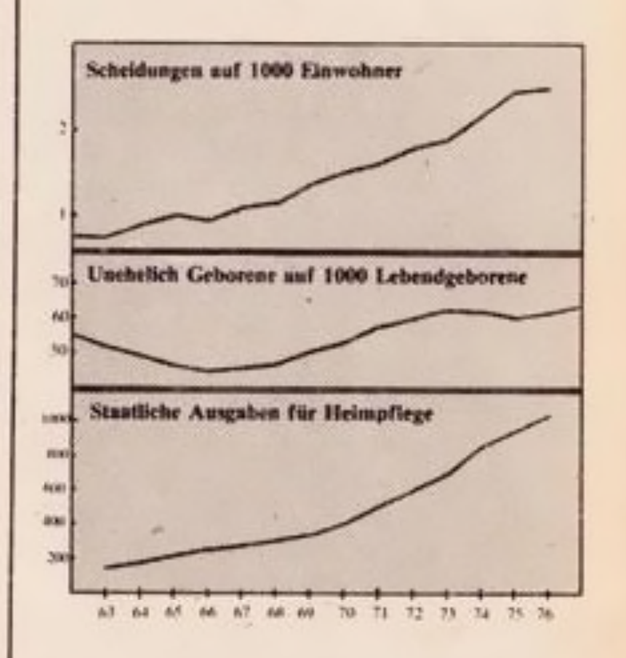
Erstens. Gegenüber den Steuern, durch die Arbeiterlohn in verfügbares Eigentum der Kapitalistenklasse verwandelt wird, sagen vor allem die Regierungssozialdemokraten, daß es in den Händen des Staates – gegenüber der individuellen Verprassung einzelner – zum Nutzen *aller* Arbeiterfamilien verteilt werden könne.

Zweitens. Gegenüber der staatlichen Einmischung, die reichlich Drangsalierung und Unterdrückung der Massen gesetzlich fixiert, wird die angebliche Grausamkeit der individuellen Eltern und vorgebliche Verwahrlosung der Kinder der Arbeiterfamilien angeführt, so daß die Überwachung durch den Staatsapparat Schlimmeres verhüten helfe und ein wahrer Segen sei.

203,6 Mrd. DM hat die Kapitalistenklasse 1978 an Lohnsteuer und indirekter Steuer (einschließlich Zöllen) aus der Arbeiterklasse herausgezogen. Die Kosten für das Unterhaltsvorschußgesetz werden mit 116 Millionen, die Kosten für das Mutterschaftsurlaubsgesetz von der Regierung mit 446 Millionen DM angegeben. Das sind fürs Unterhaltsvorschußgesetz 0,0005 %, für das Mutterschaftsurlaubsgeld 0,002%, die zurückfließen und damit die Gesamtlohnsumme erhöhen. Bezüglich des Kindergeldes hatten wir etwa 12 Mrd. DM ausgerechnet, was einer Erhöhung der Gesamtlohnsumme zwischen 1 % und 2 % entspricht (vgl. Kommunismus und Klassenkampf 5/79, S. 25). Diese Rückzahlungen sind an das Haben von Kindern und die staatliche Kontrolle der Erziehung der Kinder gebunden. Alle diese Gesetze laufen gekoppelt mit dem neuen Gesetz zur Neuregelung der elterlichen Sorge auf Schmälerung des Lohnes hinaus – weil zur Reproduktion keine der Zahlungen reicht – und umfassende politische Entrechtung. Die Zwangskinderarbeit riecht sozusagen aus dem Gesetz über die elterliche Sorge. Ökonomisch zielen die Gesetze auf weitere Schmälerung der Reproduktion, das Mutterschaftsurlaubsgesetz macht es deutlich: 60 % der Frauen hat die kapitalistische Produktion in die Lohnarbeit gezwungen. Die Unterbrechung der Arbeit zur Pflege und Erziehung eines Kindes schmälert die Reproduktionsbasis der Arbeiterfamilie, die auf den Lohn der Frau angewiesen ist. Das *kann* ein scharfer Stachel für Kampf um ausreichenden Lohn sein. Damit erklärt sich auch der eigentliche Sinn dieser „Umverteilungen", die die Kapitalistenklasse durch ihren Staat vornehmen läßt. Aus den zusammengeraubten Geldern wird hier und dort ein Quentchen unterschiedlichen Teilender Volksmassen „rückerstattet", um vom Kampf um das Notwendige zur Reproduktion abzuhalten. Das Ganze hat eine tiefen – gemeinen – Sinn, weil die Zwangsaufsicht durch den bürgerlichen Staatsapparat immer mithingenommen werden muß.

Mit dem Mutterschaftsurlaubsgeld wird ein schmutziges Manöver in diese Richtung ausgeführt. Mit 750 Mark, die die Kapitalisten nicht zahlen müssen, wird die Reproduktion real geschmälert, weil es nur ein Teil des auszuzahlenden Lohns ist, aber sie scheint gerade noch möglich. Ganz abgesehen davon, daß der Mutterschaftsurlaub nicht obligatorisch, sondern der „freien Entscheidung" der Frau überlassen bleibt, was es ökonomisch in den meisten Fällen erforderlich machen wird, die Lohnarbeit fortzusetzen. Wen wundert's, daß Ehrenberg angesichts dieser ökonomischen und politischen Aussichten starke Worte brauchte.

z.rev. **Mit der Berufung auf den Schutz des Kindes verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Neuregelung der elterlichen Sorge.** Geschützt werden solle das persönliche Wohl des Kindes. Mit diesem Gesetz können die Jugendämter jederzeit in den Familien herumschnüffeln, sich einmischen und das Vormundschaftsgericht einschalten. Bisher trat das Vormundschaftsgericht in Aktion, wenn „der Vater oder die Mutter das Recht der Sorge des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehrlosen und unsittlichen Verhaltens schuldig macht." Mit dem geänderten § 1666 BGB kann das Vormundschaftsgericht schon eingreifen, wenn für das Kind eine wie auch immer aussehende Gefahr droht: „Wird das persönliche Wohl des Kindes gefährdet und sind die Eltern nicht gewillt oder nicht in der Lage, die Gefahr abzuwenden, so hat das Vormundschaftsgericht die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Es kann erforderliche Erklärungen der Eltern, eines Elternteils oder des Kindes ersetzen, wenn dies zur Abwendung einer Gefahr des Kindes notwendig ist." Den Eltern wird mit Entmündigung gedroht, wenn sie ihre Kinder nicht so erziehen und unter Aufsicht halten, wie es das Jugendamt vorschreibt. Besonders trifft dieses Gesetz die Familien, wo Vater oder Mutter allein ihre Kinder aufziehen müssen, weil sie entweder uneheliche Kinder haben oder geschieden sind. Bei einer Ehescheidung z.B. bestimmt gleich das Familiengericht, was mit dem Kind geschehen soll. „Es (das Familiengericht) trifft die Regelung, die dem Wohle des Kindes am besten entspricht" (BGB § 1671). Dieser Satz fehlte bisher. Zum „Wohl des Kindes", erst einmal staatlich geschützt, entscheidet das Familiengericht, ob das Kind bei seinem Vater oder seiner Mutter bleiben darf oder in Pflegeaufsicht oder in ein Erziehungsheim gesteckt wird. (§§ 1631 und 1800)



Ein gefundenes Fressen für die Vormundschaftsgerichte, die Kinder aus den geschiedenen Ehen direkt unter die staatliche Unterdrückung zu kriegen. So stieg die Zahl der Kinder aus den geschiedenen Ehen von 1963 bis 1976 um über das Doppelte auf ca. 105 500 (Wirtschaft und Statistik 1/78). Die staatlichen Ausgaben für Heimpflege stiegen im gleichen Zeitraum von 155,1 Mio. auf 1044 Mio. Mark.

Generalstreik in Palästina

„Nur die PLO kann über die Zukunft der besetzten Gebiete verhandeln!"

z.anb. Donnerstag letzter Woche. Die Luftangriffe zionistischer Bomber auf das Gebiet um Tyrus im Süden des Libanon und um Tripoli im Norden halten an. Zuweilen sickert durch das Gestrüpp der Pressemeldungen, daß Dörfer im Süden mit Splitterbomben belegt werden, ihre Bewohner wehren sich gegen die „Befreiung" durch den Falangistenchef Haddad. Man gehe schonungslos gegen die „Terroristenkonzentrationen vor, bis diese Mörderbande keinen Schaden mehr anrichten kann" (Neue Zürcher Zeitung , 9.5.), war Begins Kommentar.



Sein UNO-Gesandter Blum erledigte am 3. Mai vor dem UN-Sicherheitsrat den vorletzten Akt der zionistischen Kriegsvorbereitung: Israel, so sagte er, begrüße die Entschließung vom 26.4., „die effektive Autorität der libanesischen Regierung auf dem gesamten Territorium des Libanon wiederherzustellen". Er verlangte den Abzug „aller ausländischen Besatzungstruppen". Gemeint waren die Streitkräfte Syriens, der PLO und die UNO-Truppen. Und Begin spann den Faden weiter; während die Bomber ihren Beitrag zur „Wiederherstellung" der Souveränität des Libanon vollbrachten, bot er dem libanesischen Präsidenten Sarkis Friedensverhandlungen an. Er verlangte dafür den sofortigen Abzug der syrischen arabischen Streitkräfte sowie die „Umsiedlung" der palästinensischen Massen in andere arabische Staaten. Es war dies der zweite Vorstoß, nachdem der erste, von Dajan an Syrien adressiert, effektlos verpufft war.

In Fes (Marokko) benannte sich die Islamische Außenministerkonferenz mit 43 Mitgliedsstaaten einstimmig in „Konferenz über Palästina und Quds (arabischer Name für Jerusalem)" um. Ägypten wurde von der Teilnahme ausgeschlossen. Die PLO, Syrien und Libanon verwahrten sich gegen Begins Angebote. Arafat versicherte: der Guerillakrieg wird an allen Fronten verschärft.

Es handelt sich nicht mehr um eine Lage von weder Krieg noch Frieden. Die zionistische Aggression wird, gestützt auf den ägyptisch-israelischen Separatfrieden und mit Wissen und Wollen der Garantiemacht USA, Stück um Stück vorgetragen. Getrennt marschieren, vereint schlagen – *ein* Separatfrieden soll den *nächsten* erpressen; die „Gesamtlösung" ist nur durch Krieg zu entscheiden, das ist die imperialistische Strategie. Sie ist durchschaubar. Nur Sadat scheint die Trennlinie, die die arabischen Staaten zu seiner Unterwerfung gezogen haben, mit dem eigentlichen Gegner zu verwechseln. Nicht nur hat er sich zum wahren Vertreter der Interessen des palästinensischen Volkes erklärt, bitter auf dem Boden der Realität gelandet, forderte er von Carter „entschiedene Intervention" angesichts zionistischen Vertragsbruchs.

US-Verteidigungsminister Brown differenziert da: „Ich würde den Gebrauch militärischer Stärke zur Verteidigung unserer lebenswichtigen Interessen im Nahen Osten nicht ausschließen, aber was unsere lebenswichtigen Interessen sind, muß im Zusammenhang mit den besonderen Ereignissen bestimmt werden"(Süddeutsche Zeitung, 10.5.). Bisher ist eben nicht ein Jota von Begins Initiativen als friedlich verstanden worden, und das erschwert ein direktes Eingreifen der USA als Sachwalter eines derartigen „Friedens" empfindlich. Wie sehr Carter darauf wartet, beweist seine laute Begrüßung des Begin-Betrugs gegenüber dem Libanon, während die US-Bomben fielen.

Als Deckung im Rückfeld organisierte die Zionistenbande „Gush Emunim" Anfang letzter Woche Umzüge im Westjordan zur Feier der zionistischen „Unabhängigkeit". Sie wurden von den palästinensischen Massen mit einem Steinehagel eingedeckt. Die Bürgermeister der palästinensischen Dörfer riefen auf, das Demonstrationsverbot der zionistischen Militärbehörden zu durchbrechen und für den 15. Mai einen Generalstreik zu organisieren. An der palästinensischen Universität Bir Zeit versammelten sich die Studenten und bauten Barrikaden. Die Universität wurde daraufhin am 3.5. geschlossen.

In Nablus und Zalfit organisierte die PLO Massenversammlungen gegen Begins Autonomieplan für die besetzten Gebiete: „Nur die PLO kann über die Zukunft der besetzten Gebiete verhandeln! Selbstbestimmung!" lauteten die Losungen. Sie sind zugleich Antwort auf Sadats Vertretungsanspruch. Dieser richtet sich auf „zähe, harte Verhandlungen" mit den Zionisten ein. Er merkt, wie sehr der Nobelpreis drückt und was aus dem Rockzipfel einer Supermacht wird, an dem man sich gehängt hat. Er merkt auch, daß die Entscheidung darüber, was die Interessen der palästinensischen Revolution sind und welchen Weg sie nimmt, *nicht bei ihm* liegt.

Generalstreik in Palästina

„Nur die PLO kann über die Zukunft der besetzten Gebiete verhandeln!"

Luftangriffe zionistischer Bomber auf das Gebiet um Tyrus im Süden des Libanon und um Tripoli im Norden halten an. Zuweilen sickert durch das Gestrüpp der Pressemeldungen, daß Dörfer im Süden mit Splitterbomben belegt werden, ihre Bewohner wehren sich gegen die „Befreiung" durch den Falangistenchef Haddad. Man gehe schonungslos gegen die „Terroristenkonzentrationen vor, bis diese Mörderbande keinen Schaden mehr anrichten kann" (Neue Zürcher Zeitung , 9.5.), war Begins Kommentar.

Sein UNO-Gesandter Blum erledigte am 3. Mai vor dem UN-Sicherheitsrat den vorletzten Akt der zionistischen Kriegsvorbereitung: Israel, so sagte er, begrüße die Entschließung vom 26.4., „die effektive Autorität der libanesischen Regierung auf dem gesamten Territorium des Libanon wiederherzustellen". Er verlangte den Abzug „aller ausländischen Besatzungstruppen". Gemeint waren die Streitkräfte Syriens, der PLO und die UNO-Truppen. Und Begin spann den Faden weiter; während die Bomber ihren Beitrag zur „Wiederherstellung" der Souveränität des Libanon vollbrachten, bot er dem libanesischen Präsidenten Sarkis Friedensverhandlungen an. Er verlangte dafür den sofortigen Abzug der syrischen arabischen Streitkräfte sowie die „Umsiedlung" der palästinensischen Massen in andere arabische Staaten. Es war dies der zweite Vorstoß, nachdem der erste, von Dajan an Syrien adressiert, effektlos verpufft war.

Angebote. Arafat versicherte: der Guerillakrieg wird an allen Fronten verschärft.

Es handelt sich nicht mehr um eine Lage von weder Krieg noch Frieden. Die zionistische Aggression wird, gestützt auf den ägyptisch-israelischen Separatfrieden und mit Wissen und Wollen der Garantiemacht USA, Stück um Stück vorgetragen. Getrennt marschieren, vereint schlagen – *ein* Separatfrieden soll den *nächsten* erpressen; die „Gesamtlösung" ist nur durch Krieg zu entscheiden, das ist die imperialistische Strategie. Sie ist durchschaubar. Nur Sadat scheint die Trennlinie, die die arabischen Staaten zu seiner Unterwerfung gezogen haben, mit dem eigentlichen Gegner zu verwechseln. Nicht nur hat er sich zum wahren Vertreter der Interessen des palästinensischen Volkes erklärt, bitter auf dem Boden der Realität gelandet, forderte er von Carter „entschiedene Intervention" angesichts zionistischen Vertragsbruchs.

US-Verteidigungsminister Brown differenziert da: „Ich würde den Gebrauch militärischer Stärke zur Verteidigung unserer lebenswichtigen Interessen im Nahen Osten nicht ausschließen, aber was unsere lebenswichtigen

dens" empfindlich. Wie sehr Carter darauf wartet, beweist seine laute Begrüßung des Begin-Betrugs gegenüber dem Libanon, während die US-Bomben fielen.

Als Deckung im Rückfeld organisierte die Zionistenbande „Gush Emunim" Anfang letzter Woche Umzüge im Westjordan zur Feier der zionistischen „Unabhängigkeit". Sie wurden von den palästinensischen Massen mit einem Steinehagel eingedeckt. Die Bürgermeister der palästinensischen Dörfer riefen auf, das Demonstrationsverbot der zionistischen Militärbehörden zu durchbrechen und für den 15. Mai einen Generalstreik zu organisieren. An der palästinensischen Universität Bir Zeit versammelten sich die Studenten und bauten Barrikaden. Die Universität wurde daraufhin am 3.5. geschlossen.

In Nablus und Zalfit organisierte die PLO Massenversammlungen gegen Begins Autonomieplan für die besetzten Gebiete: „Nur die PLO kann über die Zukunft der besetzten Gebiete verhandeln! Selbstbestimmung!" lauteten die Losungen. Sie sind zugleich Antwort auf Sadats Vertretungsanspruch. Dieser richtet sich auf „zähe, harte Verhandlungen" mit den Zionisten ein. Er

fahr abzuwenden, so hat das Vormundschaftsgericht die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Es kann erforderliche Erklärungen der Eltern, eines Elternteils oder des Kindes ersetzen, wenn dies zur Abwendung einer Gefahr des Kindes notwendig ist." Den Eltern wird mit Entmündigung gedroht, wenn sie ihre Kinder nicht so erziehen und unter Aufsicht halten, wie es das Jugendamt vorschreibt. Besonders trifft dieses Gesetz die Familien, wo Vater oder Mutter allein ihre Kinder aufziehen müssen, weil sie entweder uneheliche Kinder haben oder geschieden sind. Bei einer Ehescheidung z.B. bestimmt gleich das Familiengericht, was mit dem Kind geschehen soll. „Es (das Familiengericht) trifft die Regelung, die dem Wohle des Kindes am besten entspricht" (BGB § 1671). Dieser Satz fehlte bisher. Zum „Wohl des Kindes", erst einmal staatlich geschützt, entscheidet das Familiengericht, ob das Kind bei seinem Vater oder seiner Mutter bleiben darf oder in Pflegeaufsicht oder in ein Erziehungsheim gesteckt wird. (§§ 1631 und 1800)

Ein gefundenes Fressen für die Vormundschaftsgerichte, die Kinder aus den geschiedenen Ehen direkt unter die



Demonstration in Nablus/Westjordan am 3.5. – in vorderster Front die Bürgermeister der palästinensischen Dörfer.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler / Gesamtauflage: 32 000

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45, Redakteur: Helge Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 72 08 76-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089 / 53 13 48, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n. · agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611 / 73 02 31, Telex 4 13080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 / 73 02 31 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung
– Bezugsadressen –



Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgabe: Flensburg, Flensburg/Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg/Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgabe: Bremen, Bremen/Unterweser (04) · Oldenburg, Weser/Ems (05) · Münster, Münsterland/Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgabe: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgabe: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77
Bezirksausgabe: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17) · Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (18)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgabe: Kassel, Kassel/Nordhessen (19) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (20) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (21) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (22)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgabe: Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24) · Kaiserslautern, Kaiserslautern/Westpfalz (25)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgabe: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (26) · Heilbronn, Franken (27) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (28)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgabe: Würzburg, Unterfranken (29) · Nürnberg, Mittelfranken (30) · Bayreuth, Oberfranken (31)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582
Bezirksausgabe: Stuttgart, Mittlerer Neckar (32) · Freiburg, Südbaden (33) · Konstanz, Konstanz/Südschwarzwald (34) · Ulm, Ulm/Bodensee (35)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgabe: Regensburg, Mittlere Donau (36) · Landshut, Niederbayern (37) · München, München/Oberbayern (38) · Augsburg, Schwaben (39)

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

„Das wichtigste an der britischen Politik ist Europa“

Britischer Imperialismus sucht „führende Rolle“ in Westeuropa

z.hef.London. „Das wichtigste an der britischen Politik im Moment ist Europa“, mit diesem Satz begann der neue britische Außenminister Lord Carrington sein erstes Fernsehinterview nach der Wahl. Lord Soames, ein früherer EG-Kommissar, wurde ins Kabinett berufen. Der erste Staatsbesucher in London, Schmidt, wurde von Premierministerin Thatcher unter anderem mit den Worten empfangen: „Es ist die Auffassung verbreitet worden, ich und meine Regierung wären ‚weich‘ in der Gemeinschaft. (...) Wir werden beurteilen, was die Interessen Britanniens sind und werden sie resolut verteidigen.“

Im Wahlprogramm der Tory-Partei heißt es unter der Überschrift „Ein starkes Britannien in einer freien Welt“: „Die nächste konservative Regierung wird Britanniens Einfluß wiederherstellen, indem sie unsere Partner von ihrer Entschlossenheit zum Erfolg der Gemeinschaft überzeugt. Das wird es uns ermöglichen, die britischen Interessen zu verteidigen und eine führende und konstruktive Rolle in den Anstrengungen der Gemeinschaft zu spielen, die Probleme zu meistern, denen es sich gegenübersieht.“

„Eine führende Rolle“, möglichst *die* führende Rolle will der britische Imperialismus in der EG spielen. Nur wenn es ihm gelingt, die Konkurrenz der westdeutschen, französischen und italienischen Imperialisten auszustechen und die Hegemonie über Westeuropa zu erringen, kann er auf Verwirklichung der nie aufgegebenen Pläne erneuter weltweiter Expansion hoffen. „Wir messen der Koordination der Außenpolitik der Mitgliedsstaaten große Bedeutung bei“, heißt es im Wahlprogramm. „In einer Welt, die von den Supermächten dominiert wird, sind Britannien und seine Partner am besten in der Lage, ihre internationalen Interessen zu schützen und zu Frieden und Stabilität in der Welt beizutragen, wenn sie mit einer einzigen Stimme sprechen.“

Die Frage für die Imperialisten ist, *wessen* Stimme. Für die britischen Kapitalisten sind die noch verbleibenden Kolonien, die Truppenstationierungen rund um den Erdball, die Organisation des Commonwealth sowie der Besitz von Auslandskapitalanlagen, deren Höhe nur von den US-Imperialisten übertroffen wird, hilfreich in diesem Konkurrenzkampf. Aber entscheidend ist der Standard der Ausbeutung der Arbeiterklasse im Land, und hier müssen die britischen Imperialisten aufholen. Nicht ohne Grund liebt es die Bourgeoisie, von „westdeutschen Verhältnissen“ zu schwärmen.

Mit der Labour-Partei im Regie-

„Eine führende Rolle“, möglichst *die* führende Rolle will der britische Imperialismus in der EG spielen. Nur wenn es ihm gelingt, die Konkurrenz der westdeutschen, französischen und italienischen Imperialisten auszustechen und die Hegemonie über Westeuropa zu erringen, kann er auf Verwirklichung der nie aufgegebenen Pläne erneuter weltweiter Expansion hoffen. „Wir messen der Koordination der Außenpolitik der Mitgliedsstaaten große Bedeutung bei“, heißt es im Wahlprogramm. „In einer Welt, die von den Supermächten dominiert wird, sind Britannien und seine Partner am besten in der Lage, ihre internationalen Interessen zu schützen und zu Frieden und Stabilität in der Welt beizutragen, wenn sie mit einer einzigen Stimme sprechen.“

Die Frage für die Imperialisten ist, *wessen* Stimme. Für die britischen Kapitalisten sind die noch verbleibenden Kolonien, die Truppenstationierungen rund um den Erdball, die Organisation des Commonwealth sowie der Besitz von Auslandskapitalanlagen, deren Höhe nur von den US-Imperialisten übertroffen wird, hilfreich in diesem Konkurrenzkampf. Aber entscheidend ist der Standard der Ausbeutung der Arbeiterklasse im Land, und hier müssen die britischen Imperialisten aufholen. Nicht ohne Grund liebt es die Bourgeoisie, von „westdeutschen Verhältnissen“ zu schwärmen.

Mit der Labour-Partei im Regierungsamt gelangen den Kapitalisten 1974 und 1977 große Lohnsenkungen. In den Lohnkämpfen der letzten sechs Monate nahm die Arbeiterklasse den Kapitalisten einen Teil dieser Erfolge wieder ab. Die 5%-Lohnleitlinie der Regierung brach zusammen. Die Sozialdemokraten waren nicht in der Lage, die Kämpfe zu unterdrücken. Die Regierung Callaghan wurde, verschlissen, abgelöst.

Die neue Tory-Regierung soll die Verschärfung der Ausbeutung konsolidieren und ausbauen. Bis zum Herbst, so der neue Arbeitsminister Pym, werden neue „Gewerkschaftsgesetze“ im Parlament eingebracht, für die Angriffe auf das Streikrecht und verstärkte Staatskontrolle über die Gewerkschaften angekündigt werden. Als eine ihrer ersten Maßnahmen erhöhte die Regierung die Gehälter der Polizei um 15 bis 20% und der Armee um 32%, um die Flut der Kündigungen zu stoppen. Ein Steuerbetrug, nämlich das zeitweilige Nachgeben bei der Lohnsteuer und die gleichzeitige Erhöhung der indirekten Steuern, vor allem der Mehrwertsteuer, soll „Leistung ermutigen“ – d.h. Überstunden-, Schicht- und Sonntagsarbeit.

Mit der Durchführung des innen- und außenpolitischen Programms sind erfahrene Ausbeuter beauftragt. Der Familie des Industrieministers Joseph z.B. gehört ein großer Baukonzern, Innenminister Whitelaw ist Sproß einer vermögenden Bourgeoisfamilie und war bereits Nordirland-Minister, Außenminister Lord Carrington ist in Aufsichtsräten und Vorständen von Monopolen und Banken, u.a. im Aufsichtsrat von Barclays Bank International (der z.B. die Barclays Bank of Rhodesia gehört). Thatcher selbst war nach Chemie- und Jurastudium Staatssekretärin für Renten und nationale Versicherung (1961 bis 64) und Erziehungsministerin (1970 bis 1974).

Sie hat bereits über einen gesetzlichen Lohnstopp für 1979/80 laut nachgedacht. Die Gewerkschaftsbewegung führt gegenwärtig wichtige Lohnkämpfe:

– Die Gewerkschaften von über zwei Millionen Metallarbeitern beschlossen bereits zweimal, über Streik oder Nichtstreik gegen das 5-Pfund-Angebot der Kapitalisten (bei einer Forderung nach Erhöhung von 60 auf 80 Pfund) abzustimmen. In der letzten Woche wurde die Entscheidung erneut auf Ende des Monats verschoben,
– 190000 Postarbeiter lehnten vor zwei Wochen ein 12%-Angebot ab und führen Bummelstreiks durch, ebenso 200000 Telefon- und Telexarbeiter,
– 96000 Elektrizitätsarbeiter lehnten ein Angebot von 9% ab,
– die Mehrheit von 482000 Lehrern bestreikt alle „freiwilligen“ Überstunden und unterrichtet nicht mehr als 5 Stunden am Tag,
– 700000 Bauarbeiter stimmen gerade über ein Angebot von 12% ab, immer mehr lehnen ab,
– die Gewerkschaften für 500000 Gemeindeangestellte fordern 15% plus „Vergleichbarkeitsstudie“,
– 50000 ICI-Chemiearbeiter lehnten am 9. Mai ein Angebot von 15% ab,
– 200000 Bankangestellte stimmten gegen ein 12%-Angebot.

Unverschämt erklärte die Regierung für Abschlüsse im öffentlichen Dienst bereits: es würde nur soviel gezahlt, wie Geld da sei.



Mit einem dreiwöchigen Streik setzten die LKW-Fahrer im Januar eine Lohnerhöhung von 53 Pfund auf 65 Pfund pro Woche durch. Streikposten stoppten die

Familie des Industrieministers Joseph z.B. gehört ein großer Baukonzern, Innenminister Whitelaw ist Sproß einer vermögenden Bourgeoisfamilie und war bereits Nordirland-Minister, Außenminister Lord Carrington ist in Aufsichtsräten und Vorständen von Monopolen und Banken, u.a. im Aufsichtsrat von Barclays Bank International (der z.B. die Barclays Bank of Rhodesia gehört). Thatcher selbst war nach

meindeangestellte fordern 15% plus „Vergleichbarkeitsstudie“,
– 50000 ICI-Chemiearbeiter lehnten am 9. Mai ein Angebot von 15% ab,
– 200000 Bankangestellte stimmten gegen ein 12%-Angebot.

Unverschämt erklärte die Regierung für Abschlüsse im öffentlichen Dienst bereits: es würde nur soviel gezahlt, wie Geld da sei.



Mit einem dreiwöchigen Streik setzten die LKW-Fahrer im Januar eine Lohnerhöhung von 53 Pfund auf 65 Pfund pro Woche durch. Streikposten stoppten die LKW-Lieferungen an Industriebetriebe. „Sie haben kein Recht, sie (die Lastwagen) an der Durchfahrt zu hindern“, tobte die damalige Oppositionsführerin Thatcher. Die LKW-Fahrer bereiten einen Streik gegen die Zwangsbenutzung des Fahrtenschreibers vor.



Fordarbeiter aus Dagenham nach der Versammlung im November 1978, auf der sie beschlossen, in den Streik zu treten. Die eingewanderten Arbeiter spielen im Kampf der englischen Arbeiterklasse gegen die Lohnsenkung eine wichtige Rolle.

Bis heute billigste Arbeitskraft für die britischen Imperialisten aus dem Kolonialreich

z.acr.London. Am 23.4.79 versuchten 4000 Demonstranten, im Londoner Vorort Southhall eine Wahlveranstaltung der „Nationalen Front“ zu verhindern. In Southhall wohnen hauptsächlich indische Arbeiter. Als chauvinistischer Stoßtrupp des britischen Imperialismus hetzen die Faschisten, die eingewanderten Arbeiter würden den englischen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen und fordern ihre Ausweisung. Der imperialistische Staatsapparat schickte 7000 Polizisten, um die Faschisten zu schützen und auf die Demonstranten einzuschlagen.

Um die Profitproduktion nach dem 2. Weltkrieg wieder anzukurbeln, brauchten die britischen Imperialisten frische, billige Arbeitskräfte. Große Reserven an Arbeitskräften hatten sie in den Kolonien. Durch die koloniale Ausplünderung waren viele Bauern und Arbeiter ohne Land und ohne Arbeit. Da ihre Kolonialherren ihnen eine Art britischer Staatsbürgerschaft zweiter Klasse aufgezwungen hatten, konnten Einwohner der Kolonien zunächst ohne große Schwierigkeiten in England einreisen.

Der erste große Schub wanderte bis Juni 1962 ein, ca. 50% aller Einwanderer. Dann schränkte die britische Bourgeoisie zum ersten Mal die Zahl der möglichen Einwanderungen ein. Bis 1968 kam ein weiteres Drittel, als neue Verordnungen insbesondere die Einwanderung von Asiaten aus Afrika stoppten. Bis 1977 waren es 1,8 Mio., 3,4% der Gesamtbevölkerung Britanniens. 37% der Einwanderer sind von den kanarischen Inseln, Nachkommen der ehemaligen Sklaven, die die britischen Imperialisten aus Afrika dorthin verschleppt hatten. 24% stammen aus Indien, größtenteils Bauern und Landarbeiter. Indische Mittelbauern z.B. müssen ihre 10 bis 15-köpfige Familie von dem Ertrag aus höchstens vier Hektar Weizenland ernähren. Viele verkaufen ihr Land, um die Überfahrt bezahlen zu können. Weitere 15% der Einwanderer sind aus Pakistan und

monstranten einzuschlagen.

Um die Profitproduktion nach dem 2. Weltkrieg wieder anzukurbeln, brauchten die britischen Imperialisten frische, billige Arbeitskräfte. Große Reserven an Arbeitskräften hatten sie in den Kolonien. Durch die koloniale Ausplünderung waren viele Bauern und Arbeiter ohne Land und ohne Arbeit. Da ihre Kolonialherren ihnen eine Art britischer Staatsbürgerschaft zweiter Klasse aufgezwungen hatten, konnten Einwohner der Kolonien zunächst ohne große Schwierigkeiten in England einreisen.

Der erste große Schub wanderte bis Juni 1962 ein, ca. 50% aller Einwanderer. Dann schränkte die britische Bourgeoisie zum ersten Mal die Zahl der möglichen Einwanderungen ein. Bis 1968 kam ein weiteres Drittel, als neue Verordnungen insbesondere die Einwanderung von Asiaten aus Afrika stoppten. Bis 1977 waren es 1,8 Mio., 3,4% der Gesamtbevölkerung Britanniens. 37% der Einwanderer sind von den kanarischen Inseln, Nachkommen der ehemaligen Sklaven, die die britischen Imperialisten aus Afrika dorthin verschleppt hatten. 24% stammen aus Indien, größtenteils Bauern und Landarbeiter. Indische Mittelbauern z.B. müssen ihre 10 bis 15-köpfige Familie von dem Ertrag aus höchstens vier Hektar Weizenland ernähren. Viele verkaufen ihr Land, um die Überfahrt bezahlen zu können. Weitere 15% der Einwanderer sind aus Pakistan und

Bangladesh, 10% Asiaten aus Afrika und 7% aus anderen Commonwealth-Ländern Asiens und des Pazifik.

Mit dem Immigration Act (Einwanderungsgesetz) von 1971 haben sich die britischen Imperialisten ein Ventil zur Regulierung der Einwanderung geschaffen. Je nach Bedarf können sie ausländische Arbeiter hereinlassen (1977: 37396) oder nach Hause schicken. Arbeitsgenehmigungen werden ausgestellt, die von Zeit zu Zeit verlängert werden müssen, aber auch jederzeit aufgehoben werden können.

Eine beliebte Methode zur Einschüchterung der eingewanderten Arbeiter sind Razzien, bei denen angeblich nach illegalen Einwanderern gesucht wird. Mitten in der Nacht werden ganze Stadtteile auf den Kopf gestellt und hunderte meist junger Arbeiter auf die Polizeiwachen geschleppt, um ihre Papiere zu überprüfen. Für den Dienst in den Einwanderergebieten hat die Polizei Spezialeinheiten einsetzen müssen, weil die ausländischen Arbeiter sich nicht einfach unterdrücken lassen. Sie zeigen dies durch ihre Demonstrationen, wie z.B. in Southhall.

514640 eingewanderte Arbeiter registrierte die britische Regierung 1971 in der letzten Volkszählung, das sind 2,3% der Lohnabhängigen. Die Imperialisten beuten sie hauptsächlich als Lager- und Transportarbeiter in der Textilindustrie, der Lebensmittelindustrie, in der Elektro- und Maschinenbauindustrie, im Fahrzeugbau und in Dienstleistungsbetrieben aus und setzen sie als Lohndrücker ein. Eingewanderten Arbeitern von 25 bis 34 Jahren zahlten die Imperialisten 1974 durchschnittlich 38,40 Pfund die Woche, gleichaltrigen englischen Arbeitern 45,20 Pfund. Während 15% der englischen Arbeiter in Schichten arbeiten mußten, zwangen die Kapitalisten z.B. 38% der Arbeiter aus Pakistan und Bangladesh zur Schichtarbeit, 8% sogar zu dauernder Nachtschicht.

In den großen Industriebetrieben organisieren sich die eingewanderten Arbeiter fast alle in den Gewerkschaften

schüchterung der eingewanderten Arbeiter sind Razzien, bei denen angeblich nach illegalen Einwanderern gesucht wird. Mitten in der Nacht werden ganze Stadtteile auf den Kopf gestellt und hunderte meist junger Arbeiter auf die Polizeiwachen geschleppt, um ihre Papiere zu überprüfen. Für den Dienst in den Einwanderergebieten hat die Polizei Spezialeinheiten einsetzen müssen, weil die ausländischen Arbeiter sich nicht einfach unterdrücken lassen. Sie zeigen dies durch ihre Demonstrationen, wie z.B. in Southhall.

514640 eingewanderte Arbeiter registrierte die britische Regierung 1971 in der letzten Volkszählung, das sind 2,3% der Lohnabhängigen. Die Imperialisten beuten sie hauptsächlich als Lager- und Transportarbeiter in der Textilindustrie, der Lebensmittelindustrie, in der Elektro- und Maschinenbauindustrie, im Fahrzeugbau und in Dienstleistungsbetrieben aus und setzen sie als Lohndrücker ein. Eingewanderten Arbeitern von 25 bis 34 Jahren zahlten die Imperialisten 1974 durchschnittlich 38,40 Pfund die Woche, gleichaltrigen englischen Arbeitern 45,20 Pfund. Während 15% der englischen Arbeiter in Schichten arbeiten mußten, zwangen die Kapitalisten z.B. 38% der Arbeiter aus Pakistan und Bangladesh zur Schichtarbeit, 8% sogar zu dauernder Nachtschicht.

In den großen Industriebetrieben organisieren sich die eingewanderten Arbeiter fast alle in den Gewerkschaften

und kämpfen gemeinsam mit den englischen Arbeitern gegen die Kapitalisten.

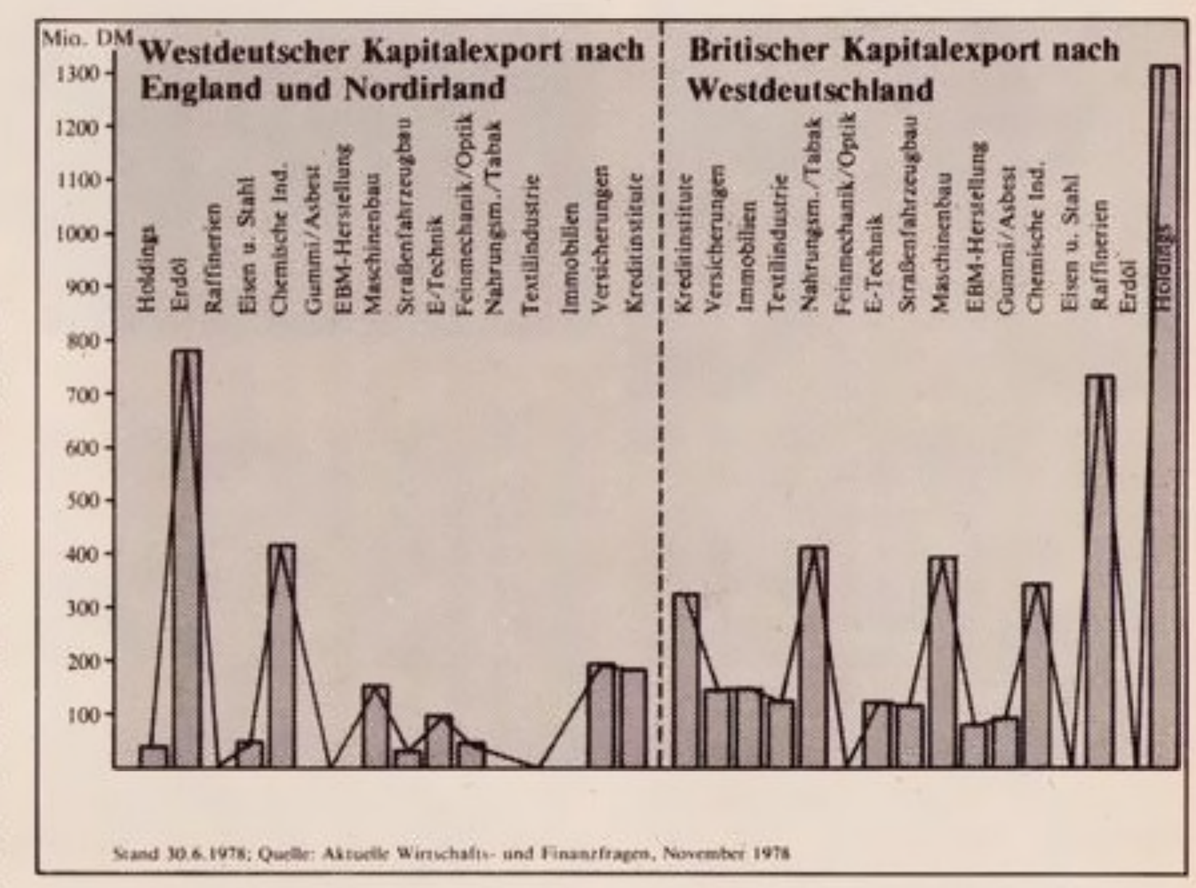
„Also los“ – BRD-Imperialisten wollen Kapitalexport nach Großbritannien verstärken

z.brp. Es war mehr als der halbjährliche Routinebesuch, den Schmidt Ende letzter Woche nach Britannien unternahm. „Nordwesteuropa sieht mit frischer Neugier nach London“, kommentierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ den Wahlsieg der Konservativen, und „Also los“ – Geschäfte machen und den Vorsprung halten!

Im Warenaustausch beider Länder liegt der BRD-Imperialismus vorn, er exportierte für 16,7 Mrd. DM 1978 hauptsächlich Maschinenbauerzeugnisse, Kraftfahrzeuge und Nicht-Eisen-Metalle nach England. England konnte in der BRD wertmäßig nur 2/3 davon absetzen: Erdöl und Maschinenbauerzeugnisse überwiegen. Im Kapitalexport ist das britische Finanzkapital führend; bis Ende Juni 1978 legte es 4,9 Mrd. DM in der BRD an (s. Schaubild). 500 westdeutsche Kapitalisten besaßen in England und Nordirland nur halb so viel Kapital in Niederlassungen, Zweigwerken und Beteiligungen an englischen Firmen.

Die Stärke des britischen Imperialismus ist der relativ hohe Ausbeutungsstandard der britischen Arbeiterklasse trotz relativ niedriger Produktivität der Arbeit (rund 85% der in Westdeutschland erreichten), die aus total überalterten Industrieanlagen resultiert. Das Lohnniveau der britischen Arbeiter liegt nominal weit unter dem der westdeutschen; die durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug Ende 1977 43 Stunden, teilweise auch 46 Stunden; die von den Kapitalisten aufzubringenden Sozialleistungen sind vergleichsweise verschwindend gering. Dazu kommt eine ausreichende und billigere Energiebasis, Nordseeöl und Kohle. Den britischen Imperialisten ist gelungen, eine verhältnismäßig hohe Profitrate zu erzielen, die – auch bei wertmäßig geringer Profitmasse – 50% über der in Westdeutschland erzielten Profitrate liegt.

Für die westdeutschen Imperialisten alles Gründe, den Kapitalexport nach Britannien zu verstärken. Die große Mehrheit der deutschen Niederlassungen wolle in den nächsten Jahren ihre Produktion erweitern, und viele Unternehmen, die bisher nur Verkaufsstellen im Lande unterhielten, planten Produktionsstätten, berichteten die „Nachrichten für Außenhandel“ bereits Ende letzten Jahres. Sie hoffen darauf, daß es der konservativen Regierung gelingen möchte, ihr Lohnsenkungs- und Steuererhöhungsprogramm gegen die britische Arbeiterklasse durchzusetzen. Ihr Vorsprung in der Anwendung moderner Technologie zur Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit soll ihnen den Extraprofit sichern – auch vor der britischen Finanzbourgeoisie, die jetzt gedenkt, gegen die europäische Konkurrenz aufzuholen. Für die westdeutschen Kapitalisten ein zusätzlicher Grund, die Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter zu erhöhen und den Lohn zu drücken. Verhindern wollen beide Finanzbourgeoisien, daß ihr Expansionskonzept durch den Kampf der Arbeiter gestört wird, gerade in diesem Jahr mußten sie spüren, daß, sobald eine Abteilung kämpft, dies die anderen Abteilungen der internationalen Arbeiterklasse unterstützen und zu eigenen Forderungen nutzen.

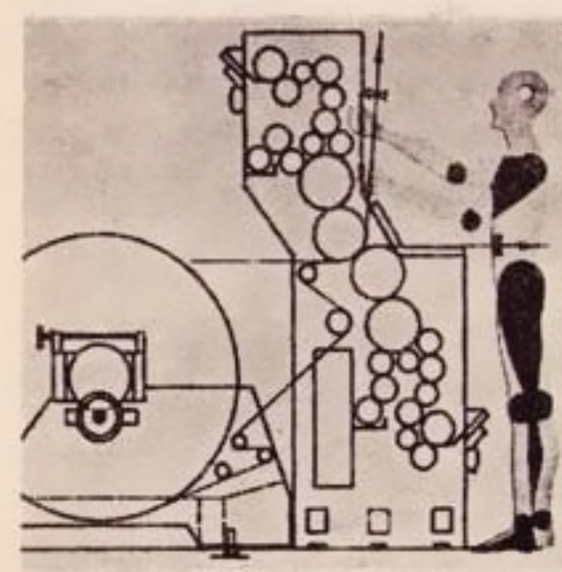


Daten zur Konkurrenzlage der westdeutschen und britischen Imperialisten

	BRD	GB		BRD	GB
Bruttoinlandprodukt in Mrd. ERE	452,6	213,6	Stromerzeugung in Mrd. kWh	315,4	263,8
Bruttoanlageinvestitionen in Mrd. ERE	94,5	38,4	Automobilbau (PKWs) in Mio. Stck.	3,8	1,3
Rohstahlproduktion in t	39,0	20,5	Einfuhr in Mrd. ERE	88,8	55,7
			Ausfuhr in Mrd. ERE	103,3	50,2

1 ERE = 2,65 DM; 0,654 Pfd. / aus: EWG in Zahlen, Ausgabe 1979

z.rem. **In der gegenwärtigen weltweiten Umwälzung des Produktionsapparates in der Druckbranche ist die Frankenthal AG mit Maschinen, deren Entwicklung vom Ehrenbergministerium mitfinanziert wurde, auf den Markt getreten.** Es sind dies die ergonomisch (Ergonomie = Arbeitskunde) gestalteten Zeitungsoffsetmaschinen A 200 von mittlerer Größe und die A 505, eine Zeitungsoffsetgroßanlage. Ergonomisch gestaltet heißt: „die Maschine oder das Gerät nach den Funktionen und Abmessungen des menschlichen Körpers zu gestalten und nicht den Menschen zu zwingen, sich der Maschine anzupassen.



Mit diesen Gliederpuppen werden... die Maße menschengerecht festgelegt, die Arbeitswege an der Maschine analysiert und verkürzt und die Übersichtlichkeit der Bedienungselemente logisch gestaltet." (druckwelt 8/79) Die Maschine soll also in Funktion und Abmessung dem Menschen angepasst sein und nicht umgekehrt. Ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt? In der Beschreibung der A 505 heißt es: „Die Potentiometerknöpfe für das Einstellen der Farbe und Feuchtung sind mit einem Blick zu erfassen. Für die Probeexemplare wurden aufklappbare Pulte auf der Druckeinheit angebracht. Darauf kann der Standbogen so befestigt werden, daß beim Auflegen des Probeexemplars dieser zur Hälfte noch vorschaut. Die Farbzonenschalter liegen dabei genau in der Spur der Farbzonen auf dem Probeexemplar. Vergleich, Lokalisierung und Stellbewegung wurden so auf engstem Raum näher gebracht..." Mit der A 505 werden im Druck- und Verlagshaus Frankfurt jede Nacht bis zu 1,5 Millionen Zeitungen gedruckt. „Wir verkaufen keine Maschinen, sondern Leistung", meinte der Vorstandsvorsitzende der Heidelberger Druckmaschinen AG. Garantiert wird optimale Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Für den Drucker, der ergonomisch gestaltete Maschinen bedienen muß, bedeutet dies Dauerbelastung von Hirn, Muskel und Sehnen.

z.klm. **Japan und die BRD stehen an zweiter und dritter Stelle in der Weltproduktion von Pkws.** 1976 produzierten sie 5 bzw. 3,5 Mio. Einheiten. VW-General Schmücker ließ nun eine

mente logisch gestaltet." (druckwelt 8/79) Die Maschine soll also in Funktion und Abmessung dem Menschen angepasst sein und nicht umgekehrt. Ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt? In der Beschreibung der A 505 heißt es: „Die Potentiometerknöpfe für das Einstellen der Farbe und Feuchtung sind mit einem Blick zu erfassen. Für die Probeexemplare wurden aufklappbare Pulte auf der Druckeinheit angebracht. Darauf kann der Standbogen so befestigt werden, daß beim Auflegen des Probeexemplars dieser zur Hälfte noch vorschaut. Die Farbzonenschalter liegen dabei genau in der Spur der Farbzonen auf dem Probeexemplar. Vergleich, Lokalisierung und Stellbewegung wurden so auf engstem Raum näher gebracht..." Mit der A 505 werden im Druck- und Verlagshaus Frankfurt jede Nacht bis zu 1,5 Millionen Zeitungen gedruckt. „Wir verkaufen keine Maschinen, sondern Leistung", meinte der Vorstandsvorsitzende der Heidelberger Druckmaschinen AG. Garantiert wird optimale Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Für den Drucker, der ergonomisch gestaltete Maschinen bedienen muß, bedeutet dies Dauerbelastung von Hirn, Muskel und Sehnen.

z.klm. **Japan und die BRD stehen an zweiter und dritter Stelle in der Weltproduktion von Pkws.** 1976 produzierten sie 5 bzw. 3,5 Mio. Einheiten. VW-General Schmücker ließ nun eine

Mannschaft nach Japan reisen, um den Stand der Ausbeutung dort zu erforschen. Neidisch vermerkten sie den



Stand der Automation: „da waren fast keine Menschen zu sehen, nur Maschinen." Mit der Stoppuhr in der Hand stellten sie fest: „Die haben hier eine Minute, wir haben anderthalb." Der Honda-Direktor nannte das Ziel: „.... wir möchten als Unternehmen VW überholen." VW-Arbeitsdirektor Briam schlug daraufhin vor, „in einen edlen Wettbewerb" einzutreten. Die Konkurrenz zweier imperialistischer Konzerne, ausgetragen auf dem Rücken der Arbeiter: Verschärfung der Akkordsysteme und weitere Lohndrückerei sind die Grundlagen diese „edlen Wettbewerbs".

z.dik. **Nach der Bundesnotarordnung werden Notare als „unabhängige Träger eines öffentlichen Amtes" bestellt;** als solche beurkunden sie z.B. den Abschluß von Eheverträgen, Grundstückskaufverträgen wie aber auch die Bestellung von Hypotheken. Obzwar Träger eines öffentlichen Amtes, sind Notare nicht verbeamtet, sie sind Angehörige eines sogenannten freien Berufes. Der Staat macht sich daran, ihre Verbeamtung schrittweise einzuführen. Durch den Bundesgerichtshof hat er jüngst feststellen lassen, daß zum Notar nur bestellt werden könne, wer die Gewähr für die jederzeitige Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung biete. Jetzt liegt der Entwurf eines „Ersten Gesetzes zur Änderung der Bundesnotarordnung" vor. Ebenso wie für Rechtsanwälte soll das Gelöbnis eingeführt werden für die, die „aus weltanschaulichen oder religiösen Gründen keinen Eid leisten wollen"; entkleidet vom ideologischen Beiwerk besteht das Gelöbnis in der nackten Verpflichtung auf die Verfassung des Privateigentums. Obwohl sie ein öffentliches Amt ausüben, haftet der Staat nicht für Pflichtverletzungen der Notare; anstatt der bisherigen berufsständischen Regelung wird den Notaren jetzt ein staatliches Versicherungsdiktat vorgeschrieben. Gleichzeitig sollen förmliche Disziplinarverfahren zur Erteilung von Ermahnungen und Mißbilligungen eingeführt werden.

z.dil. **Schwarz-rot-goldene Antwort auf die US-Dollaraggression.** In den letzten 10 Jahren sind die Direktinvestitionen des BRD-Imperialismus in den USA von 935,5 Mio. DM 1967 auf 6705 Mi . DM 1977 angestiegen. Allein von 1976 auf 1977 ergibt sich ein Zuwachs von 1338 Mio. DM, ein Betrag, den die westdeutschen Imperialisten von 1952 bis 1969 investiert haben. Die Steigerung des Kapitalexports in die USA, eines der Mittel zur Beantwortung der Dollarggression, ist nur möglich durch Fortschritte in der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin. Die Deutsche Bank hat jetzt nach zehnjähriger Tätigkeit in den USA unter den Firmenschildern „Atlantic Capital Corporation" und „European American Banking" eine Filiale unter schwarz-rot-goldener Flagge eröffnet. Anlaß genug für die Vorstandsriege um im „Pierre", dem „feinsten Hotel New Yorks" diesen Angriff auf die US-amerikanische Arbeiterklasse zu feiern. Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit soll die Betreuung „deutscher und europäischer Unternehmen bei Investitionsvorhaben in den USA sowie die Beratung von Firmen in allen Fragen des US-amerikanischen Kapitalmarktes stehen."

z.bag.Aarhus. **Am 1. Mai sollte die ehemals dänische Fähre zwischen den Inseln Römö und Sylt als deutsches Unternehmen (neuer Besitzer: Förde-Reederei Flensburg) unter zypriotischer Flagge und mit spanischen Matrosen den Betrieb aufnehmen.** Das ist bis heute nicht gelungen. Ein Teil der 150 dänischen Matrosen und des Bedienungspersonals besetzten das eine

sten von 1952 bis 1969 investiert haben. Die Steigerung des Kapitalexports in die USA, eines der Mittel zur Beantwortung der Dollarggression, ist nur möglich durch Fortschritte in der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin. Die Deutsche Bank hat jetzt nach zehnjähriger Tätigkeit in den USA unter den Firmenschildern „Atlantic Capital Corporation" und „European American Banking" eine Filiale unter schwarz-rot-goldener Flagge eröffnet. Anlaß genug für die Vorstandsriege um im „Pierre", dem „feinsten Hotel New Yorks" diesen Angriff auf die US-amerikanische Arbeiterklasse zu feiern. Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit soll die Betreuung „deutscher und europäischer Unternehmen bei Investitionsvorhaben in den USA sowie die Beratung von Firmen in allen Fragen des US-amerikanischen Kapitalmarktes stehen."

z.bag.Aarhus. **Am 1. Mai sollte die ehemals dänische Fähre zwischen den Inseln Römö und Sylt als deutsches Unternehmen (neuer Besitzer: Förde-Reederei Flensburg) unter zypriotischer Flagge und mit spanischen Matrosen den Betrieb aufnehmen.** Das ist bis heute nicht gelungen. Ein Teil der 150 dänischen Matrosen und des Bedienungspersonals besetzten das eine



der beiden Schiffe „Vikingeland", bis sie die Auszahlung der ausstehenden Lohngelder in Höhe von 250000 Kronen durchgesetzt hatten. Dann verließen sie das Schiff, blockierten aber die Zufahrt zum Kai. – Die Matrosen verlangen, daß sie zu den gleichen Bedingungen angestellt werden, die sie sich mit ihrer Gewerkschaft erkämpft haben. Die Förde-Reederei will jedoch 25% weniger Lohn zahlen und verlangt dabei 50% längere Arbeitszeit, vor allem durch den Zwang zu Überstunden. Deshalb auch die Ausflaggung und der Versuch, spanische Matrosen als billige Arbeitskraft einzusetzen. Die Flensburger Reederei rief die dänische Polizei zu Hilfe, um die Blockade zu brechen. „Vikingeland" konnte so mit sechs spanischen Matrosen, einem dänischen Kapitän und einem dänischen Steuermann auslaufen – aber nur nach Husum, zur Reparatur. Die Blockade ist seitdem verstärkt worden, mit 50 Mann in Tag- und Nachtschicht. Viele Touristen unterstützen die Aktion, mit direkter Teilnahme an der Blockade oder mit Unterschriften für die Forderungen der Besatzung. Als am 9. Mai erneut eine Mannschaft unter Polizeischutz auf die Fähre gebracht werden sollte, traf sie auf einen so entschlossenen Widerstand, daß auch die „Streikbrecher" sich weigerten, die Arbeit aufzunehmen.

Arbeiter und Angestellte lassen sich nicht zu Leibeigenen machen – Streik bei Kidde in Lüneburg

r.mas. Während Kapitalistenhäuptling Esser im Lüneburger Fürstensaal die ortsansässigen Bourgeois auf die Politik der dauernden Lohnsenkungen zusammenschweißt, streiken im Industriegebiet Vrestorfer Heide die Arbeiter und Angestellten der Kidde GmbH. Schon lange brodelt es in der Belegschaft. Stets gibt es Auseinandersetzungen um die Einhaltung tariflich erkämpfter Rechte der Arbeiterklasse. Geschäftsführer Büttner ist bei den Kollegen verhaßt. Im letzten Jahr hat er den Kollegen pro Krankheitstag 30 DM vom Weihnachtsgeld abgezogen. Einem Kollegen hat er vorgerechnet, daß er bei 27 Krankheitstagen kein Weihnachtsgeld bekommen könne, sondern noch 210 DM aus seinem Lohn zurückzahlen müsse. Bei der Festlegung der Löhne und Gehälter hält Büttner sich an keine Tarifverträge. Bis zu 700 DM Gehaltsunterschiede zahlt er für die gleiche Arbeit. Hohe Bestechung der Antreiber tut not, damit sie Kollegen, die sich gegen die verschärfte Ausbeutung wehren, mit Gehaltskürzungen drohen. Andererseits zahlt er einem Teil der Angestellten unter Tarif.

Die technischen Angestellten bilden die Mehrheit der 60 Lohnabhängigen im Betrieb. Sie sind die Hauptkraft für den Streik. Das Spezialunternehmen in Sachen Brandschutzanlagen für Seeschiffe erfordert Entwicklung und Konstruktion jeder einzelnen Anlage.

Nachdem die kapitalistische Krise in der Werftindustrie auch die Zulieferindustrie erfaßt hat, erweitert die Kidde GmbH die Produktion auf Brandschutzanlagen für die Industrie. Auch das bringt nicht die notwendigen Profite. 1978 sinkt der Umsatz von 9,3 auf 8,4 Mio. DM. Die Aufträge gehen um 25% zurück. Jetzt will die Kidde GmbH die Produktion auf Kühltürme und Kühlmatten ausdehnen. In beiden Fällen handelt es sich um Spezialprodukte. Die Kühltürme sollen statt mit korrosionsanfälligen Motoren mit Turbinen angetrieben werden. Bei den Kühlmatten will er dem einzigen Hersteller in der BRD Konkurrenz machen. Für beide Projekte braucht Büttner den gut ausgebildeten und aufeinandereingespielten Apparat der technischen Angestellten. Er braucht diesen Apparat zu günstigeren Bedingungen als die Konkurrenz, d.h. er muß die Ausbeutung verschärfen. Vor allem aber muß dieser Stab flexibel sein. Mit Einzelarbeitsverträgen will er dies Vorhaben gegen die Beschäftigten durchsetzen und die Arbeiter und Angestellten in Leibeigene verwandeln. §1 verpflichtet die Beschäftigten, ihre Arbeitskraft an jedem Ort zur Verfügung zu stellen, den der Kapitalist vorsieht. Da die Lüneburger Kidde GmbH einer von 212 Betrieben des US-Konzerns Kidde ist und gerade in den USA die Herstellung einer Maschine für die Kühlmatten entwickelt wird, kann man sich den Zweck dieses Paragraphen denken.

„Rechte hat nur noch der Kapitalist" ist der Kommentar eines Kollegen zu dem Vertragswerk. Ein volles Monatsgehalt sollen die Beschäftigten bei Vertragsbruch dem Kapitalisten zahlen. Bricht Kidde den Arbeitsvertrag, soll nichts passieren. Mit bis zu 28% Gehaltserhöhung hat er gelockt, um die Kampffront gegen die Einzelverträge aufzuweichen. Als das nichts nützt, greift Büttner zur Peitsche und zahlt seit Januar keine Gehaltserhöhung. Daraufhin antworteten die Beschäftigten mit 2 Warnstreiks. Abschluß eines Haustarifvertrages ist ihre Forderung. 97% der DAG Mitglieder sprechen sich für den unbefristeten Streik aus. Das Ergebnis drückt den einheitlichen Willen der Arbeiter und Angestellten aus, sich nicht von ihrer Klasse abspalten zu lassen und die Einhaltung tariflich erkämpfter Rechte der Arbeiterklasse durchzusetzen.

Mit dem Streik sind die letzten IG-Metallmitglieder in die DAG übergetreten. Der Spaltergewerkschaft DAG ist es gelungen, die Kidde Belegschaft aus der Front der Metallarbeiter rauszubrechen. Mit der Linie „Wir wollen nicht auf Konfrontation raus" läßt sie dem Kapitalisten Spielraum. Die Einrichtung eines Notdienstes kursiert auch schon in den Hirnen der Streikleitung. Unterstützung durch die Arbeiter der IG-Metall tut jetzt Not. Die DAG hofft darauf, daß es sich um eine Tendenz der Arbeiter handele, in die DAG einzutreten und die Kampfkraft der IG-Metall zu schwächen.

Die Spaltung zwischen den Arbeitern und „den" Angestellten ist eine Erfindung der Kapitalisten

r.chs. Das Schaubild zeigt die Lohn- und Gehaltsverteilung 1979 bei Zeiss in Göttingen. Es handelt sich um die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter, die über Tarif liegen. Rund 45 % der Angestellten liegen hier mit ihrem Gehalt im Lohnbereich der Arbeiter.

Ebenso wie die Arbeiter in den Produktionsbereichen werden mit Einführung der Maschinerie in der Verwaltung auch immer mehr Angestellte zu bloßen Anhängseln der Maschine, wird ihre Arbeit immer weiter zergliedert und ihres Inhalts beraubt.

Eine tatsächliche Spaltung zwischen den Arbeitern und dem Großteil der Angestellten gibt es also so, wie die Kapitalisten und ihre Ideologen behaupten, nicht. Die Spaltung verläuft vielmehr innerhalb der Angestellten und zwar beim zweiten großen Block in unserem Schaubild, der rund 35 % der Angestellten umfaßt und direkt über dem Lohnniveau der Arbeiter liegt. Aber diese Spaltung ist überhaupt nicht absolut, die Lohndifferenzen liegen innerhalb der vereinheitlichbaren betrieblichen Spannen, und auch die

Lohn- und Gehaltsverteilung Zeiss Göttingen

%: 1, 5, 10, 15, 20, 25

Arbeiter

Angestellte

1552 | 1663 | 1782 | 1910 | 2048 | 2194 | 2352 | 2521 | 2702 | 2896 | 3126 | 3326 | 3565 | 3821 | 4096 | 4389 | 4705 | 5042 | 5404 | 5792 | 6208

zu ziehen. Verbrämt haben sie dieses Bemühen mit billigen Vorteilen in der Regelung des Arbeitsverhältnisses gegenüber den Arbeitern. Z.B. beträgt

heitliche Industrieverbände aufzubauen, ins Leben gerufen. Die Tradition des Angestelltenbegriffs geht auf die mittelalterlichen „Handelsdiener" zu-

den Streik. Das Spezialunternehmen in Sachen Brandschutzanlagen für Seeschiffe erfordert Entwicklung und Konstruktion jeder einzelnen Anlage.

Herstellung einer Maschine für die Kühlmatten entwickelt wird, kann man sich den Zweck dieses Paragraphen denken.

DAG hofft darauf, daß es sich um eine Tendenz der Arbeiter handele, in die DAG einzutreten und die Kampfkraft der IG-Metall zu schwächen.

Die Spaltung zwischen den Arbeitern und „den" Angestellten ist eine Erfindung der Kapitalisten

r.chs. Das Schaubild zeigt die Lohn- und Gehaltsverteilung 1979 bei Zeiss in Göttingen. Es handelt sich um die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter, die über Tarif liegen. Rund 45 % der Angestellten liegen hier mit ihrem Gehalt im Lohnbereich der Arbeiter.

Ebenso wie die Arbeiter in den Produktionsbereichen werden mit Einführung der Maschinerie in der Verwaltung auch immer mehr Angestellte zu bloßen Anhängseln der Maschine, wird ihre Arbeit immer weiter zergliedert und ihres Inhalts beraubt.

Eine tatsächliche Spaltung zwischen den Arbeitern und dem Großteil der Angestellten gibt es also so, wie die Kapitalisten und ihre Ideologen behaupten, nicht. Die Spaltung verläuft vielmehr innerhalb der Angestellten und zwar beim zweiten großen Block in unserem Schaubild, der rund 35 % der Angestellten umfaßt und direkt über dem Lohnniveau der Arbeiter liegt. Aber diese Spaltung ist überhaupt nicht absolut, die Lohndifferenzen liegen innerhalb der vereinheitlichbaren betrieblichen Spannen, und auch die

Lohn- und Gehaltsverteilung Zeiss Göttingen

%: 1, 5, 10, 15, 20, 25

Arbeiter

Angestellte

1552 | 1663 | 1782 | 1910 | 2048 | 2194 | 2352 | 2521 | 2702 | 2896 | 3126 | 3326 | 3565 | 3821 | 4096 | 4389 | 4705 | 5042 | 5404 | 5792 | 6208

zu ziehen. Verbrämt haben sie dieses Bemühen mit billigen Vorteilen in der Regelung des Arbeitsverhältnisses gegenüber den Arbeitern. Z.B. beträgt

heitliche Industrieverbände aufzubauen, ins Leben gerufen. Die Tradition des Angestelltenbegriffs geht auf die mittelalterlichen „Handelsdiener" zu-

Tätigkeitsmerkmale dieser Angestellten sind größtenteils produktiv bestimmt. Z.B. in der Gruppe 5, worin der größte Teil dieser Angestellten liegt: „Geläufiges formgerechtes Schreiben nach Diktat in mehreren Fremdsprachen... Bedienen einer Zentraleinheit einer größeren DV-Anlage..." Andererseits erscheinen hier jedoch bereits schon Merkmale wie: „Erstellen von Arbeitsstudien... Tätigkeiten als Meister...", also Funktionärstätigkeiten für die Kapitalisten.

Die Kapitalisten versuchen, die Belegschaften zu spalten und dabei natürlich „die Angestellten" auf ihre Seite

die Kündigungszeit für Angestellte nach 5 Jahren Betriebszugehörigkeit drei Monate zum Quartalsende. Vor dem Zugriff der kapitalistischen Rationalisierung ist die Masse der Angestellten indessen so wenig gesichert wie die Arbeiter. Das allein ist schon eine starke gemeinsame Triebkraft.

Die Bourgeoisie tut viel, um die Abspaltung der Angestellten zu organisieren. Sichtbarster Ausdruck ist die DAG, die „Deutsche Angestellten Gewerkschaft". Nach dem 2. Weltkrieg wurde sie direkt gegen das Organisationsprinzip der Arbeiterklasse, ein-

rück, die Agenten der Handelskapitalisten waren. In dieser Tradition stehen heute fast bloß noch die leitenden Angestellten. Für die Masse der Angestellten, die außerordentlich zugenommen hat, trifft das nicht zu. 1950 waren 16 % der Erwerbspersonen Angestellte, heute sind es schon weit über 40 %. Sowohl das Lohnniveau als auch die Arbeitsbedingungen betreffend ist die Einheit der Belegschaften, der Arbeiter wie der Masse der Angestellten, für ihre Interessen materiell begründet. Ohne daß diese Einheit bewußt vollzogen wird, kann es keinen Fortschritt im Kampf gegen die Kapitalisten geben.

z.diz. **Der Markt für elektronische Bauteile ist leergefegt zur Zeit:** Bis Ende November liefert Texas Instruments keine Festwertspeicher des Typs 2716, die vor allem als Programmspeicher eingesetzt werden; Zeichengeneratoren für Bildschirmgeräte sind vom Hauptlieferanten Motorola bis August/September nicht zu haben; gebräuchliche Bauteile der LS-Serie, die zur Ansteuerung von Computer-Peripherie und Speichern benötigt werden, haben Lieferzeiten von sechs bis acht Wochen, auch in kleinen Stückzahlen. Der Elektronik-Boom von heute ist die Rationalisierungswelle von morgen – tarifvertragliche und gesetzliche Regelungen zum Schutz der Arbeiter sind dringend notwendig.

z.fum. **Zur Verbesserung der Erdgasenergiebasis hat das Forschungsministerium für die „Offshore" Technik – Verflüssigung auf den Bohrplattformen und Seetransport – von 1976 bis 1978 9,98 Mio. DM zur Verfügung gestellt.** Die riesigen Kohlenwasserstoffvorkommen unter der Nordsee, der norwegischen und grönländischen See, Spitzbergen, Franz Josefs Land und Teilen der sowjetischen Arktis sind dabei „ihrer geographischen Lage nach eigentlich Ziel europäischer Exploration" (Backhaus, Offshore Technik). Wohlwissend um diesen großen Schuh wurde von der LAG Gastechnik ein Verflüssigungs- und Transportsystem entwickelt, das die Ausbeutung kleinerer Vorkommen auf See profitabler macht. Unter Nutzung des Quellenüberdrucks (ca. 40 bar) wird das Gas unter 7 bar Betriebsdruck schon bei – 130° C flüssig, beim alten Verfahren unter Atmosphärendruck müssen 30% mehr Energie aufgewandt werden, um dann den Siedepunkt von – 162° C zur Verflüssigung zu erreichen. Die LAG Gastechnik, im Auftrag des Bundesministeriums, gibt einen wirtschaftlichen Aktionsradius von 3000 Seemeilen an; für die eigenen Hoheitsgewässer reicht das allemal, bis nach Spitzbergen auch noch gerade.

z.eve. **In verschiedenen Orten der Bundesrepublik, wie z.B. Hannover und Neuwied bei Koblenz versuchen die Krankenhausleitungen den Beruf der „Patientenbetreuerin" einzuführen.** Pflegepersonal auf ABM-Stellen, also bezahlt aus den Versicherungskassen der Lohnabhängigen. Laut Bericht der „Rhein-Zeitung" vom 26.4.79 soll sie

Lohnsenkungen und Rationalisierung in der Hochseefischerei

r.dem. Im Kampf um die Oberherrschaft zwischen den europäischen Freibeutern um das „EG-Meer" haben die westdeutschen Fischereimonopole 1969 bis 1976 die Anzahl der Hochseefahrzeuge von 127 auf 76 (40%) reduziert. Das Fangergebnis in Tonnen ist nur um 34,5% gesunken. Der Umsatz im gleichen Zeitraum um 40% gestiegen. Neben der Verschrottung alter Maschinerie ging die Modernisierung der Fang- wie der Verarbeitungsanlagen an Bord einher. So wurde von 1969 bis 1976 die Zahl der Beschäftigten in der Fischfangindustrie von 4000 auf 3000 reduziert und damit ein Viertel aller Beschäftigten freigesetzt. Die Fischereimonopole haben es zu wahren Spitzenstellungen in der Ausbeutung getrieben. Für die Arbeiter ist der 12-Stundentag bindend. Durch umfassende Senkung der Grundheuer kommen die Arbeiter nur durch den 12-Stundentag auf einen ausreichenden Lohn. Gelungen ist das den Kapitalisten über Spaltungen der Belegschaften. 50 verschiedene Lohngruppen gibt es an Bord. Bei den Funkern gibt es allein fünf, bei den Matrosen sechs, bei den Fischwerkern fünf und bei den Stewards acht Lohngruppen.

Um die Schweißauspressung und die Einsaugung aller Reserven der Arbeitskraft in die Höhe zu schrauben, sind die Arbeiter mit Fangprämien, die eigentlich Bestandteile des Lohns sind, an den Fängen beteiligt. Über die Zahlung der Fangprämien wird das System der Spaltung über die einzelnen Lohngruppen noch einmal potenziert. Je nach Fischsorten, ob filetiert oder unfiletiert schwanken die Prämien. Diese Fangprämien werden gestaffelt in vollkommen unterschiedlicher Höhe gezahlt. Maßgeblich sind die Berufe. D.h. die Offiziere bekommen mehr als die Matrosen usw.

Matrose nach 27 Monaten Fahrzeit	Grundheuer	1513 DM
Matrose mit weniger als 27 Monaten Fahrzeit	Grundheuer	1403 DM
Leichtmatrose ab 18 Jahre	Grundheuer	1072 DM
Leichtmatrose unter 18 Jahren nach 6 Monaten Fahrzeit	Grundheuer	852 DM
Leichtmatrose unter 18 Jahre	Grundheuer	741 DM
Decksjunge	Grundheuer	741 DM



Im Fischereivertrag der Bundesregierung und der westdeutschen Fischereimonopole mit Argentinien ist es gelungen, die westdeutschen Arbeiter an das Tarifrecht Argentiniens zu binden. So darf die normale Arbeitszeit von 12 Stunden vom Kapitän oder Chief um 2,5 Stunden verlängert werden. Mehrarbeitszeiten für die Verarbeitung von Fangspitzen sind durch die Erlösbeteiligung abgegolten etc.. Den Kampf gegen das Einreißen dieser Schranke verdreht die Bourgeoisie gleich sozialimperialistisch. Nämlich dahingehend, daß das alles nicht sein bräuchte, wenn die westdeutschen Imperialisten in der Fischfang- und -verarbeitungsindustrie Argentiniens das Sagen hätten. Am 1. Mai 1978 und an diesem 1. Mai haben die Arbeiter in der Fischfangindustrie stattdessen die Forderungen nach dem 8-Stunden Normalarbeitstag wie ausreichend Lohn gefordert.

Die Wiederaufnahme der Streiks der Metallarbeiter ist entscheidend für die brasilianische Arbeiterklasse

z.rua. „Am 27. März ist ein 15tägiger Streik der Metallarbeiter in Sao Paulo beendet worden. Betroffen waren rund 500 Unternehmen, darunter die der Kfz-Branche. Wie verlautet, einigten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf gestaffelte Lohnerhöhungen zwischen 44 und 63%", seufzt die Deutsche Bank in ihrem „Wirtschaftsbericht Lateinamerika", März 1979, erleichtert.

Die Deutsche Bank irrt. Die Forderungen der Metallarbeitergewerkschaft nach 77%iger Lohnerhöhung, Anhebung der Mindestlöhne auf 4700 Cruzeiros (400 DM), Anerkennung der Arbeiterkommissionen durch die Kapitalisten und Inspektionsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben sind nicht erledigt. Die Arbeiter sammeln ihre Kräfte, um erneut in den Streik zu treten. Eine wichtige Maßnahme ist die Einrichtung eines Streikfonds, um die Reproduktion zu gewährleisten und den Spaltungsabsichten einen Riegel vorzuschieben.

Für die brasilianischen Arbeiter ist der Kampf um den Lohn eine Frage des nackten Überlebens. Seit 1973 stiegen die Preise um 200%, das Pro-

stiegen.

Die „Beendigung" des Streiks der 180000 Metallarbeiter aus dem Industriegürtel um Sao Paulo konnte von der Regierung Figuereido nur durch nackte Unterdrückung erzwungen werden. Nachdem die Polizisten aus Sao Paulo sich geweigert hatten, gegen die streikenden Arbeiter vorzugehen, wurden aus den anderen Bundesstaaten Polizeitruppen nach Sao Paulo beordert. Hunderte von Gewerkschaftern wurden verhaftet. „Geeinigt" haben sich „Gewerkschaften und Arbeitgeber" erst, nachdem die Regierung die Gewerkschaftszentrale der Metallarbeiter besetzen ließ, die Gewerkschaftsführung abgesetzt und unter Arrest gestellt und eine neue „Gewerkschaftsführung", bestehend aus Beamten des Arbeitsministeriums, eingesetzt hatte. Eine Einigung also zwischen *Regierung* und Kapitalisten, vor allem den ausländischen Kapitalisten der Automobilindustrie – Ford, General Motors, Chrysler, VW, Daimler Benz, Fiat und Saab.

Der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft, Luis Inácio da Silva, rief unter dem Druck der erneuten Inhaf-

Der Kampf der Metallarbeiter wird von den Volksmassen unterstützt. In der Regierung zeigen sich Zersetzungserscheinungen. Benedito Marcilia, Regierungsvertreter bei den „Verhandlungen" mit den Kapitalisten, zerriß Ende März auf einer Kundgebung vor Fernsehkameras den ausgehandelten Vertrag. In allen Bereichen des öffentlichen Dienstes streiken die Beschäftigten seit Anfang April. Armeeoffiziere haben den Metallarbeitern ihre Unterstützung zugesichert. Die Angestellten von VW do Brasil, die nicht aktiv am Streik teilnahmen, sammelten für die Streikkasse an einem Tag 50000 Cruzeiros. Auf der Gewerkschaftskundgebung am 1. Mai in Sao Paulo, an der 200000 Arbeiter teilnahmen, rief Luis Inácio da Silva die Arbeiter auf, am 14. Mai den Streik wiederaufzunehmen, falls bis dahin die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt sind.

Die Automobilkapitalisten hatten bis Ende 1978 10000 Fahrzeuge auf Halde produzieren lassen, bei einem jährlichen Absatz von 1,05 Mio. Jetzt sind ihre Läger leer. Bereits der 15tägige Streik im März habe ihnen Verluste von 400 Mio. $ eingebracht, klagen sie. Die Konkurrenz unter den imperialistischen Automobilkonzernen um den brasilianischen Markt tobt. Die Aussichten, durch den geschlossenen Streikkampf der Metallarbeiter der Lohnsenkung für die gesamte brasilianische Arbeiterklasse entgegenzuwirken, sind günstig.



Die Wiederaufnahme der Streiks der Metallarbeiter ist entscheidend für die brasilianische Arbeiterklasse

z.rua. „Am 27. März ist ein 15tägiger Streik der Metallarbeiter in Sao Paulo beendet worden. Betroffen waren rund 500 Unternehmen, darunter die der Kfz-Branche. Wie verlautet, einigten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf gestaffelte Lohnerhöhungen zwischen 44 und 63%", seufzt die Deutsche Bank in ihrem „Wirtschaftsbericht Lateinamerika", März 1979, erleichtert.

Die Deutsche Bank irrt. Die Forderungen der Metallarbeitergewerkschaft nach 77%iger Lohnerhöhung, Anhebung der Mindestlöhne auf 4700 Cruzeiros (400 DM), Anerkennung der Arbeiterkommissionen durch die Kapitalisten und Inspektionsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben sind nicht erledigt. Die Arbeiter sammeln ihre Kräfte, um erneut in den Streik zu treten. Eine wichtige Maßnahme ist die Einrichtung eines Streikfonds, um die Reproduktion zu gewährleisten und den Spaltungsabsichten einen Riegel vorzuschieben.

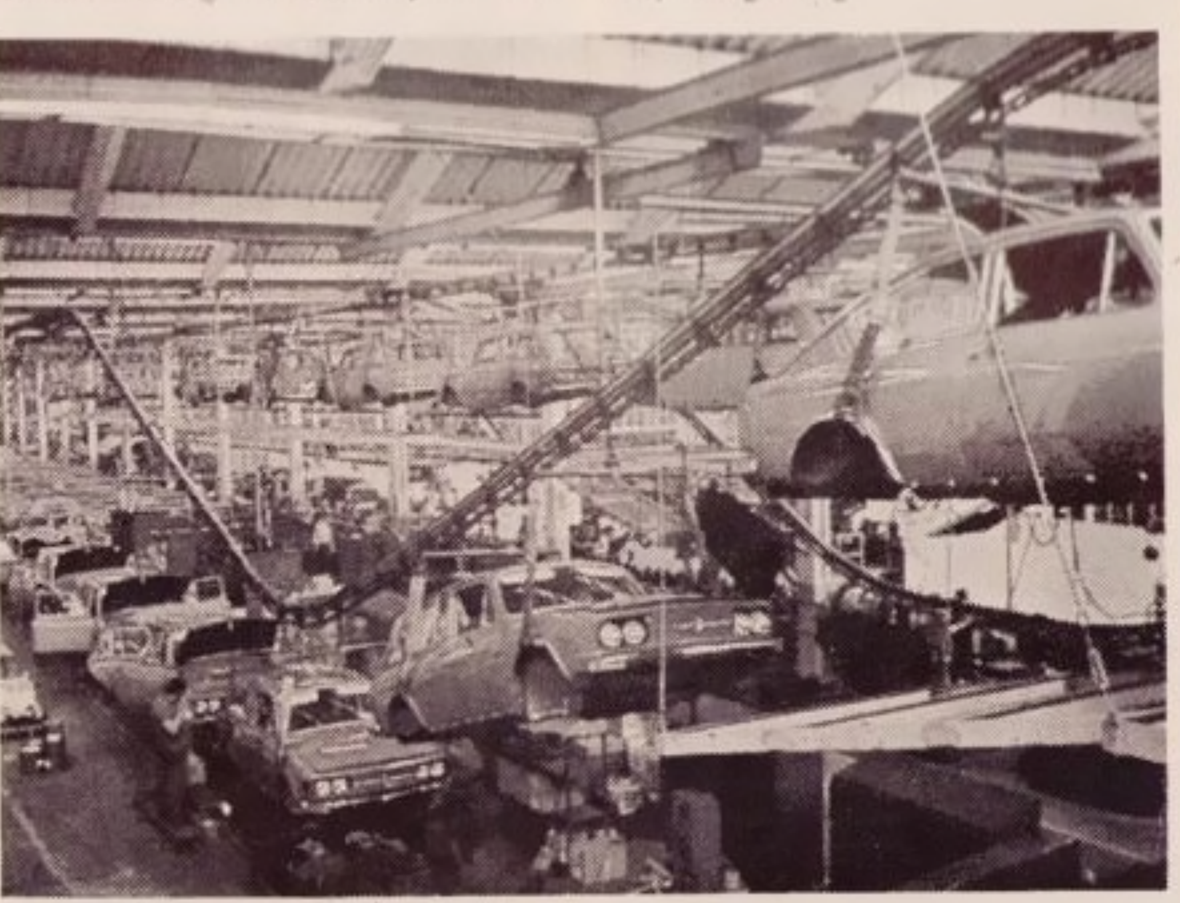
Für die brasilianischen Arbeiter ist der Kampf um den Lohn eine Frage des nackten Überlebens. Seit 1973 stiegen die Preise um 200%, das Pro-Kopf-Einkommen nur um 26%. Die Lohnstruktur ist innerhalb der einzelnen Bundesstaaten gespreizt, die Löhne in Sao Paulo sind am höchsten. Aber auch hier erhalten noch 30% aller Arbeiter – bei einer 50-Stundenwoche – nur den Mindestlohn. Nach einem heute noch gültigen Gesetz von 1938 ist er so definiert, daß er den „minimalen Nahrungsmittelverbrauch" deckt: 6 kg Fleisch, 7,5 l Milch, 4,5 kg Bohnen und 3 kg Reis im Monat. 1976 mußte ein Arbeiter 146 Stunden arbeiten, um dafür das Geld aufzubringen (Brazilian Business 11/76). Seither sind die Preise um durchschnittlich 45% jährlich gestiegen.

Die „Beendigung" des Streiks der 180000 Metallarbeiter aus dem Industriegürtel um Sao Paulo konnte von der Regierung Figuereido nur durch nackte Unterdrückung erzwungen werden. Nachdem die Polizisten aus Sao Paulo sich geweigert hatten, gegen die streikenden Arbeiter vorzugehen, wurden aus den anderen Bundesstaaten Polizeitruppen nach Sao Paulo beordert. Hunderte von Gewerkschaftern wurden verhaftet. „Geeinigt" haben sich „Gewerkschaften und Arbeitgeber" erst, nachdem die Regierung die Gewerkschaftszentrale der Metallarbeiter besetzen ließ, die Gewerkschaftsführung abgesetzt und unter Arrest gestellt und eine neue „Gewerkschaftsführung", bestehend aus Beamten des Arbeitsministeriums, eingesetzt hatte. Eine Einigung also zwischen *Regierung* und Kapitalisten, vor allem den ausländischen Kapitalisten der Automobilindustrie – Ford, General Motors, Chrysler, VW, Daimler Benz, Fiat und Saab.

Der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft, Luis Inácio da Silva, rief unter dem Druck der erneuten Inhaf-tierung am 27. März die Arbeiter auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Zuvor hatte die Regierung zusichern müssen, daß die Löhne zwischen 44 und 63% erhöht werden, die Streiktage voll bezahlt werden und die Besetzung der Gewerkschaftszentrale nach 45 Tagen aufgehoben wird. Diese Frist läuft am 14. Mai ab. Die Kapitalisten denken nicht daran, die Vereinbarungen einzuhalten. Bisher wurden die Lohnerhöhungen nicht ausgezahlt, trotz eines 120tägigen Kündigungsschutzes wurden bereits in den ersten Tagen nach Wiederaufnahme der Arbeit 330 Arbeiter fristlos entlassen.

Der Kampf der Metallarbeiter wird von den Volksmassen unterstützt. In der Regierung zeigen sich Zersetzungserscheinungen. Benedito Marcilia, Regierungsvertreter bei den „Verhandlungen" mit den Kapitalisten, zerriß Ende März auf einer Kundgebung vor Fernsehkameras den ausgehandelten Vertrag. In allen Bereichen des öffentlichen Dienstes streiken die Beschäftigten seit Anfang April. Armeeoffiziere haben den Metallarbeitern ihre Unterstützung zugesichert. Die Angestellten von VW do Brasil, die nicht aktiv am Streik teilnahmen, sammelten für die Streikkasse an einem Tag 50000 Cruzeiros. Auf der Gewerkschaftskundgebung am 1. Mai in Sao Paulo, an der 200000 Arbeiter teilnahmen, rief Luis Inácio da Silva die Arbeiter auf, am 14. Mai den Streik wiederaufzunehmen, falls bis dahin die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt sind.

Die Automobilkapitalisten hatten bis Ende 1978 10000 Fahrzeuge auf Halde produzieren lassen, bei einem jährlichen Absatz von 1,05 Mio. Jetzt sind ihre Läger leer. Bereits der 15tägige Streik im März habe ihnen Verluste von 400 Mio. $ eingebracht, klagen sie. Die Konkurrenz unter den imperialistischen Automobilkonzernen um den brasilianischen Markt tobt. Die Aussichten, durch den geschlossenen Streikkampf der Metallarbeiter der Lohnsenkung für die gesamte brasilianische Arbeiterklasse entgegenzuwirken, sind günstig.



Passat-Produktionshalle bei VW do Brasil. Anfang 1979 hat sich VW mit ⅔-Mehrheit bei Chrysler eingekauft und produziert jetzt auch LKWs.

Türkei: Streik bei Pirelli, Good-Year, Uni-Royal

z.güv. In der Türkei sind die Arbeiter der drei imperialistischen Autoreifenfirmen Pirelli, Good-Year und Uni-Royal in den Streik getreten, nachdem die Forderung ihrer Gewerkschaft nach 80% Lohnerhöhung abgelehnt worden ist. Die imperialistischen Konzerne beherrschen Fahrzeugindustrie und Zulieferbetriebe der Türkei und machen seit Jahren hohe Profite. Die westdeutschen Konzerne Daimler-Benz, Hanomag, Klöckner-Humboldt-Deutz, Bosch usw. lassen Fahrzeuge und Fahrzeugteile in der Türkei montieren, um das niedrige Lohnniveau zu nutzen. Der durchschnittlich rücktransferierte Anteil der Gewinne betrug zwischen 1952 und 1977 über 50%. Für die türkischen Volksmassen stiegen die Lebenshaltungskosten ständig an. Von 1963 bis 1976 sind die Lebensmittelkosten in Ankara um 374% gestiegen, die Kosten für Beheizung und Beleuchtung um 332% und für Bekleidung um 422%. Fleisch wurde gar um 522% teurer. Innerhalb eines Jahres stiegen die Kosten um weitere 78,90% bzw. 58%, Fleisch um 161%. Die Lebenshaltungskosten insgesamt erhöhten sich in Ankara von 1976 bis 1977 um 68%. 1978 schnellten die Kosten weiter rasant in die Höhe: innerhalb der letzten Monate des Jahres allein um 60%, während die Löhne nur um 7% stiegen.

Fiat-Arbeiter erzwingen Rücknahme von Aussperrung

z.erm.Rom. Mit der Aussperrung von insgesamt 16000 Arbeitern im Hauptwerk Turin-Mirafiori haben die Fiat-Kapitalisten am 2. Mai versucht, den Kampf der 200 Arbeiter der Endfertigung, die seit Wochen Aktionen für Neueinstellungen und gegen Überstunden durchgeführt hatten, niederzuschlagen. Am 17.4. hatten die Kapitalisten 5000 Beschäftigte des Karosseriewerks ausgesperrt, weil es wegen eines Streiks der Endfertigung keine Arbeit mehr gäbe. Als die Arbeiter der Endfertigung die Überstunden und Bearbeitung von in Sonderschichten hergestellten Autos verweigerten, wurde am 2. Mai die halbe Belegschaft in unbezahlten Zwangsurlaub geschickt. Gewerkschaft und Fabrikrat organisierten daraufhin Demonstrationen auf dem Werksgelände, Streikposten hinderten die leitenden Angestellten am Zugang zum Betrieb. Am 3. Mai streikte die Belegschaft zwei Stunden. 5000 Arbeiter führten eine Demonstration auf dem Werksgelände durch. Daraufhin sahen sich die Fiat-Kapitalisten gezwungen, die Aussperrung zurückzunehmen und am gleichen Tag Verhandlungen mit dem Fabrikrat aufzunehmen. Eine „Aufstockung des Personals" für die Endfertigung mußten die Kapitalisten bereits zusagen. Auf einer Betriebsversammlung beschloß die Belegschaft über das Vorgehen in den Verhandlungen und forderte die Arbeiter der Endfertigung auf, weiterhin die Überstunden zu verwei-

insgesamt 16000 Arbeitern im Hauptwerk Turin-Mirafiori haben die Fiat-Kapitalisten am 2. Mai versucht, den Kampf der 200 Arbeiter der Endfertigung, die seit Wochen Aktionen für Neueinstellungen und gegen Überstunden durchgeführt hatten, niederzuschlagen. Am 17.4. hatten die Kapitalisten 5000 Beschäftigte des Karosseriewerks ausgesperrt, weil es wegen eines Streiks der Endfertigung keine Arbeit mehr gäbe. Als die Arbeiter der Endfertigung die Überstunden und Bearbeitung von in Sonderschichten hergestellten Autos verweigerten, wurde am 2. Mai die halbe Belegschaft in unbezahlten Zwangsurlaub geschickt. Gewerkschaft und Fabrikrat organisierten daraufhin Demonstrationen auf dem Werksgelände, Streikposten hinderten die leitenden Angestellten am Zugang zum Betrieb. Am 3. Mai streikte die Belegschaft zwei Stunden. 5000 Arbeiter führten eine Demonstration auf dem Werksgelände durch. Daraufhin sahen sich die Fiat-Kapitalisten gezwungen, die Aussperrung zurückzunehmen und am gleichen Tag Verhandlungen mit dem Fabrikrat aufzunehmen. Eine „Aufstockung des Personals" für die Endfertigung mußten die Kapitalisten bereits zusagen. Auf einer Betriebsversammlung beschloß die Belegschaft über das Vorgehen in den Verhandlungen und forderte die Arbeiter der Endfertigung auf, weiterhin die Überstunden zu verwei-gern.

Frankreich: Kampf um Einheit gegen den Stahlplan

z.jon.Paris. Der Streik für 300 F für alle gleich im „Paradestahlwerk" in Fos ist am 9.5. ergebnislos unterbrochen worden. Bei Usinor-Dünkirchen hatten die Arbeiter die Arbeit schon Ende April wieder aufgenommen. Die Kapitalisten hatten die Einheit der Belegschaften durch Aussperrung spalten und sie von den Kämpfen in der übrigen Stahlindustrie isolieren können. Lohnraub und Verschärfung der Ausbeutung ist ebenso Bestandteil des Stahlplans der französischen Imperialisten wie die geplanten 27000 Entlassungen. Die revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer wollen den Kampf gegen den Stahlplan ausschließlich als Kampf „für die Erhaltung von Arbeitsplätzen" führen. Die Niederlage der Arbeiter von Fos und Dünkirchen im Lohnkampf erleichtert den Kapitalisten die Durchsetzung der Massenentlassungen in Lothringen und Nordfrankreich. – Am 23.4. traten die Arbeiter in der Stahlproduktion von Usinor-Longwy in den Streik, als die Kapitalisten begannen, die Stillegung eines Stahlwerks einzuleiten. Tausende vertrieben am 7.5. die Polizei, die den Streik gewaltsam brechen wollte. Dennoch wurde er am 10.5. abgebrochen. Nachdem die Kapitalisten den Lohn um ein Drittel gekürzt hatten, konnte der Streik in der ganzen Belegschaft isoliert vom Lohnkampf nicht aufgebaut werden. – Die Belgschaft des Hochofens 2 in Fos hat am 11.5. den Streik für 300 F wieder aufgenommen.

---

die Patienten „umsorgen, wozu das im oft überbelegten Krankenhaus nicht selten überbeanspruchte Pflegepersonal beim besten Willen keine Zeit finden kann." Und die Leiterein des Neuwieder Arbeitsamtes erklärte, daß diese neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahme mal als Modell dienen könne. Das Arbeitsamt Hannover hat der Medizinischen Hochschule (MHH), dem größten Krankenhaus am Ort, 20 „schwer vermittelbare" arbeitslose Frauen zur Verfügung gestellt. Mit 20-Stunden-Verträgen für 6 Monate, bei weit geringerem Lohn als das übrige Pflegepersonal. Die Personalversammlung der MHH lehnte das Vorhaben ab, die Personalräte haben der Einstellung nicht zugestimmt. – Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit eine Untersuchung ausgearbeitet, nach der die offenen Stellen im Pflegebereich der Krankenhäuser bis 1985 auf 60000 anwachsen werden. Scheinbar wird dem Kampf der Beschäftigten nach mehr Planstellen nachgegeben, vorbereitet wird ein gemeines Manöver. Ein Punkt dabei sind die ABM Maßnahmen.

z.kam. **Das Krankschreiben durch die Kassenärzte koste die Kassen zuviel.** Knapp drei Viertel der „durch die Tätigkeit eines praktischen oder Allgemeinarztes entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten entfallen auf den Kostenfaktor ‚Arbeitsunfähigkeit' " (Deutsches Ärzteblatt, 3.5.79). 10% dieser Kosten nehmen Arzneiverordnungen ein und nur je knapp 8% entfallen auf stationäre Behandlung bzw. Krankenhauseinweisungen. Die „Ausfallkosten durch Arbeitsunfähigkeit" werden für 1978 allein mit 40 Milliarden DM angegeben. Die Kassenverbände starten im Sinne „volkswirtschaftlicher" Kostendämpfung eine Kampagne wider unverantwortliches Krankschreiben durch die Kassenärzte. Die Tatsache, daß „der Patient selbst Wert darauf legt, nicht krankgeschrieben zu werden" (Der niedergelassene Arzt 13/79), also der ökonomische Zwang für viele Lohnabhängige, trotz Krankheit weiterarbeiten zu müssen, – so sanken die durchschnittlichen Arbeitsunfähigkeitstage je krankgeschriebenem Arbeiter von 22,5 (1969) auf 18,7 (1976) bei zunehmendem Verschleiß der Arbeitskraft –, nutzen die Krankenversicherungen aus und machen Druck auf die Kassenärzte, weniger krankzuschreiben.

z.arh. **Sorge drückt die Bourgeoisie ob der „jugendlichen Realitätsflucht" in die sogenannten Jugendsekten.** „Tiefgreifende Sozialisationsdefizite usw." seien die Ursachen. Die Bundesregierung gibt in der Drucksache 8/2790 Auskunft über die „neueren Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften". Das Spitzel- und Polizeiwesen funktioniert, so eine Panne wie im Herbst 1978 in Guyana soll der westdeutschen Bourgeoisie nicht passieren. Dort hatten sich 900 Anhänger der Volkstempelsekte umgebracht, im Testament wurden die Sozialimperialisten bedacht. Die Bundesregierung denkt weiter und sieht in den Sekten nur einen Teilaspekt der Formen „gesellschaftlicher Verweigerung". Religion als mystischer Schleier über der Ausbeutung ist notwendig. Mag sich ein Bourgeois auf Kosten der Jugendlichen mit diesem Dreh Millionen zusammenraffen, das fällt unter Freiheit. Anders, wenn mit dieser Verweigerung Tausende von Jugendlichen versuchen, sich der Ausbeutung zu entziehen – das erfordert Staatseingriff. Mit weiteren Broschüren will die Regierung Aufklärung verbreiten. Auskunft über die bisherigen Forschungsmethoden erteilt die Bundesregierung nicht; auch ob die Jugendpolizei verpflichtet ist, einige Dutzend Anhänger von diesem oder jenem Guru zu stellen, ist nicht bekannt.

Kostendämpfung an der Orthopädie Heidelberg

Kürzung der Verweildauer, Intensivierung der Arbeit, Überstunden, Lohnsenkung

z.ans. 15 Beschäftigte der Orthopädischen Klinik in Heidelberg erklären in einem Leserbrief an das ÖTV-Magazin Ende 77: ,,... Vor der letzten Bundestagswahl hat Bundeskanzler Schmidt bereits das Motto für das Kostendämpfungsgesetz genannt, als er sagte: ,Die Krankenkassen müssen wieder zu Kapitalgebern werden.' Dazu wird den krankenversicherten Arbeitern und Angestellten immer mehr Geld aus der Tasche gezogen, und wir als Beschäftigte im Gesundheitswesen sollen zur Durchsetzung dieses Gesetzes auch noch beitragen. Wir sind dagegen und fordern den Personalrat und die ÖTV auf, etwas zu unternehmen. Im Novemberheft des ÖTV-Magazins stand eine unserer Meinung nach vollkommen richtige Forderung ...: ,Die Versicherten sollen deshalb die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger allein übernehmen; dies gilt insbesondere für die gesetzlichen Krankenkassen, die zu umfassenden Einrichtungen der Gesundheitssicherung werden müssen.'''

Kostensenkung! Wirtschaftlichkeit! Kürzung der Verweildauer! Sparen! Das sind die Schlachtrufe der dienstherrlichen Meute, mit denen sie die Kosten der kranken Lohnabhängigen senken und somit den Wert ihrer Ware Arbeitskraft überhaupt drücken will. Die Auswirkungen dieses Angriffs sind tägliche Erfahrungen an den Krankenhäusern. Oktober 77: Oberarzt Schöning an der Orthopädie, zuständig für die Klinikapotheke, gibt die Anordnung, daß jede Medikamentenbestellung außer von der Schwester noch vom Stationsarzt gegengezeichnet werden muß; Begründung: Der Medikamentenaufwand sei enorm gestiegen, die Schwestern würden zuviel mitnehmen. Die Medikamente, die bestellt werden können, werden von ca. 250 auf 63 reduziert. Schöning überprüft persönlich das Bestellheft jeder einzelnen Station, was ihm nicht paßt, wird dick mit Rotstift durchgestrichen, darunter: ,,Führt die Apotheke nicht.'' Einmal rückte auf Drängen des Stationsarztes Schöning für einen Schwerkranken ein besonderes Antibiotikum heraus, rief aber schon zwei Tage später die Stationsschwester an: ,,Ist der Mann schon gestorben? Na ja, wenn der dann stirbt, schicken Sie bitte das Anabactyl sofort wieder zurück, damit es nicht verfällt.'' Medikamente, deren Verfallsdaten längst überschritten sind, sollen trotzdem weitergegeben werden.

Verwaltungsdirektor Münch läßt die Essensbestellungen der Station täglich mit der angegebenen Patientenzahl vergleichen und erneuert die Anordnung, daß dem Personal bei Strafe verboten sei, auf den Stationen zu essen, denn: aus dem Verkauf der Abfälle soll auch noch Profit geschlagen werden. Persönlich führt er Streifzüge auf Station durch. Der Aufwand für Lebensmittel im Klinikhaushalt sinkt: 1970 6,2%, 1974 4,1%, 1978 3,5%. Die Patienten sind gezwungen, sich von ihren Verwandten Lebensmittel mitbringen zu lassen.

Möglichst viele Patienten möglichst schnell durch die Mühle der Krankenhausbehandlung zu schleusen, das ist die ausgegebene Leitlinie des Dienstherrn. Ansetzen tut er vor allem dort, wo er meint, die Beschäftigten durch Ausstreuen von Ideologie einnebeln zu können: so werden Kinder mit noch nicht verheilten Wunden und nicht gezogenen Fäden nach Hause geschickt: ,,Hospitalisierung des Kindes'' schade mehr als frühe Entlassung. Die durchschnittliche Verweildauer kann so von 31,3 Tagen 1973 auf 26,2 Tage 1977 gesenkt werden. Von 1975 bis 1978 konnte der Dienstherr eine Erhöhung der ,,Auslastung der Krankenbetten'' von 82% auf 85% durchdrücken, in der Querschnittsgelähmtenabteilung gar auf über 100%. Für die Patienten heißt das Zusammenpferchen in kleinen Zimmern, weniger Luft.

Der entscheidende Hebel zur Durchsetzung der Kostendämpfung an den Krankenhäusern ist die Senkung des Lohns der dort Beschäftigten und die Herauspressung von Mehrarbeit. Der Knüppel, den der Dienstherr dazu nutzt, ist das besondere Dienstrecht. Der Angriff auf den Wert der Ware Arbeitskraft der Beschäftigten wird verschleiert als ,,notwendiger Dienst am Patienten''.

Die Entwicklung der nichtbesetzten Stellen an der Orthopädie: Dezember 74 waren 57 Stellen von 765 Soll-Stellen nicht besetzt, 1978 145,87 von 1028. Für die Beschäftigten bedeutet das Intensivierung der Arbeit, Mehrarbeit und Überstunden. Durch die Senkung des Durchschnittsbruttolohns an der Orthopädie von 2066 DM 1975 auf 2044 DM 1978 ist der Zwang zur Überstundenarbeit gewachsen. In der Krankengymnastik-Abteilung der Querschnittsgelähmten-Abteilung wurden 77 insgesamt 3500 Überstunden erzwungen, 1978 4400. Die Folgen sind, daß, da Überstunden durch ,,Überstundenfrei'' abgegolten werden, die anderen die Arbeit mitmachen müssen. Die Arbeit von 10,56 Stunden wird so auf einen 8stündigen Arbeitstag zusammengepreßt. Ab der 2. Woche des Jahres 79 waren tagsüber in der Abteilung: 2. Woche 60% der Beschäftigten, 3. Woche 80%, 4. Woche 90%, 5. Woche 20%, 6. Woche 40%, 7. Woche 60%, 8. Woche 50%, 9. Woche 50%, 10. Woche 50%.

Dort, wo durch die Nichtbesetzung der Planstellen, das Loch auch durch Überstundenauspressung nicht zu stopfen ist, werden billigste studentische Tagelöhner eingesetzt, für 7,77 DM brutto die Stunde. In der Querschnittsgelähmtenabteilung ist die Zahl der Aushilfsstunden von April 78 auf April 79 von 698 auf 1638 angestiegen. Weitere Spaltungslinien zieht der Dienstherr durch den Einsatz von Krankenpflegeschülern und Zivildienstpflichtigen: Auf einer Station waren z.B. im März 79 65% von Planstellen, 20% von Zivildienstpflichtigen und Schülern und 15% von Teilzeitbeschäftigten besetzt.

50% der Beschäftigten arbeiten in Schichtdienst, 15% machen zusätzlich zu ihrem normalen Dienst Bereitschaftsdienst und Wochenenddienst. Untersucht man, was die Schwestern in der Nacht machen müssen, kommt heraus: 80% der anfallenden Arbeit, wie Tupfer legen, Waschschüsseln richten, Patienten waschen, routinemäßige Temperatur- und Kreislaufkontrolle, sind nicht in der Nacht notwendig. Wenn diese Arbeit am Tag gemacht würde, müßten 1 – 2 Schwestern zusätzlich eingestellt werden. 1 – 2 Schwestern mehr pro Station bedeuten für den Dienstherrn Mehrausgaben von ca. 450000 DM, die er jetzt auf Kosten der Beschäftigten einspart. Ein Tagesablauf einer Schwester bei Nachtarbeit sieht so aus: 19.30 – 6.00 arbeiten, Wegzeit 1 Stunde, Einkaufen, Hausarbeit, Körperpflege usw. 3 – 4 Stunden, zusätzlich 2 Stunden ,,Leerzeit'' z.B. von 6.30 – 8.30 (erst dann ist es möglich, einzukaufen, Kinder in die Schule zu bringen), zusammengerechnet wären das 17 Stunden.

Die Zeit zum Schlafen muß noch aufgeteilt werden, weil Dinge wie zum Arzt gehen, aufs Amt oder zur Bank, immer an bestimmte Zeiten gebunden sind. Freizeit, Sport und Erholung sind nicht drin. Die Beschäftigten unterliegen einem beständigen Wechsel ihres Lebensrhythmus. Nur 37% der Arbeitszeit in einem Schichtzyklus von 12 Wochen, das sind 172 Stunden, werden in der Zeit eines Normalarbeitstages (8.00 – 17.00) geleistet.

Durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz müssen die Pflegesätze alle ,,Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Krankenhauses'' decken. Sie werden halbjährlich zwischen der Krankenhausverwaltung und den Kassenvertretern ausgehandelt. Im Rahmen der Überprüfung dieser Art von Wirtschaftlichkeit wurden vom Dienstherrn alle Möglichkeiten ausgekundschaftet, um den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken: Über ein halbes Jahr müssen die Beschäftigten Nachweisbögen über jede Stunde ihres Arbeitstages führen; Ziel: Senkung der Pauschalen für die Bereitschaftsdienste und der Lohnzuschläge für den Umgang mit gesundheitsgefährdenden Stoffen. Drei Putzfrauen und drei Arbeiter wurden bereits runtergruppiert.





Die Beschäftigten der Universitätsklinik Heidelberg erhoben am 1. Mai die Forderungen: ,,Ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag'' und ,,Verbot der Nacht-, Schicht-, Überstunden- und Teilzeitarbeit''. Der Widerstand der Beschäftigten gegen die Versuche des Dienstherrn, die Putzfrauen in private Putzfirmen zu drücken, zwang den sozialdemokratischen Personalrat am 1. Mai zu fordern: ,,Keine Privatisierung am Klinikum!''

Italien: Und jetzt auch noch ,,Selbstreglementierung''
Erfahrungen der Krankenhausbeschäftigten im Kampf gegen Lohnsenkung und Rationalisierung
z.ulg.Rom. Als wären die Kampfbedingungen an den Krankenhäusern
alle die Reduzierung des Personals zu spüren, jedoch die Hilfspfleger am
pflegern stehen knapp 40000 Vollausgebildete gegenüber.
tägliche Erfahrungen an den Krankenhäusern. Oktober 77: Oberarzt Schöning an der Orthopädie, zuständig für die Klinikapotheke, gibt die Anordnung, daß jede Medikamentenbestellung außer von der Schwester noch vom Stationsarzt gegengezeichnet werden muß; Begründung: Der Medikamentenaufwand sei enorm gestiegen, die Schwestern würden zuviel mitnehmen. Die Medikamente, die bestellt werden können, werden von ca. 250 auf 63 reduziert. Schöning überprüft persönlich das Bestellheft jeder einzelnen Station, was ihm nicht paßt, wird dick mit Rotstift durchgestrichen, darunter: ,,Führt die Apotheke nicht.'' Einmal rückte auf Drängen des Stationsarztes Schöning für einen Schwerkranken ein besonderes Antibiotikum heraus, rief aber schon zwei Tage später die Stationsschwester an: ,,Ist der Mann schon gestorben? Na ja, wenn der dann stirbt, schicken Sie bitte das Anabactyl sofort wieder zurück, damit es nicht verfällt.'' Medikamente, deren Verfallsdaten längst überschritten sind, sollen trotzdem weitergegeben werden.
heißt das Zusammenpferchen in kleinen Zimmern, weniger Luft.
Der entscheidende Hebel zur Durchsetzung der Kostendämpfung an den Krankenhäusern ist die Senkung des Lohns der dort Beschäftigten und die Herauspressung von Mehrarbeit. Der Knüppel, den der Dienstherr dazu nutzt, ist das besondere Dienstrecht. Der Angriff auf den Wert der Ware Arbeitskraft der Beschäftigten wird verschleiert als ,,notwendiger Dienst am Patienten''.
Die Entwicklung der nichtbesetzten Stellen an der Orthopädie: Dezember 74 waren 57 Stellen von 765 Soll-Stellen nicht besetzt, 1978 145,87 von 1028. Für die Beschäftigten bedeutet das Intensivierung der Arbeit, Mehrarbeit und Überstunden. Durch die Senkung des Durchschnittsbruttolohns an der Orthopädie von 2066 DM 1975 auf 2044 DM 1978 ist der Zwang zur Überstundenarbeit gewachsen. In der Krankengymnastik-Abteilung der Querschnittsgelähmten-Abteilung wurden 77 insgesamt 3500 Überstunden erzwungen, 1978 4400. Die Folgen sind,





Die Beschäftigten der Universitätsklinik Heidelberg erhoben am 1. Mai die Forderungen: ,,Ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag'' und ,,Verbot der Nacht-, Schicht-, Überstunden- und Teilzeitarbeit''. Der Widerstand der Beschäftigten gegen die Versuche des Dienstherrn, die Putzfrauen in private Putzfirmen zu drücken, zwang den sozialdemokratischen Personalrat am 1. Mai zu fordern: ,,Keine Privatisierung am Klinikum!''

Italien: Und jetzt auch noch ,,Selbstreglementierung''

Erfahrungen der Krankenhausbeschäftigten im Kampf gegen Lohnsenkung und Rationalisierung

z.ulg.Rom. Als wären die Kampfbedingungen an den Krankenhäusern nicht schwierig genug! Die politische Unterdrückung, der tausendfache Aufschrei der gesamten Bourgeoismeute bei jeder Kampfaktion über die ,,Leiden der Kranken''. Zu all dem planen die bürgerlichen Führer der italienischen Gewerkschaften jetzt auch noch eine ,,Selbstreglementierung'' des Streikrechts: ,,Gewährleistung der unverzichtbaren Dienste'' sowieso; zehn Tage Vorankündigungsfrist vor jedem Streik, und vor allem: feierlicher Verzicht auf jeden unbefristeten, also jeden Streik bis zur *Durchsetzung* der Forderungen. Mit einem Angestellten des Mailänder Poliklinikums haben wir über die Kampferfahrungen und Aufgaben der italienischen Krankenhausbeschäftigten gesprochen.

Wie siehst Du heute, ein halbes Jahr nach der großen Streikbewegung an den italienischen Krankenhäusern, das Ergebnis dieser Streiks?

Auf organisatorischer Ebene ist von dieser Streikbewegung im Oktober nicht viel übriggeblieben. Die Kampfkomitees, die sich in dieser Zeit gebildet hatten – es waren zig in Krankenhäusern in ganz Italien –, arbeiten jetzt nicht mehr. Viele Beschäftigte haben sich gefragt: Wenn wir mit einem Monat Kampf nur 20000 Lire (44 DM) mehr haben erreichen können – also ein wirtschaftliches Ergebnis, das aber die Rationalisierung nicht aufhält –, was sollen wir dann tun, um diese Rationalisierung aufzuhalten.

Die Rationalisierung wird so vorangetrieben, daß sie die Beschäftigten spalten soll. Die Richtung geht dahin, eine ganze Reihe von Stellen in Stellen für vollausgebildete Pfleger umzuwandeln und gleichzeitig die Stellen für Hilfspfleger zu kürzen. Und so kriegen alle die Reduzierung des Personals zu spüren, jedoch die Hilfspfleger am meisten.

Heißt das, daß Aufgaben der Hilfspfleger von den Krankenpflegern übernommen werden?

Nein. Die Pflegerstellen nehmen zu, aber mit Sicherheit weniger, als die Hilfspflegerstellen abnehmen. Am Poliklinikum Mailand z.B. ist der Plan zur Änderung des Stellenplans – und der wird praktisch schon durchgesetzt –, bei zweitausend Personen die 600, 700 Hilfspflegerstellen um 100 zu kürzen und die Krankenpflegerstellen um 50 zu vermehren. Was ich sagen will, ist, daß die Rationalisierung nicht alle Lohngruppen in gleicher Weise trifft. Die Linie ist, die ,,Effizienz'' des Dienstes zu steigern und die Dienstaufsicht zu vermehren, die sogenannte Professionalität zu vergüten. Im letzten Jahr verdiente z.B. ein Hilfspfleger etwa 260000 Lire netto (620 DM), ein Allgemeinpfleger 290000 (690 DM), ein vollausgebildeter Pfleger 300000 (715 DM). Jetzt, mit Tariferhöhungen und Inflationszuschlägen: Hilfspfleger 320000 netto (720 DM), Allgemeinpfleger 350000 (785 DM), Vollausgebildete 380000 bis 390000 (854 – 876 DM). Die Differenz zwischen Vollausgebildeten und Allgemeinpflegern, früher 10000 Lire, beträgt jetzt 30000 bis 40000 Lire.

Tatsächlich machen die Hilfspfleger in den Krankenhäusern die Versorgung, d.h. sie werden als Hilfspfleger bezahlt, aber sie machen die Arbeit von Krankenpflegern. Hilfs- und Allgemeinpfleger, die nah beieinander liegen, machen zusammen über die Hälfte der Belegschaften aus. Das Verhältnis zwischen den Vollausgebildeten und den anderen ist eins zu fünf. Ungefähr 190000 Hilfs- und Allgemeinpflegern stehen knapp 40000 Vollausgebildete gegenüber.

Es hatte schon vor dem letzten Oktober eine ganze Reihe von Kämpfen gegeben: 1974 und 1976, als in zig Krankenhäusern für mehr Stellen gekämpft worden ist und gegen die Rationalisierung. Diese Kämpfe sind einer nach dem anderen unterdrückt worden. Das Problem dieser Kämpfe war, daß sie sich in den einzelnen Krankenhäusern entwickelten. Die neue Qualität der Bewegung im Oktober ist gerade gewesen, daß sie eine ganze Reihe von Krankenhäusern betroffen hat. Wir haben grob gerechnet, daß in verschiedenen Formen 70% der Krankenhäuser in Italien im Streik gewesen sind.

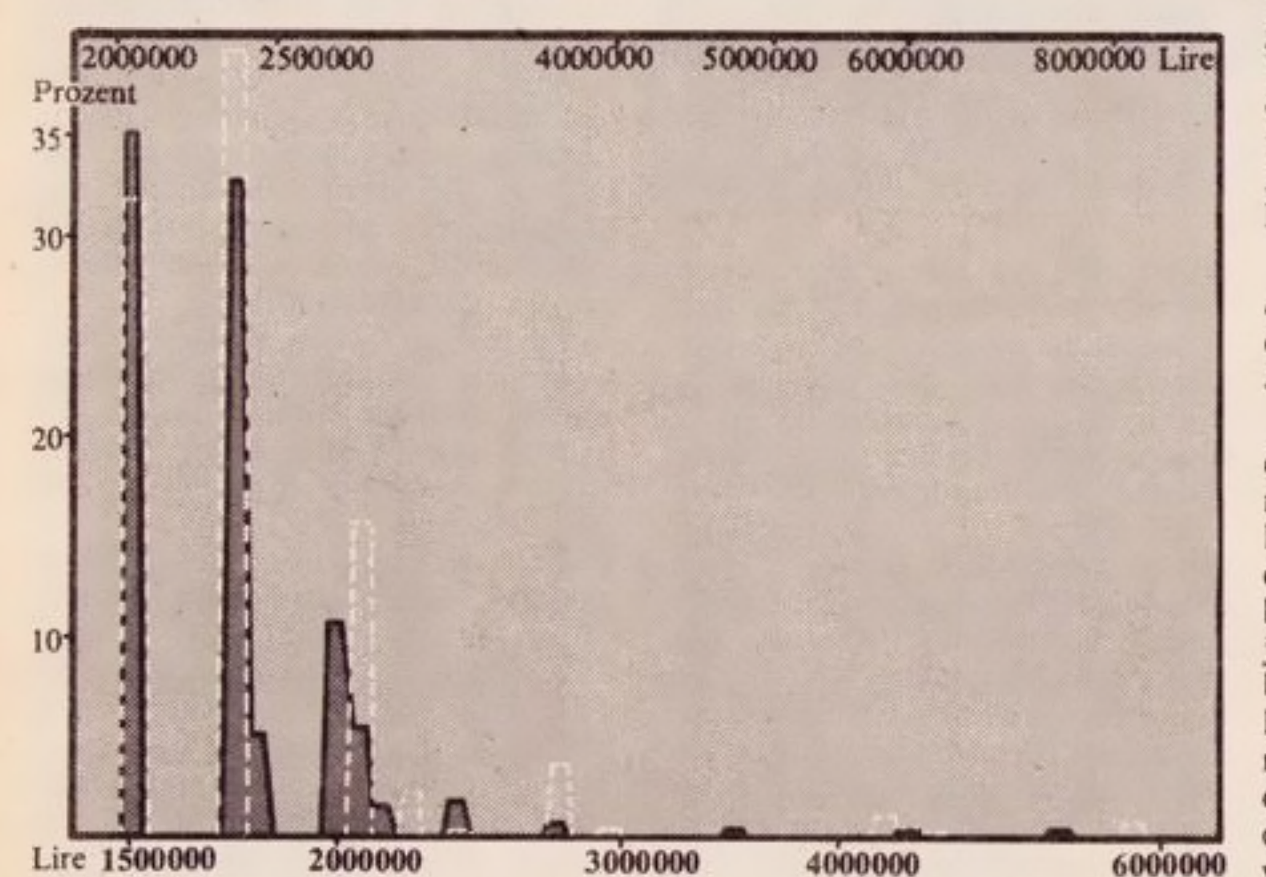
Zu Jahresbeginn ist das Gesetz über die ,,Reform des Gesundheitswesens'' in Kraft getreten. Wie wird sich das auf Eure Lage auswirken?

Was ist die Gesundheitsreform? Ein ganzer Gesetzesmechanismus, mit dem durch Konzentration der verschiedenen Einrichtungen versucht wird, die Gesundheitsausgaben innerhalb ganz bestimmter Grenzen zu halten. Wen trifft das? Es kann nur die Patienten aus dem Proletariat und die Beschäftigten treffen. Und die nächsten Schritte bei dieser Rationalisierung sollen gerade mit dem nächsten Tarifvertrag in diesem Jahr gemacht werden. Der letzte Tarifvertrag für die Gemeindearbeiter z.B. läßt schon ,,prekäre'' (befristete) Arbeitsverhältnisse zu, nämlich ,,rotierende'' Zeitverträge. D.h., es wird einer für sechs Monate eingestellt, dann kann er für ein Jahr nicht mehr eingestellt werden, dann wieder für sechs Monate usw.

Gibt es derartige ,,Arbeitsbeschaffung'' auch schon an den Krankenhäusern?



Wochenlang streikten im Herbst die italienischen Krankenhausbeschäftigten, trotz Militär- und Polizeieinsatz, Dienstverpflichtung und Aufrufen der eigenen Gewerkschaftsführer zum Streikbruch.

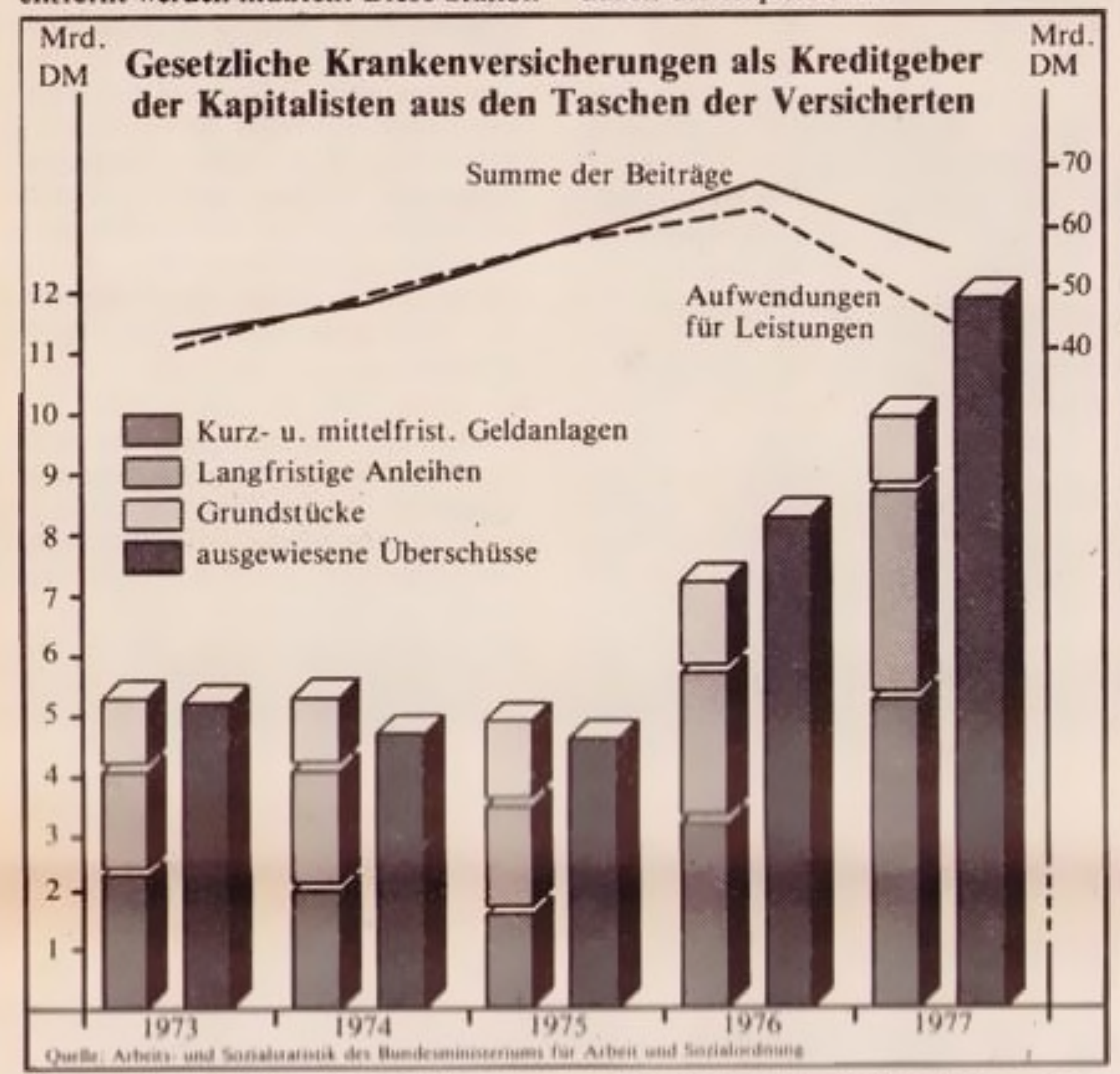


Das Schaubild zeigt die Verteilung der Grundlöhne an den italienischen öffentlichen Krankenhäusern vor und nach dem seit 1.10.78 geltenden neuen Lohnschlüssel. Das ärztliche Personal, für das vorher ein gesonderter Tarif galt, ist nur in der neuen, gestrichelt gezeichneten Verteilung enthalten. Der Vergleichbarkeit halber haben wir die Skalen so zueinander verschoben, daß sich die beiden ersten ,,Gipfel'' für die Hilfs- und die Allgemeinpfleger decken. Deutlich ist zu erkennen, wie die Kluft zwischen diesen und den Vollausgebildeten weiter aufgerissen worden ist.

Um diesen Vernichtungsfeldzug gegen die kranken Lohnabhängigen und den Angriff auf den Lohn und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten durchzusetzen, baut der Dienstherr die Dienstaufsicht aus: Im Oktober 77 wurde statt einer Oberin ein Pflegedienstbüro mit zwei Oberinnen und einer Sekretärin eingesetzt, dazu noch eine Hauswirtschaftsleiterin. Ende 77 wird ein Krankenhausbetriebsingenieur eingestellt, ein Krankenhausbetriebswirtschaftler ist im Stellenplan 79 bewilligt. Verwaltungsdirektor Münch wurde von BAT 2a auf BAT 1b befördert, für seine Verdienste in der Kostensenkung.

Gegen die Auswirkung der Kostendämpfungsgesetze werden an allen Fronten Kämpfe geführt. Einem Alkoholiker wurden im Juli 77 durch Oberarzt Schöning, mit der Begründung: „Der stirbt sowieso", alle Medikamente abgesetzt. Drei Schwestern, die verdächtigt wurden, dies an die Öffentlichkeit gebracht zu haben, sollte gekündigt werden, die Station wies die Androhung geschlossen zurück, sie mußte zurückgenommen werden, erreicht wurde auch, daß die Verwarnungen und die Spitzelberichte des Verfassungsschutzes aus den Personalakten entfernt werden mußten. Diese Station hat jetzt im Lohnkampf 79 zusammen mit der Forderung nach Festgeld und Mindestforderung die Forderung nach Null- und Nichtigerklärung der Ministerpräsidentenbeschlüsse gefordert. Auf den Kampf der Beschäftigten für die Besetzung aller Planstellen reagierte der Dienstherr im Herbst 78 mit der Versetzung einer Pflegehelferin, die besonders entschieden den Kampf geführt hatte. Die Beschäftigten der Abteilung lehnten die Versetzung entschlossen ab, versammelten sich zu ca. 25 im Stationszimmer und streikten zwei Stunden. Nur durch massive Drohungen mit Kündigung wegen Arbeitsverweigerung und Anzeige wegen unterlassener Hilfeleistung und vorsätzlicher Körperverletzung konnte der Streik zersetzt, die Pflegehelferin gekündigt werden.

Die Bourgeoisie nutzt ihre Herrschaft über das Versicherungswesen, um die Beschäftigten zu Vollstreckern ihres Kostendämpfungsprogramms zu machen und Mehrarbeit und Lohndruck ins Maßlose auszudehnen. Die Kämpfe der Krankenhausbeschäftigten müssen unter den politischen Forderungen zusammengefaßt werden: Selbstverwaltung der Versicherungen! Bezahlung aller Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten!



Die Gewinne der Krankenversicherungen – alles Gelder der Versicherten – werden kapitalbringend angelegt; so steht unter dem Posten „langfristige Anlagen" u.a.: „Guthaben bei Geldanstalten, Darlehen an öffentliche Unternehmungen, Hypotheken auf gewerblich genutzten Grundstücken, Anleihen des Bundes, der Länder und Gemeiden".

An den Krankenhäusern hat das offiziell noch nicht angefangen, aber praktisch gibt es das, auch wenn noch keine tarifliche Regelung existiert. Bei der Gemeinde Mailand, wo der Tarifvertrag das zuläßt, gibt es nach nur zwei Jahren auf 25000 Beschäftigte schon 4000 „Prekäre".

sind, sich selbst ein Reglement für die eigenen Kampfformen zu schaffen.

Im Vorschlag der Gemeindearbeitergewerkschaft für die Selbstreglementierung steht, der unbefristete Streik entspreche nicht den Gebräuchen der italienischen Arbeiterbewegung. Bedeutet das nicht, auf das wirksamste

Mrd. DM
Aufwendungen für Leistungen
Kurz- u. mittelfrist. Geldanlagen
Langfristige Anleihen
Grundstücke
ausgewiesene Überschüsse
1973 1974 1975 1976 1977
Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

Die Gewinne der Krankenversicherungen – alles Gelder der Versicherten – werden kapitalbringend angelegt; so steht unter dem Posten „langfristige Anlagen" u.a.: „Guthaben bei Geldanstalten, Darlehen an öffentliche Unternehmungen, Hypotheken auf gewerblich genutzten Grundstücken, Anleihen des Bundes, der Länder und Gemeiden".

An den Krankenhäusern hat das offiziell noch nicht angefangen, aber praktisch gibt es das, auch wenn noch keine tarifliche Regelung existiert. Bei der Gemeinde Mailand, wo der Tarifvertrag das zuläßt, gibt es nach nur zwei Jahren auf 25000 Beschäftigte schon 4000 „Prekäre".

Die Regierung hat versucht, mit verschiedenen Unterdrückungsmaßnahmen, Einsatz von Militär, Dienstverpflichtung, Verhaftungen, die Streikbewegung niederzuschlagen.

Als die Streiks eine gewisse Ausdehnung erreicht hatten, gab es den Versuch der Dienstverpflichtung. Aber wenn die Dienstverpflichtung von einer großen Masse zurückgewiesen wird, d.h. wenn nach der Verpflichtung durch den Präfekten, an die Arbeit zurückzukehren, praktisch alle der Aufforderung nicht folgen, müssen sie entweder alle in den Knast stecken oder... Jetzt stellt sich die Frage breiter und allgemeiner, nämlich die Frage der Reglementierung oder Selbstreglementierung, eine Selbstreglementierung, die die Gewerkschaft selber machen soll und die den Beschäftigten eine Reihe von Schranken bei den Kämpfen auferlegt. Aber auch hier kommt der Moment: Wenn die Selbstreglementierung nicht akzeptiert wird, wenn sie nicht die Zustimmung der Beschäftigten hat, was wollen sie dann machen?

Die letzte Frage haben wir auch dem Sekretär der Krankenhausgewerkschaft der UIL Fiordiliso gestellt.

Fiordiliso: Wenn die italienische Gewerkschaftsbewegung so verbitterte Kampfformen wählen würde, daß der Einsatz von Polizei und Dienstverpflichtung provoziert wird, würden wir sicherlich denjenigen in die Hände arbeiten, die versuchen, Bedingungen für das Eingreifen der Polizei zu schaffen, für Dienstverpflichtung, für gesetzliche Reglementierung des Streikrechts. Wir meinen, daß die Gewerkschaften und dann die Werktätigen in der Lage

sind, sich selbst ein Reglement für die eigenen Kampfformen zu schaffen.

Im Vorschlag der Gemeindearbeitergewerkschaft für die Selbstreglementierung steht, der unbefristete Streik entspreche nicht den Gebräuchen der italienischen Arbeiterbewegung. Bedeutet das nicht, auf das wirksamste

Mittel der Gewerkschaftsbewegung zu verzichten, nämlich zu streiken, bis die Forderungen durchgesetzt sind?

In der Tat. Ich persönlich meine, daß die Werktätigen, die Vertrauensleute und die Gewerkschaftsführer von Fall zu Fall die Kampfbedingungen einschätzen müssen. Es kann Kampfbedingungen geben, die nur ganz kurze Arbeitskämpfe erfordern. Es kann aber auch Bedingungen geben, wo nichts anderes übrig bleibt als der frontale Zusammenstoß, um zu sehen, wer zuerst nachgeben muß.

Sie haben sich auf diese Selbstreglementierung eingelassen, weil sie angeblich eine gesetzliche Einschränkung des Streikrechts verhindern kann. Ganz abgesehen von der Democrazia Cristiana, auf dem letzten PCI-Parteitag hat Berlinguer auf Eile bei der Selbstreglementierung gedrängt, damit dann „das Parlament entscheiden kann, ob und durch welche Lösungen die breiteste Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Entscheidungen gewährleistet werden kann".

Sowie die Perspektive einer direkten Beteiligung der Kommunistischen Partei an der Regierung näherrückt, vertritt die Kommunistische Partei selbst Auffassungen, die schon immer die der DC und der Regierungsparteien in unserem Land waren. Als Gewerkschaftsbewegung lehnen wir jede gesetzliche Reglementierung und überhaupt jede Reglementierung außer durch freie Entscheidung der Gewerkschaften auf das entschiedenste ab.

Ist das die Position der ganzen Gewerkschaftsbewegung?

Bis zum Erweis des Gegenteils, ja.



z.jon.Paris. Am 17.5. beginnen in Frankreich Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften CGT, CFDT und FSN (Lehrer) fordern einen Mindestlohn von 2800 F (jetzt unter 2400 F), 400 F für alle, Vereinfachung des Lohngruppenschlüssels (s. KVZ 14/79), 35-Stundenwoche, feste Einstellung von nicht auf Planstellen Beschäftigten. Die Gewerkschaften rufen für den 17.5. zu Streiks und Demonstrationen im ganzen Land auf. An den Krankenhäusern wird die Angleichung der Arbeiterlöhne an die der übrigen Beschäftigten und die Einbeziehung der Putzkräfte in den Tarifvertrag gefordert. Die Belegschaften fordern Neueinstellungen im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung. Das Personal des Krankenhauses Montreuil kämpft mit einem „Verwaltungsstreik" – Boykott der Abrechnungen für Leistungen – gegen die Streichung von Prämien und für 150 Neueinstellungen.

Versicherungskassen in der Hand der Bourgeoisie – Spaltungsinstrumente gegen die Arbeiter

z.rül.London. 1946 hat die britische Finanzbourgeoisie mit dem Gesetz über den Nationalen Gesundheitsdienst (NHS) das bis dahin zersplitterte Gesundheitswesen der direkten Kontrolle des Gesundheitsministers unterstellt. Die Einnahmen und Ausgaben für das Gesundheitswesen wurden in einem „National Insurance Fond", einem Nationalen Versicherungsfonds, zentralisiert. In diesen fließen seitdem die Versicherungsgelder der Lohnabhängigen sowie die Beiträge, die die Kapitalisten zahlen müssen. Umgekehrt werden hieraus die Ausgaben für das Gesundheitswesen gezahlt wie auch für Arbeitslose, Rentner etc.

Steigerung der Versicherungszahlungen, vor allem aber Kürzung der Ausgaben und scharfe Rationalisierungen in den Krankenhäusern haben diesen Fonds zu einer sprudelnden Einnahmequelle der Finanzbourgeosie gemacht. Die jährlichen Überschüsse stiegen von 46,762 Mio. Pfund (1968/69) um *6–823%* auf 3,237 Mrd. Pfund 1976/77 (ca. 13 Mrd. DM), die Einnahmen von 2,408 Mrd. Pfund um 394% auf 11,886 Mrd. Pfund (ca. 40 Mrd. DM). In diesem Jahr zahlen die Lohnabhängigen 6,5% ihres Lohns in den Fonds, die Kapitalisten weitere 13,5%. Die Kontrolle dieses Fonds durch die Regierung ist für die Finanzbourgeoisie ein wirksames Mittel zur Isolierung der Krankenhausbelegschaften.

Seit Anfang der 70er Jahre haben die Lohnabhängigen im Gesundheitswesen im wachsenden Umfang mit Streiks

Gesundheitswesen der direkten Kontrolle des Gesundheitsministers unterstellt. Die Einnahmen und Ausgaben für das Gesundheitswesen wurden in einem „National Insurance Fond", einem Nationalen Versicherungsfonds, zentralisiert. In diesen fließen seitdem die Versicherungsgelder der Lohnabhängigen sowie die Beiträge, die die Kapitalisten zahlen müssen. Umgekehrt werden hieraus die Ausgaben für das Gesundheitswesen gezahlt wie auch für Arbeitslose, Rentner etc.

Steigerung der Versicherungszahlungen, vor allem aber Kürzung der Ausgaben und scharfe Rationalisierungen in den Krankenhäusern haben diesen Fonds zu einer sprudelnden Einnahmequelle der Finanzbourgeosie gemacht. Die jährlichen Überschüsse stiegen von 46,762 Mio. Pfund (1968/69) um 6–823% auf 3,237 Mrd. Pfund 1976/77 (ca. 13 Mrd. DM), die Einnahmen von 2,408 Mrd. Pfund um 394% auf 11,886 Mrd. Pfund (ca. 40 Mrd. DM). In diesem Jahr zahlen die Lohnabhängigen 6,5% ihres Lohns in den Fonds, die Kapitalisten weitere 13,5%. Die Kontrolle dieses Fonds durch die Regierung ist für die Finanzbourgeoisie ein wirksames Mittel zur Isolierung der Krankenhausbelegschaften.

Seit Anfang der 70er Jahre haben die Lohnabhängigen im Gesundheitswesen im wachsenden Umfang mit Streiks

und Demonstrationen sich gegen die dauernden Lohnsenkungen zur Wehr gesetzt. Die Bewegung für die Beseitigung der Niedriglöhne, in denen im Gesundheitswesen nach den Gemeindearbeitern der größte Teil der Lohnabhängigen beschäftigt ist, ist unter ihnen besonders stark. Mit der Hetze, daß jeder Streik die Patienten schädige und zu höheren Versicherungszahlungen der übrigen Arbeiter führe, versucht die Finanzbourgeosie, sie zu isolieren. In diesem Frühjahr streikten erneut zehntausende von Krankenhausbeschäftigten gegen die dauernden Lohnsenkungen und zwangen die Regierung, ihre 5%-Lohnleitlinie, die schon durch die Streiks der Fordarbeiter und Lastwagenfahrer gebrochen war, endgültig aufzugeben. Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften führten diese Kämpfe einseitig als Kampf gegen Niedriglöhne und für die Anhebung des Mindestlohns auf 60 Pfund (ca. 240 DM). Ihre Parteibrüder im Parlament erklärten gleichzeitig, nun sollten die etwas besser verdienenden Arbeiter einmal für die weniger verdienenden etwas abgeben. Damit versuchen sie, die Industriearbeiter und die Belegschaften im Gesundheitswesen zu spalten. Mit einem Abschluß von 9% und der Zusage einer Vergleichbarkeitsstudie, die vielleicht zu weiteren Erhöhungen im August und im April nächsten Jahres führen würde, konnten sie die Bewegung noch einmal schlagen.

Jetzt plant die Finanzbourgeoisie einen erneuten Angriff auf das Streikrecht. In einer Unterhausdebatte Anfang März wurde die Forderung nach „Verzicht auf das Streikrecht" für Lohnabhängige im Gesundheitswesen,

daß jeder Streik die Patienten schädige und zu höheren Versicherungszahlungen der übrigen Arbeiter führe, versucht die Finanzbourgeosie, sie zu isolieren. In diesem Frühjahr streikten erneut zehntausende von Krankenhausbeschäftigten gegen die dauernden Lohnsenkungen und zwangen die Regierung, ihre 5%-Lohnleitlinie, die schon durch die Streiks der Fordarbeiter und Lastwagenfahrer gebrochen war, endgültig aufzugeben. Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften führten diese Kämpfe einseitig als Kampf gegen Niedriglöhne und für die Anhebung des Mindestlohns auf 60 Pfund (ca. 240 DM). Ihre Parteibrüder im Parlament erklärten gleichzeitig, nun sollten die etwas besser verdienenden Arbeiter einmal für die weniger verdienenden etwas abgeben. Damit versuchen sie, die Industriearbeiter und die Belegschaften im Gesundheitswesen zu spalten. Mit einem Abschluß von 9% und der Zusage einer Vergleichbarkeitsstudie, die vielleicht zu weiteren Erhöhungen im August und im April nächsten Jahres führen würde, konnten sie die Bewegung noch einmal schlagen.

Jetzt plant die Finanzbourgeoisie einen erneuten Angriff auf das Streikrecht. In einer Unterhausdebatte Anfang März wurde die Forderung nach „Verzicht auf das Streikrecht" für Lohnabhängige im Gesundheitswesen,

in der Elektrizitätsversorgung etc. mit dem Angebot einer jährlichen Lohnerhöhung in Höhe der Inflationsrate verbunden.

Wir fragen Alf Marshall, Vorsitzender der Gewerkschaft COHSE im Queen-Elizabeth-Kinderkrankenhaus in London, und Nobby Brackett, Sekretär der COHSE dort, was ihre Meinung sei zu der Behauptung der Regierung, durch ihre Streiks würden die Patienten leiden und sie sollten auf ihr Streikrecht verzichten.

Alf: Um im Gesundheitswesen zu streiken, muß schon etwas radikal falsch sein, weil – mir gefällt die Arbeit hier, und ich wäre sonst nicht hier... Nobby hatte seinen Enkel im Krankenhaus zu der Zeit, in unserem Krankenhaus, die Straße runter. Er wußte, dem Kind geht es gut, sonst wäre er selber dagewesen. Nein, wir sollten streiken, wenn etwas falsch ist. Das ist die ganze Sache, daß du ein Gewerkschaftsmitglied bist, deine Arbeit zu verweigern. (...) Irgendwer leidet immer irgendwo, und es ist bedauerlich, daß sie zu glauben scheinen, daß die Patienten leiden. Nun, wenn das der Fall ist, dann würde ich vorschlagen, daß sie ihre Finger rühren und sehen, daß die Sachen innerhalb des Gesundheitswesen ordentlich getan werden. (...) Andernfalls, wenn sie das nicht können, sollen sie sich mit dem Management streiten.

Was werdet ihr machen, wenn die Regierung die Vergleichbarkeitsstudie zu Fall bringt?

Nobby: Dann wird es viel Ärger geben.

Alf: Dann wird es Konfrontationen geben. Jetzt zahlen schon die Mitglie-

kretär der COHSE dort, was ihre Meinung sei zu der Behauptung der Regierung, durch ihre Streiks würden die Patienten leiden und sie sollten auf ihr Streikrecht verzichten.

Alf: Um im Gesundheitswesen zu streiken, muß schon etwas radikal falsch sein, weil – mir gefällt die Arbeit hier, und ich wäre sonst nicht hier... Nobby hatte seinen Enkel im Krankenhaus zu der Zeit, in unserem Krankenhaus, die Straße runter. Er wußte, dem Kind geht es gut, sonst wäre er selber dagewesen. Nein, wir sollten streiken, wenn etwas falsch ist. Das ist die ganze Sache, daß du ein Gewerkschaftsmitglied bist, deine Arbeit zu verweigern. (...) Irgendwer leidet immer irgendwo, und es ist bedauerlich, daß sie zu glauben scheinen, daß die Patienten leiden. Nun, wenn das der Fall ist, dann würde ich vorschlagen, daß sie ihre Finger rühren und sehen, daß die Sachen innerhalb des Gesundheitswesen ordentlich getan werden. (...) Andernfalls, wenn sie das nicht können, sollen sie sich mit dem Management streiten.

Was werdet ihr machen, wenn die Regierung die Vergleichbarkeitsstudie zu Fall bringt?

Nobby: Dann wird es viel Ärger geben.

Alf: Dann wird es Konfrontationen geben. Jetzt zahlen schon die Mitglie-

der unserer Gewerkschaftsgruppe freiwillig 50 Pence die Woche in einen Fond, Vorbereitung, falls, man weiß ja nie...



z.bag. Aarhus. Von 1970 bis heute wurde das Personal im dänischen Gesundheitswesen laufend verstärkt, dabei nahm aber die Zahl der Teilzeitbeschäftigten überproportional zu. Von 1975 (16806) bis 1976 (16582) wurde die Zahl der Krankenschwestern auch direkt reduziert. Für den Zeitraum danach schweigen sich die statistischen Ämter noch aus. Fest steht jedoch, daß 1978 Streiks und Demonstrationen für die Ausbildung und Anstellung von mehr Krankenschwestern stattfanden, und daß bei den großen Streiks der Beschäftigten der Öffentlichen Dienste während des diesjährigen Tarifkampfes die Krankenschwestern fast geschlossen teilnahmen. Die Lohnspreizung in diesem Bereich ist gewaltig: nach Angaben vom März 1979 verdienten Ärzte 215170 Kronen im Jahr, Krankenschwestern 72053.

Raumordnung im Ruhrgebiet: Basis preußischer Hegemonialpolitik

z.ere. Es erfordert schon einige Hirnverrenkungen, um den „Informationen zur politischen Bildung" folgen zu können, wenn es dort zur Raumordnung des Ruhrgebietes heißt: „... so ging die Entwicklung im Industrierevier Ruhrgebiet von der großräumigen Grünflächenplanung aus". Weniger blumig gingen die rheinischen Kapitalisten der Montanunion ins Geschäft, als sie 1912 eine Denkschrift vorlegten, die in Anlehnung an die Entwicklungspolitik für den Großraum Berlin einen Generalsiedlungsplan forderten, dem die sozialdemokratische Reichsregierung 1920 per Sondergesetz durch die Schaffung des „Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk" entsprach. Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten vor allem im Bereich der städtebaulichen Planung und des Verkehrs wurden diesem Verband übertragen. Eine bedeutende Voraussetzung nach „struktureller Ordnung ihres Wirtschaftspotentials" hatte die Reichsbourgeoisie damit vorerst erreicht, als Basis ihrer imperialistischen Expansionspolitik.

Der Bau von Straßen sowie die Stadtentwicklung im 18. Jahrhundert waren allenfalls geplante Beeinflussung räumlicher Strukturen und entsprachen vornehmlich den Bedürfnissen des handwerklichen Gewerbes wie des Handelskapitals. Erst die Entwicklung der kapitalistischen Industrie, die Zusammenballung gewaltiger Kapitalmassen machte eine zusammenfassende staatliche Raumordnungspolitik erforderlich. Die Gründung von Aktiengesellschaften in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, besonders im Bereich der rheinischen Montanindustrie, sprengte die lokalen Geldmärkte und absorbierte eine Vielzahl kleinerer lokaler wie auch ausländischer Kapitale. Hauptsächlich französisches, belgisches, holländisches und englisches Kapital beteiligte sich in dieser Frühphase des Kapitalismus an den 144 Mio. Talern, die zwischen 1850 und 1855 im Ruhrbergbau angelegt wurden. – Die neuen preußischen Berggesetze von 1851 ermöglichten einen wachsenden Abbau der rheinischen und oberschlesischen Erz- und Kohlevorkommen und im Gefolge eine rapide Bedarfszunahme von Industrieprodukten: Werksanlagen, Wohnungen, Straßen und Schienenwege, diese bildeten den zentralen Absatzmarkt für die Eisen- und Stahlindustrie. Ein gewaltiges Arbeiterheer aus entwurzelter bäuerlicher und handwerklicher Existenz wurde der brutalen Ausbeutung unterworfen. „Das Ruhrgebiet schwimmt im Geld", schwärmten die bürgerlichen Ökonomen von den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts. Die Reform der staatlichen Kredit- und Zinspolitik verschaffte den Ruhrkapitalisten zusätzlich erforderliche Kapitalmassen, um schon 1857 das französische, englische

massen machte eine zusammenfassende staatliche Raumordnungspolitik erforderlich. Die Gründung von Aktiengesellschaften in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, besonders im Bereich der rheinischen Montanindustrie, sprengte die lokalen Geldmärkte und absorbierte eine Vielzahl kleinerer lokaler wie auch ausländischer Kapitale. Hauptsächlich französisches, belgisches, holländisches und englisches Kapital beteiligte sich in dieser Frühphase des Kapitalismus an den 144 Mio. Talern, die zwischen 1850 und 1855 im Ruhrbergbau angelegt wurden. – Die neuen preußischen Berggesetze von 1851 ermöglichten einen wachsenden Abbau der rheinischen und oberschlesischen Erz- und Kohlevorkommen und im Gefolge eine rapide Bedarfszunahme von Industrieprodukten: Werksanlagen, Wohnungen, Straßen und Schienenwege, diese bildeten den zentralen Absatzmarkt für die Eisen- und Stahlindustrie. Ein gewaltiges Arbeiterheer aus entwurzelter bäuerlicher und handwerklicher Existenz wurde der brutalen Ausbeutung unterworfen. „Das Ruhrgebiet schwimmt im Geld", schwärmten die bürgerlichen Ökonomen von den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts. Die Reform der staatlichen Kredit- und Zinspolitik verschaffte den Ruhrkapitalisten zusätzlich erforderliche Kapitalmassen, um schon 1857 das französische, englische
und belgisch-holländische Kapital im Ruhrbergbau zu „nationalisieren". Damit konnte sich die preußische Hegemonialstellung in Norddeutschland durchsetzen und die Bildung eines vergrößerten, einheitlichen (wenn auch nicht staatlich fundierten) norddeutschen Wirtschaftsraums „garantieren". Die Achse Oberschlesien – Berlin – Ruhrgebiet führte zu einer „vollkommenen Kapitalentblößung des Südens". Das Ruhrgebiet wurde in ost-westlicher Richtung eisenbahnmäßig erschlossen und an die Trasse: Berlin-Breslau angeschlossen. Die Dichtigkeit des Eisenbahnnetzes (1910) lag im Ruhrgebiet weit über dem Reichsdurchschnitt. Auf je 1000 km Grundfläche hatte Westfalen 162,1 und Rheinland 161,2 km Eisenbahn, der Reichsdurchschnitt lag bei 109 km. Jährlich 20 Mio. RM wurden für den Ausbau des Kanalwesens und die Flußregulierung aufgewendet. 1869 wurde in Berlin der „Zentralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt" gegründet, der sich besonders dem Ausbau der Rhein- und Ruhrschiffahrt annehmen sollte. Für diese regulierten Wasserstraßen wurden eigens Schleppkähne entwickelt, die ersten aus Stahl, deren Tragfähigkeit beständig zunahm.

Galt in den Anfängen des 18. Jahrhunderts der Norden Deutschlands noch als verkehrsmäßig unerschlossen, hatte die Hegemonialpolitik Preußens die räumlichen Strukturen besonders im Montanbereich rapide entwickelt. Das Eisenbahn- und Kleinbahnnetz im Ruhrgebiet verband die lokalen Zentren zu einer der bedeutendsten Wirtschaftsregionen des deutschen Imperialismus und bildeten eine besondere Basis für dessen räuberische Expansionspolitik.

Ruhrgebietskonferenz: Angriffsplan gegen den Lohnstandard

„Zu viele Facharbeiter im Montansektor" / Ausdehnung der Frauen- und Teilzeitarbeit

z.löh. Um „Strukturpolitik" für das Ruhrgebiet ging es letzte Woche in Castrop-Rauxel auf der „Ruhrgebietskonferenz", an der, unter Leitung des Ministerpräsidenten Rau, Stücker 150 Kapitalisten und bürgerliche Politiker teilnahmen. Die „Westdeutsche Landesbank", als führende Vertreterin des Finanzkapitals im Ruhrgebiet, schreibt: „... das traditionelle Schwergewicht von Kohle und Stahl (hat sich) aus einem Vorteil in einen Nachteil verwandelt." Tatsächlich ist im Ruhrgebiet der Steinkohlebergbau und die Stahlproduktion nach wie vor beherrschend gegenüber anderen Produktionszweigen. Von den 600000 Industriearbeitern im Ruhrgebiet werden rund die Hälfte von den Kohle- und Stahlkapitalisten ausgebeutet. Gerade in diesen Produktionszweigen ist aber seit 1973/74 die Kapitalakkumulation im Stocken.

Die 4 Milliarden DM „Subventionsmaßnahmen" der Landes- wie der Bundesregierung in den letzten vier Jahren haben nicht den erhofften Fortschritt in der Profitproduktion gebracht, sondern waren für die Kapitalisten höchstens schmerzstillende Mittel für die niedrige Profitrate. Matthöfer hat den Kapitalisten auf der „Ruhrgebietskonferenz" aus der Seele geredet, als er sagte: „Die Unternehmer nehmen zwar solche Zuschüsse mit, aber investieren aus diesem Grunde nicht." Aus welchen denn? Die IHKs des Ruhrgebiets haben die Sache dann weiter ausgebaut: „Beseitigung investitionshemmender Tatbestände." Und das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsinstitut schließt noch die letzte Lücke bei dem sich deutlich abzeichnenden Angriff auf die Arbeiterklasse: „Das relativ hohe Lohnniveau wird in starkem Maße bestimmt durch den Montansektor... Der Grund hierfür dürfte nach wie vor der geringe Anteil weiblicher Arbeitskräfte und der relativ hohe Anteil der Facharbeiter sein." Der Lohnstandard soll also weiter gesenkt werden, und zwar qualitativ, das heißt Senkung des Werts der Arbeitskraft dauerhaft. Für die Arbeiterfamilien heißt es dauerhafte Einengung der Reproduktion und des Lebensstandards. Die Mittel dafür wurden auch auf der „Ruhrgebietskonferenz" benannt: Mobilisierung der industriellen Reservearmee, um unter dem Druck des großen Angebots an Arbeitskraft Lohnsenkungen durchzusetzen. Mobilisierung vor allem der weiblichen Arbeitskraft, um auch den Widerstand der Arbeiter bei der Dequalifizierung der Arbeitskraft zu brechen und praktisch eine Masse von Facharbeitern entweder in Hilfsarbeiter zu verwandeln oder gleich ganz „freizusetzen". Dies soll vor allem geschehen bei Stahl und Bergbau, wo der „Anteil an Facharbeitern überdurchschnittlich hoch ist". Und dazu steht es auch keineswegs in Widerspruch, wenn die Kapitalisten aus anderen Branchen – Chemie vor allem – über „Facharbeitermangel" klagen. Sie verlangen von der Landesregierung Umschulungen, finanziert durch die Arbeitslosenversicherung.



Die industrielle Reservearmee soll genutzt werden zur Durchsetzung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. In Gelsenkirchen sind 1000 in die Stadtverwaltung gepreßt worden. Das Bild zeigt den Kampf dagegen.

Rau hat entsprechend den Punkt 1 seines „Grundkatalogs" am Ende der „Ruhrgebietskonferenz" so umrissen: „Zur Behebung der Arbeitslosigkeit wird die Landesregierung flankierende Maßnahmen zum Bundesprogramm gegen Arbeitslosigkeit ergreifen. Es ist an die Schaffung von Teilarbeitszeitplätzen ... gedacht, um auch die Frauenarbeitslosigkeit zu senken." Und es spricht für den politischen Instinkt des Stahlschlichters Friedhelm Farthmann, wenn er den Heißhunger der Kapitalisten nach mehr Profit durch Steigerung der Ausbeutung und Lohnsenkung in Willenserklärungen der Arbeiter ummünzt: „Den Wünschen arbeitsloser Frauen im Ruhrgebiet nach Teilzeitarbeit muß stärker entsprochen werden, nach dem Motto: Morgens arbeiten, nachmittags lernen... Durch Weiterqualifizierung die Aussichten der Frauen am Arbeitsmarkt wesentlich verbessern", wobei er sich schon auf die Tatsache der vorangegangenen Lohnsenkungen stützt, die es weit mehr als früher nötig macht, daß sich die ganze Arbeiterfamilie der Fabrikausbeutung unterwirft.

Auf der Ruhrkonferenz haben sich Kapitalisten und Landesregierung auch auf weitere Maßnahmen geeinigt, die in die Richtung gehen, die Kapitalisten von fixen Kosten der Produktion zu befreien. Um neue Arbeitskräfte auszubeuten, auf höherem Niveau in neuen Produktionszweigen, braucht es das Land, wo die Fabriken hinkommen. Das ist im Ruhrgebiet knapp. Also hat die Landesregierung vor, den Zechenkapitalisten das Land auf den stillgelegten Zechen abzukaufen. 2500 ha für runde 1,63 Milliarden Mark waren auf der „Ruhrgebietskonferenz" im Gespräch. Für die Kohle- und Stahlkapitalisten soll die Gewerbesteuer gesenkt werden, weil es „die Steuer ist, die die Gewinne trifft". Schließlich wurde auch über die Schaffung des „Energiepolitischen Zentrums Ruhr", das dem Hauffschen Ministerium vorschwebt, geredet. Hier soll im Verbund mit Kohle und Stahl die eigenständige Rohstoffbasis des BRD-Imperialismus ausgebaut werden, um die Konkurrenzschlachten auf dem Weltmarkt zu schlagen. Grundlegend dafür aber ist, ob es ihnen gelingt, die Ausbeutung der Arbeiter im eigenen Land zu verschärfen.

Deswegen hat Rau in seinem Schlußwort über die „besondere Verantwortung der Tarifpartner" geredet. Die „Ruhrgebietskonferenz" sollte schon im Frühjahr sein. Der Stahlarbeiterstreik hat dies zunichte gemacht, was zu Ungeduldsrufen bei den Kapitalisten führte, die dieses Programm der „Ruhrgebietskonferenz" brauchen, um ihre Profite zu erhöhen. Die „besondere Verantwortung der Tarifpartner" zielt eindeutig auf die nächsten Tarifkämpfe 79/80.

„Raumordnungs"politik des BRD-Imperialismus hat Tradition

Organisierung des Rumpfreichs / Milliarden für „regionale Wirtschaftsförderung"

z.gek. Ihre „Raumordnungspolitik" hatten sich die deutschen Imperialisten eigentlich anders vorgestellt. 1935 hatten sie die „Reichsstelle für Raumordnung" gegründet, und geordnet werden sollte vor allem der neu hinzuzugewinnende „Lebensraum im Osten". Sodann der ganze übrige europäische Raum. Schließlich der übrige Erdraum, die Kolonien, usw. Kaum zehn Jahre später sahen sich die deutschen

Verdichtungsgebiete wie auch ländliche Gebiete, diese letzteren durch die Förderung von Schwerpunktorten, allesamt umfassend zu entwickeln seien, und nicht etwa in spezialisierter Arbeitsteilung untereinander, wie es praktisch für alle anderen europäischen Staaten gilt. Diese Entscheidung, die von der sozialliberalen Regierung ausdrücklich bestätigt wurde, bedeutet nichts anderes, als daß sich

Mrd. DM aus Bundesmitteln von 1974-78); 2. „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (8,18 Mrd. DM 1974-77); 3. „Ausbau und Neubau der Hochschulen". Weitere große Programme von Bund und Ländern sind: die Forschungs- und Technologieförderung, mit Schwerpunkten dort, wo es sich um die Neuausrüstung und Rationalisierung in der Krise steckender Industriebranchen handelt,

me der Bundesländer im Rahmen der vom Bund aufgestellten Gesamtpläne die in bezug auf die zu fördernden Gebiete und auf die proportionale Verteilung der Mittel auf die Schwerpunktorte Festlegungen treffen. „A-Schwerpunkte" sind „übergeordnete Schwerpunkte im Zonenrandgebiet"; hier werden 25% der Investitionskosten vom Staat übernommen. „B-Schwerpunkte" sind „übergeordnete Schwer-

Die industrielle Reservearmee soll genutzt werden zur Durchsetzung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. In Gelsenkirchen sind 1000 in die Stadtverwaltung gepreßt worden. Das Bild zeigt den Kampf dagegen.

wird die Landesregierung flankierende Maßnahmen zum Bundesprogramm gegen Arbeitslosigkeit ergreifen. Es ist an die Schaffung von Teilarbeitszeitplätzen ... gedacht, um auch die Frauenarbeitslosigkeit zu senken." Und es spricht für den politischen Instinkt des Stahlschlichters Friedhelm Farthmann, wenn er den Heißhunger der Kapitalisten nach mehr Profit durch Steigerung der Ausbeutung und Lohnsenkung in Willenserklärungen der Arbeiter ummünzt: „Den Wünschen arbeitsloser Frauen im Ruhrgebiet nach Teilzeitarbeit muß stärker entsprochen werden, nach dem Motto: Morgens arbeiten, nachmittags lernen... Durch Weiterqualifizierung die Aussichten der Frauen am Arbeitsmarkt wesent-

renzschlachten auf dem Weltmarkt zu schlagen. Grundlegend dafür aber ist, ob es ihnen gelingt, die Ausbeutung der Arbeiter im eigenen Land zu verschärfen.

Deswegen hat Rau in seinem Schlußwort über die „besondere Verantwortung der Tarifpartner" geredet. Die „Ruhrgebietskonferenz" sollte schon im Frühjahr sein. Der Stahlarbeiterstreik hat dies zunichte gemacht, was zu Ungeduldsrufen bei den Kapitalisten führte, die dieses Programm der „Ruhrgebietskonferenz" brauchen, um ihre Profite zu erhöhen. Die „besondere Verantwortung der Tarifpartner" zielt eindeutig auf die nächsten Tarifkämpfe 79/80.

„Raumordnungs"politik des BRD-Imperialismus hat Tradition

Organisierung des Rumpfreichs / Milliarden für „regionale Wirtschaftsförderung"

z.gek. Ihre „Raumordnungspolitik" hatten sich die deutschen Imperialisten eigentlich anders vorgestellt. 1935 hatten sie die „Reichsstelle für Raumordnung" gegründet, und geordnet werden sollte vor allem der neu hinzuzugewinnende „Lebensraum im Osten". Sodann der ganze übrige europäische Raum. Schließlich der übrige Erdraum, die Kolonien, usw. Kaum zehn Jahre später sahen sich die deutschen Imperialisten allerdings nicht nur des neu-, sondern auch des altzusammengeraubten Landes im Osten entblößt. „Raumordnung" hieß jetzt, den verbliebenen Raum im Westen so zu organisieren, daß ein neuer Anlauf in der imperialistischen Konkurrenz gemacht werden konnte.

Von der jahrhundertealten Existenz des „Reichs", das als mitteleuropäisches Völkergefängnis die Ausbildung eines politischen und wirtschaftlichen Zentrums in Deutschland westlich der Elbe verhindert hatte, hat die BRD die weitgehend dezentrale Struktur von 8 „Großräumen" geerbt, die sich über das gesamte Gebiet der BRD nach Flächengröße, Einwohnerzahl und wirtschaftlichem Potential relativ gleichmäßig verteilen, jeder mit einem oder mehreren industriellen und kommerziellen Zentren, die im gesamten Gebiet der BRD 24 „Verdichtungsräume" bilden. Dazu kommt West-Berlin als gewaltige städtische Agglomeration im Gebiet der DDR. – „Alle Großregionen sind durch europäisch bedeutsame Achsen an die international und national bedeutsamen Verkehrslinien angebunden. Allerdings verlaufen diese europäisch bedeutsamen Achsen in vorwiegend Nord-Süd-Richtung; gleichstarke Achsen in Ost-West-Richtung sind mit Ausnahme der Achse Liège-Aachen-Ruhrgebiet-Hannover-Berlin-Warszawa nicht vorhanden." (Raumordnungsbericht der Bundesregierung 1974)

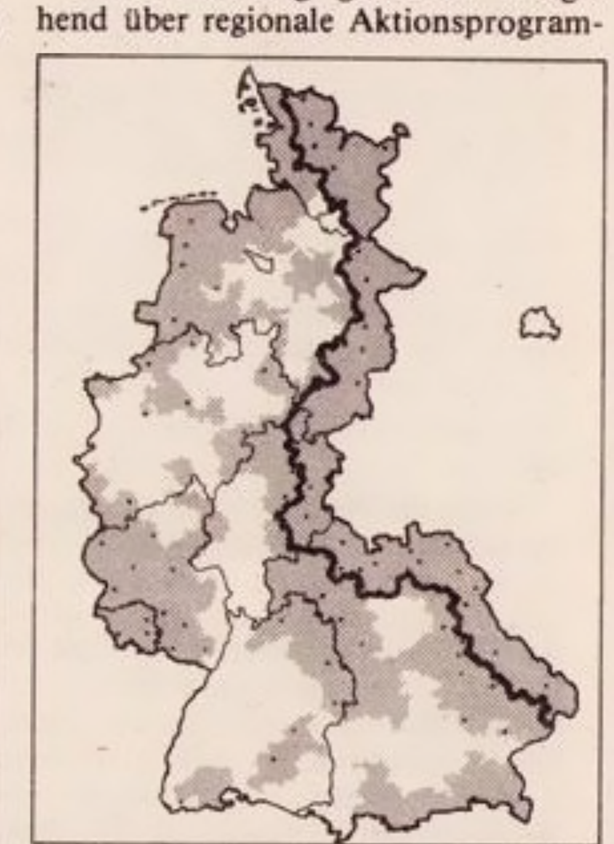
Den Planungen der BRD-Imperialisten unterliegen, wie man sieht, großzügige Perspektiven. Grundlegend war die politische Entscheidung im Raumordnungsgesetz von 1965: nämlich, daß die verschiedenen Großräume, Verdichtungsgebiete wie auch ländliche Gebiete, diese letzteren durch die Förderung von Schwerpunktorten, allesamt umfassend zu entwickeln seien, und nicht etwa in spezialisierter Arbeitsteilung untereinander, wie es praktisch für alle anderen europäischen Staaten gilt. Diese Entscheidung, die von der sozialliberalen Regierung ausdrücklich bestätigt wurde, bedeutet nichts anderes, als daß sich die BRD ausdrücklich als „Rumpfreich" organisiert, mit industriellen Zentren und grenzüberschreitenden Kommunikationen nach allen Seiten hin. Dabei gehen vor allem im Ausbau des „Zonenrandgebietes" (der Begriff wird eisern festgehalten und ist Programm) wirtschaftliche und militärische Gesichtspunkte direkt zusammen.

Es ist eine ganze Serie milliardenschwerer Programme, mit denen für die Kapitalisten Bedingungen möglichst profitabler Kapitalverwertung geschaffen werden. Dazu zählen die drei Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern: 1. „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (3,0 Mrd. DM aus Bundesmitteln von 1974-78); 2. „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (8,18 Mrd. DM 1974-77); 3. „Ausbau und Neubau der Hochschulen". Weitere große Programme von Bund und Ländern sind: die Forschungs- und Technologieförderung, mit Schwerpunkten dort, wo es sich um die Neuausrüstung und Rationalisierung in der Krise steckender Industriebranchen handelt, die ganze Regionen prägen (Kohle, Stahl, Textil, u.a.); ein Sonderprogramm zum beschleunigten Ausbau des berufsbildenden Schulwesens 1976-79; der Verkehrswegeplan des Bundes; Konjunktursonderprogramme, die den Kapitalisten je nach regionaler „Förderungsbedürftigkeit" Abschreibungssubventionen zwischen 15 und 25% über die Steuer zuschieben. Regionale Schwerpunkte setzt schließlich auch das Programm der „Zukunftsinvestitionen" der Bundesregierung von knapp 16 Mrd. DM aus dem Jahr 1977.

Die Umsetzung geschieht weitgehend über regionale Aktionsprogramme der Bundesländer im Rahmen der vom Bund aufgestellten Gesamtpläne die in bezug auf die zu fördernden Gebiete und auf die proportionale Verteilung der Mittel auf die Schwerpunktorte Festlegungen treffen. „A-Schwerpunkte" sind „übergeordnete Schwerpunkte im Zonenrandgebiet"; hier werden 25% der Investitionskosten vom Staat übernommen. „B-Schwerpunkte" sind „übergeordnete Schwerpunkte außerhalb des Zonenrandgebietes", hier sind es 20%. „C-Schwerpunkte" sind ländliche Schwerpunktorte zweiter Kategorie, „E-Schwerpunkte" sind solche „in extremer Zonenrandlage", wo 15 bzw. 25% übernommen werden.

„Starke Städte – lebendige Demokratie" hieß das Motto des eben stattgefundenen Städtetages. Schmidt empfahl den Kommunen, ihre Verschuldungsrate von jetzt 2% auf 15% oder mehr zu steigern, wie es der Bund auch tue. Die BRD-Imperialisten spielen mit hohen Einsätzen. Bezahlen sollen die Arbeiter und die Volksmassen.





Wilhelmshaven
Emden
Leer
Uelzen
Gelsenkirchen
Aachen
Hamm
Dortmund
Braunschweig
Bochum
Essen
Oberhausen
Duisburg
Schweinfurt
Saarlouis
Neunkirchen
Weiden
Schwandorf
Saarbrücken
Regensburg
Deggendorf
Passau

Links die Großregionen, Verdichtungsräume und Oberzentren (sowie potentiellen Oberzentren) nach den Definitionen des Bundesraumordnungsprogramms. *Mitte:* Die Fördergebiete mit den A- und B-Schwerpunkten des Gemeinschaftsprogramms zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sowie das „Zonenrandgebiet". Die weißen Gebiete bilden die eigentlichen industriellen und kommerziellen Kerngebiete des BRD-Imperialismus. *Rechts:* Die Arbeitsamtsbezirke mit einer dauernden Arbeitslosigkeit von über 6%, für die das Sonderprogramm des Ehrenberg-Ministeriums zur „Arbeitsförderung" jetzt anläuft.

Flurbereinigung – Landraub per Gesetz

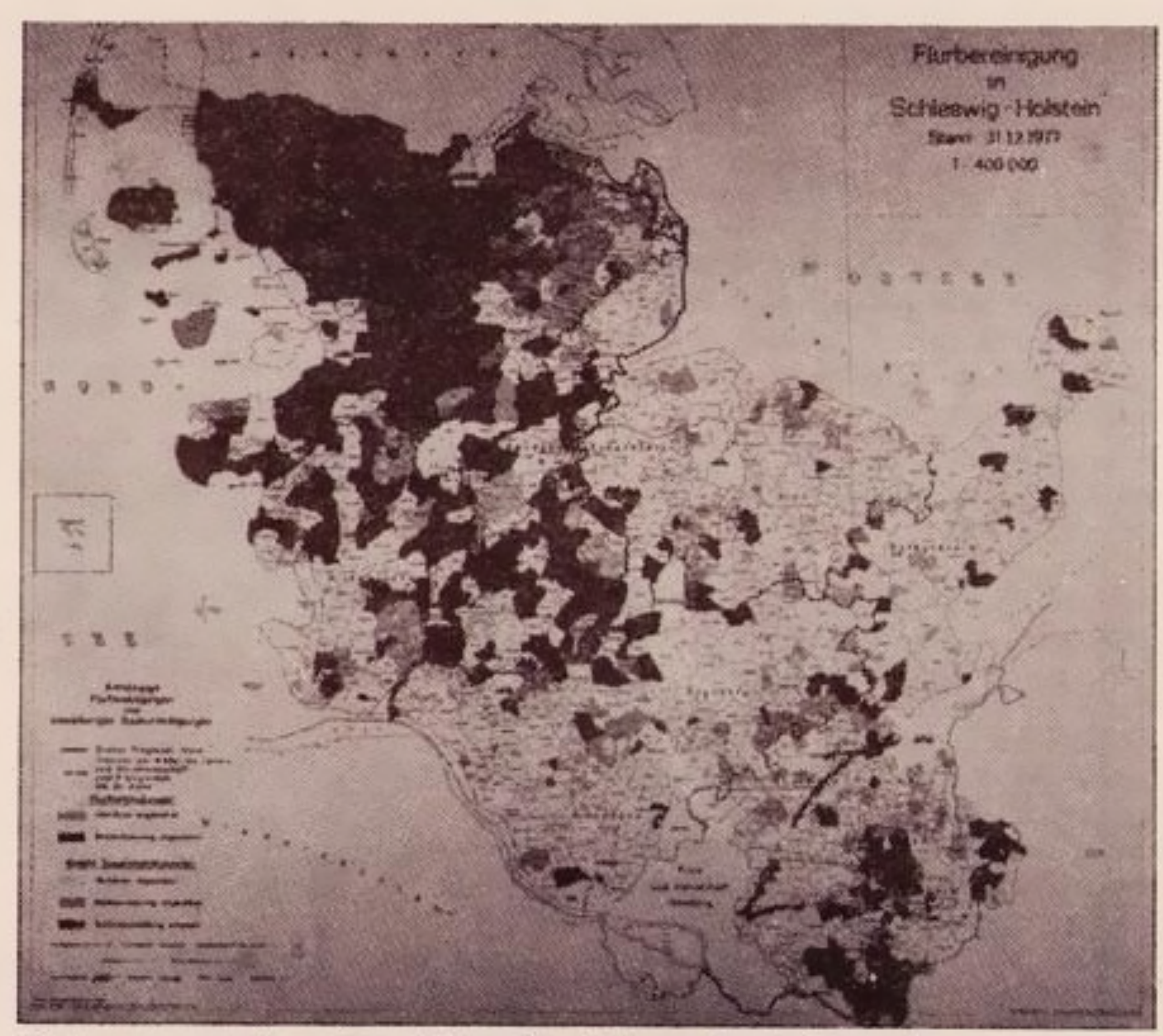
Die imperialistische Infrastruktur sollen die Bauern bezahlen

r.mee. „Im Durchschnitt der 70er Jahre wurden rund 230000 ha flurbereinigter Fläche jährlich im Bundesgebiet zugeteilt. Das Ziel ist aber, noch 8,9 Mio. ha Fläche zu bereinigen, das heißt, daß in diesem Umfang 30 bis 40 Jahre weiter flurbereinigt werden muß." (Dr. Wolfgang Bühnemann, von der Gesellschaft für Landeskultur Bad Homburg). Dafür werden 8000 Beamte bzw. Angestellte eingestellt. Umgerechnet schaffen sie 28,75 ha im Jahr bzw. 0,6 ha pro Woche. Es erfordert eben einen großen Apparat und geht zäh und langsam, kleine Bauern, die sich wehren, aus der Flur zu bereinigen.

Ein gewaltiges gesetzliches Instrumentarium mußte geschaffen werden. Das Flurbereinigungsgesetz, 1953 aufgelegt, wurde 1976 den neuen Bedürfnissen angepaßt, angewendet sollte es überall werden. Die Flurbereinigungsbehörde braucht nur das Interesse der Beteiligten formal für gegeben zu halten, und schon kann sie die Flurbereinigung einleiten. Nach dem ersten Gesetz von 1953 gab es einen „Erörterungstermin" für die Planfeststellung, wo die Bauern den Landtausch und Maßnahmen gegen die Flurbereinigung beraten haben. Dieser Termin ist mit dem neuen Gesetz weggefallen. Jetzt stellt die Behörde den Flurbereinigungsplan vorher auf und macht hinterher einen „Anhörungstermin", wo jeder Bauer nur das Recht hat, sich zu seinen Grundstücken zu äußern.

Der Widerstand soll gebrochen werden. Der Verhandlungsleiter ist laut §117 ermächtigt, Personen, die seinen Anordnungen nicht Folge leisten oder sich einer Ungebühr schuldig machen, aus dem Saal zu entfernen und neben der strafrechtlichen Verfolgung ein Ordnungsgeld festzusetzen. Wer zum Anhörungstermin nicht erscheint oder keine Einwendungen macht, erklärt sich mit dem Flurbereinigungsplan einverstanden. Die Flurbereinigung beschränkt sich bei weitem nicht darauf, Land zu tauschen, sämtliche Infrastrukturmaßnahmen wie Wege- und Entwässerungsplan, Wasserzwangsanschlüsse, Windschutz werden gleichzeitig durchgezogen. Ein Bauer aus Langstedt, Kreis Schleswig-Flensburg erklärte das so: 1,3 Mio. hat die Flurbereinigung dort gekostet, 1,1 Mio. sind für Wegebau draufgegangen, wo auch die LKW's der Kapitalisten fahren können. Wir sollen das bezahlen. Zwischen 1400 DM und 3700 DM liegen die normalen durchschnittlichen Flurbereinigungskosten je ha, wovon 20% der Bauer aufbringen muß. 5% müssen sofort aufgebracht werden, 50% laufen als Kredit 20 Jahre lang. Nehmen wir einmal an: Ein 20-ha-Betrieb, durchschnittliche Flurbereinigungskosten 2000 DM je ha gleich 8000 DM Eigenbeteiligung. Das entspricht fast dem Jahreseinkommen des Bauern.

Hohe Kosten hat der Bauer – und Nutzen? Was nützt einem kleinen Bauern mit fünf Feldern je 4 ha ein großes Feld mit 20 ha? Aus Fruchtfolgegründen braucht er schon fünf Felder. Die kleinen Bauern können die hohen Kosten oft nicht tragen. Sie sollen verschwinden. Deshalb wird ihnen angeboten, daß die Flurbereinigungskosten entfallen, wenn sie ihr Land langfristig an „entwicklungsfähige" Betriebe verpachten. Die Zunahme der Pachtflächen als Initialwirkung der Flurbereinigung ist deshalb von der Bourgeoisie hoch gelobt. 1976 ist das Flurbereinigungsgesetz den neuen Bedürfnissen angepaßt worden. Voraussetzung zur Einleitung der Flurbereinigung braucht nicht mehr zersplitterter Grundbesitz, sondern allgemein die „Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen sowie Förderung der Landeskultur" sein.



Dort, wo es sowieso schon Güter gibt, ist kaum bereinigt worden.

Die letzten räumlichen Schranken für die Bereinigung sollen fallen. Vor allem dort, wo Land für Autobahn, Fabriken, Übungsgelände usw. gebraucht wird, damit dieses reibungslos in deren Hände übergehen kann. Unter dem Deckmantel von Umweltschutz soll den Bauern Land für Wälder und Feuchtgebiete abgenommen werden, weil die Arbeiter es angeblich so wollen. Geschickt soll so die Spaltung zwischen Arbeitern und Bauern gezogen werden.

Die beschleunigte Flurbereinigung ist 1976 eingeführt worden. Die Bauern bekämpfen die Flurbereinigungsprojekte der Landesregierungen, weil damit das Finanzkapital sich über den staatlichen Gewaltapparat den Boden der Bauern aneignen will. In Lienen-Kattenvenne bei Bielefeld haben 370 Bauern oder Besitzer von Grundstücken Einspruch gegen die Anordnung der Flurbereinigung erhoben und öffentliche Veranstaltungen dagegen gemacht. Trotzdem kann die Anordnung von Gesetz wegen durchgeführt werden.

Fast in jeder Gemeinde sind Bauern, die die Behörde in jahrelange Widerspruchsverfahren verwickeln. Dieser gesetzliche Weg führt in der Regel in die Sackgasse. Aus Wut und Verzweiflung darüber gibt es immer wieder Bauern, die sich wegen der Flurbereinigung kurzerhand aufhängen, wie z.B. John Petersen aus Ostenfeld in Nordfriesland. Diese Wut kann gut in politische Kraft gegen die Flurbereinigung verwandelt werden.

„Den Tabakkonzernen geschlossen gegenübertreten"

Italienische Tabakbauern setzen Kollektivvertrag mit Mindestpreisen durch

z.erm.Rom. Am 26. März haben die italienischen Tabakbauern über ihre Verbände CNT (Nationales Konsortium der Tabaklandwirte) und UTI (Union der italienischen Tabaklandwirte) nach langen Verhandlungen einen Vertrag über Mindestpreise und Ankaufbedingungen gegen die Tabakankäufer durchgesetzt. Bisher standen die italienischen Tabakbauern den Ankäufern einzeln gegenüber und waren von mündlichen Preisangeboten und Zusagen der Tabakkonzerne, die über die Händler auf den Markt treten, abhängig. Der Vorsitzende des CNT sagte uns dazu: „Uns war schon lange klar, daß die Festlegung der Bedingun-

der Pflanzen wesentlich mehr Arbeit. In den Regionen Umbrien und Venetien ist es den Tabakkonzernen bereits zu einem guten Teil gelungen, die Kleinbauern zu ruinieren. 1970 wurden in Venetien z.B. noch 4059 ha bebaut, 1976 waren es nur noch 2763 ha. Davon besaßen 1976 1% der Betriebe, 35 Großgrundbesitzer, 1463 ha, mehr als die Hälfte der Anbaufläche. Gleichzeitig ist die Verlagerung und die Konzentration der Produktion in die Regionen Apulien und Campania weiter vorangeschritten. Während 1970 in diesen Anbaugebieten 40% des Tabakanbaus konzentriert waren, waren es 1977 fast 75%.

deutet das für 1979 einen Mindestpreis von 4080,60 DM/t gegenüber einem Richtpreis von 4122,3O DM, also 99%. Für die verschiedenen Tabake, nach denen die Nachfrage in den letzten Jahren gesunken ist, vor allem Erzegovina, Benventano und Havanna wurde der Mindestpreis zwischen dem Interventionspreis der EG und ihrem Richtpreis festgelegt, was für die Tabakbauern einen gewissen Schutz darstellt. Jährlich treffen sich die Vertragsparteien, um die Preise für die verschiedenen Tabaksorten auszuhandeln. Gleichzeitig wurde in dem Vertrag festgelegt, daß der Anteil der Bauern an der Prämie, die die EG an die

Bauern durch, daß in den einzelnen Ankaufverträgen auch die Art des Samens und der technischen Hilfeleistungen festgelegt werden. Bis zum 1. Mai eines jeden Jahres sollen die Verträge abgeschlossen sein.

„30% des Tabakanbaus in den Hauptregionen sind in Kooperativen und Assoziationen organisiert", berichtete der Vorsitzende der CNT, „das ist noch wenig. Der Vertrag, der sicher noch nicht alle unsere Forderungen erfüllt, bietet einerseits die Möglichkeit, den Ankäufern, d.h. den Tabakkonzernen, geschlossener gegenüberzutreten, andererseits eine gute

jeder Bauer nur das Recht hat, sich zu seinen Grundstücken zu äußern.

Der Widerstand soll gebrochen werden. Der Verhandlungsleiter ist laut §117 ermächtigt, Personen, die seinen Anordnungen nicht Folge leisten oder sich einer Ungebühr schuldig machen, aus dem Saal zu entfernen und neben der strafrechtlichen Verfolgung ein Ordnungsgeld festzusetzen. Wer zum Anhörungstermin nicht erscheint oder keine Einwendungen macht, erklärt sich mit dem Flurbereinigungsplan ein-

chen als Initialwirkung der Flurbereinigung ist deshalb von der Bourgeoisie hoch gelobt. 1976 ist das Flurbereinigungsgesetz den neuen Bedürfnissen angepaßt worden. Voraussetzung zur Einleitung der Flurbereinigung braucht nicht mehr zersplitterter Grundbesitz, sondern allgemein die „Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen sowie Förderung der Landeskultur" sein.

Die letzten räumlichen Schranken für die Bereinigung sollen fallen. Vor

Feuchtgebiete abgenommen werden, weil die Arbeiter es angeblich so wollen. Geschickt soll so die Spaltung zwischen Arbeitern und Bauern gezogen werden.

Die beschleunigte Flurbereinigung ist 1976 eingeführt worden. Die Bauern bekämpfen die Flurbereinigungsprojekte der Landesregierungen, weil damit das Finanzkapital sich über den staatlichen Gewaltapparat den Boden der Bauern aneignen will. In Lienen-Kattenvenne bei Bielefeld haben 370

werden.

Fast in jeder Gemeinde sind Bauern, die die Behörde in jahrelange Widerspruchsverfahren verwickeln. Dieser gesetzliche Weg führt in der Regel in die Sackgasse. Aus Wut und Verzweiflung darüber gibt es immer wieder Bauern, die sich wegen der Flurbereinigung kurzerhand aufhängen, wie z.B. John Petersen aus Ostenfeld in Nordfriesland. Diese Wut kann gut in politische Kraft gegen die Flurbereinigung verwandelt werden.

„Den Tabakkonzernen geschlossen gegenübertreten"

Italienische Tabakbauern setzen Kollektivvertrag mit Mindestpreisen durch

z.erm.Rom. Am 26. März haben die italienischen Tabakbauern über ihre Verbände CNT (Nationales Konsortium der Tabaklandwirte) und UTI (Union der italienischen Tabaklandwirte) nach langen Verhandlungen einen Vertrag über Mindestpreise und Ankaufbedingungen gegen die Tabakankäufer durchgesetzt. Bisher standen die italienischen Tabakbauern den Ankäufern einzeln gegenüber und waren von mündlichen Preisangeboten und Zusagen der Tabakkonzerne, die über die Händler auf den Markt treten, abhängig. Der Vorsitzende des CNT sagte uns dazu: „Uns war schon lange klar, daß die Festlegung der Bedingungen im Ankauf des Tabaks nicht länger ausschließlich den Ankäufern, die für die Konzerne arbeiten, überlassen bleiben darf. Die Ankäufer sind weniger als 100, aber die Tabakbauern mit ihren Familien, die meistens mitarbeiten, sind mehr als 100000."

Italien steht an erster Stelle in der Tabakproduktion innerhalb der EG. 1976 produzierten die italienischen Tabakbauern insgesamt 1086 Mio. dz Tabak verschiedener Sorten, dagegen betrug die Ernte in Frankreich 150000 dz und in der BRD lediglich 80000 dz. Die europäischen Tabakkonzerne haben ein großes Interesse am Kauf des italienischen Tabaks, dessen Import wegen der fehlenden Zölle und der EG-Prämien an die Ankäufer besonders günstig für sie ist.

Um die Preise für den italienischen Tabak drücken zu können, müssen sie jedoch das Hindernis der in der italienischen Tabakwirtschaft noch vorherrschenden Kleinproduktion aus dem Weg räumen. In den Hauptanbaugebieten für Tabak, den Regionen Apulien und Campania z.B. wurden 1977 von insgesamt 52000 Bauern 500000 dz Tabak geerntet. In beiden Gebieten herrscht die Kleinproduktion vor. Über die Konzentrierung der Produktion wollen die Tabakkonzerne ihre Kosten bei der Anlieferung von Samen und Bereitstellung von technischen Hilfsmitteln senken.

In den letzten Jahren, berichtet der Vorsitzende des CNT, haben die Ankäufer den Bauern immer schlechteren Samen geliefert, sogenannten Bastardsamen. Das mindert die Qualität der Tabake und erfordert von den Bauern bei der Bearbeitung des Bodens und der Pflanzen wesentlich mehr Arbeit. In den Regionen Umbrien und Venetien ist es den Tabakkonzernen bereits zu einem guten Teil gelungen, die Kleinbauern zu ruinieren. 1970 wurden in Venetien z.B. noch 4059 ha bebaut, 1976 waren es nur noch 2763 ha. Davon besaßen 1976 1% der Betriebe, 35 Großgrundbesitzer, 1463 ha, mehr als die Hälfte der Anbaufläche. Gleichzeitig ist die Verlagerung und die Konzentration der Produktion in die Regionen Apulien und Campania weiter vorangeschritten. Während 1970 in diesen Anbaugebieten 40% des Tabakanbaus konzentriert waren, waren es 1977 fast 75%.

Um den Marktpreis zu drücken und den Konzernen zu billigerem Tabak zu verhelfen hat die EG-Kommission am 6. April einen Vorschlag zur Senkung des Interventionspreises für die Orienttabake Erzegovina und Perustitza vorgelegt. Bisher betrugen die Interventionspreise, mit denen die EG überschüssigen Tabak aufkauft, 90% des von der EG festgelegten Richtpreises. Der Richtpreis spiegelt die Tabakpreise der letzten Jahre wider. Jetzt soll für die beiden Tabaksorten „wegen Absatzschwierigkeiten, minderer Qualität und Trend zu leichten Tabaken" der Interventionspreis auf 80% gesenkt werden. Für den Erzegovina bedeutet das eine Senkung des derzeitigen Interventionspreises um umgerechnet 597 DM auf 6734,1 DM/t. Die Interventionskäufe für diese Sorte sollen um 1660 t auf 1880 t pro Wirtschaftsjahr zurückgehen. Insgesamt verspricht sich die EG-Kommission eine jährliche Ersparnis von 13,16 Mio. DM. Für die Bauern bedeutet das den Zwang zur Umstellung des Orienttabakanbaus auf andere Sorten. Also andere Düngung und Bearbeitung des Bodens, andere Räucherverfahren. Viele Kleinbauern werden sich das nicht leisten können.

Mit dem jetzt abgeschlossenen Vertrag haben sich die Tabakbauern eine Waffe gegen die Angriffe der Tabakkonzerne und EG-Imperialisten geschaffen. Die Mindestpreise für die meisten Tabaksorten, die die Bauern in Form von losen und getrockneten Blättern an die Tabakankäufer liefern, sollen dem Richtpreis der EG des vergangenen Jahres entsprechen. Für den Zigarettentabak Burley z.B., der vor allem in Campania angebaut wird, bedeutet das für 1979 einen Mindestpreis von 4080,60 DM/t gegenüber einem Richtpreis von 4122,3O DM, also 99%. Für die verschiedenen Tabake, nach denen die Nachfrage in den letzten Jahren gesunken ist, vor allem Erzegovina, Benventano und Havanna wurde der Mindestpreis zwischen dem Interventionspreis der EG und ihrem Richtpreis festgelegt, was für die Tabakbauern einen gewissen Schutz darstellt. Jährlich treffen sich die Vertragsparteien, um die Preise für die verschiedenen Tabaksorten auszuhandeln. Gleichzeitig wurde in dem Vertrag festgelegt, daß der Anteil der Bauern an der Prämie, die die EG an die Ankäufer zahlt, bei Burley 1978 z.B. 2026 DM/t jährlich, mit den Bauernverbänden ausgehandelt wird.

Um zu verhindern, daß die Ankäufer Bastardtabake liefern, setzten die Bauern durch, daß in den einzelnen Ankaufverträgen auch die Art des Samens und der technischen Hilfeleistungen festgelegt werden. Bis zum 1. Mai eines jeden Jahres sollen die Verträge abgeschlossen sein.

„30% des Tabakanbaus in den Hauptregionen sind in Kooperativen und Assoziationen organisiert", berichtete der Vorsitzende der CNT, „das ist noch wenig. Der Vertrag, der sicher noch nicht alle unsere Forderungen erfüllt, bietet einerseits die Möglichkeit, den Ankäufern, d.h. den Tabakkonzernen, geschlossener gegenüberzutreten, andererseits eine gute Grundlage für die Entwicklung der Kooperativen und damit eines effektiveren Tabakanbaus. Unser Ziel ist es, in den nächsten Jahren die Anzahl der jetzt 11 Assoziationen und 16 Kooperativen erheblich zu steigern."



Neben Wärme und Feuchtigkeit verlangt der Tabak in den ersten Monaten gut gelüfteten Boden. Die Blätter werden 70 – 130 Tage nach der Saat geerntet, zum Trocknen und Räuchern aufgehängt (Bild) und anschließend gegärt. In den Kooperativen wenden die Bauern dazu moderne Maschinen an.

Österreich: Bauernversicherung soll Kapital liefern

z.lik. Wien. Ab 1. Juli müssen alle Traktoren und Zugmaschinen mit einer Plakette versehen sein, die belegt, daß Bremsen, Licht, Anhängervorrichtung und Schutzdach überprüft worden sind. In Österreich sind ca. 300000 Traktoren im Einsatz. Ein neuer mit 52 PS kostet 30000 DM, ein Schutzdach allein 3-4000 DM. Unter dem Vorwand, die hohen Unfallzahlen, vor allem bei den Bergbauern, die Steilhänge bearbeiten müssen (wo die Traktoren leicht umkippen), zu reduzieren, hat die Finanzbourgeoisie diese Plakettenpflicht einführen lassen. – 1976 hat die Sozialversicherung der Bauern 26660 Arbeitsunfälle anerkannt. Das ist ein schwerer Unfall auf jeden 12. versicherten Bauern. Die tatsächlichen Unfallzahlen liegen wesentlich höher. Das ist kein Wunder, wenn man weiß, daß für die Klein- und Mittelbauern, von denen 13% unter der offiziellen Armutsgrenze liegen, ein mehr als 16-stündiger Arbeitstag an sieben Wochentagen die Regel ist. Die wahre Absicht der Plakettenpflicht ist, die Ausgaben der Bauernversicherung weiter zu drücken. 1977 hat die Versicherung 76 Mio. DM für die Wiederherstellung von Arbeitskraft ausgegeben. Aus den Einkommen der Bauern hat sie aber 6 Mio. DM *mehr* kassiert, die sie somit in Kapital verwandelt hat. Der Bauer, der das Schutzdach für den Traktor nicht bezahlen kann, erhält bei einem Arbeitsunfall keinen Pfennig mehr.

Handelsabkommen '79: Bulgarien liefert UdSSR Agrarprodukte

z.pek. Gemäß dem vor kurzem zwischen Bulgarien und der UdSSR abgeschlossenen „Protokoll über den Warenaustausch für 1979" besteht rund ein Drittel der Lieferungen Bulgariens in „traditionellen Agrarprodukten". „Traditionell" beziehen die Sozialimperialisten 56% ihrer Einfuhren an Rohtabak, 95% der Zigaretten, 50% des Frischgemüses, 47% der Gemüsekonserven, 55% der Markenweinimporte sowie beträchtliche Mengen an Äpfeln, Weintrauben und Kompotten aus Bulgarien. Als Grundlage für das diesjährige Handelsprotokoll wurde das „langfristige Handelsabkommen für 1976-80" festgelegt, wonach die Lieferungen Bulgariens in diesen fünf Jahren um 75-80% gesteigert werden sollen. Die Sozialimperialisten steigern dagegen – als ihren Anteil am „brüderlichen Austausch" vor allem die Preise für ihre Rohstofflieferungen an Bulgarien. So betrugen die Zahlungen für sowjetisches Erdöl, von dessen Import Bulgarien zu 92% abhängig ist, 1977 587 Mio. Rubel, 32% mehr als 1976 und insgesamt ein Fünftel des gesamten Imports Bulgariens aus der UdSSR. Die bulgarischen Bauern und Landarbeiter machen das nicht mit. Sie widersetzen sich der Ausbeutung in den agroindustriellen Komplexen; die gesamte landwirtschaftliche Produk-

Handelsabkommen '79: Bulgarien liefert UdSSR Agrarprodukte

z.pek. Gemäß dem vor kurzem zwischen Bulgarien und der UdSSR abgeschlossenen „Protokoll über den Warenaustausch für 1979" besteht rund ein Drittel der Lieferungen Bulgariens in „traditionellen Agrarprodukten". „Traditionell" beziehen die Sozialimperialisten 56% ihrer Einfuhren an Rohtabak, 95% der Zigaretten, 50% des Frischgemüses, 47% der Gemüsekonserven, 55% der Markenweinimporte sowie beträchtliche Mengen an Äpfeln, Weintrauben und Kompotten aus Bulgarien. Als Grundlage für das diesjährige Handelsprotokoll wurde das „langfristige Handelsabkommen für 1976-80" festgelegt, wonach die Lieferungen Bulgariens in diesen fünf Jahren um 75-80% gesteigert werden sollen. Die Sozialimperialisten steigern dagegen – als *ihren* Anteil am „brüderlichen Austausch" vor allem die Preise für ihre Rohstofflieferungen an Bulgarien. So betrugen die Zahlungen für sowjetisches Erdöl, von dessen Import Bulgarien zu 92% abhängig ist, 1977 587 Mio. Rubel, 32% mehr als 1976 und insgesamt ein Fünftel des gesamten Imports Bulgariens aus der UdSSR. Die bulgarischen Bauern und Landarbeiter machen das nicht mit. Sie widersetzen sich der Ausbeutung in den agroindustriellen Komplexen; die gesamte landwirtschaftliche Produktion ging 1977 um 6,3% zurück, die Lieferverpflichtungen an die Sowjetunion konnten nicht erfüllt werden.

Landwirtschaftszählung 1979 Bourgeoispläne in Vorbereitung

z.doj. Mit Hilfe des Landwirtschaftszählungsgesetzes sollen die Bauern unter Strafandrohung zur Beantwortung folgender Fragen gezwungen werden: „Besitzverhältnisse und Pachtpreise, vertragliche Bindungen bei Erzeugergemeinschaften?" Diese Daten brauchen die Bankhaie und Großagrarier zur Aneignung und Konzentration des Landes in noch größerem Umfang, um ihr Monopol durchzusetzen. „Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse?" Mit der Einführung der Buchführungspflicht soll die Steuerzange bei den kleinen und mittleren Bauern weiter zugedrückt werden – 2 Mrd. DM sollen für den Staat herausgepreßt werden, hat Minister Ertl angekündigt. „Bauliche Einrichtungen, vertragliche Bindungen...": in Kenntnis der hartnäckigen Kämpfe der Kleinbauern gegen die Landenteignungen bereitet die Bourgeoisie die Durchsetzung der Energie- und Transportwegeprogramme vor. „Aus- und Fortbildung?" – das gibt Auskunft über die Kenntnisse und ideologische Entwicklung der Bauern. „Zimmervermietung, bauliche Einrichtung, Nutzung der Bodenflächen nach Hauptnutzen und Hauptkulturarten, Nutzung des Ackerlandes?" Die Ernährungswirtschaftsverordnung schreibt für den „Katastrophenfall" die Zwangsbewirtschaftung vor, d.h. die Beschlagnahme aller Erzeugnisse und Vorschriften für Anbau und Tierhaltung.

Basler Oberschüler gegen Verschärfung von Konkurrenz und Prüfungsdruck

z.anb. An zwei Gymnasien im Kanton Basel-Land, in Oberwil und Münchenstein, sind am 30.4. über 500 Oberschüler in den Streik getreten. Sie verlangen von der Basler „Erziehungsdirektion" die Rücknahme eines Erlasses, nach dem staatliche Gelder für Kurswochen und sogenannte Arbeitslager gestrichen werden sollen. Diese Kurswochen sind von den Oberschülern zunehmend genutzt worden, um über den Zweck ihrer „post-obligatorischen Ausbildung" zu diskutieren und Maßnahmen gegen die absichtsvoll geschürte Spaltung und Konkurrenz zu beraten.

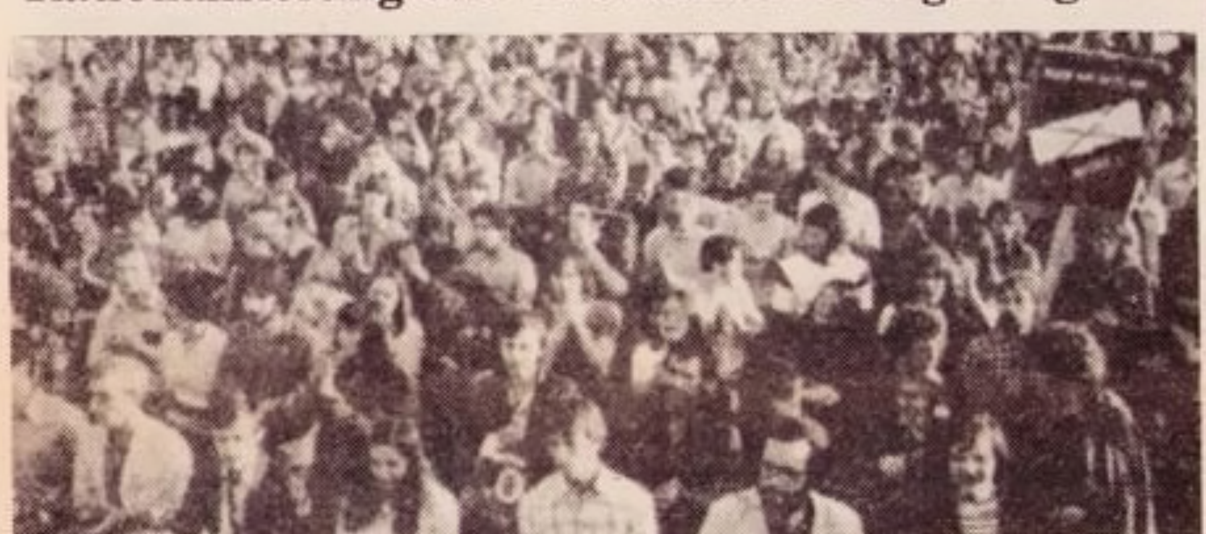
Nach einer Phase scharfer Lohnsenkungen gegen die Arbeiterklasse steht die schweizerische Finanzbourgeoisie vor der Kalamität, ihren Kadernachwuchs, den sie aus den Familien von Lohnabhängigen rekrutieren muß, die selbst die Wirkungen der Verelendung spüren, scharf von der Arbeiterklasse zu trennen und ideologisch zu unterwerfen. Die „Gemütsbildung" sei der Kern des klassischen Pädagogikkonzeptes, wie es schon Pestalozzi entwickelte, erinnert sie sich. Während die Geburtenzahlen als Ausdruck der Verengung der Reproduktionsbasis der Arbeiterbevölkerung erstmals auf den Stand von 1941 abgesunken sind, werden immer größere Teile der Oberschüler auf den Arbeitsmarkt geschleudert, weil sie sich nicht für die Kadaverdienste in den Abteilungen der Verwaltung und den Direktionsetagen der Betriebe „eignen". „Berufsorientierung" der Gymnasien ist der Slogan. Die Auslesequote bei den Maturanten (Abiturienten) wächst beständig.

Gleichzeitig will die Finanzbourgeoisie den Ecklohn im Öffentlichen Dienst einreißen; eine große Zahl von Hilfslehrern muß für halben Lohn die ganze Arbeitskraft vernutzen lassen. Die streikenden Schüler haben sich mit den Forderungen der Lehrer solidarisiert und die sofortige Einrichtung von hauptamtlichen Planstellen für die Hilfslehrer gefordert.

Der parasitäre Charakter der schweizerischen Finanzbourgeois, ihre Teilhabe als Rentiers und Couponschneider an der Verwertung von Kapital, das aus der Arbeiterklasse fremder Länder gepreßt worden ist, zeigt sich auch stofflich in den Tätigkeiten, auf die sie ihren Kadernachwuchs abrichten läßt: bei den höheren beruflichen Fachabschlüssen hat seit 1973 ein Umkehrtausch stattgefunden von Tätigkeiten, deren Inhalt noch in konkretem Zusammenhang mit der materiellen Produktion steht (Metallbaumeister, Elektroinstallateur, Uhrmacher) zugunsten von reinen Lakaiendiensten in der Sphäre der Zirkulation des Kapitals (Bank- und Versicherungsbeamter, Handelsreisender, Verkaufsleiter).

Am an eren Ende des Ausbildungssystems beschleunigt das abgesunkene Lohnniveau der Arbeiterklasse die „Mobilität" der jugendlichen Arbeitskraft. Von den 15jährigen, die ihre „obligatorische Schulpflicht" beendet haben, verschwinden über 16% aus der Statistik der Beschulungsquote; wohin, weiß man.

Belgien: Schüler und Lehrer setzen Kampf gegen Rationalisierung und Arbeitszeitverlängerung fort



z.elb.Brüssel. In einer gemeinsamen Aktion organisierten die sozialistischen und christlichen Gewerkschaften am 4. Mai einen 24-stündigen Streik der Schüler und Lehrer; 25000 demonstrierten in Brüssel erneut für einen Tarifvertrag 1978/79 und gegen die Verkürzung der Unterrichtsstunden für Schüler an den Mittelschulen von 36 auf 32, die Teil des „Anti-Krisen-Gesetzes" ist (vgl. KVZ 17/79). Viele Lehrer der nichtstaatlichen katholischen Schulen schlossen sich dem Streik an. Die belgische Regierung hat die Erfüllung der gewerkschaftlichen

Schulpflicht von 15 auf 16 Jahre zugesagt. Zugleich ist ihr Plan, die Unterrichtszeit für Schüler auf 28 zu verkürzen, womit ein volles Jahr an Schulausbildung eingespart wäre. Dennoch will die Regierung die Kürzung der Unterrichtsstunden für Schüler als Arbeitszeitverkürzung für Lehrer verkaufen und „bietet" die Einführung von Ausgleichsstunden an, in denen die Lehrer z.B. Nachhilfeunterricht geben könnten. Arbeitszeitverlängerung ist die Devise der Regierung. Der Beginn von Verhandlungen über den Tarifvertrag letzte Woche ist ein Teilerfolg des

Neue „ernährungsphysiologische Richtlinien"

Schlechtes Essen als Mittel der Auslese

z.evm. „Es ist zu berücksichtigen, daß eine ganze Reihe von Studierenden über fünf oder mehr Jahre in der Mensa ihren tatsächlichen Verpflegungsort sehen. Dem sollte jeder gerecht werden, der mit der schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe betraut ist, der akademischen Jugend eine vollwertige Ernährung zu bieten."

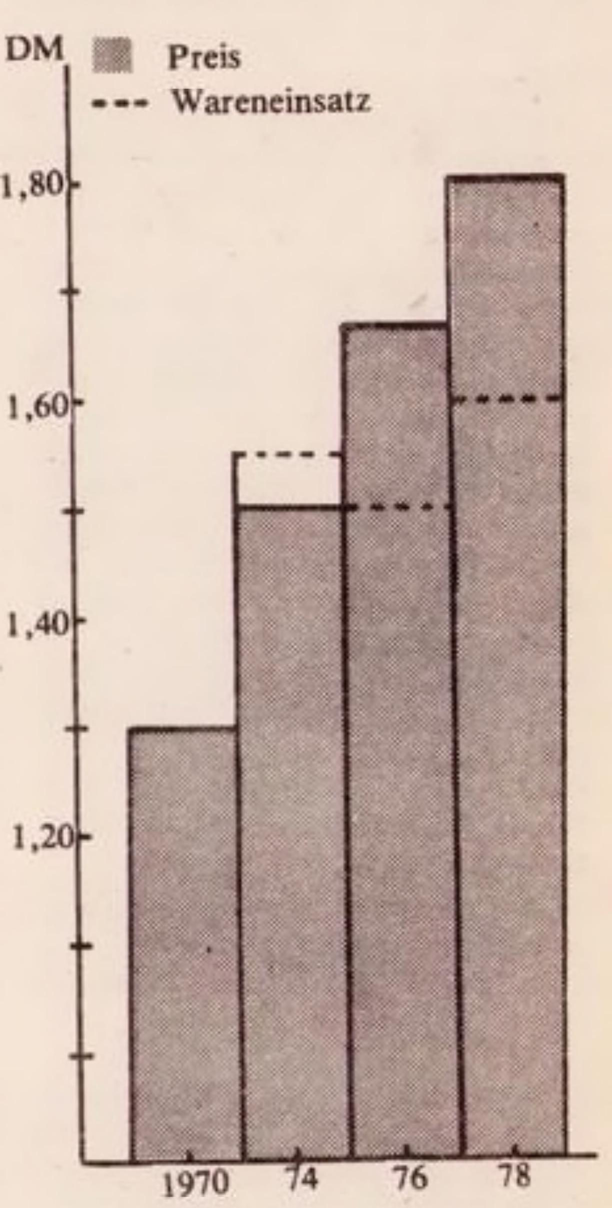
Die 116 Mensen in der BRD sind mit 40 Mio. Essen die größten Großküchenverpfleger. Das Studentenwerk hat am 23. April neue „ernährungsphysiologische Richtlinien für die Studentenverpflegung" herausgegeben. Ausgangspunkt der Richtlinien ist eine Untersuchung über die gesundheitliche Situation von Studenten. Über ein Drittel muß sich nach diesem Bericht in ärztliche Behandlung oder ein Krankenhaus begeben: „In 38% aller untersuchten Fälle bestanden auffällige Befunde, die eine Kontrolle durch den Hausarzt bzw. durch ein Klinikum notwendig machten..." Hauptsächlich festgestellte Erkrankungen sind Bluthochdruck, Nierenkrankheiten und Unterernährung, alles Krankheiten, die eng mit schlechter Ernährung und Überarbeit zusammenhängen. „Andererseits gibt es aber auch eine große Reihe von Studierenden mit Übergewicht... die Bösen, die Überernährten, die immer versuchen sich solchen Tests zu entziehen" hält der Bericht die Erscheinung, die ja bloß Kehrseite der schlechten Kost ist, triumphierend fest.

Die neuen Richtlinien schreiben den Elendsstandard, auf den die Bourgeoisie die Studentenmassen drücken will, fest. Ausgegangen wird von einer durchschnittlichen Kalorienzahl für ein Mittagessen in der Mensa von 800. Damit sollen 30% des Tagesbedarfs gedeckt werden, 25% durch ein 1. Frühstück, 10% durch ein 2. Frühstück, 10% durch eine Zwischenmahlzeit am Nachmittag und 25% durch das Abendessen. Gewöhnlich wird für ein Mittagessen ca. 50% des Tagesbedarfs angegeben. Geht man also davon aus, daß ein Mittagessen in der Mensa tatsächlich 800 Kalorien enthält, wären täglich 1 Kilogramm Äpfel, 1 Tafel Schokolade oder 1 belegtes Brötchen nötig, um das Defizit beim Mittagessen auszugleichen. Tatsächlich ist beispielsweise an der Tübinger Mensa über eine Woche lang das Essen untersucht und festgestellt worden, daß es einmal knapp über 1000 Kalorien enthielt, sonst immer unter 800, dreimal sogar unter den 700, die das Studentenwerk „für weibliche Studierende für ausreichend" hält.

„In der Mittagsmahlzeit sollen die essentiellen Nährstoffe, namentlich Protein, Mineralstoffe und Vitamine, daneben Linolsäure möglichst einen höheren Anteil haben, während Kohlenhydrat und Fett weniger als 30% erreichen können." Bei den erwähnten fünf Mahlzeiten in Tübingen war der Fettanteil durchschnittlich 25%, Kohlenhydrat 56%, zusammen also bereits über 80%. Die übrigen vier Mahlzeiten am Tag, die das Studentenwerk empfiehlt, müßten also so zusammengesetzt sein, daß vor allem der Eiweiß- und Vitaminbedarf gedeckt wird. Die Masse der Studenten hat monatlich ca. 200 DM für Ernährung zur Verfügung, viele auch weniger. Die Mensapreise sind um fast 40% gestiegen in den letzten Jahren bei den „Stammessen", bei den sogenannten „Wahlessen", die an immer mehr Mensen mit der planmäßigen Verschlechterung der ersteren eingeführt werden, z.B. in München von 1,70 bzw. 2,00 DM auf 2,80. In Tübingen muß dafür 2,20 bis 3,60 bezahlt werden. Wie also die anderen vier Mahlzeiten, von denen mindestens eine ausreichend Gemüse, Fleisch, Obst enthalten müßte, bezahlen?

„Dem Studierenden soll ein Verpflegungsangebot möglichst ganztägig unterbreitet werden" rät das Studentenwerk weiter. Die Mensaleiter der Studentenwerke, die kürzlich getagt haben, haben Erweiterung des Angebots der Cafeterien vorgeschlagen, um der Unterernährung und dem Vitaminmangel vieler Studenten entgegenzuwirken. Das „erwirtschaftete Plus" der Mensen und noch mehr der Cafeterien geht in die Millionen. Der Jahresbericht des Münchner Studentenwerks beispielsweise stellt befriedigt fest: „Eigenmittel in Höhe von 1040814 DM konnten der Betriebsmittelrücklage zugeführt werden" und „absolut betrachtet ist der gewährte Mensazuschuß für das Berichtsjahr um 50000 DM niedriger ausgefallen als im Vorjahr..."

Der Plan ist, die Studentenmassen vollständig zu unterwerfen. Die Studentenwerke sind als „Anstalten des öffentlichen Rechts" Abteilungen des bürgerlichen Staatsapparates. Zwang zu raschem Verschleiß über Doppelarbeit oder Krankheit durch schlechte Ernährung ist die Alternative, in vielen Fällen beides. Wer gewisse Härten des Studiums nicht durchsteht, kann die gestellten Anforderungen an ein Hochschulstudium sowieso nicht erfüllen, sagen die Bourgeoisideologen. Jede Mensapreiserhöhung, um scheinbar



Das Schaubild zeigt die durchschnittliche Erhöhung der „Stammessen" in den Mensen München, Stuttgart, Freiburg, Tübingen. Der Wareneinsatz sinkt bzw. steigt langsamer als der Preis, die Ausplünderung steigt.

geringfügige Beträge, wird bekämpft, und einige mußten auch zurückgenommen werden. Das drückt die Sprengkraft des Kampfes der Studentenmassen gegen den Elendsstandard aus. Die Forderung nach Selbstverwaltung aller studentischen Sozialeinrichtungen ist Bestandteil des Kampfes.

Arbeitszeit im vorklinischen Studium

Zentrale Prüfungen: Arbeitszeitverlängerung und Unterdrückung

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung

Ebenfalls haben wir die Arbeitszeit zur Prüfungsvorbereitung in den Semesterferien nicht einberechnet. Gerade die zentralen Prüfungen sollen ja durchsetzen, daß die Studenten mehr

ste in den Abteilungen der Verwaltung und den Direktionsetagen der Betriebe „eignen". „Berufsorientierung" der Gymnasien ist der Slogan. Die Auslese-

hin, weiß man.

Belgien: Schüler und Lehrer setzen Kampf gegen Rationalisierung und Arbeitszeitverlängerung fort



z.elb.Brüssel. In einer gemeinsamen Aktion organisierten die sozialistischen und christlichen Gewerkschaften am 4. Mai einen 24-stündigen Streik der Schüler und Lehrer; 25000 demonstrierten in Brüssel erneut für einen Tarifvertrag 1978/79 und gegen die Verkürzung der Unterrichtsstunden für Schüler an den Mittelschulen von 36 auf 32, die Teil des „Anti-Krisen-Gesetzes" ist (vgl. KVZ 17/79). Viele Lehrer der nichtstaatlichen katholischen Schulen schlossen sich dem Streik an. Die belgische Regierung hat die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderung nach Verlängerung der Schulpflicht von 15 auf 16 Jahre zugesagt. Zugleich ist ihr Plan, die Unterrichtszeit für Schüler auf 28 zu verkürzen, womit ein volles Jahr an Schulausbildung eingespart wäre. Dennoch will die Regierung die Kürzung der Unterrichtsstunden für Schüler als Arbeitszeitverkürzung für Lehrer verkaufen und „bietet" die Einführung von Ausgleichsstunden an, in denen die Lehrer z.B. Nachhilfeunterricht geben könnten. Arbeitszeitverlängerung ist die Devise der Regierung. Der Beginn von Verhandlungen über den Tarifvertrag letzte Woche ist ein Teilerfolg des Kampfes der Lehrer.

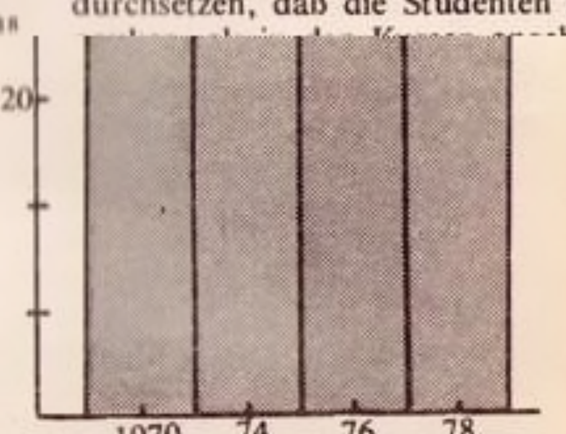
ten, die immer versuchen sich solchen Tests zu entziehen" hält der Bericht die Erscheinung, die ja bloß Kehrseite der schlechten Kost ist, triumphierend fest.

Die neuen Richtlinien schreiben den Elendsstandard, auf den die Bourgeoisie die Studentenmassen drücken will, fest. Ausgegangen wird von einer durchschnittlichen Kalorienzahl für ein Mittagessen in der Mensa von 800. Damit sollen 30% des Tagesbedarfs gedeckt werden, 25% durch ein 1. Frühstück, 10% durch ein 2. Frühstück, 10% durch eine Zwischenmahlzeit am Nachmittag und 25% durch das Abendessen. Gewöhnlich wird für ein Mittagessen ca. 50% des Tagesbedarfs angegeben. Geht man also davon aus, daß ein Mittagessen in der Mensa tatsächlich 800 Kalorien enthält, wären täglich 1 Kilogramm Äpfel, 1 Tafel Schokolade oder 1 belegtes Brötchen nötig, um das Defizit beim Mittagessen auszugleichen. Tatsächlich ist beispielsweise an der Tübinger Mensa über eine Woche lang das Essen unter-

Mahlzeiten, von denen mindestens eine ausreichend Gemüse, Fleisch, Obst enthalten müßte, bezahlen?

„Dem Studierenden soll ein Verpflegungsangebot möglichst ganztägig unterbreitet werden" rät das Studentenwerk weiter. Die Mensaleiter der Studentenwerke, die kürzlich getagt haben, haben Erweiterung des Angebots der Cafeterien vorgeschlagen, um der Unterernährung und dem Vitaminmangel vieler Studenten entgegenzuwirken. Das „erwirtschaftete Plus" der Mensen und noch mehr der Cafeterien geht in die Millionen. Der Jahresbericht des Münchner Studentenwerks beispielsweise stellt befriedigt fest: „Eigenmittel in Höhe von 1040814 DM konnten der Betriebsmittelrücklage zugeführt werden" und „absolut betrachtet ist der gewährte Mensazuschuß für das Berichtsjahr um 50000 DM niedriger ausgefallen als im Vorjahr..."

Der Plan ist, die Studentenmassen vollständig zu unterwerfen. Die Stu-



Das Schaubild zeigt die durchschnittliche Erhöhung der „Stammessen" in den Mensen München, Stuttgart, Freiburg, Tübingen. Der Wareneinsatz sinkt bzw. steigt langsamer als der Preis, die Ausplünderung steigt.

geringfügige Beträge, wird bekämpft, und einige mußten auch zurückgenommen werden. Das drückt die Sprengkraft des Kampfes der Studentenmassen gegen den Elendsstandard aus. Die Forderung nach Selbstverwaltung aller studentischen Sozialeinrichtungen ist Bestandteil des Kampfes.

Arbeitszeit im vorklinischen Studium

Zentrale Prüfungen: Arbeitszeitverlängerung und Unterdrückung

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben von der Kommunistischen Hochschulgruppe Köln/Rhein-Sieg für die Universitäten Köln und Bonn, Fachhochschule Köln — Jg. 2 Nr.18, 7. Mai 1979

z.gew. Die VDS-Fachtagung Medizin hat am 28.4. u.a. beschlossen:

„Um die Fachschaften, Semesterinitiativen, Fachbereichsgruppen etc. in die Lage zu versetzen, die Studienorganisation gründlich zu kritisieren, was eine Voraussetzung für erfolgreiche Kämpfe dagegen ist, beschließt die Fachtagung bundesweit folgende Untersuchungen:

(...)

2. Über den Umfang des Stoffes, der in einer Woche, einem Monat, einem Semester von den Studenten gelernt werden soll und die dafür erforderliche Zeit, sowie die erforderliche Pflichtstundenzahl laut Studienplänen, mit dem Ziel, Forderungen nach Stoffbegrenzung und Beschränkung der Arbeitszeit zu erheben.

3. Über die zentralen Prüfungen mit dem Ziel, zu untersuchen, wieviel Prozent der Fragen mit Kurswissen und gängigen Lehrbüchern zu beantworten sind, um die Prüfungen einer gründlichen Kritik zu unterziehen."

Für die Darstellung der durchschnittlichen Arbeitszeit im vorklinischen Studium haben wir in *Tabelle 1* die Pflichtveranstaltungen sowie gängige Vorlesungen (wo ein großer Teil der Studenten hingeht, bzw. der Prof. den Stoff für „klausurrelevant" erklärt) zusammengezählt und einen Semesterdurchschnitt für vier bzw. fünf Semester gebildet. Pro Stunde haben wir jeweils 1,5 Std. Vor- und Nachbereitungszeit gerechnet. Das ist die Zeit, von der der Wissenschaftsrat ausgeht.

Die Untersuchung wird damit etwas ungenau. In Terminologie ist der Satz zu hoch gegriffen, im Anat. Präparierkurs sicher viel zu niedrig. Dort wurde die Pflichtstundenzahl von 15 auf 7 reduziert, was zu einem immensen Anstieg des Lernens zuhause führt, denn die Prüfungsanforderungen blieben gleich. Das wird man durch Umfragen noch genauer untersuchen müssen.

Ebenfalls haben wir die Arbeitszeit zur Prüfungsvorbereitung in den Semesterferien nicht einberechnet. Gerade die zentralen Prüfungen sollen ja durchsetzen, daß die Studenten mehr pauken, als in den Kursen angeboten wird und dadurch der Arbeitstag bis in die Nacht ausgedehnt wird.

In bezug auf die Ärztliche Vorprüfung haben wir untersucht, wieviele der in den einzelnen Fächern gestellten Fragen aufgrund des in den Kursen vermittelten Wissens (Vorklinik Köln) nicht zu beantworten waren. (K-). Die Ergebnisse beruhen auf der Untersuchung jeweils eines Studenten pro Fach.

In bezug auf den 3. Abschnitt der Ärztlichen Prüfung haben wir untersucht, inwieweit die Fragen in den einzelnen Fächern mit den gängigen Lehrbüchern beantwortet werden können. Wir sind ausgegangen von dem Hannoverschen Antwortkatalog. In Innere haben wir als Lehrbuch den Herold genommen, eine Vorlesungsmitschrift, nach der viele Kölner Studenten lernen, in Chirurgie das Buch von Heberer. Nach dem Herold lassen sich von den 156 Innere Fragen aus den Prüfungen von April und Oktober 78 55 Fragen nicht beantworten = 35%. Nach dem Heberer lassen sich von 112 Chirurgie Fragen 43 nicht beantworten = 38%.

Entwicklung der mittleren Punktzahl (1) und der Durchfallquote (2) in der Ärztlichen Vorprüfung seit August 1974

	Aug.74	Mrz.75	Aug.75	Mrz.76	Aug.76	Mrz.77	Aug.78	Mrz.79
(1) absolut	207,1	199,9	194,4	196,2	–	186,3	198,0	186,9
in %	69,0	66,6	64,8	65,4	–	62,2	66,0	62,3
(2) in %	6,2	10,0	14,7	11,7	10,8	16,7	–	14,52*
(2) bei 60% Regelung	20,8	29,3	34,9	33,8	28,0	40,7	–	–

* 1979 nur NRW (lt. Landesprüfungsamt)

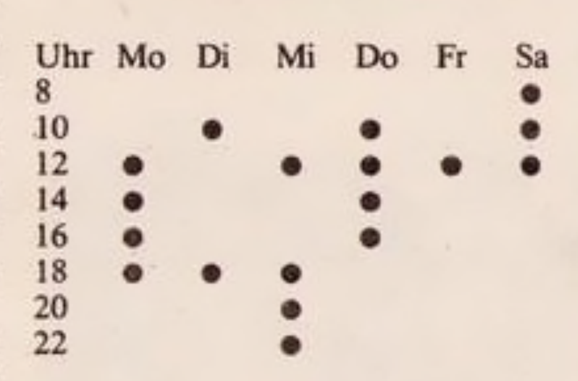
Semesterwochenstunden im vorklinischen Studium

Fach	Pflicht-veranst.	Vorl./Sem.	Zus.	+ Vorb. Zeit
Physik	2	3	5	
Chemie.......	4	4	8	
Biologie	4	4	8	
Terminol.	2	–	2	
Psych.	2	0	2	
Soziol.	–	0	0	
Anat. .... Histol. Embryol.	7	11	18	
	4	4	8	
Physiol.	6	5	11	
Biochem.	4	10	14	
Bei 4 Sem.St.	8,25	9,50	17,75	44,40
5 Sem.	6,60	7,60	14,20	35,50

Rund um die Uhr pauken.

jüs. Der neue Studienplan für den Fachgereich Rechtswissenschaft der FU Westberlin sieht bei einer Regelstudienzeit von acht Semestern im Schnitt 25,4 Semesterwochenstunden als Präsenzzeiten in Lehrveranstaltungen vor. Dazu kommt die Vor- und Nachbereitungszeit sowie der Aufwand für schriftliche Arbeiten. Diese Zeit steht im Belieben des einzelnen Studenten, kennt jedoch deshalb keine Beschränkung, da sich die Studenten auf den gesetzlich festgelegten, uferlosen Prüfungsstoff des 1. Staatsexamens vorbereiten sollen. Nach gegenwärtigen Erfahrungswerten ergibt sich für die Regelstudienzeit eine zusätzliche Zeit von 19,5 Stunden in der Woche; diese Zeit ist niedrig angesetzt, da bislang noch durchschnittlich 10-11 Semester und damit weniger intensiv studiert wird, zugleich aber vielfach mit dem „Mut zur Lücke" der Prüfungsstoff individuell begrenzt wird mit dem erhöhten Risiko des Durchfallens. Nach Bildungsminister Schmude würde die zusätzliche Zeit zu den Lehrveranstaltungen durchschnittlich 33 Stunden betragen (1,5 Stunden pro Semesterwochenstunden). Dieser amtliche Zeitansatz erscheint übertrieben, verkündet jedoch nur das Bestreben der Intensivierung des Studiums und ist konkret an den steigenden Schein- und Prüfungsanforderungen meßbar. Als Gesamtarbeitszeit ergeben sich mithin nach gegenwärtigen Erfahrungswerten durchschnittlich 44,8, nach Schmude 58,5 Stunden.

Lehrveranstaltungszeiten eines Jurastudenten im 8. Semester



Die Verteilung der Lehrveranstaltungen in der Woche selber ist ein Mittel, die „freiwillige" zusätzliche Arbeit zu „fördern". Die Übersicht zeigt dazu zweierlei: Lehrveranstaltungen finden an sechs Tagen statt, auch am Wochenende sollen die Studenten antreten; häufig liegen Termine einmal vormittags und dann am späten Nachmittag, dazwischen läßt sich die Zeit kaum nutzbringender verwenden als in der Bibliothek. Vor allem der uferlose Prüfungsstoff, aber auch diese Lehrveranstaltungszeiten zwingen zum Aufenthalt im Fachbereich. Angesichts des zu bewältigenden Stoffes und der Gewichtung der Fächer wird die Verlegung von Vorbereitungskursen für die Examensklausuren am Samstag früh und bis Mittwoch 21 Uhr nicht durchgesetzt werden. Zugleich mit der Verlegung der Vorbereitungskurse wurde angedeutet, daß diese Kurse auch in den Semesterferien stattfinden sollen.

Apel schürt Karrierehoffnungen: Lange vorhalten kann es nicht

z.reb. Anfang März legte der Wehrbeauftragte seinen Jahresbericht vor. Deutlich spricht aus den Zeilen dieses Berichtes die Entwicklung von Söldnertum in der Armee. Kriegsminister Apel sann auf der Tagung des Bundeswehrverbandes auf Abhilfe: Das Zulagenwesen müsse neue geordnet werden und die Stellen für Hauptfeldwebel, die nach A9 bezahlt werden, müßten verdoppelt werden (30% statt bisher 15% aller Hauptfeldwebelstellen). Offenbar hat die bürgerliche Klasse Schwierigkeiten mit dem Unteroffizierscorps. Unentbehrlich für sie ist es schon lange: 150000 Unteroffiziere sind in der Bundeswehr beschäftigt, gegenüber 40000 Offizieren und 30000 (Berufs- und Zeit-)Mannschaftsdienstgraden. Im Heer sind die Unteroffiziere Gruppen- und häufig Zugführer, Panzer- und Schützenpanzerkommandanten, in allen Truppenteilen werden praktisch die Funktionen der Instandsetzung, Lagerung, Verwaltung und Nachschub von den Unteroffizieren durchgeführt oder direkt geleitet. Ohne dieses Unteroffizierscorps kann die Bourgeoisie weder den organisierten Kampf der Volksmassen unterdrücken noch Krieg führen. Wie aber diese Truppe gewinnen, wenn eine jetzt veröffentlichte Studie aus dem Bundesministerium ausweist, daß bei den Unteroffiziersbewerbern ,,keine ideellen oder ideologischen Beweggründe'' vorliegen, sondern ,,eine nüchterne Kosten-Nutzen-Analyse'', daß 40% der Bewerber Arbeitslose oder Kurzarbeiter sind? Die meisten Bewerber neigten dazu, sich und ihre Aussichten bei der Bundeswehr zu überschätzen, was später zu größerer Unzufriedenheit führe.

Die Bourgeoisie ist aber weder bereit noch in der Lage, das Unteroffizierscorps zu bestechen. Ca. 2300 DM brutto bekommt ein Hauptfeldwebel (A8) inkl. Orts-und Alterszuschlag, der verheiratet ist, zwei Kinder hat und 10 Jahre bei der Bundeswehr beschäftigt ist. Die Ankündigung Apels wird daher diese Probleme auch nicht lösen, sondern dient vor allem dazu, Karriere*hoffnungen* zu wecken. Daß diese nicht befriedigt werden können, zeigt die Geschichte ähnlicher Manöver. 1970 bereits registrierte die Bourgeoisie einen Beförderungs- und Verwendungsstau. Im Haushalt 1971 schuf sie 2300 neue Stellen für Hauptfeldwebel A9 – Apel will dieses Manöver jetzt mit 3000 Stellen wiederholen –, schuf 1100 neue Hauptfeldwebelstellen A8 und bezahlte 5000 Oberfeldwebelstellen statt nach A7 nach A8. Seit 1972 spiegeln die Berichte des Wehrbeauftragten die Unzufriedenheit der Unteroffiziere wider, die bei diesen Maßnahmen nicht berücksichtigt wurden. Die Oberfeldwebel, die berücksichtigt wurden, bekommen das heute zu spüren. Nachdem 1977 die 5000 Oberfeldwebelstellen nicht nur bezahlungsmäßig, sondern auch funktionsmäßig in Hauptfeldwebelstellen umgewandelt wurden, müssen jetzt bis 1984 ca. 27000 dieser Stelleninhaber kreuz und quer durch die Bundesrepublik auf funktionsmäßige Hauptfeldwebelstellen versetzt werden. Die Maßnahmen vom Anfang der 70er Jahre haben aber den jetzt wieder registrierten Beförderungs- und Verwendungsstau nicht verhindern können. Nach der SoldatenlaufbahnVO kann ein Z 12 Unteroffizier nach 8 Jahren Hauptfeldwebel werden. Da aber nur 15% aller Unteroffiziersstellen Hauptfeldwebelstellen sind, kann diese Beförderung nur funktionieren, wenn der Anteil der Berufssoldaten gegenüber den Zeitsoldaten relativ klein ist. Gerade diese Zahlen ins richtige Verhältnis zu bringen, gelingt der Bourgeoisie aber nicht. Wer läßt denn schon in den besten Jahren seine Arbeitskraft von der Bourgeoisie unmäßig vernutzen – vielleicht noch auf einer Feldwebel- oder Oberfeldwebelstelle –, um dann mit Mitte 30 arbeitslos hinausgeworfen zu werden. Das erklärt den Drang nach Berufssoldatenpositionen einerseits wie andrerseits die geringen Verpflichtungen auf Z 12 oder Z 15. Der Beförderungs- und Verwendungsstau ist da gesetzmäßig. Die Karrierehoffnungen, die Apel wecken will, werden nicht lange vorhalten.

Das zweite Spaltungsinstrument ist das Zulagensystem. Neben Orts- und Alterszulage gibt es diverse ,,Erschwerniszulagen''. 0,75 DM pro Stunde zahlt der bürgerliche Staat für Dienst zu ,,ungünstigen Zeiten'', d.h. Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit, wozu aber der Wachdienst nicht zählt. 5 DM täglich gibt es für das Räumen und Vernichten von Munition, 90 DM im Monat für Fachverwendungen im Rahmen der elektronischen Kampfführung der Bundeswehr (Eloka). Weiter gibt es dann noch Fliegerzulage und Zulagen für das Wartungspersonal, 50 DM für Ausbilder und Truppenführer, die vorwiegend Außendienst machen, etc. Es sticht ins Auge, daß keine dieser Zulagen den erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft und das erhöhte Risiko ausgleichen kann. Apels grundlegende Neuregelung wird daran nichts ändern. Der Kampf für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag ist notwendig. Das ist auch ein gutes Mittel gegen die Herausbildung des reaktionären Söldnertums.

,,Noch mehr Dienst rund um die Uhr... ''

Neue Polizeipräsidien, Einsatzhundertschaften, Drill im Innern

r.acm. Die Landesregierung von NRW hat den Aufbau von weiteren Polizeipräsidien beschlossen. Das Ziel ist Konzentrierung von Polizeikräften auf ,,Oberzentrenebenen'', was meint auf Ballungsräume und strategische Punkte. Münster ist ein solches ,,Oberzentrum'' und hat jetzt auf Antrag auch solch ein Polizeipräsidium bewilligt bekommen. Der Ausgangspunkt ist also die Zugriffigkeit des staatlichen Unterdrückungsapparates auf die Massen. Die Polizeipräsidien sind Punkte, an denen besondere Einheiten der Polizei gestaffelt sind, das betrifft vor allem ,,Hundertschaften''.

In Vorbereitung des Aufbaus des Polizeipräsidiums wurde jetzt in Münster die Einsatzhundertschaft mit 40 Mann komplettiert. ,,Eine Maßnahme, die uns in die Lage versetzt, noch mehr Dienst rund um die Uhr zu machen'', so der Hundertschaftsführer, Polizeihauptkommissar Schmidt, der bekannt ist für seine Einsätze gegen Demonstrationen, Kundgebungen. Diese Einsatzhundertschaften sind Instrumente der beständigen Schikanierung und Unterdrückung der Massen. Ihr Einsatz als Staffel liegt bei breitflächigen Aktionen von Verkehrskontrollen, Einsatz in Zivil. ,,Wir waren zweimal in Kalkar dabei'' erzählt Schmidt. Die Hundertschaften sind relativ jung, sportliche Ausbildung, im wesentlichen Schlägertruppe. Ihre Geschlossenheit soll es bringen: ,,Bei uns klappt die Führung reibungslos, weil jeder seinen Ansprechpartner hat.'' Gilt dies auf der Ebene des Ortes, sollen diese Einsatzhundertschaften Kerne auf der Ebene des Landes werden, ,,die Polizei ist bestrebt, über immer mehr derartige geschlossene Einheiten zu verfügen.'' ,,Geschlossenheit und Einheit, Disziplin'' ist überhaupt die Parole der Führung. Nach Gesprächen mit Polizisten nimmt der Drill in den Anstalten zu, im Friesenring (Polizeidirektion) nehmen Kleiderkontrollen, ,,Maskenbälle'', jetzt wieder einen Aufschwung. Der Dienst wird gestrafft, wie andererseits für bestimmte Einsätze gegen die Volksmassen diese Spezialeinheiten gebraucht werden, um der Zersetzung entgegenzuwirken. Dies wurde für die Bourgeoisie deutlich, als sie mit Polizeikräften die Mai-Demonstration in Münster angriff. (1. Angriff zu Beginn der Demonstration durch einen zivilen Spitzel auf den DGB-Vorsitzenden Wildemann – Plakat entreißen, 2. Angriff auf Alternativen Block wegen Megaphon – Verhaftungen). Diese Übergriffe haben die Polizeitruppen zersetzt, Polizisten äußerten ihren Unmut über die Übergriffe. Es war eben *nicht* diese Einsatzhundertschaft, z.B. in Zivil, die diesen Angriff gestartet hatte – für so was wird sie aber gebraucht.

Schutzpolizeidirektor Dr. Siegfried Zaika (Doktorarbeit: ,,Theorie und Praxis der preußischen Schutzpolizei in der Weimarer Republik zur Verhinderung und Bekämpfung innerer Unruhen''), betont klar, daß die gesamte Schutzpolizei in Einsatz gegen die Volksmassen gebracht werden muß: ,,Die Schutzpolizei war und ist ein geeignetes Organ, das bei Konflikten – auch bei inneren Unruhen – ... wichtige Beiträge durch die ständige Präsenz und besondere Aktionen im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung leisten kann. Das gilt insbesondere bei einer weitgehenden Identifikation zwischen Staat und Volk.'' Beim letzteren hat die Bourgeoisie keine Erfolge. Zur Zeit stehen die Polizeitruppen unter Angriff aus den Gewerkschaften. Das ist eine günstige Entwicklung.

Korsika: Legion raus! Korsische Universität! Aufschwung des nationalen Befreiungskampfes

z.pel.Paris. Am 6. Mai explodieren auf Korsika 33 Bomben. Zwei Polizeistationen, sämtliche im Bau befindlichen Häuser einer Wohnsiedlung für den Luftwaffenstützpunkt Tamaris und sechs Büros von Grundstücksmaklern werden dabei u.a. zerstört. Dies ist nach den Angriffen auf 31 Einrichtungen französischer Banken am 9. März die zweite erfolgreiche militärische Aktion der Nationalen Befreiungsfront Korsikas (FLNC) innerhalb von zwei Monaten. In Flugblättern kündigt die Organisation an: ,,Die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Strukturen des französischen Kolonialismus sind die bevorzugten Ziele des Befreiungskampfes unseres Volkes. Die FLNC wird sie unermüdlich angreifen.''

,,Die korsische Befreiungsfront beweist nicht nur einmal mehr, daß sie durch die Verhaftungen seit Juni 1978 (mehr als 30) nicht zerstört worden ist, sondern erlaubt es sich auch noch, ihre Jahrestage zu feiern'', schreibt das Organ der französischen Finanzbourgeoisie, der ,,Figaro'', verbittert am 8.5. Die FLNC wurde im Mai 1976 gegründet und ist hervorgegangen aus der Front korsischer Bauern für die Befreiung. Sie fordert – im Unterschied zu den weitgehend bürgerlichen Kräften in der Korsischen Volksunion, die Autonomie *innerhalb* des französischen Staates wollen – die Unabhängigkeit der Insel. Ihre soziale Basis sind die kleinen Bauern, die städtischen Handwerker und die Intelligenz. Der französische Imperialismus hat in den knapp zwei Jahrhunderten der Herrschaft über die Insel diese von einem blühenden Agrarland (Wein, Oliven, Kastanien) mit wachsender Industrie (Blei-, Eisen- und Kupferminen) in ein Arbeitskräftereservoir und einen Truppenstützpunkt verwandelt. Mit der Ansiedlung der aus Algerien vertriebenen französischen Großgrundbesitzer und dem staatlich unterstützten Aufbau riesiger Weingüter wurde die Vernichtung der korsischen Bauern eingeleitet. Heute produzieren 378 französische Großgrundbesitzer 90% der Agrargüter. Über 50% der 289000 Einwohner sind im tertiären Sektor (v.a. Tourismus) beschäftigt, nur 6,5% in der Industrie. Die Anzahl der Bauern ist seit 1957 von 12000 auf 7100 gefallen. 800000 Korsen sind mittlerweile gezwungen, sich in Frankreich ausbeuten zu lassen. In den 30er Jahren lag der Anteil der Korsen in der französischen Armee bei 20%, der Hunger hatte sie hineingezwungen.

Diese Entwicklung und die brutale Unterdrückung jeder Forderung nach größerer Selbständigkeit durch massiven Einsatz von Gendarmerie, Bereitschaftspolizei und Armee ist die Grundlage des heftigen Aufschwungs der Kämpfe seit den 60er Jahren. Sie kristallisieren sich heute in den Forderungen nach Abzug der französischen Truppen und für die Errichtung einer korsischen Universität. Marine, Luftwaffe und das zweite Fallschirmjägerregiment der Fremdenlegion, berüchtigt durch den Einsatz in Kolwezi, sind auf Korsika stationiert. Legion raus! war die Hauptforderung der großen Demonstration und des zweitägigen Streiks anläßlich des Barre-Besuchs im letzten Dezember; Legion raus! forderten auch die Schüler in ihren Streiks im April für eine korsische Universität.

Im Kampf für den Abzug der Besatzertruppen entfaltet sich die Bewegung für die nationale Unabhängigkeit. Die Forderung nach einer korsischen Universität mobilisiert Reserven des Kampfes. Sie soll dazu dienen, ,,der Landwirtschaft ihren Platz zu geben, das Kooperativsystem zu entwickeln, Kader herauszubilden, die Schätze des Mittelmeeres zu erforschen und die korsische Kultur zu pflegen.'' (U Ribombu, korsische nationalistische Zeitung)

schichte ähnlicher Manöver. 1970 bereits registrierte die Bourgeoisie einen Beförderungs- und Verwendungsstau. Im Haushalt 1971 schuf sie 2300 neue Stellen für Hauptfeldwebel A9 – Apel will dieses Manöver jetzt mit 3000 Stellen wiederholen –, schuf 1100 neue Hauptfeldwebelstellen A8 und bezahlte 5000 Oberfeldwebelstellen statt nach A7 nach A8. Seit 1972 spiegeln die Berichte des Wehrbeauftragten die Unzufriedenheit der Unteroffiziere wider, die bei diesen Maßnahmen nicht berücksichtigt wurden. Die Oberfeldwebel, die berücksichtigt wurden, bekommen das heute zu spüren. Nachdem 1977 die 5000 Oberfeldwebelstellen nicht nur bezahlungsmäßig, sondern auch funktionsmäßig in Hauptfeldwebelstellen umgewandelt wurden, müssen jetzt bis 1984 ca. 27000 dieser Stelleninhaber kreuz und quer durch die Bundesrepublik auf funktionsmäßige Hauptfeldwebelstellen versetzt werden. Die Maßnahmen vom Anfang der 70er Jahre haben aber den jetzt wieder registrierten Beförderungs- und Verwendungsstau nicht verhindern können. Nach der SoldatenlaufbahnVO kann ein Z 12 Unteroffizier nach 8 Jahren Hauptfeldwebel werden. Da aber nur 15% aller Unteroffiziersstellen Hauptfeldwebelstellen sind, kann diese Beförderung nur funktionieren, wenn der Anteil der Berufssoldaten gegenüber den Zeitsoldaten relativ klein ist. Gerade diese Zahlen ins richtige Verhältnis zu bringen, gelingt der Bourgeoisie aber nicht. Wer läßt denn schon in den besten Jahren seine Arbeitskraft von der Bourgeoisie unmäßig vernutzen – vielleicht noch auf einer Feldwebel- oder Oberfeldwebelstelle –, um dann mit Mitte 30 arbeitslos hinausgeworfen zu werden. Das erklärt den Drang nach Berufssoldatenpositionen einerseits wie andrerseits die geringen Verpflichtungen auf Z 12 oder Z 15. Der Beförderungs- und Verwendungsstau ist da gesetzmäßig. Die Karrierehoffnungen, die Apel wecken will, werden nicht lange vorhalten.

Das zweite Spaltungsinstrument ist das Zulagensystem. Neben Orts- und Alterszulage gibt es diverse ,,Erschwerniszulagen''. 0,75 DM pro Stunde zahlt der bürgerliche Staat für Dienst zu ,,ungünstigen Zeiten'', d.h. Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit, wozu aber der Wachdienst nicht zählt. 5 DM täglich gibt es für das Räumen und Vernichten von Munition, 90 DM im Monat für Fachverwendungen im Rahmen der elektronischen Kampfführung der Bundeswehr (Eloka). Weiter gibt es dann noch Fliegerzulage und Zulagen für das Wartungspersonal, 50 DM für Ausbilder und Truppenführer, die vorwiegend Außendienst machen, etc. Es sticht ins Auge, daß keine dieser Zulagen den erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft und das erhöhte Risiko ausgleichen kann. Apels grundlegende Neuregelung wird daran nichts ändern. Der Kampf für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag ist notwendig. Das ist auch ein gutes Mittel gegen die Herausbildung des reaktionären Söldnertums.

strumente der beständigen Schikanierung und Unterdrückung der Massen. Ihr Einsatz als Staffel liegt bei breitflä-

der Demonstration durch einen zivilen Spitzel auf den DGB-Vorsitzenden Wildemann – Plakat entreißen, 2.

truppen unter Angriff aus den Gewerkschaften. Das ist eine günstige Entwicklung.

Korsika: Legion raus! Korsische Universität! Aufschwung des nationalen Befreiungskampfes

z.pel.Paris. Am 6. Mai explodieren auf Korsika 33 Bomben. Zwei Polizeistationen, sämtliche im Bau befindlichen Häuser einer Wohnsiedlung für den Luftwaffenstützpunkt Tamaris und sechs Büros von Grundstücksmaklern werden dabei u.a. zerstört. Dies ist nach den Angriffen auf 31 Einrichtungen französischer Banken am 9. März die zweite erfolgreiche militärische Aktion der Nationalen Befreiungsfront Korsikas (FLNC) innerhalb von zwei Monaten. In Flugblättern kündigt die Organisation an: ,,Die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Strukturen des französischen Kolonialismus sind die bevorzugten Ziele des Befreiungskampfes unseres Volkes. Die FLNC wird sie unermüdlich angreifen.''

,,Die korsische Befreiungsfront beweist nicht nur einmal mehr, daß sie durch die Verhaftungen seit Juni 1978 (mehr als 30) nicht zerstört worden ist, sondern erlaubt es sich auch noch, ihre Jahrestage zu feiern'', schreibt das Organ der französischen Finanzbourgeoisie, der ,,Figaro'', verbittert am 8.5. Die FLNC wurde im Mai 1976 gegründet und ist hervorgegangen aus der Front korsischer Bauern für die Befreiung. Sie fordert – im Unterschied zu den weitgehend bürgerlichen Kräften in der Korsischen Volksunion, die Autonomie innerhalb des französischen Staates wollen – die Unabhängigkeit der Insel. Ihre soziale Basis sind die kleinen Bauern, die städtischen Handwerker und die Intelligenz. Der französische Imperialismus hat in den knapp zwei Jahrhunderten der Herrschaft über die Insel diese von einem blühenden Agrarland (Wein, Oliven, Kastanien) mit wachsender Industrie (Blei-, Eisen- und Kupferminen) in ein Arbeitskräftereservoir und einen Truppenstützpunkt verwandelt. Mit der Ansiedlung der aus Algerien vertriebenen französischen Großgrundbesitzer und dem staatlich unterstützten Aufbau riesiger Weingüter wurde die Vernichtung der korsischen Bauern eingeleitet. Heute produzieren 378 französische Großgrundbesitzer 90% der Agrargüter. Über 50% der 289000 Einwohner sind im tertiären Sektor (v.a. Tourismus) beschäftigt, nur 6,5% in der Industrie. Die Anzahl der Bauern ist seit 1957 von 12000 auf 7100 gefallen. 800000 Korsen sind mittlerweile gezwungen, sich in Frankreich ausbeuten zu lassen. In den 30er Jahren lag der Anteil der Korsen in der französischen Armee bei 20%, der Hunger hatte sie hineingezwungen.

Diese Entwicklung und die brutale Unterdrückung jeder Forderung nach größerer Selbständigkeit durch massiven Einsatz von Gendarmerie, Bereitschaftspolizei und Armee ist die Grundlage des heftigen Aufschwungs der Kämpfe seit den 60er Jahren. Sie kristallisieren sich heute in den Forderungen nach Abzug der französischen Truppen und für die Errichtung einer korsischen Universität. Marine, Luftwaffe und das zweite Fallschirmjägerregiment der Fremdenlegion, berüchtigt durch den Einsatz in Kolwezi, sind auf Korsika stationiert. Legion raus! war die Hauptforderung der großen Demonstration und des zweitägigen Streiks anläßlich des Barre-Besuchs im letzten Dezember; Legion raus! forderten auch die Schüler in ihren Streiks im April für eine korsische Universität.

Im Kampf für den Abzug der Besatzertruppen entfaltet sich die Bewegung für die nationale Unabhängigkeit. Die Forderung nach einer korsischen Universität mobilisiert Reserven des Kampfes. Sie soll dazu dienen, ,,der Landwirtschaft ihren Platz zu geben, das Kooperativsystem zu entwickeln, Kader herauszubilden, die Schätze des Mittelmeeres zu erforschen und die korsische Kultur zu pflegen.'' (U Ribombu, korsische nationalistische Zeitung)

Die USA rüsten ihre Bastion Südkorea auf

DRV Korea entlarvt Scheinmanöver des US-Truppen-,,Abzugs''

z.pek. In dem am 23. Januar vorgelegten Vier-Punkte-Vorschlag für die friedliche Wiedervereinigung Koreas erhob die Demokratische Volksrepublik Korea u.a. die Forderung, daß ,,beide Seiten militärische Aktionen, die die andere Seite bedrohen, einstellen, der Import von Waffen sollte eingestellt und alle Möglichkeiten für militärische Konflikte sollten ausgeräumt werden''. Unmittelbar darauf gelangte eine ,,Studiengruppe'' der US-Imperialisten nach einer Inspektionsreise durch Südkorea zu der Empfehlung, daß der von Carter 1977 angekündigte Truppenrückzug gestoppt werden müsse. Das militärische Potential der DVR Korea sei ,,beträchtlich größer als bisher angenommen'', deshalb sei ,,eine militärische Auseinandersetzung weniger wahrscheinlich, wenn die US-Bodentruppen in Korea verbleiben''. (The Korean Herald, 25.1.1979)

Sowieso hatten die US-Imperialisten nie die Absicht, ihre Besatzertruppen aus Südkorea freiwillig abzuziehen. In einer vor kurzem veröffentlichten Studie des ,,National Strategy Information Center'' kommen sie zu dem Ergebnis, daß ,,die Grenzen der amerikanischen Sicherheit immer noch an der Elbe und am 38. Breitengrad in Korea verlaufen''. Als letzten einigermaßen gesicherten Stützpunkt auf dem asiatischen Festland nutzen sie Südkorea zur Aggression gegen die DVR Korea und die VR China und als vorgeschobenen im Kampf um die Weltherrschaft, den sowjetischen Sozialimperialismus. Von Südkorea aus kontrollieren sie die Straße von Japan, den wichtigsten Auslaufweg der sowjetischen Pazifikflotte.

Von Anfang an haben die US-Imperialisten mit dem Betrugsmanöver des angeblichen Rückzugs ihrer Bodentruppen den weiteren Ausbau der Militärbastion betrieben. 12-14000 Mann der US-Truppen müßten auf jeden Fall auf koreanischem Boden verbleiben, erklärte der US-Kriegsminister Brown gleich nach Bekanntgabe der angeblichen Rückzugspläne und berief sich dabei auf die militärische Expansion der Sozialimperialisten, ,,die ihre Pazifikflotte zusammen mit einer beträchtlichen Ausdehnung der Land- und Luftstreitkräfte im Fernen Osten verstärken''. Im Juni 1978 hatten die USA mit 42500 Besatzersoldaten um 1700 Mann *mehr* in Südkorea stationiert als ein Jahr zuvor. Mit der Schaffung eines ,,gemeinsamen ,,Oberkommandos'' im Juli 1978 wurden die 52000 Mann starken Truppen der Marionettenclique Park Chung Hees der direkten amerikanischen Befehlsgewalt unterstellt. ,,Obwohl die USA den Rückzug ihrer Bodentruppen planen'', erklärte Kriegsminister Brown bei dieser Gelegenheit, ,,stehen sie zu ihren Verpflichtungen und werden deshalb die Zahl ihrer Flugzeuge in Südkorea *erhöhen* und weiterhin Stützpunkte in der

ald, 30.7.1978) Kurz darauf kündigte Carter die Verstärkung der US-Pazifikflotte um 20 bis 30 Kriegsschiffe, insbesondere Fregatten, Zerstörer und Landungsschiffe, an.

Unter dem Hinweis, daß der angebliche Truppenrückzug der USA eine Stärkung der südkoreanischen Truppen erforderlich mache, erließ die Carter-Regierung das ,,Gesetz für internationale Militärhilfe''. Danach sollen Waffen und Ausrüstung aus den Beständen der US-Besatzertruppen im Wert von 800 Mio. Dollar an die südkoreanischen Marionettentruppen übergeben und der Park Chung Hee-Clique ein 275-Mio.-Dollar-Kredit zum Ankauf neuer Waffensysteme eingeräumt werden. Darüber hinaus stellte sich Carter selbst die Ermächtigung aus, ,,zusätzliches Kriegsmaterial an die Republik Korea zu übergeben, in jedem Umfang, der zur Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts auf der koreanischen Halbinsel erforderlich'' sei. Im November 1978 wurde der Verkauf von 60 modernen F-16-Kampfflugzeugen der US-Imperialisten an Südkorea vereinbart.

Auf den Vorschlag der DVR Korea, daß beide Seiten ab 1. März bedingungslos alle militärischen Übungen einstellen, antworteten die USA und die südkoreanischen Marionetten mit neuen Provokationen. Vom 1. bis 17. März führten sie das Manöver ,,Team

USA, Hawaii, Okinawa sowie die Kriegsschiffe der 7. Flotte heran. Jetzt verbreiten die US-Imperialisten selbst ihr Anliegen nach "Aufnahme beider Koreas in die UNO'', das sie bisher durch Südkorea vertreten ließen und mit dem sie ihr Besatzerregime unter dem Mandat der UNO zementieren wollen. Währenddessen hat die südkoreanische Marionettenclique damit begonnen, eine Befestigungsmauer aus Stahlbeton entlang der militärischen Demarkationslinie zu errichten. Das Oberhaupt der US-Imperialisten, Carter, hat sich für demnächst selbst zur Inspektion angemeldet, um den Ausbau des Brückenkopfes Südkorea zu begutachten.



Die ,,geopolitische Sicht'' der US-Imperialisten: Europa, Asien und Afrika bilden die ,,Weltinsel'' mit dem Warschauer Pakt (die VR China wird gleich noch hinzugerechnet – auf der Karte schwarz) als ,,Herzländer''. Zur Kontrolle der ,,Randländer'' sind die USA auf Brückenköpfe wie Südkorea angewiesen.

Azania: Neue Arbeitsgesetze für verschärfte Ausbeutung und Expansion

z.diz. Großes haben die US-Imperialisten im südlichen Afrika vor: Südafrika, Namibia, Zimbabwe, Botswana, Lesotho und Mozambique sollen in eine „südafrikanische Gemeinschaft“ zusammengepreßt werden unter Führung der Rassistenclique in Südafrika. Kosmetik an der Rassenpolitik zur Verschärfung der Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter steht auf ihren Fahnen. Jüngst hat eine südafrikanische Kommission dazu ihren Bericht vorgelegt: Die alten Forderungen der Imperialisten, wie sie sich die südafrikanischen Handelkammern, die Industrieverbände, der EG-„Verhaltenskodex“ zu eigen gemacht haben, ist dabei herausgekommen.



Die Mehrzahl der schwarzen Arbeiter in Azania werden in den Bergwerken, vor allem den Goldminen ausgebeutet. Durch den Einsatz moderner Maschinerie ist der Ausbeutungsgrad hoch.

Nicht geändert werden soll das Wanderarbeitersystem, d.h. die vollständige Rechtlosigkeit der meisten afrikanischen Arbeiter, die auch nicht Mitglieder von Gewerkschaften werden können. Für die übrigen schwarzen Arbeiter sollen gelbe Zwangsgewerkschaften eingerichtet werden, das ist dann „Zulassung schwarzer Gewerkschaften“. Politische Betätigung ist ihnen strikt verboten; ihre Aufgabe: Vereinbarungen mit den Kapitalisten, welche Arbeiten für schwarze und weiße Arbeiter reserviert sind: „Abbau der Job-Reservation“. Ein „Arbeitskräfterat“ und ein „Arbeitsgerichtshof“ sollen gegründet werden, „um den Arbeitsfrieden zu erhalten“: Beschleunigter Einsatz von Polizei und Armee gegen Streikende. Alle Arbeiter sollen Zwangsmitglieder einer beitragspflichtigen Arbeitslosenversicherung werden: Reservekasse für die Kapitalisten nach bekanntem Muster. Alle Jugendlichen sollen durch eine „Lehrlingsausbildung“ auf die Ausbeutung in der Industrie besser vorbereitet werden.

Und es soll keine getrennten Kantinen und Klos mehr geben.

Die Sozialimperialisten jagen nach der perfekten Form der „Stimulierung“

z.hku. Bei aller Würdigung der „tausendfachen Initiativen“ – wie: „keiner neben Dir darf zurückbleiben“ –, bei aller Freude über die Konkurrenz der Brigaden aus den RGW-Ländern auf den Großbaustellen der UdSSR – zufriedenstellend ist die Mobilisierung aller Reserven der Arbeitskraft für die Sozialimperialisten nicht. Im April haben sie einen Kongreß dazu durchgeführt, auf dem sie vor allem über die Verbreitung der „Komplexbrigaden“ gesprochen haben, die als kleinste selbständige Einheit die Arbeitsverträge mit der Kombinatsleitung abschließen sollen, und über die die Einführung eines umfassenden Akkords angestrebt wird.

Über die simple Anwendung des Einzelakkords sind die Bedürfnisse der neuen Bourgeoisie längst hinaus. Teils ist die Anwendbarkeit durch die Mechanisierung gesunken, teils war der Akkord nie anwendbar wie beim Transport, der Wartung, der Einzelfertigung. Prämie auf Prämie haben die Sozialimperialisten deshalb in die Welt gesetzt, geknüpft an Qualität, Maschinenauslastung, Gewinn, Nettoproduktion – jedes Jahr eine neue Methode und eine neue „Initiative“. Nichts ließen sie unversucht, die Arbeiter an der vermehrten Verausgabung der Arbeitskraft „materiell zu interessieren“ und so ihren Widerstand zu brechen.

Letztlich war der Erfolg mager. Werden bei Fahrern die Prämien nach Tonnenkilometern gezahlt, werden eben die kurzen Strecken nicht mehr gefahren. Usw. Damit soll die Komplexbrigade aufräumen. Ihre „Plannorm“ wird errechnet aus der Zeitvorgabe plus Kennziffern für Qualität usw., mal der Stückzahl/Menge. Der volle Lohn wird nur gezahlt, wenn die Plannorm erfüllt und das *Endprodukt* abgenommen ist. Ein Erfolgsbericht aus den Wolga-Autowerken: „Die Leistungen stiegen um 34%, der Lohn um 14%. ... Innerhalb der Brigaden sind die Anforderungen an diejenigen, die nicht so gewissenhaft arbeiten, stark gestiegen. ... Die Interessiertheit am Endprodukt steigt“. (Iswestija, 29.11.78)

Immer wieder müssen die Revisionisten jedoch beklagen, daß die "materielle Interessiertheit“ der Arbeiter diesem Perfektionsdrang doch enge Grenzen setzt. So bleibt im Kern die faschistische totale Überwachung durch die Brigade: sie soll „eine größere Rolle spielen bei der Formung des sozialistischen Betragens, der Lebensführung und der Arbeitsmoral.“

Zinkgrubenarbeiter Kanadas im Streik

Die Sozialimperialisten jagen nach der perfekten Form der „Stimulierung“

z.hku. Bei aller Würdigung der „tausendfachen Initiativen“ – wie: „keiner neben Dir darf zurückbleiben“ –, bei aller Freude über die Konkurrenz der Brigaden aus den RGW-Ländern auf den Großbaustellen der UdSSR – zufriedenstellend ist die Mobilisierung aller Reserven der Arbeitskraft für die Sozialimperialisten nicht. Im April haben sie einen Kongreß dazu durchgeführt, auf dem sie vor allem über die Verbreitung der „Komplexbrigaden“ gesprochen haben, die als kleinste selbständige Einheit die Arbeitsverträge mit der Kombinatsleitung abschließen sollen, und über die die Einführung eines umfassenden Akkords angestrebt wird.

Über die simple Anwendung des Einzelakkords sind die Bedürfnisse der neuen Bourgeoisie längst hinaus. Teils ist die Anwendbarkeit durch die Mechanisierung gesunken, teils war der Akkord nie anwendbar wie beim Transport, der Wartung, der Einzelfertigung. Prämie auf Prämie haben die Sozialimperialisten deshalb in die Welt gesetzt, geknüpft an Qualität, Maschinenauslastung, Gewinn, Nettoproduktion – jedes Jahr eine neue Methode und eine neue „Initiative“. Nichts ließen sie unversucht, die Arbeiter an der vermehrten Verausgabung der Arbeitskraft „materiell zu interessieren“ und so ihren Widerstand zu brechen.

Letztlich war der Erfolg mager. Werden bei Fahrern die Prämien nach Tonnenkilometern gezahlt, werden eben die kurzen Strecken nicht mehr gefahren. Usw. Damit soll die Komplexbrigade aufräumen. Ihre „Plannorm“ wird errechnet aus der Zeitvorgabe plus Kennziffern für Qualität usw., mal der Stückzahl/Menge. Der volle Lohn wird nur gezahlt, wenn die Plannorm erfüllt und das Endprodukt abgenommen ist. Ein Erfolgsbericht aus den Wolga-Autowerken: „Die Leistungen stiegen um 34%, der Lohn um 14%. ... Innerhalb der Brigaden sind die Anforderungen an diejenigen, die nicht so gewissenhaft arbeiten, stark gestiegen. ... Die Interessiertheit am Endprodukt steigt“. (Iswestija, 29.11.78)

Immer wieder müssen die Revisionisten jedoch beklagen, daß die "materielle Interessiertheit“ der Arbeiter diesem Perfektionsdrang doch enge Grenzen setzt. So bleibt im Kern die faschistische totale Überwachung durch die Brigade: sie soll „eine größere Rolle spielen bei der Formung des sozialistischen Betragens, der Lebensführung und der Arbeitsmoral.“

Zinkgrubenarbeiter Kanadas im Streik für bessere Arbeitsbedingungen

z.tit. Seit dem 7. Mai stehen die 4700 Arbeiter des Blei-Zink-Minenkomplexes der Cominco-Kapitalisten bei Trail (British Columbia, Kanada) im Streik um neue Tarifverträge. Der Cominco-Konzern, einer der größten Silber-, Zink- und Bleiproduzenten Kanadas, hat Investitionspläne in Höhe von 195 Mio. kanadischen Dollar in seinen Minen in Trail und Kimberley; entsprechend versucht er, mit allen Mitteln die Arbeitshetze zu erhöhen und die Löhne zu senken, der Tarifvertrag wäre da ein entscheidendes Hemmnis. Die Aussichten für die Arbeiter, diesen Streik zu gewinnen, sind gut. Die Londoner Börsenzeitung „Financial Times“ sieht sich gezwungen, schon am 5. Mai von dem bevorstehenden Streik zu berichten, wobei sie betont: „Die Nachrichten von dem bevorstehenden Streik hatten wenig Einfluß auf die Londoner Metallbörse“. Gleichzeitig muß sie ein paar Seiten vorher, bei den Börsennotierungen bemerken, daß infolge von „Nachrichten über einen Streik bei Cominco“ der Bleipreis von 521 britischen Pfund auf 527 angestiegen ist.



INCO-Arbeiter verbrennen tausende der Konzernbriefe gegen den Streik

Die Börse reagiert sehr empfindlich auf Streiks der kanadischen Bergarbeiter. Die INCO-Arbeiter – INCO ist der größte Nickelproduzent der Welt –, die in Sudbury, Kanada seit 8 Monaten im Streik um einen neuen Tarifvertrag und Lohnerhöhungen stehen, haben sie das Fürchten gelehrt, insbesondere die US-Imperialisten, die über 60% des kanadischen Bergbaus beherrschen. Trotz heftigster Unterdrückungsmaßnahmen und Spaltungsbemühungen – z.B. wurden Briefe an die Frauen der streikenden Arbeiter gesandt, die sie aufforderten, sich gegen den Streik zu stellen – ist die Streikfront nicht gebrochen. Über 500000 kanadische Dollar hat die Arbeiterklasse in Kanada zusammengetragen, um den Streik zu stärken.

Eine solche Solidarität fürchten die Imperialisten auch beim Streik der Cominco-Arbeiter. Die US-Imperialisten haben im April, als die Tarifverhandlungen anliefen, ihre Zinkreserven um 10% auf über 55000 Tonnen erhöht. Ob Cominco schon weich ist, kann man nicht sagen, die „Financial Times“ schreibt jedenfalls, die Verhandlungen seien kurz vor dem Abschluß.

EG „harmonisiert“ – diesmal die „Gleichberechtigung der Frau“

z.scc.Brüssel. Drei, vier Jahre ist es her, daß die westeuropäischen Sozialdemokraten eine wahre Kampagne für die „Gleichberechtigung der Frau“ entfesselt haben. Damals

– waren 18 Mio. oder 33% aller Lohnabhängigen in der EG Frauen. Der weitaus größte Teil von ihnen verkaufte seine Arbeitskraft im sogenannten „Dienstleistungssektor“, nur 26% (gegenüber fast 50% der männlichen Arbeiter) in der Industrie.
– konnten weitere offiziell 1,7 Mio. Frauen keinen Ausbeuter finden.
– waren im EG-Durchschnitt 17% aller männlichen, hingegen „nur“ 8,8% aller weiblichen Lohnarbeiter zu regelmäßiger Schichtarbeit gezwungen.
– vernutzten die Kapitalisten die Arbeitskraft von 19% der männlichen, hingegen „nur“ von 7% der weiblichen Lohnarbeiter regelmäßig auch des Nachts.

Längst hatte der Heißhunger der Kapitalistenklasse nach Ausbeutungsobjekten eine Riesenmasse weiblicher Arbeiterbevölkerung in die Produktion gerissen. Von Jahr zu Jahr wuchs und wächst immer noch – Ausdruck fortschreitender Verelendung – der Zustrom von Frauen auf den Arbeitsmarkt, läßt die industrielle Reservearmee anschwellen und damit den Druck auf den Lohnstandard. Deutlich machen jedoch die aufgeführten Tatsachen, daß die Bourgeois den Segen billiger Frauenarbeitskraft längst noch nicht wie gewünscht genießen konnten.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
Viel Spielraum für Lohndrückerei

Stundenlohn männliche und weibliche Arbeiter (schwarz) in ERE (Europ. Rechnungseinheiten)

1969: Irland, Niederlande, BRD, Luxemburg, GB, Dänemark
1971: Irland, Niederlande, BRD, Luxemburg, GB, Dänemark
1973: Frankreich, Irland, Niederlande, BRD, Luxemburg, GB, Dänemark
1975: Frankreich, Irland, Niederlande, BRD, Luxemburg, GB, Dänemark
1977: Frankreich, Irland, Niederlande, BRD, Luxemburg, GB, Dänemark

Unter sozialdemokratischem Fortschritts-Fahne-Schwenken also schritt man zur Tat, europäisch geeinigt, um auch die letzten Schranken, die der vollständigen Mobilisierung der Frauenarbeitskraft noch entgegenstanden, niederzureißen. Im Februar 1976 verabschiedete der Rat der Europäischen Gemeinschaft eine Richtlinie, nach der innerhalb von 30 Monaten zum „Gemeinschaftsgesetz“ werden sollte: die „Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in bezug auf die Arbeitsbedingungen“, worunter fällt, „daß Frauen für gleiche oder gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn wie Männer erhalten sollen.“

„Wie kann man feststellen, ob Regelungen, die in bezug auf das Höchstgewicht, das von Frauen getragen werden kann, festgelegt worden sind, ein klarer Hinweis auf ihre geringe physische Stärke sind?“, läßt sich im Europaparlament der britische Abgeordnete Yeats über das „Problem des gleichen Zugangs zur Beschäftigung“ aus. Vor über zehn Jahren schon hatten sich die EG-Imperialisten darauf geeinigt, daß statt der 20 kg-Traglast, die bis dahin z.B. in Italien und Belgien Höchstgrenze für Frauen war, diesen gut auch 27 kg zugemutet werden könnten. Mit dem Verbot körperlich schwerer Arbeiten wird das Verbot gesundheitsgefährdender Arbeiten, beide nur für Frauen existent, „überdacht“. Die belgische Regierung beispielsweise leitete mit dem „Bericht 18/1 über Schutzgesetzgebung“ vom Februar 1979 eine Untersuchung ein, um die „spezifische“ Wirkung bestimmter Giftstoffe auf den weiblichen Organismus neu festlegen zu können.

Fallen sollen alle besonderen Bestimmungen über Arbeitspausen und Rastperioden, Überstunden, fallen sollen die letzten Reste des Verbots von Sonntagsarbeit (unseres Wissens nur in Großbritannien bislang Gesetz) sowie vor allem des Nachtarbeitsverbots. Sei es nicht offensichtlich, daß gerade diese letzteren Bestimmungen nicht nur verhinderten, daß die Frauen in den Genuß der entsprechenden Lohnzuschläge gelangten, sondern auch steter Anlaß ihrer schwerwiegenden „Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt“ seien, macht sich die EG-Kommission für Gleichbehandlung stark.

Stundenlohn männliche und weibliche Arbeiter (schwarz) in ERE (Europ. Rechnungseinheiten)

gerissen. Von Jahr zu Jahr wuchs und wächst immer noch – Ausdruck fortschreitender Verelendung – der Zustrom von Frauen auf den Arbeitsmarkt, läßt die industrielle Reservearmee anschwellen und damit den Druck auf den Lohnstandard. Deutlich machen jedoch die aufgeführten Tatsachen, daß die Bourgeois den Segen billiger Frauenarbeitskraft längst noch nicht wie gewünscht genießen konnten.

Unter sozialdemokratischem Fortschritts-Fahne-Schwenken also schritt man zur Tat, europäisch geeinigt, um auch die letzten Schranken, die der vollständigen Mobilisierung der Frauenarbeitskraft noch entgegenstanden, niederzureißen. Im Februar 1976 ver-

Wirkung bestimmter Giftstoffe auf den weiblichen Organismus neu festlegen zu können.

Fallen sollen alle besonderen Bestimmungen über Arbeitspausen und Rastperioden, Überstunden, fallen sollen die letzten Reste des Verbots von Sonntagsarbeit (unseres Wissens nur in Großbritannien bislang Gesetz) sowie vor allem des Nachtarbeitsverbots. Sei es nicht offensichtlich, daß gerade diese letzteren Bestimmungen nicht nur verhinderten, daß die Frauen in den Genuß der entsprechenden Lohnzuschläge gelangten, sondern auch steter Anlaß ihrer schwerwiegenden „Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt“ seien, macht sich die EG-Kommission für Gleichbehandlung stark.

Die britischen Imperialisten, die schon 1975 eine „Kommission für Chancengleichheit“ ins Leben riefen, bereiten inzwischen die Abschaffung jeglicher Arbeitsgesetzgebung, wonach Männer und Frauen unterschiedlich behandelt werden, vor. Gleiche Ausbeutung der Arbeitskraft das erste Menschenrecht des Kapitals! Die italienische Regierung hat mit dem Gesetz 903 von 1977, im Anschluß an die EG-Richtlinien und nachdem sie schon 1973 die 22-Uhr-Nachtarbeitsschranke eingerissen hatte, das „Nachtarbeitsverbot“ auf die Zeit von 24.00 bis 6.00 beschränkt, wobei selbst das „in bezug auf besondere Erfordernisse der Produktion und unter Berücksichtigung der Bedingungen der Arbeitsumgebung und der Organisation der Dienste durch Tarifvertrag... abweichend geregelt oder beseitigt werden (kann)“. Die belgische Regierung läßt an einem Bericht über die Nachtarbeit arbeiten, hat aber schon bedauernd erklärt, daß vor 1981 wegen tariflicher Festlegungen an eine grundlegende Neuregelung nicht gedacht werden könne.

Über 2,5 Millionen Frauen waren in den neun EG-Mitgliedsstaaten 1978 offiziell als Arbeitslose registriert. Eine jedes Kapitalisten Herz erfrischende Lage, wenn – ja, wenn nur alle Teilbereiche des Arbeitsmarktes, der Facharbeitermarkt insbesondere, sich damit überschwemmen ließen! „Mädchen in Männerberufe“, wird die Parole. „Die Frauenarbeit diversifizieren, die Frauen dazu bringen, Arbeitsplätze zu besetzen, die bis jetzt von Männern besetzt sind“, hallt es aus dem im letzten Jahr erst eingerichteten Frauenministerium in Frankreich. Um nachzuhelfen, gibt es seit 1975 für ungelernte Arbeiterinnen zwischen 16 und 25 Jahren, seit 1977 auch für alleinstehende Frauen im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen besondere Arbeits-Ausbildungsverträge.

Mit der ständigen Revolutionierung der Produktionsmethoden, der Vereinfachung der Arbeitsfunktionen verdrängt Frauenarbeit die der Männer zunehmend auch in Bereichen, die wegen der erforderlichen Geschicklichkeit und Kraftaufwandes noch vor 20 Jahren als „Männerdomäne“ galten; so etwa mit dem Einsatz numerisch gesteuerter Maschinen im Fahrzeug- und Maschinenbau:

Lohnabhängige im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, BRD, in 1000

	gesamt	Frauen	Anteil der Frauen in %
1950	1006,2	81,8	8,13
1961	2140,0	266,1	12,46
1970	2560,0	367,7	14,37
1977	2395,4	355,1	14,82

Von zehn Lehrlingen bei Siemens sind heute bereits vier Mädchen. Speziell für Oberschülerinnen wurde der Beruf der Techniker- oder Ingenieurassistentin geschaffen in direkter Konkurrenz zum höheren Facharbeiter. Frauen kommen, wie in Frankreich, inzwischen in der Zweitbearbeitung im Bauwesen, in der Holzbearbeitung, als Bäcker und Metzger zum Einsatz. Mit

Jahr erst eingerichteten Frauenministerium in Frankreich. Um nachzuhelfen, gibt es seit 1975 für ungelernte Arbeiterinnen zwischen 16 und 25 Jahren, seit 1977 auch für alleinstehende Frauen im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen besondere Arbeits-Ausbildungsverträge.

Mit der ständigen Revolutionierung der Produktionsmethoden, der Vereinfachung der Arbeitsfunktionen verdrängt Frauenarbeit die der Männer zunehmend auch in Bereichen, die wegen der erforderlichen Geschicklichkeit und Kraftaufwandes noch vor 20 Jahren als „Männerdomäne“ galten; so etwa mit dem Einsatz numerisch gesteuerter Maschinen im Fahrzeug- und Maschinenbau:

Lohnabhängige im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, BRD, in 1000

	gesamt	Frauen	Anteil der Frauen in %
1950	1006,2	81,8	8,13
1961	2140,0	266,1	12,46
1970	2560,0	367,7	14,37
1977	2395,4	355,1	14,82

Von zehn Lehrlingen bei Siemens sind heute bereits vier Mädchen. Speziell für Oberschülerinnen wurde der Beruf der Techniker- oder Ingenieurassistentin geschaffen in direkter Konkurrenz zum höheren Facharbeiter. Frauen kommen, wie in Frankreich, inzwischen in der Zweitbearbeitung im Bauwesen, in der Holzbearbeitung, als Bäcker und Metzger zum Einsatz. Mit

der durch diese Entwicklung ungeheuer verschärften Konkurrenz unter den Lohnabhängigen versuchen die Bourgeois, den Lohnstandard ins Bodenlose zu drücken. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – je nach Land liegt der durchschnittliche Frauenarbeitslohn um 15 bis 40% unter dem der Männer.

EG-Textilforschungsprogramm zur Intensivierung der Arbeit

z.elb.Brüssel. 1975 startete die EG für 37,5 Mio. FB ein erstes Textilforschungsprogramm, das vor allem die Verbesserung der Technologie zur Herstellung von Chemiefasern zum Ziel hatte. Im April dieses Jahres legte die EG-Kommission dem Rat ein Folgeprogramm zum Beschluß vor, das für ca. 10,8 Mio. DM aus den Steuergeldern der Volksmassen der EG-Staaten hauptsächlich die Entwicklung neuer Spinnereitechnologie für Wolle vorsieht. Neue Maschinen sollen eine 5 bis 10 Mal höhere Produktionsgeschwindigkeit erreichen, und die schon gesteigerte Intensivierung der Arbeit soll drastisch verschärft werden. Von 1970 bis 1977 haben die Textilkapitalisten die Zahl der Arbeiter um 548000 auf 1577000 vermindert. Von 1975 auf 1976 konnten sie mit 2,6% weniger Arbeitern 13,6% mehr Woll- und Baumwollgarn produzieren lassen. Das Absacken der Produktion 1977 und die ständig steigenden Importe vor allem aus den Ländern der Dritten Welt, die sich eine eigene Textilindustrie aufgebaut haben, nehmen die EG-Imperialisten zum Anlaß, das Welttextilabkommen zu unterlaufen. Dieses garantiert den Ländern der Dritten Welt eine jährliche Exportsteigerung von 6%, die die EG-Imperialisten durch „freiwillige Exportbeschränkungen“ seitens dieser Länder zu senken gedenken. Weitere Intensivierung der Arbeit für die Textilarbeiter in den europäischen Ländern einerseits, Druck auf die Textilproduktion der Länder der Dritten Welt andererseits ist das Programm der EG-Imperialisten.

Rationalisierung und Gebührenerhöhung bei der dänischen Post

z.bag.Aarhus. Gebührenerhöhungen und Rationalisierungen bei der Post sind zur Zeit ein wichtiger Teil des Sparprogramms, mit dem die dänische Regierung dem Finanzkapital aus der Krise zu helfen versucht. Mit Wirkung vom 17.4.1979 wurde das Porto für Briefe und Postkarten um 10 Öre, für Pakete bis zu 5 kg um eine Krone, d. h. für die bei den Volksmassen gebräuchlichen Sendungen insgesamt um rund 10% erhöht. Gleichzeitig läuft eine intensive Einsparungskampagne an den Personalkosten, verbunden mit einer starken Steigerung der Arbeitshetze. Ein Musterbeispiel dafür ist die zentrale Postverteilerstelle in Kopenhagen, wo inzwischen der Hauptteil der Briefe und Pakete von Aushilfskräften zwischen 17 und 21 Uhr sortiert wird. Diese sollen bis Ende des Jahres von vollautomatischen Sortieranlagen „freigesetzt“ werden. Bei den Lohnkämpfen und Streiks in den öffentlichen Diensten im März dieses Jahres stand die Belegschaft der Kopenhagener Paketumschlagsabteilung ganz vorn an der Front. Jetzt streiken seit über 14 Tagen die 44 Postarbeiter in Aarhus, Aushilfskräfte, die bisher von 5 Beamten bei ihrer Arbeit unterstützt wurden, jetzt aber ihr Arbeitssoll fast ohne Hilfe erfüllen, also unbezahlte Mehrarbeit leisten sollen.

Italien: Tankwarte streiken für höheren Anteil am Preis

z.ulg.Rom. Am Donnerstag haben die italienischen Tankstellenpächter gegen die von der Regierung verfügte Erhöhung des Dieselpreises um 15 Lire auf

ACV „reorganisiert“ zairische Gewerkschaften

1964 rausgeschmissen – jetzt erneuter Einsatz gegen die Arbeiterklasse Zaires

z.zik. Die Imperialisten sind derzeit mit vereinten Kräften dabei, Zaire wieder in ihre Halbkolonie zurückzuverwandeln. Die IWF-Strangulierer haben der Regierung ein Programm der Freigabe des Landes für die imperialistische Plünderung und der Lohnsenkung verordnet, das von der Arbeiterklasse bekämpft wird. Die Imperialisten treffen alle vorsorglichen Maßnahmen, um den erstarkenden Klassenkampf zu unterdrücken.

Mit der Aufgabe der erneuten Infiltration in die Organisationen der zairischen Arbeiterklasse zwecks Unterdrückung der Klassenkämpfe schicken die belgischen Imperialisten derzeit die bürgerlichen Gewerkschaftsführer des ACV (christlich) und des ABVV (sozialistisch) vor. „Wir formen eine neue Generation von zairischen Gewerkschaftsführern“, verkündet Houthuys, der Vorsitzende des ACV. Die zairische Arbeiterbewegung hat bereits reiche Erfahrungen mit dieser Art Hilfe gemacht.

Der Aufschwung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker gegen Ende des II. imperialistischen Weltkriegs, in dem die Arbeiterklasse eine entscheidende Rolle spielte, rief nicht nur die verstärkte Unterdrückung durch die Imperialisten hervor, sondern auch die verstärkte Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker mittels Gängelung durch die sozialistischen und christlichen Agenten der Imperialisten in der Arbeiterbewegung.

In großen Streikkämpfen hat die Arbeiterklasse der afrikanischen Völker in den 40er Jahren mit dem Aufbau eigener Gewerkschaften begonnen. „Um so mehr hat diese Bewegung extreme Positionen angenommen, was unmittelbar nach dem Krieg das Eingreifen der europäischen Gewerkschaften provozieren mußte“, stellt das „Institut für wirtschaftliche und soziale Untersuchungen“ der Universität Leuven/Belgien 1962 fest.

Im damaligen Belgisch-Kongo haben die afrikanischen Arbeiter in den Jahren 1941 bis 1946 große Streiks für Lohnerhöhungen und Koalitionsfreiheit geführt, auf die die Kolonialverwaltung am 10.5.46 mit einem „Erlaß zur Bildung von Eingeborenengewerkschaften“ reagierte, dessen Inhalt nichts als Unterdrückung und Schikanierung der kongolesischen Arbeiterklasse war. Die Kolonialverwaltung erteilte die Zulassung einer Gewerkschaft unter folgenden Bedingungen: Mindestens 100 Mitglieder müssen vorhanden sein, die Mitglieder müssen mindestens 25 Jahre alt und Angehörige des Belgisch-Kongo sein, dürfen keine Vorstrafen über ein halbes Jahr haben und müssen eine fünfjährige Berufstätigkeit nachweisen können, davon die letzten zwei Jahre ohne Unterbrechung (bei einfachen Arbeitern), und eine dreijährige Berufstätigkeit bei bessergestellten Arbeitern. Nur Einzelgewerkschaften sind erlaubt, übergreifende Zusammenschlüsse verboten.

Die Bildung von Gewerkschaften war unter diesen Bedingungen so gut

vor, sondern auch die verstärkte Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker mittels Gängelung durch die sozialistischen und christlichen Agenten der Imperialisten in der Arbeiterbewegung.

dreijährige Berufstätigkeit bei bessergestellten Arbeitern. Nur Einzelgewerkschaften sind erlaubt, übergreifende Zusammenschlüsse verboten.

Die Bildung von Gewerkschaften war unter diesen Bedingungen so gut



Vertreter der selbständigen kongolesischen Gewerkschaft APIC und der ursprünglich vom belgischen ABVV gegründeten Gewerkschaft ABVV-K auf dem Kongreß 1966, auf dem sie ihre Vereinigung beschlossen. Beschlossen wurde unter anderem: „Die Bildung eines afrikanischen Unterstützungsfonds für die angolanischen Nationalisten . . . bestimmt 1. zur Versorgung der angolanischen Nationalisten mit Waffen und Munition, 2. für Ausbildung und Unterhaltung ihrer kämpfenden Truppen, 3. zur Hilfe für die angolanischen Flüchtlinge. . .“

wie unmöglich. Nur ein relativ geringer Teil der afrikanischen Arbeiter hatte überhaupt feste Arbeitsverträge. Noch 1958 waren 886000 Arbeiter sogenannte „travailleurs libres“, d.h. sie waren ohne festen Arbeitsvertrag; erst 1970 war ihre Zahl auf 136000 gesunken. Der Organisationsgrad war entsprechend niedrig. 1950 waren in afrikanischen Gewerkschaften 5175 Arbeiter organisiert in Betrieben mit insgesamt 962000 Arbeitern, 1956 waren es 8829 in Betrieben mit insgesamt 1179896 Arbeitern.

Die europäischen Kolonialbeamten und Arbeiter hatten bereits 1919 ihre ersten Verbände gegründet, die von der Kolonialverwaltung geduldet wurden. Zur Fesselung der afrikanischen Arbeiter waren sie schlecht geeignet, zu offensichtlich war ihre Verschmelzung mit dem kolonialen Unterdrückungsapparat.

Aufgrund ihrer Stellung kamen die Arbeiteraristokraten, die aus dem den afrikanischen Arbeitern abgepreßten Extraprofit bezahlt wurden, über die Bildung einer Gewerkschaft nur für „spezialisierte“ schwarze Arbeiter nicht hinaus. Toussait, Vorsitzender des weißen Gewerkschaftsverbandes: „. . . . denn man mußte dem Entwicklungsgrad der Eingeborenen Rechnung tragen: 9/10 der schwarzen Arbeiter sind unfähig, derzeit die genaue Tragweite und die Grenzen der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu verstehen.“

Zur Fesselung und Unterdrückung der Kämpfe der kongolesischen Arbeiterklasse brauchte es Agenten, die nicht den Geruch des Kolonialbeamten hatten. Wer eignete sich besser dazu als die christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsführer aus dem europäischen Mutterland, die als Vertreter der kämpfenden belgischen Arbeiter auftreten konnten?

Fürsorglich nahmen sie sich der Bildung von Gewerkschaften an, führten die Verhandlungen über die Zulassung usw. Insbesondere die christlichen erreichten es so, daß bereits 1947 von den 30 provisorisch zugelassenen Gewerkschaften 20 christliche waren, 1949 30, und 1953 waren 50 der 60 zugelassenen Gewerkschaften von christlicher Richtung. Die „Kongospezialisten“ des sozialistischen ABVV konzentrierten sich auf den Aufbau von Gewerkschaftsschulen zur Herausbildung von sogenannten „Eingeborenenkadern“, die die Weiterverbreitung der Klassenversöhnung bewerkstelligten, im damaligen Leopoldsville, Stanleyville und Elisabethville.

Ihre Aufgabe der Unterdrückung der Kämpfe der kongolesischen Arbeiterklasse und des antiimperialistischen Befreiungskampfes sahen diese Agenten klar: „Es versteht sich von selbst,

sind unfähig, derzeit die genaue Tragweite und die Grenzen der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu verstehen.“

Zur Fesselung und Unterdrückung der Kämpfe der kongolesischen Arbeiterklasse brauchte es Agenten, die nicht den Geruch des Kolonialbeamten hatten. Wer eignete sich besser dazu als die christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsführer aus dem europäischen Mutterland, die als Vertreter der kämpfenden belgischen Arbeiter auftreten konnten?

Fürsorglich nahmen sie sich der Bildung von Gewerkschaften an, führten die Verhandlungen über die Zulassung usw. Insbesondere die christlichen erreichten es so, daß bereits 1947 von den 30 provisorisch zugelassenen Gewerkschaften 20 christliche waren, 1949 30, und 1953 waren 50 der 60 zugelassenen Gewerkschaften von christlicher Richtung. Die „Kongospezialisten“ des sozialistischen ABVV konzentrierten sich auf den Aufbau von Gewerkschaftsschulen zur Herausbildung von sogenannten „Eingeborenenkadern“, die die Weiterverbreitung der Klassenversöhnung bewerkstelligten, im damaligen Leopoldsville, Stanleyville und Elisabethville.

Ihre Aufgabe der Unterdrückung der Kämpfe der kongolesischen Arbeiterklasse und des antiimperialistischen Befreiungskampfes sahen diese Agenten klar: „Es versteht sich von selbst,
daß es nicht möglich ist, ohne weiteres die von den Schwarzen aufgestellten Forderungen zu übernehmen. (. . .) Es ist in der Tat sicher, daß die Schwarzen Forderungen formulieren würden, deren Durchsetzung ihnen schädlich wäre anstatt profitabel zu sein, was dazu führen würde, sie mehr herabzudrücken als ihre Lage zu heben.“ (Pauwels, einer der Führer der Kongo-Sektion des ACV) Welche andere Forderung als die nach vollständiger Unabhängigkeit könnten die afrikanischen Arbeiter aufstellen, die den Imperialisten schädlich ist?

Die kongolesische Arbeiterbewegung hat sich nicht fesseln lassen und im Jahr 1957 die Koalitionsfreiheit erkämpft, die sie nutzte zum Aufbau selbständiger Gewerkschaftsorganisationen und zur Durchführung der großen Streikkämpfe des Jahres 1959, mit denen sie die nationale Unabhängigkeit erkämpfte.

Am 30.6.1960 wird Lumumba, der Führer der nationalen Befreiungsbewegung, erster Ministerpräsident des unabhängigen Kongo. Bereits wenige Tage später überfallen belgische Fallschirmjäger die Provinz Katanga. In dieser für die nationale Regierung schwierigen Lage setzen die bürgerlichen Führer der christlichen und der sozialistischen kongolesischen Filialgewerkschaften alles daran, durch Spaltung der Arbeiterklasse die Rückeroberung des Kongo durch die Imperialisten zu erleichtern. Am 4. Juli greifen sie in einem offenen Brief Lumumba wegen „Unfähigkeit angesichts der Arbeitslosigkeit“ an, am 9. August fordern sie die sofortige Zahlung von Arbeitslosengeld, ultimativ innerhalb 8 Tagen, nach Ablauf des Ultimatums organisieren sie vor dem Parlament eine Arbeitslosendemonstration, die von der Polizei aufgelöst wird. Sie tragen so entscheidend zur Absetzung Lumumbas bei. Die sozialistischen Führer lehnen 1961, als UNO-Truppen im Auftrag des US-Imperialismus den Kongo besetzt halten, ein Vereinigungsangebot von zwei nationalen afrikanischen Gewerkschaften ab. Und als 1964 die Volksmassen in den östlichen Provinzen mit dem bewaffneten Aufstand gegen die imperialistische Besatzung losschlagen, lassen die christlichen Gewerkschaftsführer in den übrigen Provinzen gewerkschaftliche Delegiertenwahlen durchführen, während derer die „großen gewerkschaftlichen Aktionen suspendiert“ waren. Diese Spaltung hat die Niederschlagung des Aufstandes überhaupt erst ermöglicht.

Wundert es einen, daß die Agente der „Muttergewerkschaft“ in dieser Jahr 1964 den Hut nehmen mußten?

Jetzt werden sie wieder losgeschickt mit dem Auftrag der „Reorganisierung“ der zairischen Gewerkschaften. Die Imperialisten wollen Zaire wieder in eine Halbkolonie zurückverwandeln. Die Kämpfe der zairischen Arbeiter in den letzten Jahren haben allerdings gezeigt, daß das nicht so einfach ist.

Armseliges Ende des thailändischen Wahlmanövers. Siege im Befreiungskampf

z.mat.Sydney. Einer der berüchtigten „Fernostexperten“, der Reporter des Sydney Morning Herald in Bangkok, wußte vor den für den 22. April angesetzten Wahlen zu berichten, sie seien „die letzte Gelegenheit, den Kommunismus zu vermeiden und eine parlamentarische Demokratie aufzubauen.“ Kriangsak, Statthalter der Imperialisten im Land, hatte alle Mühe aufgewendet, nach drei Jahren Ausnahmezustand diese Gelegenheit nicht zu verpassen: Obwohl er nicht zur Wahl stand, stand seine Position als zukünftiger Premierminister schon fest. 436000 Einwohner Bangkoks aus den benachbarten Ländern hatte er durch Gesetz praktisch von den Wahlen ausgeschlossen, indem er von ihnen die Vorlage von Schulzeugnissen und Steuerquittungen verlangte.

Es hat alles nichts genutzt. Die Volksmassen stimmten nicht für die parlamentarische Form der Diktatur der imperialistischen Finanzbourgeoisie. 19,45% betrug die Wahlbeteiligung in der Hauptstadt. Von den Landbezirken wurde die Beteiligung gar nicht erst mitgeteilt. 85% der thailändischen Bevölkerung lebt in den Landbezirken, wo das Hauptexportprodukt, der Reis, angebaut wird. Von 1965 bis 1971 ist die durchschnittliche Reisanbaufläche von 7,45 auf 6,8 Hektar zurückgegangen. Die Masse der kleinen Bauern, deren Existenz bei schrumpfender Anbaufläche und sinkenden Erzeugerpreisen unerträglich

Sydney Morning Herald in Bangkok, wußte vor den für den 22. April angesetzten Wahlen zu berichten, sie seien „die letzte Gelegenheit, den Kommunismus zu vermeiden und eine parlamentarische Demokratie aufzubauen.“ Kriangsak, Statthalter der Imperialisten im Land, hatte alle Mühe aufgewendet, nach drei Jahren Ausnahmezustand diese Gelegenheit nicht zu verpassen: Obwohl er nicht zur Wahl stand, stand seine Position als zukünftiger Premierminister schon fest. 436000 Einwohner Bangkoks aus den benachbarten Ländern hatte er durch Gesetz praktisch von den Wahlen ausgeschlossen, indem er von ihnen die Vorlage von Schulzeugnissen und Steuerquittungen verlangte.

Es hat alles nichts genutzt. Die Volksmassen stimmten nicht für die parlamentarische Form der Diktatur der imperialistischen Finanzbourgeoisie. 19,45% betrug die Wahlbeteiligung in der Hauptstadt. Von den Landbezirken wurde die Beteiligung gar nicht erst mitgeteilt. 85% der thailändischen Bevölkerung lebt in den Landbezirken, wo das Hauptexportprodukt, der Reis, angebaut wird. Von 1965 bis 1971 ist die durchschnittliche Reisanbaufläche von 7,45 auf 6,8 Hektar zurückgegangen. Die Masse der kleinen Bauern, deren Existenz bei schrumpfender Anbaufläche und sinkenden Erzeugerpreisen unerträglich
geworden ist, bildet das Rückgrat des Kampfes der Volksbefreiungsarmee, die unter Führung der Kommunistischen Partei Thailands große Erfolge errungen hat. 1969 mußte die Regierung 35 Provinzen als „im Kriegszustand befindlich“ erklären. Am 27. Dezember des vergangenen Jahres konnte der Radiosender „Stimme des thailändischen Volkes“ berichten, daß der Befreiungskampf in 40 Provinzen getragen worden ist. 1495 Feinde konnten 1978 in 930 Aktionen getötet, 2514 verwundet und 206 gefangengenommen werden, 4 Flugzeuge und 2 Hubschrauber wurden abgeschossen. In den Südprovinzen des Landes, wo der Kampf neu aufgenommen worden ist, wurden in 128 Aktionen 274 Feinde getötet, 379 verwundet und über 100 gefangengenommen, meldete derselbe Sender am 10. Januar.



Poststreik in Thailand 1975

Um den „Erfolg“ der Wahlen auf dem Land zu sichern, hatten 4000 thailändische und malaysische Truppen im Februar eine Offensive im südlichen Grenzgebiet begonnen. Mit „intensiver Bombendeckung aus der Luft und mit Artillerie“ sollte der „Widerstand in den dicht besiedelten Gebieten gebrochen“ werden, erklärte die Regierung. Drei Wochen vor den Wahlen mußte sie eingestehen, daß „einige

2514 verwundet und 206 gefangengenommen werden, 4 Flugzeuge und 2 Hubschrauber wurden abgeschossen. In den Südprovinzen des Landes, wo der Kampf neu aufgenommen worden ist, wurden in 128 Aktionen 274 Feinde getötet, 379 verwundet und über 100 gefangengenommen, meldete derselbe Sender am 10. Januar.



Poststreik in Thailand 1975

Um den „Erfolg“ der Wahlen auf dem Land zu sichern, hatten 4000 thailändische und malaysische Truppen im Februar eine Offensive im südlichen Grenzgebiet begonnen. Mit „intensiver Bombendeckung aus der Luft und mit Artillerie“ sollte der „Widerstand in den dicht besiedelten Gebieten gebrochen“ werden, erklärte die Regierung. Drei Wochen vor den Wahlen mußte sie eingestehen, daß „einige
Fortschritte gemacht worden sind, aber es geht nur langsam voran, weil der dichte Dschungel erst von Fallen geräumt werden muß.“ Angesichts der Unmöglichkeit, den Fortschritt des Befreiungskampfes aufzuhalten, ist die thailändische Bourgeoisie hoffnungslos zerstritten. Noch drei Wochen nach der Wahl bemüht sich Kriangsak, aus den 38 Parteien eine parlamentarische Regierung zusammenzubringen.

---

186 Lire (42 Pf.) gestreikt. Die 40000 Pächter fordern vor jeder Preiserhöhung eine Anhebung ihres Anteils am Preis um 5,65 Lire/l. In den letzten Jahren haben die Ölkonzerne und Großhändler, denen die Tankstellen zu 60 bzw. 40% gehören, diesen Anteil ständig gedrückt. Bei einer durchschnittlichen Jahresabgabe von 330000 l kommt ein Pächter jetzt auf umgerechnet 15500 DM *brutto* im Jahr.

ab...	Benzinpreis	Steuer	Anteil Pächter	in %
1.1.73	162	120,17	9,25	5,71
30.9.73	185	135,85	10,75	5,81
23.11.73	200	137,45	–	5,38
21.2.74	260	162,72	13,75	5,29
7.7.74	300	202,86	–	4,58
21.11.75	315	204,01	–	4,37
13.3.76	350	207,76	16,15	4,37
18.3.76	400	257,88	–	4,04
9.10.76	500	357,72	16,95	3,39
7.4.77	–	–	18,95	3,79
8.4.78	–	–	20,70	4,14

Während die Regierung bis zum Wahltag die geplante Benzinpreiserhöhung entschieden dementiert, debattieren die bürgerlichen Zeitungen bereits, ob man es bei einer Erhöhung von jetzt 500 Lire (1,12 DM) um 100 Lire belassen soll, oder ob nicht mit 200 Lire den Ölmonopolen wie dem vaterländischen Interesse an „Energieersparnis“ noch besser gedient wäre. Der Rohölpreis pro Liter ist seit 1976 um ganze 30 Lire gestiegen.

„Recht auf Arbeit“ in der DDR auch im Rentenalter

z.dab. In den 12-Stundenschichten bei der Aussaat in der DDR wurden als „zusätzliche Arbeitskräfte“ vor allem Rentner eingesetzt. Von den 3,1 Mio. Rentnern (Gesamtbevölkerung 16,7 Mio.) müssen 600000 sowieso schon weiterarbeiten. Bei einer Zugrundelegung des beitragspflichtigen monatlichen Durchschnittseinkommens der letzten 20 Jahre betrug die durchschnittliche Rente 1977 302,43 Mark. Das ist ⅓ des Lohnes eines Industriearbeiters. Der Anteil der berufstätigen Rentner soll weiter erhöht werden. Unter dem Deckmantel der besseren medizinischen Versorgung wurden 1973 „Betreuungskarten“ eingeführt, die genaue Auskunft über die Rüstigkeit der Rentner geben. Die „ungünstige Altersstruktur“ – auf 100 Bürger von 15 Jahren bis zum Rentenalter kamen 1975 34 Rentner –, die vergleichsweise niedrige Produktivität machen die alten Arbeiter für die neue Bourgeoisie zur „wichtigen Arbeitskräftereserve“. „Bewährt hat sich in den Schuhfabriken Weißenfels, daß zwei Rentner im Wechsel einen Arbeitsplatz einnehmen“ (Berliner Zeitung, 12.1.1978). Geködert werden sie damit, daß ihnen neben dem Lohn die volle Rente ausgezahlt wird.

Indische Regierung lehnt Kernkraftangebot der SU ab

z.rül. Am 2.5. lehnte der indische Minister für Atomenergie, Sher Singh, im Unterhaus ein Angebot der Sozialimperialisten ab, Indien beim Bau eines großen Atomkraftwerks zu „helfen“. Gegenwärtig kontrollieren die britischen und US-Imperialisten einen großen Teil der Stromproduktion aus Kohle und Wasser (1972 produzierten Wasserkraftwerke 42,9% des Stroms). Trotz eines Zuwachses der jährlichen Stromproduktion von 12% auf inzwischen 100,74 Mio. kwh (1978) deckt diese nicht den Bedarf. Die indische Regierung versucht deswegen, mit dem Bau eigener Kernkraftwerke – Indien besitzt ausreichend Uran – die Abhängigkeit von den Imperialisten zu mindern und gleichzeitig zu vermeiden, daß die Öleinfuhren steigen (1978: 13 Mio. Tonnen oder 40% des Verbrauchs) oder die Industrie nicht genügend billige Kohle hat. Ihre Versuche, mit drastischen Strompreiserhöhungen für die Bewässerungspumpen der Bauern die Kapitalisten billig und ausreichend zu beliefern, beantworteten die Bauern mit erbittertem Widerstand. Indien besitzt zwei Kernkraftwerke mit je 400 MW Kapazität, ein drittes mit 470 MW ist im Bau, dessen Ausrüstung die indische Industrie bereits zu 80% liefert. Mit dem Angebot, ein *großes* Kernkraftwerk zu liefern, wollten die Sozialimperialisten diese wachsende Selbstständigkeit untergraben.

Ausnahmezustand in Liberia verhängt

z.mih. Die Kämpfe der Volksmassen gegen die wachsende Verelendung und die imperialistische Ausplünderung im westafrikanischen Staat Liberia dauern an. Nachdem Mitte April die geplante Preiserhöhung für Reis trotz Polizei- und Armee-Einsatzes zurückgeschlagen worden ist, (vgl. KVZ 17/79), versucht die Regierung jetzt, das Land von „subversiven Elementen“ zu säubern. Sie hat bis zum 25. April 1980 den Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt. Ohne richterliche Genehmigung werden Verhaftungen auf unbestimmte Dauer und Hausdurchsuchungen vollzogen. – Diktiert wird dieses Vorgehen von der Weltbank, die durch die Kämpfe der Volksmassen die Durchsetzung ihrer Auflagen für einen 11,5 Mio. $-Kredit an Liberia gefährdet sieht. Sie lauten: rigorose Beschränkung der Staatsausgaben und der Auslandsverschuldung, Einschränkung der Importe. Die Sozialimperialisten sind im Gegensatz zu den US- und BRD-Imperialisten, die allein aus „eigenen“ Minen und Plantagen 18 Mio. t Eisenerz und mindestens 75000 t Kautschuk 1978 aus dem Land geschafft haben, über die üblichen Handelsbeziehungen nicht hinausgekommen. Offensichtlich haben sie versucht, in den Kämpfen mit der Wühltätigkeit ihrer Diplomatenagenten in Liberia besser Fuß zu fassen. Resultat: Drei sowjetische „Diplomaten“ sind wegen Kontakten zu den für die Unruhen Verantwortlichen ausgewiesen worden.

UNCTAD V: Für die SU „unbegründete“ und „unannehmbare“ Forderungen

z.jük. Die jugoslawische Nachrichtenagentur „Tanjug“ veröffentlichte am 9.5. anläßlich des Besuches des jugoslawischen Außenministers Vrhovec in Indien ein Gemeinsames Kommunique, in dem gegen Versuche der Spaltung der Blockfreienbewegung durch die Imperialisten Stellung genommen wird. Konkret befaßten sich die Vertreter beider Staaten mit den Versuchen der Sozialimperialisten, über Staaten wie Kuba und Vietnam, die Mitglieder der Blockfreienbewegung sind, diese zu spalten und zumindestens teilweise unter ihre Kontrolle zu bekommen. „In den jugoslawisch-indischen Gesprächen wurde, wie Vrhovec sagte, auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß sich die Blockfreienbewegung entschlossen den ausländischen Pressionen und Versuchen widersetzt, sie vom Kurs der Unabhängigkeit abzubringen. Außerdem wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Prinzipien der Blockfreiheit in ihrer Gesamtheit zu stärken“, heißt es in der „Tanjug“. „Die beiden Länder kamen darin überein, daß die Politik der Blockfreiheit eine positive Rolle in ihrem weiteren Widersetzen gegen die Militärblöcke und die Politik der Großmächte spielen soll. Eine strikte Treue zu diesen bekannten Prinzipien wird die Einheit der Bewegung wahren und festigen. Die blockfreien Länder verfolgen eine unabhängige Politik, die sich auf der universalen Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz gründet. Die Blockfreienbewegung soll, wie Jugoslawien und Indien erachten, auch weiterhin den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Apartheid und alle Formen der fremden Herrschaft und Ausbeutung unterstützen.“ Über die Aussage des letzten Halbsatzes hatte es schon auf der Blockfreienkonferenz in Belgrad im Jahre 1978 scharfe Auseinandersetzungen mit der Staatengruppe gegeben, die direkt vom Sozialimperialismus abhängig und ausgebeutet werden, wogegen sich dieser Satz richtet.

Die sozialimperialistische Supermacht versucht im Rahmen ihrer Globalstrategie zur Eroberung der Weltherrschaft gegenüber den Völkern der Dritten Welt, gegenüber der Blockfreienbewegung sich als „natürlicher Verbündeter“ aufzuspielen. Sie will die Früchte des Befreiungskampfes der Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus, insbesondere den USA-Imperialismus, ernten, um an die Stelle des USA-Imperialismus zu treten. Die Methode der Spaltung und Subversion der Dritten Welt und der Blockfreienbewegung ist das Mittel, und dieses Mittel ist keineswegs von allen Völkern der Welt bisher erkannt. Für die Einheit der Völker ist das äußerst gefährlich, der Sozialimperialismus hat in den letzten Jahren verschiedene Erfolge bei seinen Infiltrationsbemühungen erlangt, so daß jeder Schritt gegen diese Politik von seiten der Völker unbedingt Unterstützung erlangen muß.

Bei den Vorbereitungskonferenzen der Staaten der Dritten Welt für die V. UNCTAD Tagung in Manila sind die SU und die RGW-Länder kritisiert worden, daß „die Hilfen der sozialistischen Länder weit unter der internationalen Zielsetzung verblieben sind.“ Das ist eine direkte Antwort auf die Taktik der Sozialimperialisten. Die SU hat sich gegenüber dem Zusammenschluß der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung immer als „bedingungsloser Unterstützer“ hingestellt. Zum ersten leiteten die Sozialimperialisten daraus ab, daß sie von den Forderungen der Dritten Welt gegenüber den Imperialisten nicht betroffen seien und zum zweiten, daß sich unter der Decke der „bedingungslosen Unterstützung“ erheblicher ökonomischer Einfluß erlangen ließe. Vor der IV. UNCTAD Konferenz 1976 tönte die sowjetische Regierung: „Es gibt keine Grundlage dafür und es kann auch keine dafür geben, bei der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten jene Forderungen zu erheben, die die Entwicklungsländer den kapitalistischen Industriestaaten stellen“, und lehnte die Einrichtung eines Fonds im Rahmen eines integrierten Rohstoffprogramms ebenso wie alle übrigen Imperialisten ab. Gleichzeitig verstärkten die Sozialimperialisten ihre Bemühungen, ihre ökonomische Position in der Dritten Welt auszubauen. „Die Hilfe der UdSSR bei der Stärkung der Wirtschaft der Entwicklungsländer und die Schaffung neuer großer Produktionskapazitäten in ihrem staatlichen Sektor ist auch für die Sowjetunion von beachtlichem ökonomischen Vorteil. Mehr als 20% des gesamten Imports der UdSSR aus den Entwicklungsländern kommen in den letzten Jahren aus Betrieben, die mit wirtschaftlicher und technischer Hilfe der Sowjetunion gebaut wurden. Dabei ist dank der Nutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung, die infolge der spezifischen natürlichen und anderen (!) Bedingungen entstanden sind, der Import aus den Entwicklungsländern für die Sowjetunion von ... Bedeutung ... der Bedarf ... an benötigten Rohstoffen, Nahrungsmitteln und anderen Erzeugnissen (ist) stabil und (wird) auf lange Sicht gedeckt.“ (Vergleiche auch KVZ 18/79, S. 8).

Das Bewußtsein der Staaten der Dritten Welt gegen die Politik der Sozialimperialisten beginnt sich zu entwickeln. Beharrlich halten sie an ihren gerechten Forderungen fest. Im März dieses Jahres haben die Sozialimperialisten zusammen mit allen anderen imperialistischen Staaten der Einrichtung des integrierten Rohstoffonds zustimmen müssen, was sie noch 1976 auf der IV. UNCTAD Konferenz so erbittert bekämpft hatten. Verärgert schreibt die „Neue Zeit“ zu einem Dokument einer Vorbereitungskonferenz für die UNCTAD V: „Trotzdem ent-

Jahren verschiedene Erfolge bei seinen Infiltrationsbemühungen erlangt, so daß jeder Schritt gegen diese Politik von seiten der Völker unbedingt Unterstützung erlangen muß.

Bei den Vorbereitungskonferenzen der Staaten der Dritten Welt für die V. UNCTAD Tagung in Manila sind die SU und die RGW-Länder kritisiert worden, daß „die Hilfen der sozialistischen Länder weit unter der internationalen Zielsetzung verblieben sind.“ Das ist eine direkte Antwort auf die Taktik der Sozialimperialisten. Die SU hat sich gegenüber dem Zusammenschluß der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung immer als „bedingungsloser Unterstützer“ hingestellt. Zum ersten leiteten die Sozialimperialisten daraus ab, daß sie von den Forderungen der Dritten Welt gegenüber den Imperialisten nicht betroffen seien und zum zweiten, daß sich unter der Decke der „bedingungslosen Unterstützung“ erheblicher ökonomischer Einfluß erlangen ließe. Vor der IV. UNCTAD Konferenz 1976 tönte die sowjetische Regierung: „Es gibt keine Grundlage dafür und es kann auch keine dafür geben, bei der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten jene Forderungen zu erheben, die die Entwicklungsländer den kapitalistischen Industriestaaten stellen“, und lehnte die Einrichtung eines Fonds im Rahmen eines integrierten Rohstoffprogramms ebenso wie alle übrigen Imperialisten ab. Gleichzeitig verstärkten die Sozialimperialisten ihre Bemühungen, ihre ökonomische Position in der Dritten Welt auszubauen. „Die Hilfe der UdSSR bei der Stärkung der Wirtschaft der Entwicklungsländer und die Schaffung neuer großer Produktionskapazitäten in ihrem staatlichen Sektor ist auch für die Sowjetunion von beachtlichem ökonomischen Vorteil. Mehr als 20% des gesamten Imports der UdSSR aus den Entwicklungsländern kommen in den letzten Jahren aus Betrieben, die mit wirtschaftlicher und technischer Hilfe der Sowjetunion gebaut wurden. Dabei ist dank der Nutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung, die infolge der spezifischen natürlichen und anderen (!) Bedingungen entstanden sind, der Import aus den Entwicklungsländern für die Sowjetunion von ... Bedeutung ... der Bedarf ... an benötigten Rohstoffen, Nahrungsmitteln und anderen Erzeugnissen (ist) stabil und (wird) auf lange Sicht gedeckt.“ (Vergleiche auch KVZ 18/79, S. 8).

Das Bewußtsein der Staaten der Dritten Welt gegen die Politik der Sozialimperialisten beginnt sich zu entwickeln. Beharrlich halten sie an ihren gerechten Forderungen fest. Im März dieses Jahres haben die Sozialimperialisten zusammen mit allen anderen imperialistischen Staaten der Einrichtung des integrierten Rohstoffonds zustimmen müssen, was sie noch 1976 auf der IV. UNCTAD Konferenz so erbittert bekämpft hatten. Verärgert schreibt die „Neue Zeit“ zu einem Dokument einer Vorbereitungskonferenz für die UNCTAD V: „Trotzdem ent-
steht der Eindruck, daß in dem Abschnitt über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und den Entwicklungsländern vorsätzlich unbegründete und für RGW-Länder unannehmbare Forderungen aufgenommen wurden“. In der Tat, Positionen der Sozialimperialisten, wie, daß Rohstoffe „Internationales Eigentum“ seien und die „Souveränität der Entwicklungsländer über ihre Natureigentümer hängt in hohem Grad von der Fähigkeit ihrer Industrie ab, diese Ressourcen zu nutzen“, wie sie 1977 verbreitet haben, werden als „Form ausländischer Beherrschung und Ausbeutung“ im Dokument für die Konferenz zurückgewiesen.

Sollen sie bellen. Unter den Forderungen von Manila kommen die Imperialisten nicht davon

z.frb. Die fünfte Tagung der Welthandelskonferenz (UNCTAD V), die Montag vergangener Woche in Manila eröffnet wurde und bis 1. Juni dauern soll, findet in einer Atmosphäre großer Spannung statt. Obwohl die Entwicklungsländer seit Jahren die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung erheben, konnte bis heute keine der Forderungen endgültig durchgesetzt werden. Indes hat die tiefe Krise der Weltwirtschaft die Situation der Länder der Dritten Welt noch verschlechtert und die Widersprüche zu den imperialistischen Mächten verschärft.

Auf der letzten Tagung der UNCTAD in Nairobi 1976 war den Imperialisten die prinzipielle Zustimmung zum Integrierten Rohstoffprogramm abgetrotzt worden. Doch als es konkret wurde, spielten sie den tauben Mann. So brachen die in der „Gruppe der 77“ zusammengeschlossenen Länder die Verhandlungen am 1. Dezember 1977 ab mit der ultimativen Forderung, die Industriestaaten müßten jenen politischen Willen zeigen, der ihren früheren verbindlichen Zusagen entspricht. Die „Gruppe der 77“ sei erst wieder zu Verhandlungen bereit, wenn die Industriestaaten ernsthaft verhandeln wollten. Die imperialistischen Staaten mußten nachgeben, und im November vergangenen Jahres fand die zweite Verhandlung statt, die die Zustimmung zur Gründung eines Fonds und einer zweiten Kasse zur Unterstützung von Entwicklungsländern brachte. Als letzte aller Verhandlungsdelegationen hatte die Delegation der BRD zugestimmt – nach einer Sonderkonferenz von Schmidt, Genscher, Matthöfer und Offergeld. Im März nun konnten alle wesentlichen Fragen der Ziele und Zwecke des Fonds, der Finanzierung und der Verwaltung, geklärt werden. Abschlußreif ist das Abkommen frühestens Ende des Jahres.

Weshalb diese Schärfe der Auseinandersetzung, weshalb die Hartnäckigkeit der Imperialisten gegenüber den Ländern der Dritten Welt?

Das *Rohstoffprogramm* ist nur ein Teil der Forderungen, und auch im Bereich der Rohstoffe kann es nur Abhilfe gegen die gröbsten Widrigkeiten des Weltmarktes sein.

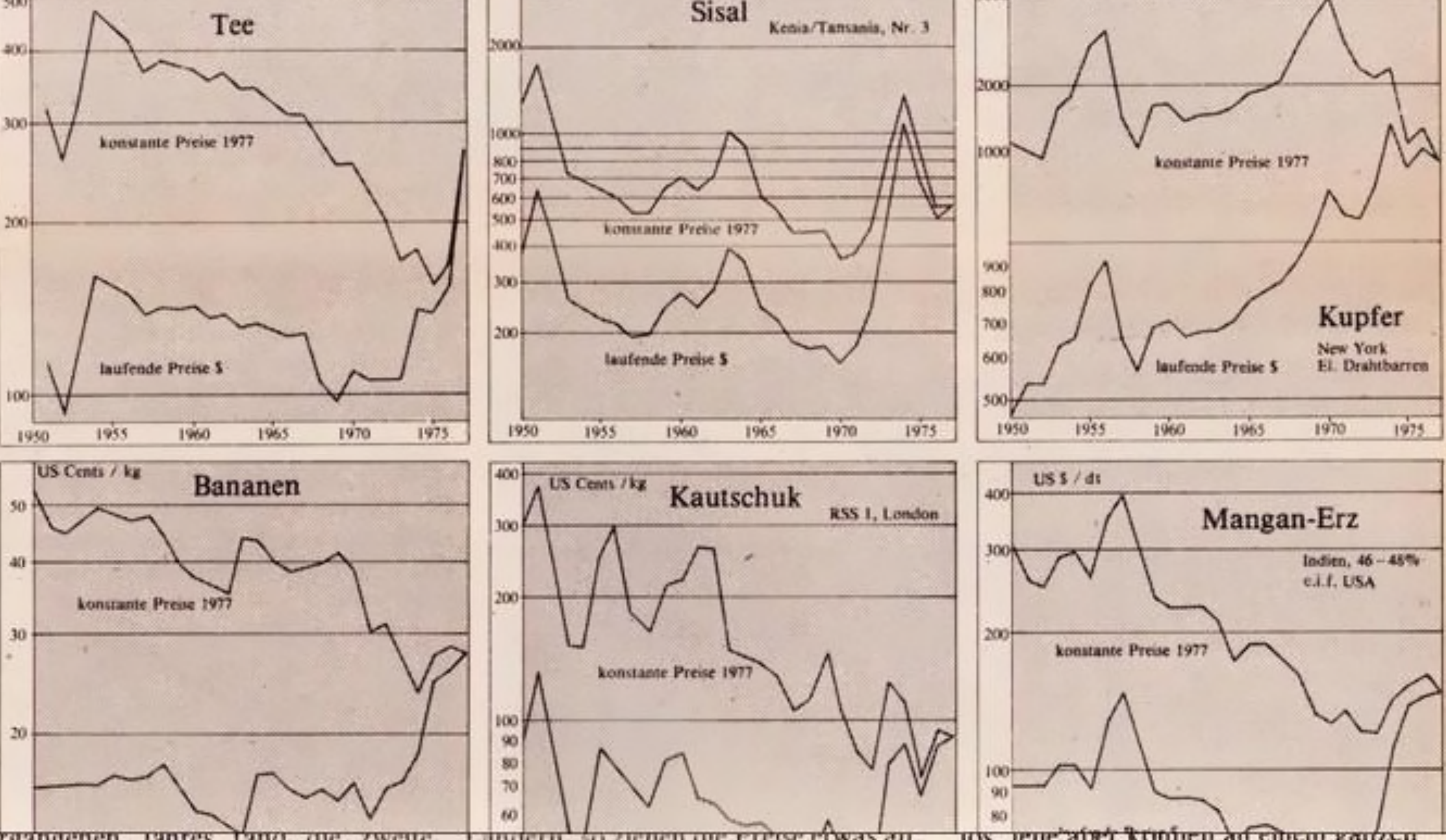
Es war nicht die Entscheidung der Entwicklungsländer, daß sie zum Rohstofflieferanten einer Handvoll imperialistischer Länder gemacht wurden. Sie sind auf die Einnahmen aus dem Verkauf der Rohstoffe angewiesen, um damit Maschinen für die Landwirtschaft und Industrie zu kaufen. Noch können sie diese kaum selbst herstellen. Mehr als ein Drittel der von ihnen ausgeführten Rohstoffe aber hatten seit 1955 durchschnittliche Preisschwankungen von mehr als 10%, knapp zehn Prozent – Kupfer, Kakao, Zink, Fischmehl, Kopra und Sisal – sogar über 15%. Und für die 18 Produkte des Integrierten Rohstoffprogramms schwankten die Preise im Zeittraum 1972-77 dreimal so stark wie im Zeitraum 1960-71. Floriert die Profitwirtschaft in den imperialistischen Ländern, so ziehen die Preise etwas an. Zusätzliche Erzlager werden erschlossen, Pflanzungen angelegt. Dann sinkt die überhitzte Nachfrage der Imperialisten, die bloß ihre Lager gefüllt haben, wieder. Preisverfall ist die Folge. Die kapitalistischen Wirtschaften kommen in die Krise, die Rohstoffpreise fallen weiter, die Absatzmenge auch; also fallen die Einnahmen doppelt. Niemals können diese Verluste in den kurzen Hitzeperioden des Markts ausgeglichen werden. Und noch schlimmer bei den landwirtschaftlichen Rohstoffen. Denn hier bedeutet zusätzlich schlechte Ernte sinkende Einnahmen wegen der geringeren Menge und gute Ernte sinkende Einnahmen wegen des geringeren Preises. Jedem Bauern ist dies geläufig.

Kräftig helfen die imperialistischen Monopole nach, die Preise langfristig zu drücken. Der gesamte Markt für mineralische Rohstoffe wird von etwa einem Dutzend Konzernen beherrscht. Bei Aluminium, Bananen, Tee und Tabak sind es mit Sicherheit weniger als sechs Konzerne, die den Weltmarkt in der Hand haben. Sie beherrschen Transport, Verarbeitung und Verkauf selbst dort, wo sie nicht selbst produzieren lassen.

Es sei nur daran erinnert, daß die westdeutschen Imperialisten mehr als die Hälfte der Einfuhr von Waren, die in Entwicklungsländern hergestellt sind, nicht dort einkaufen, sondern über dritte Länder. Über die Supermacht USA, über alte Kolonialmächte wie England und Frankreich, über Drehscheiben wie die Schweiz oder über Mischungen aus beidem wie über die Niederlande.

Die Produzentenländer werden ohne die imperialistischen Monopole nichts los, jene aber können an einem ganzen Bündel von Fäden ziehen. Nach Angaben des UNCTAD-Sekretariats liegt so der Preis, den die Entwicklungsländer erhalten, oftmals unter 30% dessen, was für denselben Rohstoff in den Industrieländern erlöst wird.

Dies alles sind nur die sichtbarsten Auswirkungen, die aus der Herrschaft einiger Dutzend imperialistischer Monopole über den Weltmarkt folgen.

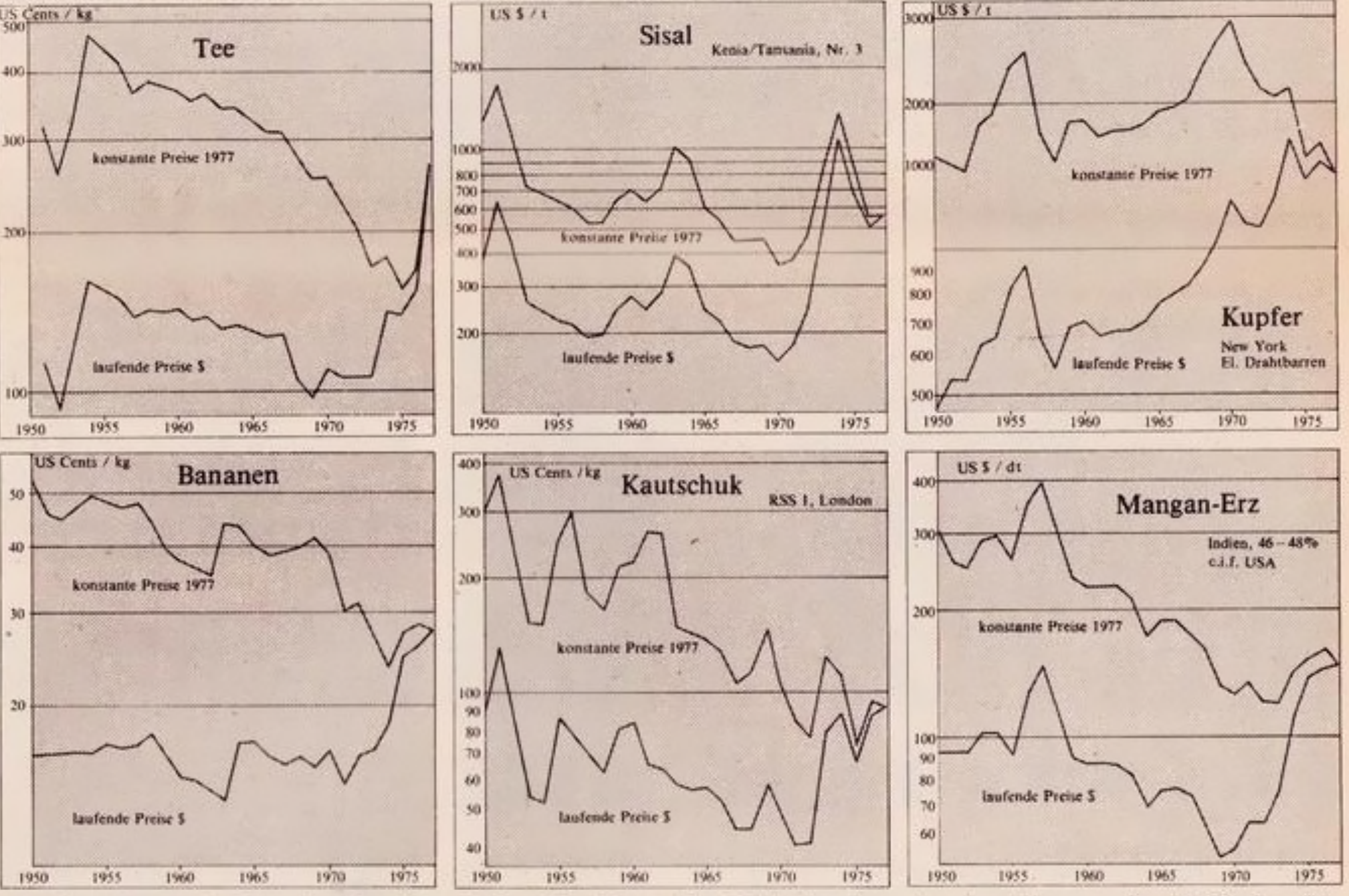


vergangenen Jahres fand die zweite Verhandlung statt, die die Zustimmung zur Gründung eines Fonds und einer zweiten Kasse zur Unterstützung von Entwicklungsländern brachte. Als letzte aller Verhandlungsdelegationen hatte die Delegation der BRD zugestimmt – nach einer Sonderkonferenz von Schmidt, Genscher, Matthöfer und Offergeld. Im März nun konnten alle wesentlichen Fragen der Ziele und

Ländern, so ziehen die Preise etwas an. Zusätzliche Erzlager werden erschlossen, Pflanzungen angelegt. Dann sinkt die überhitzte Nachfrage der Imperialisten, die bloß ihre Lager gefüllt haben, wieder. Preisverfall ist die Folge. Die kapitalistischen Wirtschaften kommen in die Krise, die Rohstoffpreise fallen weiter, die Absatzmenge auch; also fallen die Einnahmen doppelt. Niemals können diese Verluste in den kurzen

los, jene aber können an einem ganzen Bündel von Fäden ziehen. Nach Angaben des UNCTAD-Sekretariats liegt so der Preis, den die Entwicklungsländer erhalten, oftmals unter 30% dessen, was für denselben Rohstoff in den Industrieländern erlöst wird.

Dies alles sind nur die sichtbarsten Auswirkungen, die aus der Herrschaft einiger Dutzend imperialistischer Monopole über den Weltmarkt folgen.



Jährliche Durchschnittspreise für einige Rohstoffe. Unten die Originalpreise, oben bereinigt um den Preisindex für Industrie-Exporte in Entwicklungsländer. Nach Angaben des UNCTAD-Sekretariats haben die Länder der Dritten Welt 1978 durch Verschlechterung der Austauschbedingungen, durch weitere Verschärfung des ungleichen Tauschs, runde 30 Milliarden Dollar verloren. (Preise nach: Commodity Trade and Price Trends, World Bank, 1978)

Stellungnahmen und Forderungen der „Gruppe der 77“ zur Fünften Welthandelskonferenz in Manila

Mit der Zustimmung der imperialistischen Mächte zum Integrierten Rohstoffonds haben die Länder der Dritten Welt zum ersten Mal seit der UNO-Sonder-Vollversammlung 1974 (auf der die Neue Weltwirtschaftsordnung gefordert worden war) einen bedeutenden Sieg errungen. Mit diesem Sieg treten sie den Imperialisten in Manila entgegen, wie andererseits dieser Sieg ein Ergebnis der sorgfältigen Vorbereitungen der „Gruppe der 77“ auf die 5. Welthandelskonferenz war.

Vom 12. bis 16. Februar war die „Gruppe der 77“ zu ihrer 4. Ministerkonferenz in *Arusha* (Tansania) zusammengekommen. 81 der 117 Staaten der Gruppe bereiteten hier die Konferenz in Manila vor. Schon im Januar hatten sich in drei Regionalkonferenzen die Minister der asiatischen Gruppe in Colombo, die Minister der lateinamerikanischen Gruppe in Caracas und die afrikanische Gruppe in Addis Abeba getroffen. In Arusha waren die Zeichen gesteckt worden, die es den Imperialisten ratsam erscheinen ließen, im März im Rahmen der UN-Verhandlungskonferenz den Grundelementen des Rohstoffprogramms und des Fonds zuzustimmen.

Der Präsident von Tansania, Julius *Nyerere*, hatte in seiner Eröffnungsrede eindringlich an die Einheit der „Gruppe der 77“ appelliert. Es gebe in dieser Bewegung viele verschiedene Ideologien und Interessen, deshalb gebe es auch eine Tendenz, daß sich Untergruppen entwickelten. „Gemeinsam haben wir“, betonte Nyerere, „daß wir alle im Verhältnis zur entwickelten Welt abhängige, nicht unabhängige oder gegenseitig abhängige Nationen sind.“ Die Weltordnung arbeite noch gegen die Interessen der Armen. Man habe den Fehler gemacht, so zu handeln, als ob Verhandeln eine Sache der Vernunft und der Moral sei. „Die Wahrheit ist, daß wir Macht brauchen, um zu verhandeln, ebenso wie wir Macht brauchen, um zu streiken“. Nyerere forderte daher, die Einheit zu festigen und die Zusammenarbeit zu entwickeln, gemeinsame Unternehmen, Schiffahrtslinien, Versicherungen, Erdölindustrie, eine Clearing-Stelle für den Geldverkehr, gemeinsame Forschung und Entwicklung.

Nach erfolgreichen Beratungen haben die Länder ihre gemeinsame Position in einem ausführlichen *Schlußdokument* „Programm des Vertrauens auf die eigenen Kraft und Verhandlungsrahmen“ manifestiert.

Im Teil 1 des Dokuments erklären die Länder ihre tiefe Enttäuschung, „daß es bei der Verwirklichung des Aktionsprogramms für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung wegen mangelnden politischen Willens seitens der meisten entwickelten Länder keinen nennenswerten Fortschritt gegeben hat.“ Dies sei der Fall beim Rohstoffprogramm, bei den Handelsverhandlungen (GATT) und Technologietransfer. Falls bis zur fünften Sitzung der UNCTAD in Manila keine konkreten Ergebnisse erreicht würden, so könne dies „zu einem starken Vertrauensverlust gegenüber dem internationalen Verhandlungsverfahren führen und ernsthaft die Aussichten für die internationale Zusammenarbeit gefährden“. Die Länder „beobachten in tiefer Sorge die Unangemessenheiten und Ungerechtigkeiten in der gegenwärtigen Ordnung, die einen vermeidbaren und unerträglichen Teil der Globallasten einer Neuanpassung auf die Entwicklungsländer übertragen und dadurch ernsthaft deren Entwicklungsbemühungen verzögert haben“. Die Instabilität der Währungskurse führe zu schweren Einkommensverlusten beim Rohstoffverkauf, und der Handelsprotektionismus bedeute ein schweres Hindernis für die Entwicklungsländer. Sie „betonen, daß das fortwährende Elend im Weltwirtschaftssystem nicht als zyklisches Phänomen betrachtet werden kann, sondern als Ausdruck einer tief verwurzelten strukturellen Fehlfunktion anerkannt werden muß und daher grundsätzliche Strukturveränderungen im Weltwirtschaftssystem notwendig macht“. Daher wird betont, „daß die Regierungen und Völker der Entwicklungsländer fortfahren sollen, ihre Ressourcen zu mobilisieren in ihrem gemeinsamen Kampf gegen Kolonialismus, fremdländische Aggression und Besetzung, Rassismus, Apartheid und alle Formen ausländischer Beherrschung und Ausbeutung, um so diesen Haupthindernissen der Entwicklung ein unmittelbares Ende zu bereiten. (...) Sie sind entschlossen, die volle dauerhafte Souveränität über ihren Reichtum, ihre Naturressourcen und wirtschaftlichen Tätigkeiten auszuüben sowie das Recht auf Restitution und vollen Schadensersatz für die Ausbeutung und Verminderung bzw. Schädigung der natürlichen und aller anderen Ressourcen.“

Aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen erklären die Entwicklungsländer, daß sie ihre „kollektive Verhandlungsstärke ausbauen und ihre Macht der Gegenposition ausüben müssen, um so jene Zwänge zu erzeugen, die die entwickelten Länder zu der Bereitschaft bringen, die gewünschten Veränderungen im Weltwirtschaftssystem zu verhandeln“. Um diesen Druck zu erzeugen, müßten die Entwicklungsländer ihre Zusammenarbeit ausbauen. Sie „halten es für das Grundelement der Reform des institutionellen Rahmens der Weltwirtschaftsbeziehungen, daß Entwicklungsländer einen angemessenen Anteil an den weltweiten Entscheidungsprozessen und an der Verwaltung der Weltwirtschaft erhalten und daß sie deshalb wirksamer an der Verwaltung der Weltwirtschaft teilnehmen müssen ...“

In einem weiteren Abschnitt des Dokuments ist ein detailliertes *Aktionsprogramm* erstellt. Seine Grundsätze

Hauptsächlich besteht die Ausbeutung der Länder der Dritten Welt im Welthandel im ungleichen Tausch. Eine Arbeitsstunde produziert in einem Land der Dritten Welt eine geringere Menge derselben Warenart, als eine Arbeitsstunde eines entwickelten kapitalistischen Landes. Da aber die auf ganz verschiedenen Stufen der Entwicklung der Produktivkräfte wirkenden Produzenten nur in Verbindung treten durch die Beziehung ihrer Waren zueinander, zählt im internationalen Handel die weniger produktive Arbeit geringer als die produktivere. Das Produkt einer Stunde tauscht sich mit dem Produkt – sagen wir – von drei Stunden. Diese beständige Wertübertragung fällt bei den imperialistischen Monopolen als Extraprofit an.

Unmassen an Profiten haben die Imperialisten aufgrund dieser Gesetzmäßigkeit aus den Ländern der Dritten Welt gepreßt und ziehen ihn noch. Nehmen wir als Beispiel das Rohöl. Besoffen von Profitwut haben die Imperialisten die Quellen in der Dritten Welt ausgebeutet. Allein die BRD-Imperialisten hätten seit 1960 für die entsprechende Energiemenge selbst in billigster Industriekohle runde 40 Mrd. DM mehr zahlen müssen. Einen Teil der so gescheffelten Extraprofite hat ihr Staatsapparat als Mineralölsteuer abgeschöpft. Vergangenes Jahr wurden 20,5 Mrd. DM an Mineralölsteuer abkassiert, für entsprechendes Rohöl mußten rund 29 Mrd. DM gezahlt werden – und auch hiervon erhalten die Produzentenländer ja auch nur einen Teil. Seit 1960 addiert sich die Mineralölsteuer auf 214 Mrd. DM.

Ein Lieblingskind imperialistischer Hetze: Von der Erhöhung der Ölpreise seien vor allem Entwicklungsländer getroffen worden. Tatsache ist, daß dreißig bis vierzig Länder, die zur Zeit kein Erdöl fördern, über Vorkommen verfügen, die mit Förderkosten von 3 bis 6 US-Dollar je Barrel ausgebeutet werden könnten. Dies sind wesentlich geringere Kosten als in Alaska oder in der Nordsee. Diese Quellen wurden bislang ausschließlich deshalb nicht genutzt, weil sie zwar für die inländische Versorgung von außerordentlicher Bedeutung wären, aber zu gering sind, als daß die Ölmonopole dieses Vorkommen erschlossen hätten. Ähnlich verhält es sich bei Erdgas, Kohle oder bei der Stromerzeugung aus Wasserkraft. Sofern also an der imperialistischen Hetzpropaganda etwas Wahres ist, so gerade dies, daß die imperialistische Ordnung der Weltwirtschaft die Ökonomie der Länder der Dritten Welt nur danach entwickelt, wie es ihrem Profit gut tut. Ist es nicht ein äußerst billiges Verlangen, wenn die Dritte Welt jetzt einen Rohstoffonds fordert, der nicht mehr bewirken kann, als die gröbsten Preis*schwankungen* zu dämpfen und der organisierten Preisdrückerei entgegenzuwirken.

Die Entwicklungsländer wollen ihre Rohstoffe mehr selbst weiter verarbeiten, die Erze wenigstens selbst verhüt-

Produzentenländer ja auch nur einen Teil. Seit 1960 addiert sich die Mineralölsteuer auf 214 Mrd. DM.

Ein Lieblingskind imperialistischer Hetze: Von der Erhöhung der Ölpreise seien vor allem Entwicklungsländer getroffen worden. Tatsache ist, daß dreißig bis vierzig Länder, die zur Zeit kein Erdöl fördern, über Vorkommen verfügen, die mit Förderkosten von 3 bis 6 US-Dollar je Barrel ausgebeutet werden könnten. Dies sind wesentlich geringere Kosten als in Alaska oder in der Nordsee. Diese Quellen wurden bislang ausschließlich deshalb nicht genutzt, weil sie zwar für die inländische Versorgung von außerordentlicher Bedeutung wären, aber zu gering sind, als daß die Ölmonopole dieses Vorkommen erschlossen hätten. Ähnlich verhält es sich bei Erdgas, Kohle oder bei der Stromerzeugung aus Wasserkraft. Sofern also an der imperialistischen Hetzpropaganda etwas Wahres ist, so gerade dies, daß die imperialistische Ordnung der Weltwirtschaft die Ökonomie der Länder der Dritten Welt nur danach entwickelt, wie es ihrem Profit gut tut. Ist es nicht ein äußerst billiges Verlangen, wenn die Dritte Welt jetzt einen Rohstoffonds fordert, der nicht mehr bewirken kann, als die gröbsten Preis*schwankungen* zu dämpfen und der organisierten Preisdrückerei entgegenzuwirken.

Die Entwicklungsländer wollen ihre Rohstoffe mehr selbst weiter verarbeiten, die Erze wenigstens selbst verhüt-

ten. Sie haben auch etwas Leichtindustrie entwickelt und wollen Textilien, Bekleidung, Schuhe usw. in die Industrieländer exportieren – und nicht bloß die rohe Baumwolle oder Rohleder – um damit Maschinen, Transportmittel usw. einzutauschen. Die Zölle dort betragen aber zwar nur 2% bei Rohstoffen, aber 8% für Halbfabrikate und 9,8% für Fertigwaren. Seit 1974 haben die Handelsbeschränkungen weitere 3-5% des Welthandels erfaßt. Die EG hat die Importquoten für Textilwaren sogar gesenkt. Ist es da nicht gerecht, wenn die Entwicklungsländer Zugang zu den Märkten in den imperialistischen Ländern verlangen?

300 Mrd. Dollar betragen die Schulden der Entwicklungsländer inzwischen. 2,4% ihres Sozialprodukts zahlen sie als Zinsen weg. Verglichen mit Westdeutschland wären das rund 25 Mrd. DM. Weil der Anteil der Bankkredite immer größer wird, steigen die Zinsen und verkürzen sich die Laufzeiten. Immer öfter müssen die Länder um Verlängerung der Schulden betteln und sind der Erpressung ausgesetzt. Ist es da nicht verständlich, daß sie günstigere Kredite, Zins- und Schuldenerlaß sowie eine Änderung des Währungssystems fordern?

Und ist es nicht gerecht, wenn sie Zugang zur Technologie fordern, die die Imperialisten in ihren Ländern haben entwickeln lassen? Und wenn sie, die 90% des Tankerguts und eine Drittel der Massengüter exportieren, aber nur 6% der Schiffstonnage besitzen, eine höhere Beteiligung an der Schifffahrt fordern?

All diese Forderungen sind gering, gemessen an dem, was ihnen geraubt wurde. Weshalb dann die Entschiedenheit, mit der die beiden Supermächte und die imperialistischen Mächte, die an ihrer Seite auf die Profitjagd gehen, diesen Forderungen entgegentreten? Weil sie ihren Erpressungs- und Infiltrationsmanövern einen Riegel vorschieben und weil sie Extraprofite verhindern, ohne die die imperialistischen Ausbeuter nicht mehr auskommen können. Und gerade darin liegt auch der Nutzen dieser Forderungen für die Arbeiter in den imperialistischen Ländern.

Der Siemens-Konzern mußte laut Ausweis in seinem letzten Geschäftsbericht für die Vernutzung der Arbeitskraft eines Beschäftigten in Westdeutschland 38850 DM aufwenden, im Ausland (für Entwicklunsländer allein liegen keine Angaben vor) aber 23150 DM. Wenngleich sich hierin auch unterschiedliche Intensität der Arbeit spiegelt, so ist doch klar, wie der Konzern gegenüber den westdeutschen Arbeitern dadurch gestärkt ist, daß er den größten Teil der Erdkugel als Operationsbasis benutzen kann.

1962 noch erreichten die Investitionen von Siemens im Ausland keine zehn Prozent der Investitionen im Inland. Heute erreichen sie die Hälfte der Investitionen im Inland. Produktionsmittel für 17 Mrd. DM haben die westdeutschen Imperialisten in Entwicklungsländern in ihr Eigentum gebracht. Meist, indem sie bestehende Anlagen aufgekauft haben. Stützpunkte gegen eine nationale Wirtschaft, Druckmittel gegen die Arbeiter hier. Ist es nicht gut wenn dies bekämpft wird?

Der Graf Lambsdorff hat in Manila

diesen Forderungen entgegentreten? Weil sie ihren Erpressungs- und Infiltrationsmanövern einen Riegel vorschieben und weil sie Extraprofite verhindern, ohne die die imperialistischen Ausbeuter nicht mehr auskommen können. Und gerade darin liegt auch der Nutzen dieser Forderungen für die Arbeiter in den imperialistischen Ländern.

Der Siemens-Konzern mußte laut Ausweis in seinem letzten Geschäftsbericht für die Vernutzung der Arbeitskraft eines Beschäftigten in Westdeutschland 38850 DM aufwenden, im Ausland (für Entwicklunsländer allein liegen keine Angaben vor) aber 23150 DM. Wenngleich sich hierin auch unterschiedliche Intensität der Arbeit spiegelt, so ist doch klar, wie der Konzern gegenüber den westdeutschen Arbeitern dadurch gestärkt ist, daß er den größten Teil der Erdkugel als Operationsbasis benutzen kann.

1962 noch erreichten die Investitionen von Siemens im Ausland keine zehn Prozent der Investitionen im Inland. Heute erreichen sie die Hälfte der Investitionen im Inland. Produktionsmittel für 17 Mrd. DM haben die westdeutschen Imperialisten in Entwicklungsländern in ihr Eigentum gebracht. Meist, indem sie bestehende Anlagen aufgekauft haben. Stützpunkte gegen eine nationale Wirtschaft, Druckmittel gegen die Arbeiter hier. Ist es nicht gut wenn dies bekämpft wird?

Der Graf Lambsdorff hat in Manila

verkündet, die Entwicklungsländer sollten sich mäßigen, sonst würde die Bevölkerung der Regierung nicht mehr erlauben, der Dritten Welt so viel zu schenken. Der Mann redet natürlich nur für seine Klasse. Aber ob dies auch erkannt wird? Wie notwendig, daß sich die Arbeiter selbst äußern!

US-Imperialisten: neue Vorstöße im Kampf um das Weltrohstoffmonopol

z.mif. Gerade noch rechtzeitig vor Beginn der UNCTAD V seien die Verhandlungen über einen Gemeinsamen Fonds zur Stabilisierung der Rohstoffpreise abgeschlossen worden, schrieb die bürgerliche Presse. Tatsächlich haben die US-Imperialisten dem entscheidenden Punkt die Zustimmung bisher verweigert: der Stimmverteilung. Sie wollen die Mehrheit. „Wir sind der Überzeugung, daß diese Konferenz keine ausreichende Zeit und Möglichkeit bot, die mit dieser Frage zusammenhängenden Probleme ausreichend zu prüfen", erklärte die US-Delegation. Die US-Imperialisten treten so frech auf, weil sie die enormen Reichtümer, die sie sich durch Ausbeutung der amerikanischen Arbeiterklasse aneignen, bereits in der Hand haben, wenn sie beutegierig auf den Weltmarkt treten. Die US-Arbeiter fördern über 25% der Weltbergbauproduktion, die US-Imperialisten beherrschen über 40% des Weltexports von Kohle allein aus der US-Produktion. Bei Kupfer umfaßt die Förderung in den USA ein Fünftel der Weltproduktion. Die Rohstoffausfuhr der USA lag 1977 bei 161% der Rohstoffeinfuhr, im 1. Halbjahr 1978 bei 173,3%.

Auch bei den landwirtschaftlichen Produkten ist die Ausgangsbasis der US-Imperialisten außerordentlich stark. Sie haben 19% der Weltproduktion an Baumwolle in der Hand, 14% der Weizenproduktion, 44% des Weltexports von Weizen. Den Sojahandel haben sie zu acht Zehnteln in Händen. Die Handelsbilanz für Nahrungsmittel und lebendige Tiere ist positiv, der Nahrungsmittelexport wird forciert.

Auf dieser Grundlage ist es den US-Imperialisten im Februar gelungen, die Weltweizenkonferenz zu sprengen. Sie forderten, ein Weizenausgleichslager müsse 30 Mio. t umfassen (die Hälfte der US-Jahresproduktion, mehr als von der Dritten Welt verlangt) und zu Preisen aufkaufen, die über den damaligen Marktpreisen lagen. Statt also Preissenkungen durch ausgleichende Käufe zu dämpfen, sollte die Einrichtung des Lagers nach Wunsch der US-Imperialisten dazu gut sein, ihnen Überschüsse abzukaufen und Extraprofite zuzuschieben. Die Länder der Dritten Welt haben das verhindert; die Konferenz wurde ergebnislos vertagt.

Bei den GATT-Verhandlungen über Zölle und Importschranken haben die US-Imperialisten gegenüber Japan und der EG und gegenüber den Ländern der Dritten Welt Zollsenkungen für landwirtschaftliche Produkte durchgesetzt, durch die sie nach ihrer Berechnung zusätzliche Agrarwaren im Wert von 3 Milliarden Dollar im Jahr in diesen Ländern absetzen können.

Durch gewaltig gesteigerte Ausbeutung der amerikanischen Bauern und Landarbeiter wollen die US-Monopole das Nahrungsmittelmonopol auf dem Weltmarkt erkämpfen. Sie wollen sich damit ein Druckmittel gegen jeden Zusammenschluß der Dritten Welt verschaffen. Gestützt auf die mineralische Rohstoffausbeute in den USA selber, hoffen sie den Integrierten Rohstofffonds entweder zu sprengen oder selbst daraus zu kassieren. Ohne Kampf dagegen kann kein Land der Dritten Welt seine Wirtschaft entwickeln.





Steinkohlenförderung im Tagebau; Sojabohnenanbau in Indiana

tion an Baumwolle in der Hand, 14% der Weizenproduktion, 44% des Weltexports von Weizen. Den Sojahandel haben sie zu acht Zehnteln in Händen.

Steinkohlenförderung im Tagebau; Sojabohnenanbau in Indiana

Westdeutscher Rohstoffonds für „Krisenfälle"

z.mih. Nach der Einrichtung der Mineralölbevorratung im Winter wird jetzt auf Beschluß des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank vom 3. Mai ein Kriegsfonds für die strategisch wichtigen Rohstoffe Asbest, Chrom, Mangan, Kobalt und Vanadium im Wert von „rund 600 Mio. DM" eingerichtet. Für den Aufbau des Fonds sind Vertragsabschlüsse über Rohstoffbevorratung zwischen der „Wirtschaft, (entsprechenden) Unternehmen und Firmenkonsortien" und dem „Bund bzw. einer vom Bund beauftragten Institution" (Kreditanstalt) geplant. Aussichtsreichste Bewerberin ist die „Kreditanstalt für Wiederaufbau". Die Kreditanstalt wird sich nach Geschäftstätigung bei der Bundesbank aus Devisenreserven refinanzieren. Die Verfügungsgewalt soll beim Bund bleiben, so daß in „Krisenfällen" gewährleistet ist, daß der Rohstoffonds gegen die Rohstoffwaffe der Länder der Dritten Welt gerichtet werden kann und nicht vorzeitig geplündert wird. Durchschnittlich 100 Tage Unabhängigkeit von Ölimporten soll die Mineralölbevorratung erreichen. Das kann auch als

Importe von Asbest, Chrom, Mangan, Kobalt und Vanadium der BRD 1978

	1000 t	Mio. DM
angereichertes Asbestgestein	341,2	181,1
aus Kanada	260,4	116,0
aus Südafrika	22,2	30,5
Blauasbest	4,6	6,1
aus Südafrika	4,0	5,8
Chromerze	371,7	55,6
aus Südafrika	244,3	31,2
Manganerze	308,1	50,4
aus Südafrika	237,7	33,8
Mangan, roh	4,0	9,9
aus Südafrika	2,1	4,0
Kobalt, roh	196,1	91,1
aus Zaire	80,8	33,9
Niobium-, Tantal-Vanadiumerze	0,9	10,3
aus Brasilien	0,6	4,5
aus Nigeria	0,1	1,2

afrika produzierte allein 1975 73% der Weltproduktion an Mangan, 60% Uran, 94% Gold, 100% Platinmetalle, 62% Nickel, 92% Vanadium, 87% Antimon, 74% Chrom, 56% Asbest und 62% Flußspat.

Die Sozialimperialisten wollen sich in Afrika breitmachen. Die Befreiungskämpfe im südlichen Afrika lassen sich nicht mehr ersticken, und die 5. UNCTAD-Konferenz verdeutlicht der westdeutschen Finanzbourgeoisie die Gefährdung der niedrigen Preise und ihrer freien Verfügungsgewalt über die Rohstoffe der Dritten Welt. Der neue Fonds soll der westdeutschen Finanzbourgeoisie ein wirksames Mittel werden, den Ländern der Dritten Welt die Rohstoffwaffe aus der Hand zu schlagen. Die *Sicherung* der Rohstoffimporte zu den bisherigen Bedingungen kann aber nur die militärische Intervention gewährleisten.



Westdeutscher Rohstoffonds für „Krisenfälle"

z.mih. Nach der Einrichtung der Mineralölbevorratung im Winter wird jetzt auf Beschluß des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank vom 3. Mai ein Kriegsfonds für die strategisch wichtigen Rohstoffe Asbest, Chrom, Mangan, Kobalt und Vanadium im Wert von „rund 600 Mio. DM" eingerichtet. Für den Aufbau des Fonds sind Vertragsabschlüsse über Rohstoffbevorratung zwischen der „Wirtschaft, (entsprechenden) Unternehmen und Firmenkonsortien" und dem „Bund bzw. einer vom Bund beauftragten Institution" (Kreditanstalt) geplant. Aussichtsreichste Bewerberin ist die „Kreditanstalt für Wiederaufbau". Die Kreditanstalt wird sich nach Geschäftstätigung bei der Bundesbank aus Devisenreserven refinanzieren. Die Verfügungsgewalt soll beim Bund bleiben, so daß in „Krisenfällen" gewährleistet ist, daß der Rohstoffonds gegen die Rohstoffwaffe der Länder der Dritten Welt gerichtet werden kann und nicht vorzeitig geplündert wird. Durchschnittlich 100 Tage Unabhängigkeit von Ölimporten soll die Mineralölbevorratung erreichen. Das kann auch als

Importe von Asbest, Chrom, Mangan, Kobalt und Vanadium der BRD 1978

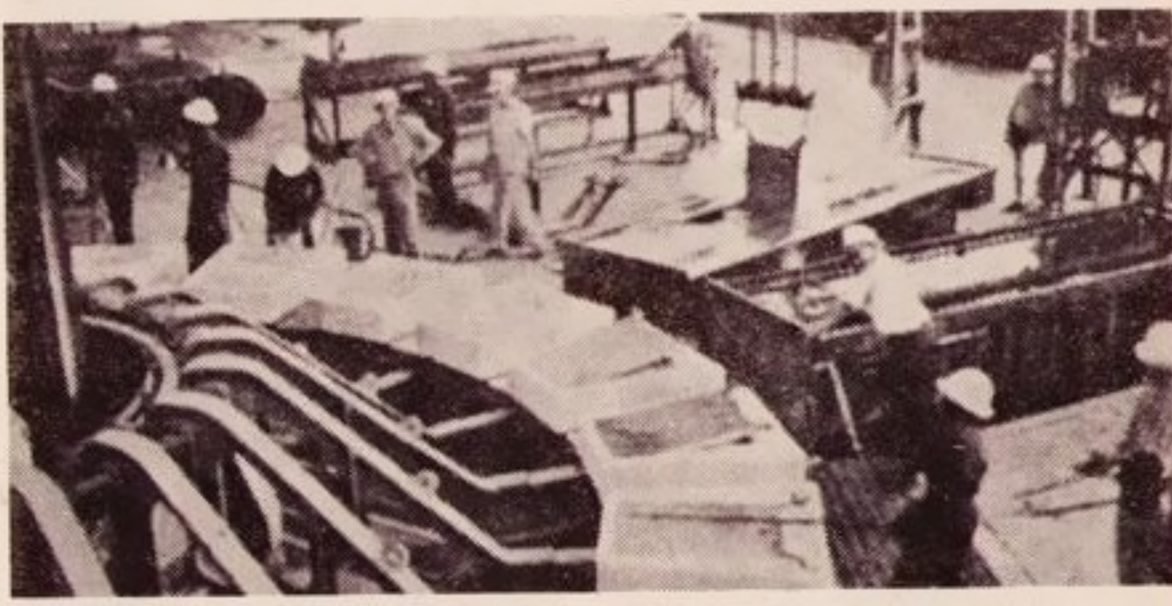
	1000 t	Mio. DM
angereichertes Asbestgestein	341,2	181,1
aus Kanada	260,4	116,0
aus Südafrika	22,2	30,5
Blauasbest	4,6	6,1
aus Südafrika	4,0	5,8
Chromerze	371,7	55,6
aus Südafrika	244,3	31,2
Manganerze	308,1	50,4
aus Südafrika	237,7	33,8
Mangan, roh	4,0	9,9
aus Südafrika	2,1	4,0
Kobalt, roh	196,1	91,1
aus Zaire	80,8	33,9
Niobium-, Tantal-Vanadiumerze	0,9	10,3
aus Brasilien	0,6	4,5
aus Nigeria	0,1	1,2

afrika produzierte allein 1975 73% der Weltproduktion an Mangan, 60% Uran, 94% Gold, 100% Platinmetalle, 62% Nickel, 92% Vanadium, 87% Antimon, 74% Chrom, 56% Asbest und 62% Flußspat.

Die Sozialimperialisten wollen sich in Afrika breitmachen. Die Befreiungskämpfe im südlichen Afrika lassen sich nicht mehr ersticken, und die 5. UNCTAD-Konferenz verdeutlicht der westdeutschen Finanzbourgeoisie die Gefährdung der niedrigen Preise und ihrer freien Verfügungsgewalt über die Rohstoffe der Dritten Welt. Der neue Fonds soll der westdeutschen Finanzbourgeoisie ein wirksames Mittel werden, den Ländern der Dritten Welt die Rohstoffwaffe aus der Hand zu schlagen. Die Sicherung der Rohstoffimporte zu den bisherigen Bedingungen kann aber nur die militärische Intervention gewährleisten.

Richtmaß für diesen Fonds gelten.

Der Herkunftsort macht die Bevorratung wegen „Krisenfällen" dringlich. Das Vorkommen dieser fünf strategisch wichtigen Rohstoffe, notwendig zur Stahlveredelung und -härtung gerade für die Waffenproduktion und zur Wärmeisolierung (Asbest) konzentriert sich im südlichen Afrika. Süd-



Schmelzanlage der Rio Tinto Zinc Corporation in Palabora, Südafrika

waren von der Vorkonferenz in Colombo entwickelt worden. Es geht dabei um folgende Punkte:

– Entwicklungen im internationalen Handel. Beseitigung der Handelsbeschränkungen wie „freiwilligen Exportbeschränkungen" oder von Importquoten, Beseitigung der Vorherrschaft einiger entwickelter Länder, in der gegenwärtigen Verwaltung der Weltwirtschaft.

– Rohstoffe. Insbesondere das Integrierte Rohstoffprogramm und den gemeinsamen Fonds; Verarbeitung, Vertrieb und Transport der Rohstoffe durch Entwicklungsländer.

– Fertigerzeugnisse und Halbfabrikate. Anwendung des Allgemeinen Zollpräferenzschemas (d.h. zollrechtliche Vorzugsbehandlung) auf alle Waren, an deren Export die Entwicklungsländer interessiert sind, und für alle zur „Gruppe der 77" gehörenden Ländern ohne Wechselseitigkeit, ab 1981.

– Internationale Währungs- und Finanzprobleme. Steigerung der Übertragung von Finanzmitteln aus den Industriestaaten in die Entwicklungsländer, entsprechend den Bedürfnissen der Entwicklungsländer. Änderung des internationalen Währungssystems, um die Vorherrschaft von Währungen der höchstentwickelten Länder zu beseitigen und Beschlüsse zu verhindern, die den Bedürfnissen der Entwicklungsländer nicht Rechnung tragen.

– Technologie. Ausarbeitung von Grundregeln für den Technologietransfer in die Entwicklungsländer, unter Abwägung der industriellen Rechte und Lizenzen gegenüber der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung insbesondere der Entwicklungsländer.

– Schiffahrt. Höherer Anteil der Entwicklungsländer am Schiffsverkehr, Abbau des Systems der Billigflaggen, Finanzhilfen für Schiffe, Werften und Häfen.

– Drastische Ausweitung aller Hilfsprogramme für die am wenigsten entwickelten Länder.

– Binnen- und Insel-Entwicklungsländer. Sonderaktionen zur Herstellung von geeigneten Verkehrsverbindungen.

– Handelsbeziehungen zwischen Ländern verschiedener Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Regelung von Präferenzen, Zahlungsverkehr etc. mit den Ländern Osteuropas.

– Wirtschaftszusammenarbeit der Entwicklungsländer.

– Stärkung der UNCTAD und bessere Unterstützung für die Einrichtungen der „Gruppe der 77".

(Zusammengestellt nach Pressematerial der UNCTAD und Archiv der Gegenwart)

Französische Imperialisten in ihren alten Kolonialräuberspuren

z.geh. Mit dem Verlust ihrer Kolonien sind die französischen Imperialisten in ihrer ökonomischen Basis eingeschränkt worden. Ihre Niederlage gegen die Völker Indochinas und Algeriens suchen sie jetzt in eine „vergleichsweise gelungene Entkolonialisierung" umzudichten.

7% der französischen Einfuhren ziehen die Imperialisten aus den afrikanischen Entwicklungsländern, 12,7% der Ausfuhren gehen dorthin. Absolut ist das der größte Export eines imperialistischen Landes nach Afrika. Je eingeschränkter ihre Basis, umso unnachgiebiger treten sie auf und umso mehr diplomatische Manöver starten die französischen Imperialisten. Auf der UNCTAD-Konferenz hat der französische Wirtschaftsminister Monory erklärt: Die Länder, die auf dem Wege der Entwicklung am weitesten fortgeschritten seien, sollten bei „Gleichheit der Rechte und Pflichten" in das Spiel der internationalen Handelsbeziehungen einbezogen werden. Das war gegen die OPEC-Länder gerichtet, sollte sie zur Unterschrift unter das GATT-Abkommen zwingen und durch die Anerkennung der Berechtigung der imperialistischen Schutzzölle aus der Front der anderen Entwicklungsländer herausbrechen. Mit dem Vorschlag eines „internationalen Forums über die Energie" sollten die Ressourcen der Dritten Welt gleich internationalisiert werden.

Die französischen Imperialisten versuchen, sich gegenüber den Supermächten eine breitere Basis zu verschaffen. Mit den französisch sprechenden Ländern haben sie eine Reihe von französisch-afrikanischen Konferenzen, erst jüngst in Kigali gemacht. Sie versuchen dort als Sprecher dieser Länder aufzutreten. 600 Millionen haben sie vom französischen Staat in diese Länder geschickt, 200 Millionen in Länder, in denen die „französische Sprache einen starken Platz einnimmt". Ihre Kolonialtruppen haben sie dort gleich gelassen: mit 14000 Soldaten in ganz Afrika haben die französischen Imperialisten dort nach den Kubanern die meisten Soldaten stationiert.



Abtransport der wertvollen Hölzer aus dem Kongo-Becken

Schmidts Ergüsse auf der Europäischen Nuklearkonferenz

„Ich spreche von Arbeiten an der Kohlevergasung, an der Kohleverflüssigung"

r.jöd. Am Mittwoch wird der Niedersächsische Ministerpräsident Albrecht vor dem Niedersächsischen Landtag eine Regierungserklärung über den weiteren Verlauf der Wiederaufarbeitungs- und Entsorgungsanlage Gorleben abgeben. Frühestens wird in dieser Regierungserklärung zu erfahren sein, wann weitere Tiefbohrungen in Gorleben durchgeführt werden. Die Regierungserklärung kann jetzt der Niedersächsische Ministerpräsident schreiben lassen, nachdem er sich mit der Bundesregierung darauf geeinigt hat, daß das Projekt Wiederaufbereitung zurückgestellt wird.

Auch SPD-Ravens hat sich auf diesen neuen Schwenk eingestellt. Innerhalb der SPD und der FDP brodelt es, und es gibt verschiedene Positionen, die meinen, daß noch weitere Manöver notwendig sind. So ist der Braunschweiger Bezirksverband der SPD gegen die Entsorgungsanlage; auch der Niedersächsische Parteitag der FDP faßte einen Beschluß gegen die Entsorgungsanlage. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" macht den Parteien Vorwürfe und bezieht auch den sonst nie antastbaren Bundeskanzler in ihre Kritik mit ein: „Sie haben sich treiben lassen, unter verlegener Benutzung schön klingender Vorwände. Sie haben nicht geführt, Kanzler Schmidt leider eingeschlossen."

Es scheint aber eher so zu sein, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" nicht aufpaßt, denn auf der Europäischen Nuklearkonferenz in Hamburg hat der Bundeskanzler weder Abstriche noch eigentliche Neuerungen vorgetragen. Eigentlich sollte die bürgerliche Presse Schmidt mehr Beifall zollen, denn an Dreistigkeiten ließ die Rede in Hamburg nichts zu wünschen übrig: „Ich rufe in Erinnerung, daß die Weltbevölkerung unaufhörlich wächst ... Die Industrialisierung, insbesondere in der Dritten Welt, nimmt notwendigerweise und Gott sei Dank zu; damit aber steigt der Energiebedarf der Welt." Es steigt aber vor allem der Energiebedarf der imperialistischen Staaten und nicht der Länder der Dritten Welt. Solche freche Lügen hat Schmidt verbreiten wollen, zu einem Zeitpunkt, wo in Manila die Länder der Dritten Welt darauf hinweisen, daß ihr Anteil am Weltbruttosozialprodukt in den Jahren von 1960 bis 1975 nur von 18 % auf 21 % gestiegen ist. Trotz steigender Weltbevölkerung, vor allem in den Ländern der Dritten Welt, ist das Bruttosozialprodukt nur geringfügig gestiegen.

Wenn Schmidt in seiner Rede darauf hinweist, „unser deutsches Schicksal (das der Kapitalisten, Red.) als exportierender Nation ist auf das engste mit dem Gesamtschicksal der Weltwirtschaft verbunden. Es liegt in unserem eigenen Interesse, aber es entspricht ebenso auch unserer Verpflichtung für die weniger wohlhabenden Länder, nach besten Kräften dafür zu sorgen, daß eine Energieknappheit nicht das weitere Wachstum der Weltwirtschaft behindert oder gar verhindert", so muß man diese Worte als offene Drohung verstehen.

Das Energieprogramm der Bundesregierung ist nicht nur offene Unterdrückung und Ausbeutung gegenüber den Ländern der Dritten Welt, sondern auch ein Ausplünderungs- und Unterdrückungsprogramm gegenüber der westdeutschen und Westberliner Arbeiterklasse. Nicht ohne Grund rangierten in der Rede Schmidts die Kernkraftwerke erst als vierter „Prioritätenpunkt".

1. „Wir wollen unsere Energiesituation verbessern, erstens durch Einsparungen von Energie. Wir haben durch neue Techniken, durch *gesetzliche* Maßnahmen, durch wirtschaftliche Anreize im Rahmen eines umfangreichen Energieprogramms in vielfältiger Richtung Schritte unternommen ...

2. ... *vorrangige* Nutzung der heimischen Energiequelle Steinkohle... Ich spreche von Arbeiten an der Kohlevergasung, an der Kohleverflüssigung."

3. „Ein dritter Schwerpunkt unseres nationalen Energieprogramms ist die Entwicklung nicht-nuklearer alternativer Energie".

4. „Viertes Element im energiepolitischen Konzept der Bundesregierung ist der begrenzte Ausbau der Kernenergie."

Warum? „... um den Bedarf der Entwicklungsländer an Energieressourcen zu günstigen wirtschaftlichen Bedingungen decken zu können", stellt Schmidt noch einmal ausdrücklich unter dem vierten Punkt fest und will anscheinend die Schuld von sich schieben. Diese „Anschuldigungen" griff aber die bürgerliche Presse in der Berichterstattung über den Kongreß nicht auf, wahrscheinlich aus Unsicherheit, ob diese Taktik verfängt.

Auf dem Bundesarbeitstreffen der Bürgerinitiativen am 5./6. Mai wurde eine Demonstration nach Bonn gegen die Politik der Bundesregierung erwogen und auch ein Meinungsbild hergestellt. Es kam zwar eine Mehrheit in der Abstimmung zu dem Ergebnis, daß eine Demonstration nach Bonn das nächste Ziel ist, trotzdem stimmten noch etliche gegen eine Demonstration gegen die Politik der schmidtschen Bundesregierung.

Aber nur eine *einheitliche* Beschlußfassung aller Bürgerinitiativen kann eine schlagkräftige Antwort auf die Politik der Bundesregierung sein. Nur dann wird eine derartige Demonstration breite Unterstützung finden, denn das Energieprogramm beinhaltet nicht nur den Bau von Atomkraftwerken, sondern beinhaltet vielfältige Unterdrückungsmaßnahmen. Diese können nur in einer einheitlichen Demonstration zurückgeschlagen werden.

Die Feier der Hanse-Tradition bringt die Raubherrschaft nicht zurück



r.mak. 1241 schlossen sich die Handelskapitalisten von Lübeck und Hamburg in der Hanse zusammen. 200 Jahre später umfaßte die Hanse 150 Städte. Im Kielwasser der Ausrottungs- und Plünderungsfeldzüge der „Deutschritter" gegen die slawischen Völker östlich der Elbe, die die Handelsbourgeoisie finanzierte, und gestützt auf die Herrschaft über die Ostsee, raubte die Hanse riesige Schätze zusammen. Sie nutzte dabei den Fortschritt, den die Entwicklung der Koggen für den Transport bedeutete: Eine Kogge konnte bis zum Hundertfachen eines vierspännigen Pferdewagens laden. Die westdeutsche Bourgeoisie träumt nach wie vor von der Führungsstellung bei der Plünderung fremder Völker und ließ dazu den Hafengeburtstag in Hamburg feiern. Gegen den Kampf der Völker der Dritten Welt nützt aber alle Pflege der „großen Zeit" nichts.

Tödliche Arbeitsunfälle bei Klöckner GM-Hütte

r.hej.Osnabrück. Zwei Arbeiter der Firma Holtmeyer (Städtische Reinigung Georgsmarienhütte) sind auf dem Werksgelände Klöckner GM-Hütte bei der Reinigung eines Schlammabsetzbeckens am Samstag, den 28.4. tödlich verunglückt. Der etwa sechs Meter tiefe und sechs Meter durchmessende Brunnen sollte von den Arbeitern leergepumpt werden. Der restliche Schlamm wird mit einem Saugrüssel abgesaugt. Ein Arbeiter, der den Schlamm der Kanalschächte der Gichtgasleitung vor den Saugrüssel schieben soll, erstickt durch das ausströmende CO-Gas (Kohlenmonoxid). Sein Kollege steigt in den Schacht hinterher, um zu helfen und erstickt ebenfalls. Der Unfall wird erst später entdeckt. Die Feuerwehr konnte noch nicht einmal mit den normalen CO-Masken in den Schacht gehen, so groß war die Undichtigkeit der Leitung. Die Arbeiter wurden tot geborgen. Die Klöckner-Kapitalisten lassen betonen, daß das Becken schon 30 Jahre in Betrieb ist und bisher noch kein Zwischenfall eingetreten sei. 30 Jahre nichts passiert, da brauchen erst recht keine Sicherheitsvorschriften eingehalten zu werden. Die alten Leitungen werden nicht geprüft, so ist vor zwei Jahren im Weichenbau Klöckner Osnabrück ein Arbeiter bei einer Gasexplosion getötet worden.

Wie die „Werftkrise" bei Blohm & Voss aussieht

r.che. Von der Kriegsproduktion erhoffen sich die Blohm und Voss Kapitalisten die höchsten Profite. Der Auftragsbestand bei Blohm und Voss beträgt 2,2 Mrd. DM, der Hauptteil entfällt auf die Kriegsproduktion: Bau einer modernen Mehrzweckfregatte für Nigeria, Auftragswert 300 Mio. DM. Zwei Einheiten des Fregattenbauprogramms der Bundesmarine, Auftragswert 400 Mio. DM pro Stück. Zwei Fregatten für die argentinische Marine. Hinzu kommen 20 Zollboote, eine Wohninsel für Nordsee-Ölbohrer und 2 Kranschiffe für Ägypten. Schon seit Jahren haben die Blohm und Voss Kapitalisten sich auf die Kriegsproduktion eingestellt. Früher machte der Schiffbau die Hälfte der ganzen Produktion aus, heute liegt der Anteil unter 10%. Im Maschinenbau verbuchten die Blohm und Voss Kapitalisten für 302 Mio. DM Neuaufträge. Dabei spielt ein langwieriger Bundeswehrauftrag für Teile eines neuen Panzerprogramms eine entscheidende Rolle. Durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und Staatssubventionen aus den Steuergeldern der Lohnabhängigen konnte Blohm und Voss diese Aufträge ergattern. So wurden 440 Mio. DM für die Flutsicherheit des Hamburger Hafens und 76,2% der Gesamtbaukosten für die Flutschutzanlage von Blohm und Voss vom Hamburger Senat finanziert. Aus der Belegschaft haben die Blohm und Voss Kapitalisten

bei Blohm & Voss aussieht

r.che. Von der Kriegsproduktion erhoffen sich die Blohm und Voss Kapitalisten die höchsten Profite. Der Auftragsbestand bei Blohm und Voss beträgt 2,2 Mrd. DM, der Hauptteil entfällt auf die Kriegsproduktion: Bau einer modernen Mehrzweckfregatte für Nigeria, Auftragswert 300 Mio. DM. Zwei Einheiten des Fregattenbauprogramms der Bundesmarine, Auftragswert 400 Mio. DM pro Stück. Zwei Fregatten für die argentinische Marine. Hinzu kommen 20 Zollboote, eine Wohninsel für Nordsee-Ölbohrer und 2 Kranschiffe für Ägypten. Schon seit Jahren haben die Blohm und Voss Kapitalisten sich auf die Kriegsproduktion eingestellt. Früher machte der Schiffbau die Hälfte der ganzen Produktion aus, heute liegt der Anteil unter 10%. Im Maschinenbau verbuchten die Blohm und Voss Kapitalisten für 302 Mio. DM Neuaufträge. Dabei spielt ein langwieriger Bundeswehrauftrag für Teile eines neuen Panzerprogramms eine entscheidende Rolle. Durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und Staatssubventionen aus den Steuergeldern der Lohnabhängigen konnte Blohm und Voss diese Aufträge ergattern. So wurden 440 Mio. DM für die Flutsicherheit des Hamburger Hafens und 76,2% der Gesamtbaukosten für die Flutschutzanlage von Blohm und Voss vom Hamburger Senat finanziert. Aus der Belegschaft haben die Blohm und Voss Kapitalisten
in ihrer Jagd nach Höchstprofit immer mehr herausgepreßt: durch umfangreiche Kurzarbeit von 245000 Stunden 1977/78, durch Entlassungen, die die Belegschaft von Blohm und Voss 1977 um 9% verringerten, und durch verschärfte Arbeitshetze. Welchen Fortschritt sie dabei gemacht haben, zeigt der Umsatz, der von 633 Mio. DM 1977 auf 781 Mio. DM 1978 gestiegen ist.

Ganz gewöhnlicher Vorfall: Rebellion in der JVA

r.klm. In der Justizvollzugsanstalt Bad Gandersheim haben sich Gefangene in der Nacht zum 2.5. geweigert, eingeschlossen zu werden. Sie haben zeitweise die gesamte obere Etage kontrolliert, die Alarmanlage außer Betrieb gesetzt und die Wärter in einem Raum eingeschlossen. Die Bourgeois-Presse schrieb erschreckt von einer Gefangenenmeuterei. Nun ist die Rebellion der Gefangenen gegen ihre Unterdrückung und Ausbeutung ein gewöhnlicher Vorgang und geschieht täglich. Von Bedeutung ist: Diese Rebellionen nehme immer mehr den Charakter eines geordneten Widerstandes an. Die Gefangenen lassen sich nicht ohne Widerstand von der Arbeiterklasse isolieren. Das bedroht die Pläne zum Ausbau der Gefängnisse zu Arbeitslagern und Isolierstationen. Mag es dem bürgerlichen Staat, wie jetzt in Bad Gandersheim, noch gelingen, die Rebellion mit Tränengas zu zerschlagen, den zunehmenden Zusammenschluß der Gefangenen und die wachsende Unterstützung ihrer Kämpfe durch die Arbeiterklasse zu verhindern, wird ihm nicht gelingen.

500 Unterschriften gegen verschärfte Ausbeutung bei VW

r.pee. Rund 500 Unterschriften haben die Vertrauensleute in der Endmontage der Halle 12 des VW-Werks am 27. und 30. April gesammelt. Die Unterschriften richten sich gegen den Plan der Konzern-Leitung. 10 % der Arbeiter an den Bändern einzusparen und durch Umorganisierung der Arbeitsgänge noch mehr Arbeit herauszupressen. Die Ablehnung dieses erneuten Versuchs, den Arbeitern Mehrarbeit in großem Stil aufzuhalsen, ist groß. Wo an den Bändern gesammelt wurde, haben fast alle unterschrieben. Am Montag, 30.4., mußte daraufhin die Betriebsführung die vorläufige Zurückstellung ihres Planes erklären.

Die letzte Änderung des Fertigungsplanes ist noch nicht lange her. Im April/Mai 1977 sollten rund 5 % der Arbeiter in Halle 12 eingespart werden. Damals hatten am 26. April 28 Arbeiter des Arbeitsganges „Eckfenster" zu Schichtbeginn beim Betriebsrat dagegen protestiert, daß statt je 10 nur noch 8 Mann nahezu dieselbe Arbeit machen sollten. 15 Minuten lang konnte kein Band anlaufen. Einstimmig

seitigt die Betriebsführung jetzt mit dem Neubau einer Halle für die gesamte Nacharbeit (Fertigstellung im Herbst 1980) und die anschließende Verlängerung der Montagelinien.

Auch die jetzige Aktion der Arbeiter hat ihnen noch keinen Sieg gebracht. Sicher kann man sein, daß die Unterschriftensammlung allein nicht ausrei-

die weniger wohlhabenden Länder, nach besten Kräften dafür zu sorgen, daß eine Energieknappheit nicht das weitere Wachstum der Weltwirtschaft behindert oder gar verhindert", so muß man diese Worte als offene Drohung verstehen.

Das Energieprogramm der Bundesregierung ist nicht nur offene Unterdrückung und Ausbeutung gegenüber den Ländern der Dritten Welt, sondern auch ein Ausplünderungs- und Unterdrückungsprogramm gegenüber der westdeutschen und Westberliner Arbeiterklasse. Nicht ohne Grund rangierten in der Rede Schmidts die Kernkraftwerke erst als vierter „Prioritätenpunkt".

1. „Wir wollen unsere Energiesituation verbessern, erstens durch Einsparungen von Energie. Wir haben durch neue Techniken, durch gesetzliche

eine Demonstration nach Bonn gegen die Politik der Bundesregierung erwogen und auch ein Meinungsbild hergestellt. Es kam zwar eine Mehrheit in der Abstimmung zu dem Ergebnis, daß eine Demonstration nach Bonn das nächste Ziel ist, trotzdem stimmten noch etliche gegen eine Demonstration gegen die Politik der schmidtschen Bundesregierung.

Aber nur eine einheitliche Beschlußfassung aller Bürgerinitiativen kann eine schlagkräftige Antwort auf die Politik der Bundesregierung sein. Nur dann wird eine derartige Demonstration breite Unterstützung finden, denn das Energieprogramm beinhaltet nicht nur den Bau von Atomkraftwerken, sondern beinhaltet vielfältige Unterdrückungsmaßnahmen. Diese können nur in einer einheitlichen Demonstration zurückgeschlagen werden.



r.mak. 1241 schlossen sich die Handelskapitalisten von Lübeck und Hamburg in der Hanse zusammen. 200 Jahre später umfaßte die Hanse 150 Städte. Im Kielwasser der Ausrottungs- und Plünderungsfeldzüge der „Deutschritter" gegen die slawischen Völker östlich der Elbe, die die Handelsbourgeoisie finanzierte, und gestützt auf die Herrschaft über die Ostsee, raubte die Hanse riesige Schätze zusammen. Sie nutzte dabei den Fortschritt, den die Entwicklung der Koggen für den Transport bedeutete: Eine Kogge konnte bis zum Hundertfachen eines vierspännigen Pferdewagens laden. Die westdeutsche Bourgeoisie träumt nach wie vor von der Führungsstellung bei der Plünderung fremder Völker und ließ dazu den Hafengeburtstag in Hamburg feiern. Gegen den Kampf der Völker der Dritten Welt nützt aber alle Pflege der „großen Zeit" nichts.

500 Unterschriften gegen verschärfte Ausbeutung bei VW

r.pee. Rund 500 Unterschriften haben die Vertrauensleute in der Endmontage der Halle 12 des VW-Werks am 27. und 30. April gesammelt. Die Unterschriften richten sich gegen den Plan der Konzern-Leitung. 10 % der Arbeiter an den Bändern einzusparen und durch Umorganisierung der Arbeitsgänge noch mehr Arbeit herauszupressen. Die Ablehnung dieses erneuten Versuchs, den Arbeitern Mehrarbeit in großem Stil aufzuhalsen, ist groß. Wo an den Bändern gesammelt wurde, haben fast alle unterschrieben. Am Montag, 30.4., mußte daraufhin die Betriebsführung die vorläufige Zurückstellung ihres Planes erklären.

Die letzte Änderung des Fertigungsplanes ist noch nicht lange her. Im April/Mai 1977 sollten rund 5 % der Arbeiter in Halle 12 eingespart werden. Damals hatten am 26. April 28 Arbeiter des Arbeitsganges „Eckfenster" zu Schichtbeginn beim Betriebsrat dagegen protestiert, daß statt je 10 nur noch 8 Mann nahezu dieselbe Arbeit machen sollten. 15 Minuten lang konnte kein Band anlaufen. Einstimmig
hatten sich auch die Vertrauensleute der Schicht gegen die neuen Fertigungspläne ausgesprochen. Aber schon damals konnte eine wichtige Lehre gezogen werden: Durch die Aktion konnte *nur* im Arbeitsgang „Eckfenster" die Belegschaft gehalten werden, ansonsten konnte Schmücker sich durchsetzen; mit Spaltung (nicht alle Arbeitsgänge waren betroffen) und mit Einschüchterung (ein Arbeiter wurde wegen „Störung des Betriebsfriedens" fristlos entlassen, er hatte eine Resolution aller Arbeiter seines Arbeitsganges Keder/Düsen gegen den Fertigungsplan an den Betriebsrat gegeben).

Die Auswirkungen dieser Niederlage spüren die Arbeiter an ihren Knochen, am raschen Verschleiß ihrer Arbeitskraft. Und sie spiegelt sich in den „Rekordergebnissen" wider, die Schmücker vermeldet. Um 37 % ist der Gewinn des VW-Konzerns 1978 gestiegen.

Das Etappenziel der Konzernleitung ist: Stückzahl 300 in der Endmontage. Verschiedene Maßnahmen sollten jetzt die Voraussetzungen für die Durchsetzung dieser lang umkämpften Stückzahlerhöhung bringen. 1976 war noch ein Anlauf am Widerstand der Arbeiter (rd. 2500 Unterschriften) gescheitert. Damals sollten für die 16 Wagen mehr pro Schicht nur 20 Arbeiter zusätzlich an die Bänder. Aber erreicht werden konnte auch damals nur eine „vorläufige Rückstellung". Der Betriebsrat lehnte den Konzernleitungs-Plan vorläufig ab wegen „technischer Unzulänglichkeiten", d.h. Platzmangel an den Bändern. Das Problem be-

seitigt die Betriebsführung jetzt mit dem Neubau einer Halle für die gesamte Nacharbeit (Fertigstellung im Herbst 1980) und die anschließende Verlängerung der Montagelinien.

Auch die jetzige Aktion der Arbeiter hat ihnen noch keinen Sieg gebracht. Sicher kann man sein, daß die Unterschriftensammlung allein nicht ausrei-
chen wird, die Profitgier der VW-Kapitalisten zu stoppen. 2 Mrd. DM Investitionen pro Jahr, die sollen sich für die Aktionäre auszahlen! Im Frühjahr hat sich Schmücker gegen den Lohnkampf nicht durchsetzen können, er mußte einer 12monatigen Laufzeit und der Streichung der unteren Lohngruppen zustimmen. Jetzt bereitet er eine Entscheidung vor. Durchsetzen will er sich in der imperialistischen Konkurrenz auf den Weltautomobilmärkten. (Vgl. auch S. 4 dieser Ausgabe.) Das geht nur, wenn er in der Ausbeutung der Arbeitskraft Vorsprünge erzielt.

Die Arbeiter haben dagegen den Kampf schon lange aufgenommen. Das zeigen die Aktionen. Zum 1. Mai haben 37 Arbeiter von den Montagebändern einen Brief an die IG Metall und den DGB geschrieben, worin als dringendste Forderungen genannt werden: „Ausreichender Lohn bei einem normalen Arbeitstag! Festgelderhöhungen! Keine Akkordverschärfungen als Schritt zum völligen Verbot des Akkords und aller akkordähnlichen Systeme!" Jetzt ist wichtig, daß der Betriebsrat die Aktion der Arbeiter gegen die geplante Ausweitung der Mehrarbeit unterstützt und jeden Versuch einer Stückzahlerhöhung an den Bändern ablehnt. Die Kapitalisten jammern, das sei gegen den Fortschritt, gegen die Steigerung der *Produktivität.* In Wirklichkeit läuft jede Produktivitätssteigerung der Kapitalisten auf verschärfte Ausbeutung der lebendigen Arbeit hinaus. Ihre Produktivkraft entwickeln können die Arbeiter erst, wenn sie den Betrieb in die eigenen Hände nehmen.

Groß- und Außenhandel will Tarifdiktat erzwingen

r.sin. Die am 8. Mai in Hannover aufgenommenen Tarifverhandlungen für die 100000 Beschäftigten im Allgemeinen Groß- und Außenhandel Niedersachsen endeten mit einer Provokation. Da die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) „offenbar nicht verhandlungsbereit" sei, zogen die Kapitalisten ihr erstes 3,8 %-Angebot zurück. „Die Leute sind doch bisher auch mit dem Geld ausgekommen" und „Wir sind schließlich kein Familienunterhaltungsverein" waren einige der Frechheiten, die der HBV-Verhandlungskommission an den Kopf geworfen wurden. Als ein neuer Verhandlungstermin vereinbart werden sollte, folgte der direkte Angriff auf die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaft: Erst wenn HBV mit einer Forderung um 5 %, unter 100 DM käme, könne man über einen neuen Termin sprechen.

Die Tarife im Großhandel liegen im Branchenvergleich zur Zeit an vorletzter Stelle vor denen im Einzelhandel. Die niedrigen Prozentabschlüsse des letzten Jahres (4,0 - 4,6 %) haben diese Lage weiter verschärft. Nachdem die Arbeiter und Angestellten im nordrheinwestfälischen Großhandel im Februar noch einen 4,3 %-Abschluß hinnehmen mußten, die Beschäftigten im Westberliner Großhandel aber weitere Lohnsenkungen verhindern konnten, will der Groß- und Außenhandelsbund Niedersachsen jetzt offenbar ein Tarifdiktat mit Gewalt erzwingen.

Die Kapitalisten nutzen schon lange alle Möglichkeiten, die Löhne und Gehälter zu drücken – durch Abgruppierungen, Nichtbesetzung freigewordener Arbeitsplätze, vermehrten Einsatz von Teilzeitarbeitskräften, Verrechnung der Tariferhöhungen mit übertariflichen Zahlungen.

Aus all diesen Gründen hält die Gewerkschaft HBV nach wie vor an ihren Forderungen fest: 7 %, mindestens 140 DM, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 DM und Wegfall der Altersstaffel, Streichung der Ortsklasseneinteilung, Erhöhung der Kraftfahrerspesen. Ferner soll vereinbart werden, daß Tariferhöhungen auch bei übertariflicher Zahlung ungekürzt weitergegeben werden sollen. Schließlich fordert die HBV nach wie vor 6 Wochen Jahresurlaub für alle.

Obwohl die Zersplitterung im Organisationsbereich von HBV durch ca. 250 regionale, fachspezifische und Haustarife, durch unterschiedliche Laufzeiten und Abschlüsse gigantische Ausmaße erreicht hat, schließen sich die Arbeiter und Angestellten zur Durchsetzung ihrer Interessen zusammen. So wie die Beschäftigten in den großen Warenhäusern Kampfmaßnahmen zur Einzelhandelstarifrunde vorbereiten, beraten auch die Arbeiter und Angestellten im Großhandel jetzt über geeignete Aktionen, um die Kapitalisten an den Verhandlungstisch zu zwingen. Fest steht: Eine Alternative zur Organisierung des Kampfes gibt es nicht.

Seit Semesterbeginn organisieren die Studenten zahlreiche Kämpfe gegen die Studienreform

Uni-Vollversammlung in Kiel und Hamburg

b.ana. In dieser Woche finden die Universitätsvollversammlungen in Kiel und Hamburg statt. In Kiel müssen die CDU-Reaktionäre im AStA auf Antrag der Fachschaften Agrar, Germanistik und Medizin auf dieser Vollversammlung den Kampf gegen die 6. BAFöG-Novelle beraten. Am Dienstag und Mittwoch will der AStA Informationsstände durchführen. In Hamburg hat der AStA noch keine Tagesordnung, wohl weil er die entscheidenden Fragen gar nicht auf die Tagesordnung setzen will. Stattdessen sollen sich die Studenten für die Wiederwahl Scheels und gegen Carstens aussprechen.

Die Bourgeoisie betreibt die Durchsetzung der Landeshochschulgesetze durch die Ausdehnung des Prüfungsdrucks und des Stoffs. Die Kieler Landesregierung hat einen Numerus Clausus für die Bewerber zum Referendariat beschlossen, um die Auslese über die Examensnoten zu verschärfen und den Druck im Studium zu steigern. An den Zwischenprüfungen wird gebastelt. Für das Studienfach Anglistik planen die Professoren eine zusätzliche Klausur. Bereits im letzten Semester hatten sie zusätzliche Lehrveranstaltungen durchgesetzt.

In die Diplomprüfungsordnung Biologie, die der Fachbereichskonvent Mathematik-Naturwissenschaften am Mittwoch letzter Woche verabschiedet hat, ist eine ‚Ordnungsklausel' aufgenommen worden: „Wer die Ordnung der Prüfung grob stört, kann ausgeschlossen werden.“ Und was stört die Professoren nicht alles!

Die Mehrarbeit sorgt keineswegs dafür, daß die Studenten besser ihre Prüfungen schaffen. Im Gegenteil! In den Klausuren ‚Betriebswirtschaftslehre' von Professor Lipfert entwickeln sich die Noten so:

Note	WS 77/78 abs.	%	SS 78 abs.	%	WS 78/79 abs.	%
1	3	8,1%	3	4,6%	1	2,3%
2	7	18,9%	11	16,9%	3	6,9%
3	13	35,1%	16	24,6%	10	23,2%
4	5	13,5%	15	23,0%	14	32,5%
5	6	16,1%	14	21,5%	8	18,6%
n.a.*	3	8,1%	6	9.2%	8	18.6%

* nicht abgegeben

Professor Lipfert selber ist der Auffassung, die Studenten hätten bei ihm eine „Examenslebensversicherung“.

Die Studenten lassen sich das nicht gefallen. Die Fachschaft Physik an der Uni Kiel hat beschlossen, in der nächsten Woche in zwei Lehrveranstaltungen Inspektionen durchzuführen, in denen die Studienbedingungen besonders drückend sind. Sie wird dort Skripte verlangen. 200 Erstsemester am Fachbereich Medizin haben auf einer Vollversammlung gegen die Einführung des Ferienpraktikums Chemie

senschaften am Mittwoch letzter Woche verabschiedet hat, ist eine ‚Ordnungsklausel' aufgenommen worden: „Wer die Ordnung der Prüfung grob stört, kann ausgeschlossen werden.“ Und was stört die Professoren nicht alles!

Die Mehrarbeit sorgt keineswegs dafür, daß die Studenten besser ihre Prüfungen schaffen. Im Gegenteil! In den Klausuren ‚Betriebswirtschaftslehre' von Professor Lipfert entwickeln sich die Noten so:

Note	WS 77/78 abs.	%	SS 78 abs.	%	WS 78/79 abs.	%
1	3	8,1%	3	4,6%	1	2,3%
2	7	18,9%	11	16,9%	3	6,9%
3	13	35,1%	16	24,6%	10	23,2%
4	5	13,5%	15	23,0%	14	32,5%
5	6	16,1%	14	21,5%	8	18,6%
n.a.*	3	8,1%	6	9.2%	8	18.6%

* nicht abgegeben

Professor Lipfert selber ist der Auffassung, die Studenten hätten bei ihm eine „Examenslebensversicherung“.

Die Studenten lassen sich das nicht gefallen. Die Fachschaft Physik an der Uni Kiel hat beschlossen, in der nächsten Woche in zwei Lehrveranstaltungen Inspektionen durchzuführen, in denen die Studienbedingungen besonders drückend sind. Sie wird dort Skripte verlangen. 200 Erstsemester am Fachbereich Medizin haben auf einer Vollversammlung gegen die Einführung des Ferienpraktikums Chemie

beschlossen: Keine Ferienpraktika; Durchführung der Praktika montags bis freitags bis 18 Uhr. Der Verantwortliche für die Praktikumsverteilung wird von diesen Forderungen unterrichtet und am 14.5. muß Sinn zu den Forderungen Stellung nehmen.

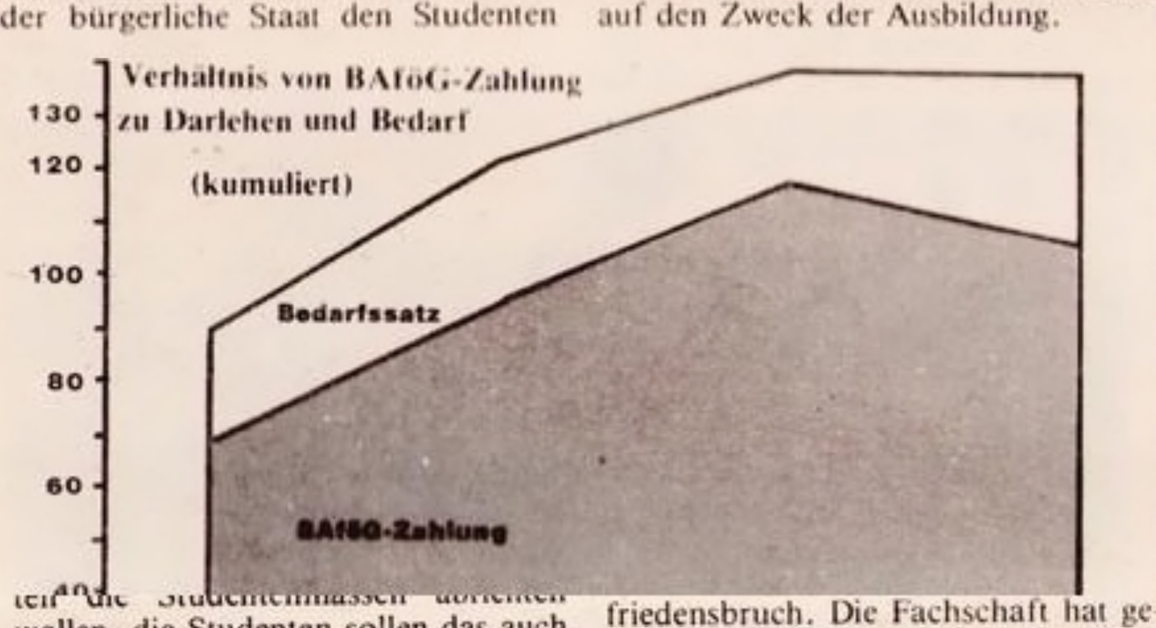
Die Hochschulbeamten und Reformisten versuchen alles, eine Vereinheitlichung der Front gegen die Studien- und Prüfungsbedingungen gerade unter der Forderung nach Beschränkung der Arbeitszeit zu verhindern. Hochschulsenator Professor Sinn hat in der vergangenen Woche eine Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche vorgeschlagen, weil die „Studenten überwiegend eigennützig“ arbeiten.

Tatsächlich verkehren die Professoren und die Jusos das Interesse der Studenten, an der Hochschule etwas zu lernen, vollständig ins Gegenteil. Anknüpfend an diesen Interessen der Studenten versuchen sie, den Studenten die Ausdehnung des Stoffes schmackhaft zu machen, die vielleicht auswendig lernen und nur noch das ausspucken können, was die Professoren in der Prüfung und später die Kapitalisten verlangen. Linderung des Prüfungsdrucks schafft überhaupt erst die Möglichkeit, sich das Wesentliche in den Fächern anzueignen. Unmäßige Stoffülle brauchen die Professoren, um die Studenten zu indoktrinieren. Ohne diesen Zweck der Ausbildung in den Seminaren zu enthüllen, können die Professoren den Zusammenschluß der Studenten sprengen.

Nicht nur, daß die Hochschulbeamten die Studentenmassen abrichten wollen, die Studenten sollen das auch noch bezahlten. Eine Umfrage unter 66 Medizin- und Lehrerstudenten ergab, daß sie im letzten Semester 1411o DM Studiengebühren zahlten. Pro Student sind das 213 DM. Der Stundenlohn für „gewerbliche Arbeiten“ der Arbeitsvermittlung des Studentenwerks Hamburg beträgt zur Zeit 8,50 DM brutto. Allein um seine semesterlichen Studiengebühren zu bezahlen, muß der Student 30 Stunden arbeiten gehen.

In der gleichen Umfrage sagten von 45 Studenten 30, daß sie kein warmes Mittagessen bekommen. Jetzt sollen die Mensapreise in Hamburg erhöht werden. Das schlechte und teure Essen führt nachmittags dazu, daß die Konzentration und Lernfähigkeit rasch nachläßt.

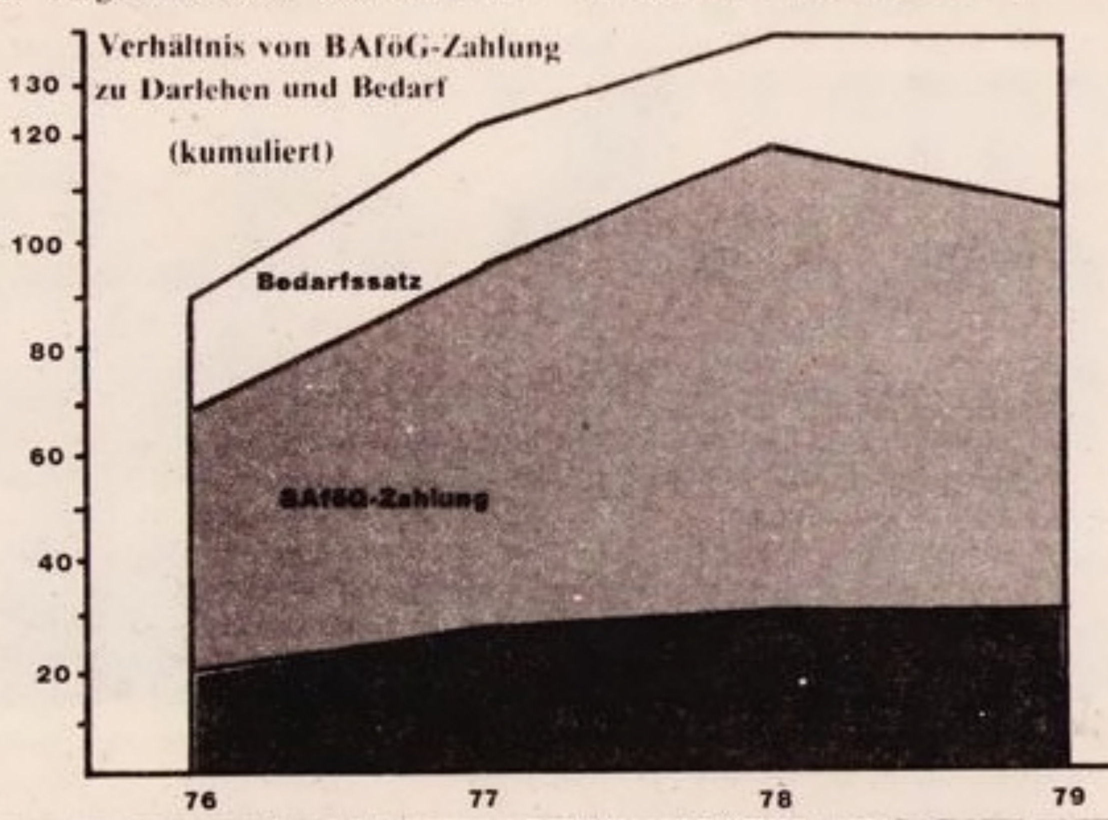
Das Schaubild zeigt die Summe, die der bürgerliche Staat den Studenten



wollen, die Studenten sollen das auch noch bezahlten. Eine Umfrage unter 66 Medizin- und Lehrerstudenten ergab, daß sie im letzten Semester 1411o DM Studiengebühren zahlten. Pro Student sind das 213 DM. Der Stundenlohn für „gewerbliche Arbeiten“ der Arbeitsvermittlung des Studentenwerks Hamburg beträgt zur Zeit 8,50 DM brutto. Allein um seine semesterlichen Studiengebühren zu bezahlen, muß der Student 30 Stunden arbeiten gehen.

In der gleichen Umfrage sagten von 45 Studenten 30, daß sie kein warmes Mittagessen bekommen. Jetzt sollen die Mensapreise in Hamburg erhöht werden. Das schlechte und teure Essen führt nachmittags dazu, daß die Konzentration und Lernfähigkeit rasch nachläßt.

Das Schaubild zeigt die Summe, die der bürgerliche Staat den Studenten



zahlt und vor allem nicht zahlt – obwohl es der staatlich festgelegte „Bedarf“ erfordert. Die Summen sind kumuliert und beziehen sich auf 15 Studenten. Ihn müssen die Studenten oder ihre Eltern selbst aufbringen. Hochschulsenator Sinn hat die Tatsache, daß die Arbeitskraft der Studenten nicht bezahlt wird, auf eine ganz besondere Idee gebracht – er will eine „Teilzeitimmatrikulation“ schaffen. Halbtags Geld verdienen, um den anderen halben Tag, oder mehr, zu studieren.

Gegen diese Pläne, beharrlich die Zahlung eines ausreichenden Ausbildungsentgeldes der studentischen Arbeitskraft zu vermeiden und in der nächsten Woche im Bundestag das 6. BAFöG-Änderungsgesetz zu verabschieden, müssen sich die Vollversammlungen in dieser Woche aussprechen.

Schließlich muß die herrschende Klasse die besitzlosen Studentenmassen jeglicher politischer Rechte berauben. Durch die Zuspitzung des Klassenkampfes an den Hochschulen werden die Revolutionäre immer störender. Professor Mathias weigert sich, sein Seminar mit zwei Mitgliedern des KSB Holstein durchzuführen. Er verlegte das Seminar in seine Privaträume und drohte mit Anzeigen wegen Hausfriedensbruch. Die Fachschaft hat gegen diese Maßnahme bei der Institutsleitung Einspruch erhoben.

In Kiel ist nach 30 Verhandlungstagen der Kaltefleiter-Prozeß geplatzt. Der Richter ist „befangen“! In Hamburg haben die Revisionisten auf der Vollversammlung der Pädagogikstudenten nicht eine Resolution verhindern können, die das uneingeschränkte Koalitions- und Streikrecht fordert. Eine Resolution für Scheel, gegen Carstens und das Ganze als Wahrnehmung des politischen Mandats haben die Jusos nicht eingebracht.

Die Lage ist also gar nicht schlecht. Verbessert werden müssen die Propagandaangriffe unter Einbeziehung vieler Studenten, gestützt auf Untersuchungen in den Seminaren und an den Instituten, und die Revolutionäre müssen die Studenten führen im Angriff auf den Zweck der Ausbildung.

friedensbruch. Die Fachschaft hat gegen diese Maßnahme bei der Institutsleitung Einspruch erhoben.

In Kiel ist nach 30 Verhandlungstagen der Kaltefleiter-Prozeß geplatzt. Der Richter ist „befangen“! In Hamburg haben die Revisionisten auf der Vollversammlung der Pädagogikstudenten nicht eine Resolution verhindern können, die das uneingeschränkte Koalitions- und Streikrecht fordert. Eine Resolution für Scheel, gegen Carstens und das Ganze als Wahrnehmung des politischen Mandats haben die Jusos nicht eingebracht.

Die Lage ist also gar nicht schlecht. Verbessert werden müssen die Propagandaangriffe unter Einbeziehung vieler Studenten, gestützt auf Untersuchungen in den Seminaren und an den Instituten, und die Revolutionäre müssen die Studenten führen im Angriff auf den Zweck der Ausbildung.

Die Arbeiter der Linie Röm-Sylt setzen ihren Kampf fort und finden Unterstützung

b.clm. Am Mittwoch, den 9. Mai, versuchte der Geschäftsführer der Förde-Reederei, Kurt Berger, Streik und Blockade der dänischen Fährleute durch Polizeieinsatz zerschlagen zu lassen. In zwei eigenen Kleinbussen wurde eine Mannschaft aus Flensburg nach Havneby gefahren. Schon auf der Fahrt debattierten die deutschen Seeleute über die Ziele des Streiks ihrer dänischen Kollegen. Als die Polizei versuchte, die Streiksperren zu durchbrechen, entschlossen sie sich nach kurzer Diskussion mit den Streikenden, nach Flensburg zurückzufahren. Die deutschen Arbeiter der Förde-Reederei wissen, warum sie den Streik für einen Kollektivvertrag nach dänischen Gewerkschaftsregeln unterstützen. In den letzten Jahren ist auf den Linien der Flensburger Förde der Lohn so gedrückt und die Arbeitshetze so gesteigert worden, daß die Förde-Reederei immer höhere Profite realisieren konnte. Leicht konnte sie die Fährlinie Röm-Sylt für 12 Mio. DM aufkaufen.

Der Stundenlohn eines Kioskhelfers beträgt 6,75 DM brutto, der eines Decksmanns 7 DM. Im Sommer wird die Arbeitszeit auf 80 bis 120 Stunden ausgedehnt, dafür wird dann im Winter ein Teil der Arbeiter regelmäßig entlassen. Auf diese Bedingungen will jetzt die Förde-Reederei auch die Arbeiter der Fährlinie Röm-Sylt drücken.

Über 160 DM sind in Flensburg schon an Streikunterstützung gesammelt worden. Fahrgäste der Flensburger Linien tragen sich in Solidaritätslisten ein. Die Geschäftsleitung fürchtet zurecht, daß die Flensburger Arbeiter dem Beispiel der dänischen folgen könnten und für entsprechende Verträge kämpfen.

Mäßiger Abschluß in der Wohnungswirtschaft – Der Lohnkampf muß sofort organisiert werden

b.pes. Bis zum 9.5.79, dem 1. Verhandlungstag in der Lohntarifrunde der Wohnungswirtschaft, war nicht zu erfahren, auf welche Forderungen sich die Große Tarifkommission der HBV geeinigt hatte. Nicht zu klären war, ob ein gemeinsames Vorgehen mit der BES oder DAG erzielt wurde. Den Belegschaften in den einzelnen Bundesländern war es so nicht möglich, auf die Kapitalisten Druck auszuüben und der Tarifkommission das Kreuz zu stärken.

Am 10.5. stand das Verhandlungsergebnis fest. Das Haushaltsgeld wurde aus dem Manteltarifvertrag herausgelöst und von 30 auf 40 DM erhöht und dem Grundtariflohn zugeschlagen. Auf den jeweilig erhöhten Grundtariflohn kommt eine prozentuale Erhöhung von 4,5%.

Die Erhöhung des Hausstandsgeldes sowie dessen Herauslösung aus dem Manteltarif ist ein Erfolg. Durch die Herausnahme wurde ein einheitlicher, wenn auch geringer Sockelbetrag geschaffen. Außerdem wird das Hausstandsgeld noch prozentual angehoben, was seit Jahren nicht mehr der Fall gewesen ist, und ist somit Gehaltstarifbestandteil. Trotzdem entspricht der Abschluß nicht der Forderung der Hamburger Fachgruppe. Gefordert wurde hier ein Mindestbetrag, der das weitere Absinken der unteren Lohngruppen stoppen sollte: 7%, mindestens 160 DM lautete die Forderung. Diese Forderung ist im Ansatz richtig. Die Kollegen wollten Schluß machen mit den dauernden Lohnsenkungen und das weitere Auseinanderklaffen der Gehaltsgruppen verhindern. Die Debatte über die Durchsetzbarkeit der Forderung wurde von den sozialdemokratischen Funktionären abgebogen. Der Warnstreik der Bankangestellten und deren Autokorso wurde debattiert und als Möglichkeit für die Wohnungswirtschaft gesehen. Dies, obwohl die Ausgangsposition der Kapitalisten sich als äußerst günstig darstellte. Sie hatten es verstanden, die Verhandlungen über den im Dezember gekündigten Manteltarif bis zur Lohnrunde hinauszuzögern. Klar war, daß die Kapitalisten die Forderung zu den beiden Verträgen gegeneinander aufrechnen würden. Dagegen hatte sich die Hamburger Fachgruppe von Anfang an gewandt und beschlossen, am 14.5. über die Angebote der Kapitalisten zu beraten und Schritte für die Durchsetzung der HBV-Forderung zu beschließen.

Am Verhandlungsergebnis wird man nichts mehr drehen können. Am 14.5. muß herausgearbeitet werden, daß die nächste Lohnrunde anders ablaufen wird. Bereits jetzt muß in allen Gewerken und besonders in der HBV die Notwendigkeit einer hohen Festgeldforderung besprochen werden.

Mehr Aufträge für Beck/BASF
Arbeiter gegen Überstunden und für mehr Lohn

b.rus. An allen Standorten der BASF Farben & Fasern AG gibt es Bewegungen für höheren Lohn und gegen Überstunden. Bei Beck in Hamburg (Elektroisolierlacke) haben 12 Arbeiter für 0,50 DM mehr pro Stunde, gegen Überstunden und für mindestens 5 Arbeiter pro Schicht unterschrieben.

Hier hatten die BASF-Kapitalisten die Produktion in den letzten Monaten

schaften die BASF-Kapitalisten zahlen müssen. Bei Glasurit Hamburg (Blechlacke) gibt es Lohnforderungen nach 0,70 DM mehr und Auseinandersetzungen um Überstunden. Gegenüber dem Lamentieren der Geschäftsleitung, sie bekomme keine Leute, ist die Bewegung nach mehr Lohn die richtige Antwort. Auch wenn das Arbeitsamt dem Produktionsleiter von Beck,

die Kapitalisten Druck auszuüben und der Tarifkommission das Kreuz zu stärken.

Am 10.5. stand das Verhandlungsergebnis fest. Das Haushaltsgeld wurde aus dem Manteltarifvertrag herausgelöst und von 30 auf 40 DM erhöht und dem Grundtariflohn zugeschlagen. Auf den jeweilig erhöhten Grundtariflohn kommt eine prozentuale Erhöhung von 4,5%.

Die Erhöhung des Hausstandsgeldes sowie dessen Herauslösung aus dem Manteltarif ist ein Erfolg. Durch die Herausnahme wurde ein einheitlicher, wenn auch geringer Sockelbetrag geschaffen. Außerdem wird das Hausstandsgeld noch prozentual angehoben, was seit Jahren nicht mehr der Fall gewesen ist, und ist somit Gehaltstarifbestandteil. Trotzdem entspricht der Abschluß nicht der Forderung der Hamburger Fachgruppe. Gefordert wurde hier ein Mindestbetrag, der das weitere Absinken der unteren Lohn-

Der Warnstreik der Bankangestellten und deren Autokorso wurde debattiert und als Möglichkeit für die Wohnungswirtschaft gesehen. Dies, obwohl die Ausgangsposition der Kapitalisten sich als äußerst günstig darstellte. Sie hatten es verstanden, die Verhandlungen über den im Dezember gekündigten Manteltarif bis zur Lohnrunde hinauszuzögern. Klar war, daß die Kapitalisten die Forderung zu den beiden Verträgen gegeneinander aufrechnen würden. Dagegen hatte sich die Hamburger Fachgruppe von Anfang an gewandt und beschlossen, am 14.5. über die Angebote der Kapitalisten zu beraten und Schritte für die Durchsetzung der HBV-Forderung zu beschließen.

Am Verhandlungsergebnis wird man nichts mehr drehen können. Am 14.5. muß herausgearbeitet werden, daß die nächste Lohnrunde anders ablaufen wird. Bereits jetzt muß in allen Gewerken und besonders in der HBV die Notwendigkeit einer hohen Festgeldforderung besprochen werden.

Mehr Aufträge für Beck/BASF
Arbeiter gegen Überstunden und für mehr Lohn

b.rus. An allen Standorten der BASF Farben & Fasern AG gibt es Bewegungen für höheren Lohn und gegen Überstunden. Bei Beck in Hamburg (Elektroisolierlacke) haben 12 Arbeiter für 0,50 DM mehr pro Stunde, gegen Überstunden und für mindestens 5 Arbeiter pro Schicht unterschrieben.

Hier hatten die BASF-Kapitalisten die Produktion in den letzten Monaten

um 50% steigern können. Aufträge für die Sozialimperialisten, die sonst im Beck-Werk in Indien gefahren werden, wurden in Hamburg-Billbrook dazugeschlagen. Auch in den anderen Standorten ist die Auftragslage so, daß durch Zusammenschluß der Beleg-

schaften die BASF-Kapitalisten zahlen müssen. Bei Glasurit Hamburg (Blechlacke) gibt es Lohnforderungen nach 0,70 DM mehr und Auseinandersetzungen um Überstunden. Gegenüber dem Lamentieren der Geschäftsleitung, sie bekomme keine Leute, ist die Bewegung nach mehr Lohn die richtige Antwort. Auch wenn das Arbeitsamt dem Produktionsleiter von Beck,

Krehl, mitgeteilt hat, daß durch bessere Bezahlung auch keine „besseren“ Arbeiter zur Verfügung stehen würden. Auf der Gesamtbetriebsratssitzung am 17.5. werden die Forderungen der F & F-Belegschaft zusammengefaßt.

Veranstaltungskalender

Bezirksgruppe Nordost

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft

Mölln, 21.–28.Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Gaststätte „Zur Linde“, Königsberger Straße 19

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der großen Koalition – Die Ministerien des Inneren, der Justiz, der Finanzen und der Wirtschaft.

Neumünster, 14.–18. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Hotel Stadt Rendsburg, Rendsburger Straße

Reihe zur Kritik am Reformismus

Kiel, 28. Mai – 1. Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa

Reihe Iran

Bad Oldesloe, 28. Mai – 1. Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Holsteneck, Rümpeler Weg 60

Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein

Schleswig, 14. – 18. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Jugendzentrum

Kritische Theorie

Universität Hamburg, 14. – 18. Mai, 18.00 – 20.00 Uhr, Phil-Turm, Hörsaal F

Lohnsumme und Lohnsummenverteilung

Hamburg-Mitte, 21. – 25. Mai, 19.30 – 21.30 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Straße 14

Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales

Bad Segeberg, 21. – 25. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Hotel Stadt Hamburg, Kurhausstraße

Reihe Europäische Gemeinschaft

Lüchow-Dannenberg, 21. – 25. Mai, 19.30 – 21.30 Uhr, Deutsches Haus, Lange Straße

Schulungen Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“

Husum, 14. – 18. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Bahnhofsgaststätte
Kiel, 21. – 25. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa
Kiel-West, 21. – 25. Mai, 17.00 – 19.00 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben

Mao Dzedong: „Fünf philosophische Monographien“

Eutin, 21. – 25. Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Gasthaus am See, Elisabethstraße

Lenin: „Materialismus und Empiriokritizismus“

Kiel, 26./27. Mai und 2./3./4. Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung/ Soldaten und Reservisten

Kurs zur Autowartung

Hamburg, 14. – 18. Mai, 19.30 Uhr Treffen am 14. Mai im Foyer des Phil-Turms, Universität

Kurs in Rückengymnastik

Hamburg, 21. – 25. Mai, 19.30, Ort wird noch bekannt gegeben

Montag, 14. Mai

Kiel Amtsgericht, 11.00 Uhr Raum 373, Verfahren gegen Uwe von Appen wegen Betreibens eines Standes zum Rekruteneinzug am 3.10.1978 vor dem Hauptbahnhof.

Hamburg, 9.30, Prozeß gegen R. Bücking vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Hamburg wegen Teilnahme an den Fahrpreiskämpfen 77 in Bremen. Anklage: Nötigung der Landesregierung. Ort: Sievekingsplatz 3, Zimmer 288

Mittwoch, 16.Mai

Itzehoe, 8.30 Uhr, Landgericht, Raum 28. Berufungsverfahren von Martin Hentzschel. Anläßlich eines Brokdorf-Prozesses in Itzehoe im August 1977 wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, der Saal wurde durch die Polizei geräumt. Dabei wurde M. Hentzschel festgenommen und es wurde daraus ein Verfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. In erster Instanz wurde er zu 3 Monaten Freiheitsstrafe mit 3 Jahren Bewährung verurteilt.

Kiel, Universität, 14.00 Uhr, Vollversammlung. Tagesordnung u.a.: BAföG, Audimax

Hamburg, 15.30 Uhr, Veranstaltung zum Thema: Pädagogische Strategien in der Vorbereitung des 1. Weltkrieges (Kerschensteiner u.a.) Gaststätte Kiebitzklause, Fibigerstraße 265 (U-Bahn Kiwittsmoor)

Donnerstag, 17.Mai

Kiel, 9.00 Uhr, Amtsgericht, Verfahren gegen V. Iserhoht wegen Betruges. Durch Nichtangabe seines Lohns als wissenschaftliche Hilfskraft bei gleichzeitigem Bezug von BAFöG soll dieser Betrug begangen worden sein. An die 30 Verfahren hat das Studentenwerk eingeleitet, um die Reproduktion der Studenten zu senken.

Rendsburg, 8.30 Uhr, Amtsgericht, Raum 2. Fortsetzung des Prozesses gegen Brehm und Walther wegen Sachbeschädigung, begangen durch Verkleben von Plakaten gegen das Energieprogramm.

Freitag, 18.Mai

Kiel, 9 Uhr, Amtsgericht, Raum 112, Verfahren gegen H. Peters, H. Neubecker und W. Strobel wegen Körperverletzung, Beleidigung und Nötigung. Anzeigenerstatter sind 2 RCDS-Studenten, die die Strafgerichte zu Hilfe nehmen, weil sie die politischen Auffassungen in der Debatte nicht durchsetzen konnten.

Samstag, 19.Mai

Hamburg, 12.30 Uhr, Gerhard-Hauptmann-Platz. Kundgebung: 31 Jahre Vertreibung des palästinensischen Volkes – 31 Jahre Kampf für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung! Hierzu rufen verschiedene Organisationen auf.

Sonntag, 20. Mai

Hamburg, 10.00 Uhr, Stadtpark auf der großen Wiese vor dem Planetarium. Sportgruppe der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung/ Soldaten und Reservisten: Gymnastik, Konditionstraining, Ballspiel.

Flensburg, Arbeitssitzung der Sektion Volksbildung der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung: „Geschichte der Spezialtruppen der Bourgeoisie zur Niederschlagung der Arbeiterklasse – SS“, 10 Uhr, Büro des KBW, Harrisleer Str. 46

b.hel. Norderstedt. **Seit vergangener Woche hängt an den schwarzen Brettern der H. Jungheinrich & Co. Maschinenfabrik (Elektro-Gabelstapler) eine Mitteilung der Geschäftsleitung, in der sich die Jungheinrich-Kapitalisten genüßlich den Wanst tätscheln und gleichzeitig gegen die Arbeiter drohen.** Gegenüber dem Vorjahr sei es gelungen, eine Umsatzsteigerung um 15,6% zu erzielen. Das entspräche einer Erhöhung der Fahrzeugstückzahl um 8,7%. Alles hätte die Geschäftsleitung getan, um die Vollbeschäftigung der Mitarbeiter zu erhalten. Aber die Anzahl der Krankmeldungen sei auch höher als im Vorjahr. Dies soll durch zusätzliche Röntgenreihenuntersuchungen anders werden; gemeint ist wohl, daß man so allzu Kranke aussortieren kann. Der Umsatz bei Jungheinrich pro Kopf belief sich 1969 auf DM 69800, im Jahre 1978 bei 3800 Arbeitern auf DM 118400. Die Arbeiter wissen, wo ihre Gesundheit geblieben ist.

b.Flensburg. **Am 6. Mai fand das neugegründete Bezirkstreffen Nord der Jugendzentren und Häuser der Jugend statt.** Anwesend waren Vertreter von der JZI Kappeln, der Jugendzentren Niebüll, Exe, Rude, Ramsharde-Flensburg und Vertreter einer Jugendgruppe in Karby (Raum Gelting), sowie eine Vertreterin der Jugendarbeit im Raum Mohrkirch-Süderbrarup Von der Westküste war nur Niebüll auf dem Treffen. Der Kreis bestand hauptsächlich aus Jugendlichen, die was vorhaben, und das Treffen konnte genutzt werden, um die Erfahrungen auszutauschen. Länger wurde behandelt der Kampf der Kappelner Jugendlichen. Dort haben die Jugendlichen einen Vertrag mit der Stadt schon ausgehandelt, die Stadt verzögert aber die Übergabe der Räume in der Wassermühlenstraße. Die Stadt Kappeln hat just einen neuen Stadtjugendpfleger eingestellt, der schon Erfahrungen mit Zusammenschlüssen für selbstverwaltete Jugendzentren aus dem Raum Bremen hat. Der Zusammenschluß der Jugendlichen wurde auf Festen und Lagern hergestellt, die die Initiative organisiert hatte. Als nächstes soll ein Pfingstlager organisiert werden, wo das weitere Vorgehen beraten werden soll.

b.uws.Kiel. **Auf der Sitzung der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen Schleswig-Holsteins am 5./6.5. 79 wurde einstimmig eine Selbstverständniserklärung verabschiedet, die gegenüber dem Schulgesetz an folgenden Rechten und Forderungen der Schüler und Lehrlinge festhält:** 1. Freies Selbstbestimmungsrecht der Schülervertretungen, wie das allgemeinpolitische Mandat, das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung und die Satzungs- und Finanzhoheit der SV. 2. Streikrecht der Schüler und Einspruchsrecht auf Schulkonferenzen. 3. Die Abschaffung des viergliedrigen Schulsystems und des Notensystems. 4. Für 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen. Für jugendliche Arbeitslose das Recht auf Teilnahme an Facharbei-

schen. Länger wurde behandelt der Kampf der Kappelner Jugendlichen. Dort haben die Jugendlichen einen Vertrag mit der Stadt schon ausgehandelt, die Stadt verzögert aber die Übergabe der Räume in der Wassermühlenstraße. Die Stadt Kappeln hat just einen neuen Stadtjugendpfleger eingestellt, der schon Erfahrungen mit Zusammenschlüssen für selbstverwaltete Jugendzentren aus dem Raum Bremen hat. Der Zusammenschluß der Jugendlichen wurde auf Festen und Lagern hergestellt, die die Initiative organisiert hatte. Als nächstes soll ein Pfingstlager organisiert werden, wo das weitere Vorgehen beraten werden soll.

b.uws.Kiel. **Auf der Sitzung der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen Schleswig-Holsteins am 5./6.5. 79 wurde einstimmig eine Selbstverständniserklärung verabschiedet, die gegenüber dem Schulgesetz an folgenden Rechten und Forderungen der Schüler und Lehrlinge festhält:** 1. Freies Selbstbestimmungsrecht der Schülervertretungen, wie das allgemeinpolitische Mandat, das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung und die Satzungs- und Finanzhoheit der SV. 2. Streikrecht der Schüler und Einspruchsrecht auf Schulkonferenzen. 3. Die Abschaffung des viergliedrigen Schulsystems und des Notensystems. 4. Für 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen. Für jugendliche Arbeitslose das Recht auf Teilnahme an Facharbei-

terklassen ihrer Wahl in solchem Umfang, daß sie einen Facharbeiterabschluß machen können. Kontrollrecht der Gewerkschaften, Betriebsräte und Jugendvertretungen über die Ausbildung. 5. Für einen Existenzlohn von 60% vom Facharbeiterlohn und Arbeitslosengeld für jugendliche Arbeitslose in der gleichen Höhe. Es wurde die Durchführung von zwei Seminaren beschlossen: 1.) Erfahrungsaustausch über die Ausbildung am FG. 5-Tage-Woche, Studienstufe, Samstagsunterricht, Leistungsdruck. 26./27.5.79 in Lübeck. 2.) Seminar zu Alternativen zum Schulsystem am 9./10. Juni. Im Rahmen einer Landesschülerwoche werden auf Kreisebene Veranstaltungen zur Forderung nach 12 Stunden BS-Unterricht und zum Samstagsunterricht durchgeführt. Es wird angestrebt, diese gemeinsam mit Gewerkschaften, Betriebsräten und Jugendvertretungen durchzuführen: 1. Lübeck: 22.5.79 Veranstaltung aller SVen, speziell zur Raumfrage an der Gewerbeschule 2. Elmshorn: möglichst 1. oder 2.Juniwoche. 3. Kiel: Veranstaltung aller SVen am 7.Juni. Zwecks Untersuchung der beruflichen Ausbildung in Schleswig-Holstein wird von der Landesschülervertretung ein Fragebogen für alle Berufsschulen herausgegeben, der folgende Punkte untersucht: 1.Stundenzahl des Unterrichts pro Woche, 2. Ausbildungsvergütungen der Lehrlinge, 3. Arbeitszeiten der Lehrlinge. Erste Ergebnisse sind bereits vorhanden. Sie zeigen starke Unterschreitungen des gesetzlichen Berufschulunterrichts, Hungerlöhne bei den Lehrlingen und häufige Überschreitungen der 40-Stunden-Woche. Die LSV will dagegen den Kampf organisieren und die Ergebnisse auf den Veranstaltungen veröffentlichen.

b.mak. **Der Hamburger Senat hat für die Volkshochschule ab Wintersemester 79/80 eine deftige Gebührenerhöhung beschlossen:** Kurse mit 9 bis 15 Doppelstunden von 30 auf 34 DM, mit 16 bis 24 Doppelstunden von 54 auf 68 DM; die ermäßigten Preise für Schüler, Studenten und Soldaten ohne Gehalt, Zivildienstleistende und deren Frauen wurden um glatte 100% auf jetzt 10 DM erhöht; die Ermäßigung für „einen Ehegatten ohne Einkommen" ganz gestrichen, für Rentner und Personen über 65 Jahre drastisch erhöht von 9 auf 17 DM (9 bis 15 Doppelstunden) und von 9 auf 34 DM (16 bis 24 D.std.). Die Jugendlichen in der Ausbildung und die Rentner und Hausfrauen sollen bitter dafür zahlen müssen, wenn sie sich mit der „allgemeinen Schulbildung" nicht zufrieden geben bzw. im Alter noch Kenntnisse erwerben wollen. Offen heißt es im Jahresarbeitsplan 78/79:„Was Sie in ihrer jetzigen Stellung brauchen, das können Sie – auch ohne Abitur und Studium... Doch vielleicht streben Sie eine Tätigkeit an, die mit einer umfassenderen Verantwortung verbunden ist ... Immer häufiger werden Menschen gesucht, die selbst mitdenken, die neue Ansätze entdecken. Diese allgemeine Beweglichkeit ist erlernbar!" Zur „Mobilität" durch die kapitalistische Produktion gezwungen, sollen die Arbeiter und Angestellten in der Hoffnung auf Aufstieg aus der eigenen Tasche blechen, damit sie besser in Konkurrenz mit ihren Klassengenossen treten und die Kapitalisten umso schärfer auf die Löhne drücken können.

b.sal. **Das Unehelichenrecht und das Jugendwohlfahrtsgesetz nutzt der Kreis Dithmarschen zur Unterdrückung und Spaltung der Arbeiterfamilien und zur direkten Entführung von Arbeiterkindern.** Die Auszubildende Anke S. hatte im Dezember ein uneheliches Kind geboren, dem ein Amtspfleger auferlegt wurde. Er verlangte die Anschrift ihres Verlobten, um die Alimente einklagen zu können, was sie verweigerte. Als sie mit ihrem Kind ihren Verlobten in Berlin besuchen wollte, wurde ihr dies verweigert. Daraufhin griff Anke S. die Jugendamtsleiterin Sturhahn und Landrat Buhse an. Deren Reaktion war: Anke S. wurde polizeilich dem Amtsarzt vorgeführt. Er verlangte, daß sie den Entzug ihres Sorgerechts für das Kind unterzeichnet. Nachdem sie sich auch hier weigerte, wurde ihr ihre Unzurechnungsfähigkeit bescheinigt. Gleichzeitig wurde ihr Kind in eine ihr unbekannte Pflegefamilie verfrachtet. Weil Anke S. sich hartnäckig gegen die Bespitzelung und Bevormundung des Jugendamtes als Teil des bürgerlichen Staates gewehrt hat, versucht Buhse ihr mit seinen Maßnahmen das Kreuz zu brechen. Als nächste Schweinerei ist eine Entmündigungsklage gegen Anke S. eingeleitet worden.

sche blechen, damit sie besser in Konkurrenz mit ihren Klassengenossen treten und die Kapitalisten umso schärfer auf die Löhne drücken können.

b.sal. **Das Unehelichenrecht und das Jugendwohlfahrtsgesetz nutzt der Kreis Dithmarschen zur Unterdrückung und Spaltung der Arbeiterfamilien und zur direkten Entführung von Arbeiterkindern.** Die Auszubildende Anke S. hatte im Dezember ein uneheliches Kind geboren, dem ein Amtspfleger auferlegt wurde. Er verlangte die Anschrift ihres Verlobten, um die Alimente einklagen zu können, was sie verweigerte. Als sie mit ihrem Kind ihren Verlobten in Berlin besuchen wollte, wurde ihr dies verweigert. Daraufhin griff Anke S. die Jugendamtsleiterin Sturhahn und Landrat Buhse an. Deren Reaktion war: Anke S. wurde polizeilich dem Amtsarzt vorgeführt. Er verlangte, daß sie den Entzug ihres Sorgerechts für das Kind unterzeichnet. Nachdem sie sich auch hier weigerte, wurde ihr ihre Unzurechnungsfähigkeit bescheinigt. Gleichzeitig wurde ihr Kind in eine ihr unbekannte Pflegefamilie verfrachtet. Weil Anke S. sich hartnäckig gegen die Bespitzelung und Bevormundung des Jugendamtes als Teil des bürgerlichen Staates gewehrt hat, versucht Buhse ihr mit seinen Maßnahmen das Kreuz zu brechen. Als nächste Schweinerei ist eine Entmündigungsklage gegen Anke S. eingeleitet worden.

b.uwh. **An die 3000 beteiligten sich an einer Radfahrerdemonstration in der Hamburger Innenstadt.** Aufgerufen hatte die Sportjugend, die „Grünen Radler" u.a. Gefordert wurden mehr Radwege, Mitnahmemöglichkeiten in Bahnen und Bussen und wirksamere Maßnahmen gegen Autos auf Radwegen. Die „MoPo" war ganz begeistert über diese „energielose Art des Fortbewegens" und schrieb:„Hamburg gehört den Radfahrern". Die Polizei versicherte, sie wolle jetzt jedem Auto ein Knöllchen verpassen, das auf einem Radweg steht. Wenn das kein Erfolg ist!

b.san. Kiel. **Auf der Intensivstation der Chirurgie der Universitätskliniken Kiel wird ab 2.Mai die Pause auf die Arbeitszeit angerechnet.** Das Pflegepersonal hat jetzt eine halbe Stunde früher Feierabend. Bislang wurden 7 ¼ Stunden bezahlt, obwohl die Schwestern 7 ¾ Stunden auf der Station waren. Die Arbeitshetze ist so groß, daß oft nur kurze Pausen gemacht werden, die dann noch durch ständige Telefonanrufe, Fragen der Ärzte und Extrawachen ständig unterbrochen werden. Ab 1. Juni soll die 5-Tage-Woche eingeführt werden, bei der die Schwestern dann 8 freie Tage im Monat haben und nicht wie bislang 6. Ab diesem Zeitpunkt soll die Pause nicht mehr angerechnet werden, was damit begründet wird, daß dann alle Planstellen besetzt seien und alle Schwestern in Ruhe ihre Pause machen können.

b.thr. **Angeführt von den Bauern haben etwa 1000 Lüchow-Dannenberger am Freitag, den 11.5. Die Ordner beiseitegeschoben und im Kurhaus Hitzacker die Bürgerversammlung durchgesetzt.** Drinnen wurden die Kreispolitiker bekämpft, die nicht Stellung nehmen wollten und an ihrem Konzept einer „Anhörung" festhielten. Vertreter der Bauern hielten den „noch amtierenden Kreispolitikern" nochmals ihre Ablehnung des NEZ entgegen, weil „Absatzschwierigkeiten der Produkte entstehen, Grundwasserabsenkung und Unverkäuflichkeit des Bodens die Folge sein werden" (Schulz, aus Reize). Als Vertreter des Landvolks sagte der Landwirt Gauster aus Marleben:„Nehmt uns nicht auf die leichte Schulter!" Vertreter des GEW-Kreisvorstandes verlasen den Beschluß der Landesvertreterversammlung der GEW vom gleichen Tage, worin die sofortige Einstellung des Atomenergieprogrammes, Betriebsstillegungen und die Einstellung der Kriminalisierung von Atomkraftgegnern gefordert werden. Für die ÖTV-Ortsverwaltung verlas der Kollege Zander ebenfalls einen ablehnenden Beschluß. Immer wieder wurde die Forderung erhoben:„ Wir wollen Stellungnahmen des Kreisausschusses, nicht umgekehrt." Erst als ein Vertreter der Ärzteschaft mit Auszug der Versammelten drohte, bequemten sich die Kreispolitiker unter Murren. Sicher (Fraktionsvorsitzender der CDU):„Ich liebe das Frage- und-Antwort-Spiel wie in der Schule nicht. Hier wird niemand an den Pranger gestellt." Vertreter der FDP und SPD brachten sich mit ablehnenden Stellungnahmen aus der Schußlinie und warben für den schweren Kampf in ihren Parteien um Mithilfe. Ebenso für den Ausbau von Alternativenergien. Der Landtagsabgeordnete Grill (CDU) wagte den offenen Angriff. Für das Wachstum seien Kernenergie und Probebohrungen zwecks Endlagerung unverzichtbar. Die „kleine Lösung" werde er nicht ablehnen. Trotz großer Empörung wurde er nicht völlig geschlagen. Dafür sorgte die Kirche. Probst Tiedow:„Laßt uns doch aufhören, den Wohlstand für das höchste aller Güter zu halten." Die Versammlung hat dennoch die Fronten zu klären geholfen; die Bauern wußten, was sie wollten, weder die große, noch die kleine Lösung.

Hamburg, 2.5.1979. Schulsenator GROLLE hat den Entwurf für die Richtlinien zur Schülerzeitungserstellung vorgelegt. Die Vorlage sei terminologisch dem Schulgesetz angepaßt und enthalte inhaltliche Verbesserungen, sagte GROLLE. Bezüglich des Konflikts, daß die Schulleiter das Recht haben, Zeitungen zu verbieten, bestehe die Verbesserung darin, daß dieser Prozeß transparenter gemacht worden sei. Der Schulleiter müsse vor Verboten im Gespräch mit den Redaktionen die Mängel deutlich benennen und versuchen, die Differenzen im Gespräch zu klären.

b.thh. Kiel. **Ehemaliger Landesschulsprecher soll zur Zahlung der Kosten eines Flugblattes gegen den Schulgesetzentwurf, das die Landesregierung nicht zahlen will, verurteilt werden.** Das Landesschulamt weigert sich zu zahlen, da dieses Flugblatt nicht beantragt worden war. Am Dienstag, 8.Mai stand T.Hinrichsen, ehemaliger Landesschulsprecher, vor Gericht. Die Druckereien wollen jetzt von ihm das Geld. Er sei Auftraggeber. Hingegen ist klar, daß T.Hinrichsen im Kampf gegen das Schulgesetz auf Beschluß der Landesschülervertretung gehandelt hat. Der der Landesschülervertretung vom Landesschulamt genehmigte Etat ist noch nicht ausgeschöpft. Auf ihrer Sitzung am 5./6.5. hat die Landesschülervertretung erneut bekräftigt, daß T.Hinrichsen beauftragt worden war und hat die Zahlung durch das Landesschulamt verlangt. Am 29.5. soll Urteilsverkündung sein. Die Verteidigung hat jedoch erneute mündliche Verhandlung beantragt, da am 8.5. nicht alles geklärt werden konnte.

Manöver der 6.PzGrenDiv
Generale schinden „Waffensystem Mensch"



„Großer Sprung": 24 Stunden ließen die Generäle die 2 Brigaden die Überquerung der Elbe an drei Stellen (Artlenburg, Tespe, Laßrönne) proben.

b.thw. Vom 23.4.79 bis 5.5.79 hat der Divisionsstab der 6.PzGrenDiv. unter der Leitung des Kommandeurs dieser Division, Generalmajor Mack, über 10000 Soldaten mit 3000 Radfahrzeugen und 400 Kettenfahrzeugen in ein als Truppenübungsplatzaufenthalt getarntes Großmanöver geschickt. Einer der Gründe für die Stille um das Manöver ist sicher der freche Angriff, den die Generale damit auf den 1. Mai, den Kampftag der Arbeiterklasse, gewagt haben. Weit über 10000 Soldaten in Hamburg-Unterelbe und Schleswig-Holstein haben sie durch Manöver und andere Dienste daran gehindert, die Kämpfe ihrer Kollegen aus den Betrieben zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen gegen Hungersold und Kasernenunterdrückung zu demonstrienen. Trotzdem hingen an Gebäuden des Truppenübungsplatzes Maiaufkleber des DGB, hinter denen die Offiziere scharf her waren.

Der „Truppenübungsaufenthalt" wurde eingeleitet durch einen kriegsmäßigen Mot-Marsch dahin. D.h., Radteile fahren mit ausgehängten Türen, MG auf dem Lastwagen besetzt, Kettenteile fahren entsprechend zum Bahnhof, Besatzung hat den Stahlhelm auf und die Waffen am Mann. Abgeschlossen wurde das Manöver mit der Übung „Großer Sprung", in der für ca. 1000 Rad- und Kettenfahrzeuge das gefechtsmäßige Übersetzen über die Elbe geplant wurde.

In dem Ausmaß war das bisher nur in Großmanövern üblich. Eine solche Übung drückt schon die Forcierung in den Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten aus.

Auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne und Munsterlager dann das gewöhnliche Schießen und von dort aus eine weitangelegte dreitägige Übung zwischen Hamburg und Uelzen. Prüfung des „Waffensystems Mensch" nennt Mack das. Üble Schinderei der Soldaten ist es, die den kriegsmäßigen Einsatz für die BRD-Imperialisten vorbereiten soll. Sämtliche Bedingungen der Reproduktion sind hundsmiserabel. Die Barackenunterkünfte sind vollständig verdreckt, Duschen sind kaum vorhanden, meist nur kaltes Wasser. Viele mußten in den „Zelten" biwakieren, soffen bei dem Regen halb ab und wurden in großem Umfang krank. Das Essen war praktisch nicht genießbar – wer hatte, wurde deshalb rund 100 DM zusätzlich durch den Kantinenpächter geplündert. Die absolute Spitze stellt die unbezahlte Vernutzung der Arbeitskraft der Soldaten dar. Wir haben es für mehrere Soldaten ausgerechnet: 180 Stunden Dienst in 13 Tagen, darauf kommen die Soldaten gut. In den 13 Tagen drin sind für alle Soldaten ein Wochenende und der 1. Mai, für viele zusätzlich noch ein Wochenende, an dem technischer Dienst gemacht werden mußte. Zwei bis drei Tage Dienstausgleich hat es dafür in den Kompanien gegeben; ganz unverfroren wurde der 1. Mai nicht mitgerechnet. Voller Dienstausgleich für alle Zusatzdienste ist die Forderung der Soldaten.

Verstümmelung der Fähigkeiten, Einsatz als billige Arbeitskraft

b.san. Die Kapitalisten haben überhaupt kein Interesse daran, daß die Arbeiterjugend eine Ausbildung erhält, mit der ihre Fähigkeiten entwickelt werden und mit der sie lernt, die Produktion zu beherrschen. Sie gieren und lauern beständig darauf, die jugendliche Arbeitskraft billig zu vernutzen:

Die Jugendlichen werden nach kürzester Anlernzeit in die Produktion gesteckt oder in der Lehrlingswerkstatt schikaniert. Verhöhnung und Verachtung der Arbeiterjugend ist es, daß dort, was sie produziert, abends in den Containern verschwindet. So wird ihr gründlich das Interesse an der Ausbildung ausgetrieben.

Bei der Ausbildung zur Floristin stellen die Blumenhändler mit Vorliebe Lehrlinge ein, da sie wesentlich billiger als die ausgelernten Kräfte sind. So ist es üblich, daß so ein Schinder einen Meister, eine Binderin und drei Lehrlinge hat. Die Lehrlinge müssen die verwelkten Blumen aussortieren, aufräumen, die Pflanzen wässern und im Laden bedienen.

Als eine Auszubildende die Schlam-



perei ihres „Chefs" kritisiert hatte, weil man in dem Laden nichts wiederfand, steckte dieser sie prompt in den Keller, wo sie dort die von ihm angerichtete Schlamperei auch beseitigen mußte. 2 Tage vor der Zwischenprüfung wurde den Auszubildenden gezeigt, wie eigentlich ein Kranz zu binden ist, was darauf hinaus läuft, daß sie in der Prüfung schlechtere Noten kriegen.

Der uns bekannnte Herr Geschäftsinhaber dagegen sitzt den ganzen Tag in der Wohnung und vertreibt sich die Zeit mit Kaffee trinken oder mit Telefonaten bei Herrn gleichen Schlages, um abzumachen, die Lehrlinge bei Hochbetrieb nicht in die Berufsschule zu lassen. Selten kommt er in den Laden, meist erst um 18 Uhr, findet dann aber prompt etwas zu meckern, um die Lehrlinge für den Rest der Woche zu schikanieren. 44 Stunden reine Arbeitszeit, mit einem freien Tag für die Samstagsüberstunden im Monat, das ist die Ausbildungszeit, wobei unklar ist, ob die restlichen Überstunden überhaupt bezahlt werden.

ausgleich hat es dafür in den Kompanien gegeben; ganz unverfroren wurde der 1. Mai nicht mitgerechnet. Voller Dienstausgleich für alle Zusatzdienste ist die Forderung der Soldaten.

Kämpfe ihrer Kollegen aus den Betrieben zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen gegen Hungersold und Kasernenunterdrückung zu demonstrienen. Trotzdem hingen an Gebäuden

In dem Ausmaß war das bisher nur in Großmanövern üblich. Eine solche Übung drückt schon die Forcierung in

Verstümmelung der Fähigkeiten, Einsatz als billige Arbeitskraft

b.san. Die Kapitalisten haben überhaupt kein Interesse daran, daß die Arbeiterjugend eine Ausbildung erhält, mit der ihre Fähigkeiten entwickelt werden und mit der sie lernt, die Produktion zu beherrschen. Sie gieren und lauern beständig darauf, die jugendliche Arbeitskraft billig zu vernutzen:

Die Jugendlichen werden nach kürzester Anlernzeit in die Produktion gesteckt oder in der Lehrlingswerkstatt schikaniert. Verhöhnung und Verachtung der Arbeiterjugend ist es, daß dort, was sie produziert, abends in den Containern verschwindet. So wird ihr gründlich das Interesse an der Ausbildung ausgetrieben.

Bei der Ausbildung zur Floristin stellen die Blumenhändler mit Vorliebe Lehrlinge ein, da sie wesentlich billiger als die ausgelernten Kräfte sind. So ist es üblich, daß so ein Schinder einen Meister, eine Binderin und drei Lehrlinge hat. Die Lehrlinge müssen die verwelkten Blumen aussortieren, aufräumen, die Pflanzen wässern und im Laden bedienen.

Als eine Auszubildende die Schlam-

perei ihres „Chefs" kritisiert hatte, weil man in dem Laden nichts wiederfand, steckte dieser sie prompt in den Keller, wo sie dort die von ihm angerichtete Schlamperei auch beseitigen mußte. 2 Tage vor der Zwischenprüfung wurde den Auszubildenden gezeigt, wie eigentlich ein Kranz zu binden ist, was darauf hinaus läuft, daß sie in der Prüfung schlechtere Noten kriegen.

Der uns bekannnte Herr Geschäftsinhaber dagegen sitzt den ganzen Tag in der Wohnung und vertreibt sich die Zeit mit Kaffee trinken oder mit Telefonaten bei Herrn gleichen Schlages, um abzumachen, die Lehrlinge bei Hochbetrieb nicht in die Berufsschule zu lassen. Selten kommt er in den Laden, meist erst um 18 Uhr, findet dann aber prompt etwas zu meckern, um die Lehrlinge für den Rest der Woche zu schikanieren. 44 Stunden reine Arbeitszeit, mit einem freien Tag für die Samstagsüberstunden im Monat, das ist die Ausbildungszeit, wobei unklar ist, ob die restlichen Überstunden überhaupt bezahlt werden.

Um die theoretische Hinsicht besser ausgebildet zu werden und um sich dem ständigen Zugriff von Seiten der Kapitalisten zu entziehen, fordern die Gewerkschaften und immer mehr Auszubildende 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen.



Lehrlingswerkstatt der Firma Hell in Kiel. Die Jugendlichen müssen den ganzen Tag feilen, damit abends ihre Produkte weggeworfen werden.

Wilde Manöver der Imperialisten zur Durchsetzung des Energieprogramms

b.uwh. Von BRD-Kanzler Schmidt ist hinreichend bekannt, daß er, wenn er sich äußert, dies immer mit einem gewissen Hang zum Globalen tut. Bevor der frischgebackene Oxford-Ehrendoktor in England nach dem Rechten sah, sprach er in Hamburg am 7.5. anläßlich der European Nuclear Conference 1979: „Die Industrialisierung, insbesondere in der Dritten Welt, nimmt notwendigerweise und Gott sei Dank zu. Damit aber steigt der Energiebedarf in der Welt. (...) Unser deutsches Schicksal als exportorientierte Nation ist aufs engste mit dem Gesamtschicksal der Energiewirtschaft verbunden." Die Energiefrage liegt der Obermarionette der westdeutschen Finanzbourgeoisie schon am Herzen, bekanntlich jedoch nicht, weil die Dritte Welt soviel Energie verbrauchen würde, sondern weil die Imperialisten Energie für ihre Expansion, die kapitalistische Rationalisierung und Kriegsvorbereitung brauchen, und zwar im Übermaß, unangetastet und billig. Den Volksmassen soll Energie durch Sparen abgeknapst werden. Das weiß man. Gegenüber den Völkern der Dritten Welt vertritt Schmidt: „Nur wenn die hochindustrialisierten Staaten für Zwecke der friedlichen Nutzung der Kernenergie zur Kooperation und zum Technologie-Transfer gegenüber den Entwicklungsländern bereit sind, nur dann steht zu erwarten, daß die Entwicklungsländer nicht auf eigene Faust unter Inkaufnahme von Proliferations-Gefährdungen Kerntechnologie entwickeln." Es ist die gleiche Linie: Nichts den Völkern! Alles für den imperialistischen Krieg!

So bedeutungsvoll das auch für die westdeutschen Imperialisten ist, so schwer fällt es ihnen doch, diese Linie auch durchzusetzen, sowohl gegen die Völker der Dritten Welt, als auch gegen das westdeutsche Volk. Bei der Durchsetzung ihres Energieprogramms ist man wegen der Kämpfe gegen dieses Programm empfindlich im Verzug. Gegenwärtig wittert sie jedoch Morgenluft. Eifrig ist sie dabei zu manövrieren und haut dabei mächtig auf die Pauke. Den ausreichenden Spielraum für ihre Manöver verschafft ihr das „breite AKW-Bündnis" selber.

Woran die Opportunisten ansetzen, ist die Unfähigkeit der Bourgeoisie, sichere Kernkraftwerke zu bauen. Harrisburg war sozusagen das Schlüsselerlebnis für die kleine als auch große Bourgeoisie. Richtig betroffen führt man jetzt die Debatte um die Sicherheit der KKW's „noch ernsthafter". Schmidt betonte im Congress Centrum Hamburg, Kosten spielen keine Rolle, wenn es um die Sicherheit der Dinger gehe. Einmal Lunte gerochen, schon läßt die Bourgeoisie ihre Puppen mit Volldampf tanzen. Das Tempo dabei ist beachtlich. Vor der Wahl in Schleswig-Holstein läßt sie Klose los (dem der Unfall in Harrisburg laut örtlicher Berichterstattung sehr an die Nieren gegangen sein soll): „Ich werde mich mit Klaus Matthiesen nicht über Brokdorf streiten." Matthiesen ließ versichern: „Brokdorf wird nicht gebaut!" Der Landesvater Stoltenberg meinte, Kernkraft sei nötig, aber das Energieprogramm sei Sache der Bundesregierung und die müsse sich erstmal einig sein. Nur Lambsdorff habe „zu einer klaren Sprache in Sachen Kernenergie gefunden." (Stoltenberg in den „Kieler Nachrichten" am 1.5.) Im Hamburger Senat ließ man eine Energiedebatte inszenieren, worauf die „Welt" zu vermelden wußte, eine AG „Alternativstandorte" suche bereits nach Grundstücken für Kohlekraftwerke. Im Gespräch seien bereits Tiefstaak, Grasbrook und Kattwyk. Sodann geht das Geschrei um die Umweltgefährlichkeit der Kohle los. Am 4. Mai enthüllte „Deutschlands Strahlenschutzexperte Dr. Kolb" in „Bild": „Die Strahlenbelastung neben einem Steinkohlekraftwerk ist etwa hundertmal höher als in der Umgebung eines Atomkraftwerkes." (...)

Die Albrecht-Ratte tut eingeschnappt: „Dann wird Gorleben nicht gebaut." „Wenn Schmidt und die SPD nicht klar Position beziehen, gibt es überhaupt keine Lösung des Energieproblems."

Dann macht Hamburgs Obersozi wieder einen Vorstoß: „Ich bin kein Kernkraftwerksgegner. Ich weiß seit langem um die negative Seite der Medaille Kohlekraftwerk."

In der bürgerlichen Presse kriegt man dann gleich die Rechnung aufgemacht,daß Kohleenergie natürlich ungleich teurer wird als Atomstrom. Klar wird aus diesem Schauspiel einiges: Bei der Durchsetzung des Energieprogramms an der Frage der Kernkraft zunächst mal festgefahren, versucht die Bourgeoisie jetzt aufs Ganze zu gehen, indem sie scheinbar unter dem Eindruck von „Harrisburg" nachdenklicher wird und so tut, als wolle sie erstmal die Technik in den Griff kriegen. Die Politik der Opportunisten soll ihr die Möglichkeit geben, auf den anderen Gleisen – Kohleenergie, Vergasung und Verflüssigung, sowie nichtnuklearer „alternativer" Energie – voranzukommen. „...möchten auch in diesem Bereich unserer Verantwortung gegenüber der Dritten Welt gerecht werden, indem wir uns auch um die Entwicklung von solchen Energietechniken unter anderem bemühen, welche günstigeren klimatischen Voraussetzungen früher oder eher wirtschaftlich nutzbar sind..." (Schmidt im CCH, 7.5.).

In Sachen Solarenergie, die meint Schmidt, erhoffen sich die BRD-Imperialisten durch Exporte dicke Extraprofite. Werden Kohlekraftwerke gebaut, sollen wiederum durch den wachsenden Druck auf die Preise die Bedingungen für „billigeren" Atomstrom verbessert werden. Aber gleich wird schon gesagt: Kohlekraftwerke, die nicht die Reproduktion der Massen beeinträchtigen, können wir, die westdeutsche Bourgeoisie, sowieso nicht bauen, also laßt uns lieber gleich Kernkraftwerke hinstellen, wenn die nicht in die Luft fliegen, sind die immer noch erträglicher. Das „internationale Energieprogramm", auf dessen Durchsetzung die Bourgeoisie so erpicht ist, ist in jedem Fall sowohl gegen die westdeutsche Arbeiterklasse, als auch gegen die Völker der Dritten Welt gerichtet. Ob so, oder so.

wicklungsländer nicht auf eigene Faust unter Inkaufnahme von Proliferations-Gefährdungen Kerntechnologie entwickeln." Es ist die gleiche Linie: Nichts den Völkern! Alles für den imperialistischen Krieg!

So bedeutungsvoll das auch für die westdeutschen Imperialisten ist, so schwer fällt es ihnen doch, diese Linie auch durchzusetzen, sowohl gegen die Völker der Dritten Welt, als auch gegen das westdeutsche Volk. Bei der Durchsetzung ihres Energieprogramms ist man wegen der Kämpfe gegen dieses Programm empfindlich im Verzug. Gegenwärtig wittert sie jedoch Morgenluft. Eifrig ist sie dabei zu manövrieren und haut dabei mächtig auf die Pauke. Den ausreichenden Spielraum für ihre Manöver verschafft ihr das „breite AKW-Bündnis" selber.

Woran die Opportunisten ansetzen, ist die Unfähigkeit der Bourgeoisie, sichere Kernkraftwerke zu bauen. Harrisburg war sozusagen das Schlüsselerlebnis für die kleine als auch große Bourgeoisie. Richtig betroffen führt man jetzt die Debatte um die Sicherheit der KKW's „noch ernsthafter". Schmidt betonte im Congress Centrum Hamburg, Kosten spielen keine Rolle, wenn es um die Sicherheit der Dinger gehe. Einmal Lunte gerochen, schon läßt die Bourgeoisie ihre Puppen mit Volldampf tanzen. Das Tempo dabei ist beachtlich. Vor der Wahl in Schleswig-Holstein läßt sie Klose los (dem der Unfall in Harrisburg laut örtlicher Berichterstattung sehr an die Nieren

wird aus diesem Schauspiel einiges: Bei der Durchsetzung des Energieprogramms an der Frage der Kernkraft zunächst mal festgefahren, versucht die Bourgeoisie jetzt aufs Ganze zu gehen, indem sie scheinbar unter dem Eindruck von „Harrisburg" nachdenklicher wird und so tut, als wolle sie erstmal die Technik in den Griff kriegen. Die Politik der Opportunisten soll ihr die Möglichkeit geben, auf den anderen Gleisen – Kohleenergie, Vergasung und Verflüssigung, sowie nichtnuklearer „alternativer" Energie – voranzukommen. „...möchten auch in diesem Bereich unserer Verantwortung gegenüber der Dritten Welt gerecht werden, indem wir uns auch um die Entwicklung von solchen Energietechniken unter anderem bemühen, welche günstigeren klimatischen Voraussetzungen früher oder eher wirtschaftlich nutzbar sind..." (Schmidt im CCH, 7.5.).

In Sachen Solarenergie, die meint Schmidt, erhoffen sich die BRD-Imperialisten durch Exporte dicke Extraprofite. Werden Kohlekraftwerke gebaut, sollen wiederum durch den wachsenden Druck auf die Preise die Bedingungen für „billigeren" Atomstrom verbessert werden. Aber gleich wird schon gesagt: Kohlekraftwerke, die nicht die Reproduktion der Massen beeinträchtigen, können wir, die westdeutsche Bourgeoisie, sowieso nicht bauen, also laßt uns lieber gleich Kernkraftwerke hinstellen, wenn die nicht in die Luft fliegen, sind die immer



Landesarbeitsamt: Negative Einstellung der Jugend zum Arbeitsleben muß überwunden werden

b.stk. 6354 Jugendliche waren im März 79 in Schleswig-Holstein und Hamburg arbeitslos gemeldet. In einem über 100 Seiten dicken Bericht versucht das Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein/Hamburg zu analysieren, wie diese Jugendlichen als Lohndrücker eingesetzt werden können. Die Tabelle zeigt, daß sich diese jugendliche Reservearmee in einigen wenigen Branchen und bei den Hilfsarbeitern konzentriert. Das ist ungünstig für die Kapitalisten, wollen sie doch gerade bei den Facharbeitern den Konkurrenzdruck verschärfen. Dieses Heer von jugendlichen Arbeitslosen muß also in die Facharbeiterberufe geschleust werden.

Nur 13,1% der jugendlichen Arbeitslosen würden sich um eine Ausbildungsstelle bewerben, klagt das Arbeitsamt. Die Einstellung der Jugendlichen zum Arbeitsleben schlechthin sei negativ, nur rund ein Drittel der Arbeitslosen würde sich überhaupt beim Arbeitsamt melden. Vordringlichste Aufgabe ist also, die Jugendlichen, soweit der ökonomische Druck nicht reicht, unter die Knute des Kapitals zu kriegen. Im bereich des Landesarbeitsamtes laufen Versuche mit Beratungsteams, die den Jugendlichen auf die Bude rücken, sie bei Vorstellungsgesprächen begleiten, sie teilweise zu Beratungstellen für Alkohol- und Drogenabhängie schleppen usw. Seit Ende 77 werden die Jugendlichen auch in „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit sozialpädagogischer Betreuung" eingewiesen. Nach 8 Stunden Holzsammeln im Wald oder Rasenmähen im Park müssen sie sich noch das Geschwätz der Sozialpädagogen von den Pflichten, die sie gegenüber dem Gemeinwohl hätten, anhören. Normalerweise jedoch sollen die Jugendlichen durch Förderungs- und Grundausbildungslehrgänge zu willigen Lohnsklaven gemacht werden. In insgesamt 61 Lehrgängen sollen 2406 Jugendliche auf „betriebspraktische und -theoretische Anforderungen" vorbereitet werden.

Um die jugendliche Arbeitskraft für die Kapitalisten möglichst billig und umfassend ausbeutbar zu machen, ist ein weiterer Schwerpunkt im Arbeitsamtsbericht dem Abbau der Berufsschulpflicht gewidmet. Lobend wird hervorgehoben, daß in Hamburg Vollzeitkurse für jugendliche Arbeitslose angeboten werden, die die Berufsschulpflicht um 1½ Jahre verkürzen.

In Schleswig-Holstein kann die Berufsschule durch einen Erlaß des Kultusministers mit einem Vollzeitberufsschuljahr abgegolten werden. In zahlreichen Berufsschulen und Gewerkschaftsgremien haben die Jugendlichen die Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Werktagen aufgestellt. Das nützt auch den arbeitslosen Jugendlichen.

Jugendliche Arbeitslose im Mai 78

Männer		Frauen	
Schlosser, Mechaniker	9,8%	Warenkaufleute	15,4%
Elektriker	3,7%	Büroberufe	7,5%
Montierer, Metallber.	1,7%	Hauswirtsch. Berufe	9,2%
Hilfsarbeiter	16,3%	Hilfsarbeiterinnen	9,7%
Warenkaufleute	2,3%	Gesundheitsdienstb.	5,3%
Bauberufe	4,2%	Textil, Bekleidung	1,3%
Büroberufe	3,1%	Warenprüfer, Versand	4,5%
Ernährungsberufe	3,1%	Sozialpfl.Berufe	2,0%
Maler, Lackierer	2,4%	ohne Berufe	27,5%
Verkehrsberufe	7,8%	übrige	17,6%
ohne Berufe	23,4%		
übrige	12,9%		

Hansaport: HHLA will die Profite aus dem Getreideumschlag

b.obj. Im Februar 1977 wurde Hansaport als modernste Erzumschlagsanlage Europas eingeweiht. Die Stahlwerke Peine Salzgitter – Teilhaber zu 51% – wollten jährlich eigene Erzeinfuhren in der Höhe von über 5 Mio. Tonnen Erz über Hansaport abwickeln und diese Umschlagsmenge wurde vertraglich für 10 Jahre garantiert. Doch auch für Österreich und die DDR sollte Erz umgeschlagen werden. Kurz und gut.

In der Endstufe war die Anlage für den Umschlag von 12-15 Mio. Tonnen jährlich geplant. Als vollautomatisierte Anlage wird diese Umschlagsleistung von etwa 250 Arbeitern gemacht. Die Salzgitter-Stahlwerke wollten über Hansaport vor allem den Erztransport verbilligen. Doch offensichtlich ging die Rechnung nicht ganz auf. Obwohl spezielle Eisenbahnwaggons mit einer Nutzlast von 100 Tonnen eingesetzt wurden, war der Umschlag für die Stahlbarone immer noch zu teuer und dies, obwohl der Hamburger Senat für die Umschlagsanlage 55 Mio. DM hingeblättert hatte.

Außerdem wurde die zugesagte Menge von 5 Mio. Tonnen nicht erreicht. Die hochmoderne Umschlagsanlage steht also jetzt schon an verschiedenen Tagen still, und zudem plant Salzgitter anscheinend gleichzeitig in Zukunft doch wieder mehr Erz über Wilhelmshaven einzuführen. Dort können größere Schiffe vollständig gelöscht werden, während im Hamburger Hafen die großen Erzfrachter mit 250000 tdw nur mit der halben Ladung überhaupt ankommen können, weil sonst der Tiefgang zu groß ist.

Wenn jedoch ein Schiff bereits halb gelöscht ist, ist die Löschleistung im Ganzen gesehen wesentlich geringer, weil die Greifer nicht jedesmal die volle Tonnage zu fassen kriegen, wenn es in die Ecken geht.

Nun jedenfalls wird sich der Erzumschlag bei Hansaport keineswegs auf die anvisierten 12-15 Mio. Tonnen Jahresumschlag entwickeln, sondern wird vielleicht sogar noch weniger, dann nämlich, wenn sich die Stahlwerke Peine Salzgitter aus Hansaport ganz zurückziehen. Offiziell hört man davon natürlich nichts. Aber es kann schon stimmen. Die HHLA ist mit 49% der zweite Besitzer von Hansaport.

HHLA-Chef Kern will nun aus der Not des fehlenden Erzumschlags und damit ungenügender Auslastung von Hansaport eine Tugend machen und sich auch im Getreideumschlag betätigen. Für mehrere Mio. DM sollen in Hansaport Förderanlagen und Lagerhäuser gebaut werden, um im Greiferbetrieb Massenschüttgüter zu löschen.

Wenn überhaupt darüber gesprochen wird, dann wird von Kohle und auch Tapioka gesprochen. Kern hat aber die Mio. Tonnen Getreide im Auge, die bisher umgeschlagen werden. Die geplante Umschlagsanlage soll im Stil der bisherigen Anlage gebaut werden, also vollautomatisch mit nur wenigen Arbeitern im wesentlichen zur Kontrolle der Anlagen. Die bisherigen Getreideumschlagsbetriebe könnten zu einem Teil dieser Konkurrenz nicht standhalten, und die anderen müßten ihre Arbeiter noch mehr antreiben als bisher und immer mit dem Argument, weil sonst der Kern mit dem Hansaport-Getreideumschlag sich ganz durchsetzen würde.

	Einfuhr in Mio. Tonnen BRD	davon über Hamburg	Getreideeinfuhren in Mio. Tonnen BRD	davon über Hamburg
1978	4,21		6,36	
1977	4,42	3,73	6,26	2,47
1976	4,67	1,59	8,29	5,54
1975	4,43	1,32	6,49	3,45
1974	5,77	1,55	7,03	2,75
1973	5,03	1,31	8,26	3,10
1972	4,06	0,89	8,49	3,10
1971	4,03	1,10	8,08	2,35
1970	4,78	0,80	7,77	2,01
1969	4,34	0,47	6,23	1,45
1968	3,96	0,38	6,20	1,76

Hansaport: HHLA will die Profite aus dem Getreideumschlag

b.obj. Im Februar 1977 wurde Hansaport als modernste Erzumschlagsanlage Europas eingeweiht. Die Stahlwerke Peine Salzgitter – Teilhaber zu 51% – wollten jährlich eigene Erzeinfuhren in der Höhe von über 5 Mio. Tonnen Erz über Hansaport abwickeln und diese Umschlagsmenge wurde vertraglich für 10 Jahre garantiert. Doch auch für Österreich und die DDR sollte Erz umgeschlagen werden. Kurz und gut.

In der Endstufe war die Anlage für den Umschlag von 12-15 Mio. Tonnen jährlich geplant. Als vollautomatisierte Anlage wird diese Umschlagsleistung von etwa 250 Arbeitern gemacht. Die Salzgitter-Stahlwerke wollten über Hansaport vor allem den Erztransport verbilligen. Doch offensichtlich ging die Rechnung nicht ganz auf. Obwohl spezielle Eisenbahnwaggons mit einer Nutzlast von 100 Tonnen eingesetzt wurden, war der Umschlag für die Stahlbarone immer noch zu teuer und dies, obwohl der Hamburger Senat für die Umschlagsanlage 55 Mio. DM hingeblättert hatte.

Außerdem wurde die zugesagte Menge von 5 Mio. Tonnen nicht erreicht. Die hochmoderne Umschlagsanlage steht also jetzt schon an verschiedenen Tagen still, und zudem

dung überhaupt ankommen können, weil sonst der Tiefgang zu groß ist.

Wenn jedoch ein Schiff bereits halb gelöscht ist, ist die Löschleistung im Ganzen gesehen wesentlich geringer, weil die Greifer nicht jedesmal die volle Tonnage zu fassen kriegen, wenn es in die Ecken geht.

Nun jedenfalls wird sich der Erzumschlag bei Hansaport keineswegs auf die anvisierten 12-15 Mio. Tonnen Jahresumschlag entwickeln, sondern wird vielleicht sogar noch weniger, dann nämlich, wenn sich die Stahlwerke Peine Salzgitter aus Hansaport ganz zurückziehen. Offiziell hört man davon natürlich nichts. Aber es kann schon stimmen. Die HHLA ist mit 49% der zweite Besitzer von Hansaport.

HHLA-Chef Kern will nun aus der Not des fehlenden Erzumschlags und damit ungenügender Auslastung von Hansaport eine Tugend machen und sich auch im Getreideumschlag betätigen. Für mehrere Mio. DM sollen in Hansaport Förderanlagen und Lagerhäuser gebaut werden, um im Greiferbetrieb Massenschüttgüter zu löschen.

Wenn überhaupt darüber gesprochen wird, dann wird von Kohle und auch Tapioka gesprochen. Kern hat aber die Mio. Tonnen Getreide im Auge, die bisher umgeschlagen werden. Die geplante Umschlagsanlage soll im Stil der bisherigen Anlage gebaut werden, also vollautomatisch mit nur wenigen Arbeitern im wesentlichen zur Kontrolle der Anlagen. Die bisherigen Getreideumschlagsbetriebe könnten zu einem Teil dieser Konkurrenz nicht standhalten, und die anderen müßten ihre Arbeiter noch mehr antreiben als bisher und immer mit dem Argument, weil sonst der Kern mit dem Hansaport-Getreideumschlag sich ganz durchsetzen würde.

Einfuhr in Mio. Tonnen BRD davon über Hamburg Getreideeinfuhren in Mio. Tonnen BRD davon über Hamburg
1978 4,21 6,36
1977 4,42 3,73 6,26 2,47
1976 4,67 1,59 8,29 5,54
1975 4,43 1,32 6,49 3,45

Beginn der Iran-Prozesse in Hamburg Eine breite Aktionseinheit ist nötig

b.hel. Die Bourgeoisie hat jetzt Ordnungs- und Kriminalstrafen verhängt bzw. Anklagen verschickt wegen Teilnahme an den Demonstrationen zur Unterstützung der Revolution im Iran, die im Dezember an den verkaufsoffenen Samstagen in der Hamburger Innenstadt stattfanden. 32 sind bisher strafrechtlich verfolgt. Die Bourgeoisie hat es offensichtlich eilig, denn der erste Prozeß ist schon beendet und die folgenden Termine sind bald.

Mit unterschiedlichen Strafmaßen versucht die Bourgeoisie zu spalten. Die Ordnungsstrafen liegen bei 100 bis 150 DM, so daß man sich ausrechnen soll, daß ein Prozeß nur noch teurer kommt. Die Ordnungsmaßnahme einfach zu schlucken kommt aber viel teurer, weil das den Staatsapparat ermutigt und auch die einzelnen Polizeibeamten , bei solchen Demonstrationen zuzugreifen. Ein politischer Angriff vor dem Gericht aber kostet den bürgerlichen Staatsapparat Zersetzung in den Justizorganen und im Polizeiapparat, ganz abgesehen davon, daß eine ganze Reihe von Ordnungsstrafen werden zurückgenommen werden müssen. Die Strafen für Widerstand und für Leitung einer verbotenen Demonstration liegen viel höher. Exemplarisch soll jedes aktive Eintreten für eine „verbotene" Demonstration besonders schwer bestraft werden. Ein iranischer Student wurde wegen Widerstands bei seiner Festnahme bereits zu 2800 DM Geldstrafe ersatzweise 80 Tage Haft verurteilt. Amtsrichter Graue begründete das Urteil ausdrücklich mit der „abschreckenden Wirkung", die er sich davon auf die Bewegung zur Unterstützung der Revolution im Iran verspricht.

Ein richtiger Schritt, um den Angriff auf diese Prozesse zu führen, ist die Aktionseinheit aller Angeklagten. Günstig wäre es, wenn sich die Angeklagten darauf einigen, einen Brief an die Islamische Republik Iran zu schreiben, um zu berichten von den Angriffen des Staatsapparates in der BRD auf die Solidaritätsbewegung und zu versichern, daß gegen diese Angriffe vorgegangen wird und die Unterstützung der Revolution im Iran fortgesetzt wird.Es ist wichtig, sich an die Regierung der Islamischen Republik Iran zu wenden, um das Spaltungsmanöver der Bourgeoisie, der Iran sei ins Mittelalter zurückgekehrt, zurückzuweisen. Wie wichtig dies ist, zeigt die Urteilsbegründung des Amtsrichters Graue in dem Prozeß gegen den iranischen Genossen, in der er die Islamische Republik direkt angriff, indem er den anwesenden iranischen Genossen, die als Zeugen ausgesagt hatten, vorhielt, wie günstig es für sie wäre vor einem Gericht unserer „freiheitlichen Rechtsordnung" zu stehen, wogegen sie im Iran wegen „des Krieges gegen Gott und der Korruptheit auf Erden" verurteilt worden wären.

Es hat bereits ein Treffen der Angeklagten stattgefunden zur Organisierung des Angriffs auf diese Prozesse. Der nächste Termin ist Mittwoch, 16.Mai ESG 19 Uhr. Außerdem hat sich ein Unterstützungsausschuß von Rechtsanwälten gebildet, der die juristische Unterstützung der Angeklagten koordiniert.

Politisch reaktionär wai die deutsche Bourgeoisie schon immer

z.ges. Den ersten großen Schrecken vor der Revolution hat der deutschen Bourgeoisie jene Revolution eingejagt, die ihre eigene Klasse in Frankreich an die Herrschaft brachte. Entsetzt mußte sie feststellen: Revolutionen bleiben nicht einfach stehen. Im Kampf für die Eroberung der politischen Herrschaft appelliert die Bourgeoisie an die Volksmassen, aber die Volksmassen finden nicht in der Errichtung einer neuen Klassenherrschaft ihr Ziel. Die Revolution wird permanent.

Gebranntes Kind scheut das Feuer. Die deutsche Bourgeoisie wollte mit allen möglichen Mitteln an die Macht kommen, bloß nicht durch Revolution. Einer ihrer Moralphilosophen, Christian Garve, meinte 11 Jahre nach Beginn der Französischen Revolution von 1789: ,,Ich bin geneigt anzunehmen, daß in unserer Zeit und in Ländern, wie jetzt die europäischen regiert werden, die Macht der Wahrheit und vernünftiger Gründe stark genug ist, die Hindernisse, die uns noch auf dem Fortgange zur Vollkommenheit von seiten politischer Einrichtungen im Wege stehen, fortzuschaffen."

Und der Mann schrieb unter preußisch-feudaler Fuchtel. Aber er hatte Gründe: ,,Die Französische Revolution selbst hat mich gelehrt, daß die Gefahren zu groß sind, die mit einer offenbaren Widersetzlichkeit einer ganzen Nation gegen ihren Regenten und ihre Regierung verbunden sind – Gefahren, die nicht bloß aus dem Verluste des Handels und der Industrie, sondern aus der Verwilderung und der Zügellosigkeit der Gemüter entstehen." Die Heere der Französischen Revolution schickten sich damals an, das reaktionäre Preußen aufs Haupt zu schlagen, und trotz ,,Verwilderung und Zügellosigkeit der Gemüter" waren sie die diszipliniertesten Truppen Europas. Napoleon hatte bereits die Revolution im Innern Frankreichs beendet. Aber ihr Fortschritt, den er selbst noch in den Armeen Napoleons spürte, hatte den deutschen Bourgeois ein für alle Mal das Fürchten gelehrt: ,,Zwei Gründe sind es, welche schon die Rechtmäßigkeit derselben im allgemeinen zweifelhaft machen: erstlich, daß nie die ganze Nation die Revolution anfangen kann; zweitens, daß sie nie, wenn sie angefangen worden, in bestimmten Schranken gehalten und nach einem Plane geleitet werden kann."

Der Mann spürte, daß sich die Nation in Klassen spaltet und daß das Proletariat zur treibenden Kraft der Revolution zu werden drohte und sich an Schranken und Pläne der Bourgeoisie nicht halten werde. ,,Und da, nach aller Erfahrung, die bürgerlichen Kriege grausamer als die Nationalkriege geführt werden, so sind auch die Leidenschaften, die im Laufe der Revolutionen bloß im Gefolge des Parteienkampfes entstehen, von einer so wütenden Art, daß sie alles Gute des zu-

und ihre Regierung verbunden sind – Gefahren, die nicht bloß aus dem Verluste des Handels und der Industrie, sondern aus der Verwilderung und der Zügellosigkeit der Gemüter entstehen." Die Heere der Französischen Revolution schickten sich damals an, das reaktionäre Preußen aufs Haupt zu schlagen, und trotz ,,Verwilderung und Zügellosigkeit der Gemüter" waren sie die diszipliniertesten Truppen Europas. Napoleon hatte bereits die Revolution im Innern Frankreichs beendet. Aber ihr Fortschritt, den er selbst noch in den Armeen Napoleons spürte, hatte den deutschen Bourgeois ein für alle Mal das Fürchten gelehrt: ,,Zwei Gründe sind es, welche schon die Rechtmäßigkeit derselben im allgemeinen zweifelhaft machen: erstlich, daß nie die ganze Nation die Revolution anfangen kann; zweitens, daß sie nie, wenn sie angefangen worden, in bestimmten Schranken gehalten und nach einem Plane geleitet werden kann."
Der Mann spürte, daß sich die Nation in Klassen spaltet und daß das Proletariat zur treibenden Kraft der Revolution zu werden drohte und sich an Schranken und Pläne der Bourgeoisie nicht halten werde. ,,Und da, nach aller Erfahrung, die bürgerlichen Kriege grausamer als die Nationalkriege geführt werden, so sind auch die Leidenschaften, die im Laufe der Revolutionen bloß im Gefolge des Parteienkampfes entstehen, von einer so wütenden Art, daß sie alles Gute des zu-
vor aufgeregten Patriotismus zerstören können." 1848 ließ es denn die deutsche Bourgeoisie gut sein mit dem Patriotismus und gab die politische Macht, die ihr der Kampf auf der Straße in die Hand gelegt hatte, an die Dynastien ab, weil die Revolution bloß durch Krieg gegen die Dynastien weitergeführt und gerettet hätte werden können. Ein solcher Krieg aber drohte, die Arbeiter und Bauern an die Macht zu bringen. Denn wie Marx feststellte: ,,In Deutschland kam also die kapitalistische Produktionsweise zur Reife, nachdem ihr antagonistischer Charakter sich in Frankreich und England schon durch geschichtliche Kämpfe geräuschvoll offenbart hatte, während das deutsche Proletariat bereits ein viel entschiedneres theoretisches Klassenbewußtsein besaß als die deutsche Bourgeoisie."

Unter diesen Umständen ließ die deutsche Bourgeoisie selbst von der bürgerlichen Revolution lieber die Finger. Die berühmte Paulskirche war eine Karikatur auf eine revolutionäre Nationalversammlung, und selbst ihre linke Minderheit erinnerte kaum von Ferne an Leute wie Robbespierre und die französischen Jakobiner. Kein Wunder, daß die Paulskirche zum Wallfahrtsort der Bourgeoisie wurde, und ein Scheel ihre Tugend preist.

Die bürgerliche Philosophie begann mit der Rechtfertigung des Tyrannensturzes. Die deutsche bürgerliche Philosophie begann mit dem Nachweis, daß selbst ein Tyrann nicht gestürzt werden dürfte. Grundsätzlicher als der zitierte Garve hatte Kant diese Aufgabe gelöst. Wenn man nur richtig denken würde, dann müsse man einsehen, ,,daß, ehe der allgemeine Wille da ist, das Volk gar kein Zwangsrecht gegen seinen Gebieter besitze, weil es nur durch diesen rechtlich zwingen kann; ist jener aber da, eben sowohl kein von ihm gegen diesen auszuübender Zwang stattfinde, weil es alsdann selbst der oberste Gebieter wäre; mithin dem Volk gegen das Staatsoberhaupt nie ein Zwangsrecht (Widersetzlichkeit in Worten oder Werken) zukomme."

Hat das Volk keinen allgemeinen Willen, dann hat es kein Recht auf Revolution, hat es aber einen allgemeinen Willen, dann ist dieser gerade im Staatsoberhaupt verkörpert, weshalb das Volk erst recht kein Recht auf Revolution haben kann. Der idealistische Sophismus beruht auf der Leugnung des Klassengegensatzes, aus dem jede Revolution entspringt und der die unterdrückte Klasse, die die Mehrheit bildet, ihre Ziele erheben und einfordern läßt, indem sie diese durch die Revolution zum ,,allgemeinen Willen" machen. Aus dem Klassengegensatz und nicht aus dem ,,allgemeinen Willen" entspringt das Recht auf Revolution, und dieses Recht besagt nichts anderes, als daß es ohne Revolution keinen wirklichen Fortschritt der Gesellschaft geben kann. Da mit der proletarischen Revolution die ausgebeuteten Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums die Macht ergreifen, um die Ausbeutung des Menschen durch den Manschen zu beseitigen, vertreten die Proletarier gerade in ihrem Klassenkampf die Interessen der Menschheit und haben es in keiner Weise nötig,

das Volk gar kein Zwangsrecht gegen seinen Gebieter besitze, weil es nur durch diesen rechtlich zwingen kann; ist jener aber da, eben sowohl kein von ihm gegen diesen auszuübender Zwang stattfinde, weil es alsdann selbst der oberste Gebieter wäre; mithin dem Volk gegen das Staatsoberhaupt nie ein Zwangsrecht (Widersetzlichkeit in Worten oder Werken) zukomme."
Hat das Volk keinen allgemeinen Willen, dann hat es kein Recht auf Revolution, hat es aber einen allgemeinen Willen, dann ist dieser gerade im Staatsoberhaupt verkörpert, weshalb das Volk erst recht kein Recht auf Revolution haben kann. Der idealistische Sophismus beruht auf der Leugnung des Klassengegensatzes, aus dem jede Revolution entspringt und der die unterdrückte Klasse, die die Mehrheit bildet, ihre Ziele erheben und einfordern läßt, indem sie diese durch die Revolution zum ,,allgemeinen Willen" machen. Aus dem Klassengegensatz und nicht aus dem ,,allgemeinen Willen" entspringt das Recht auf Revolution, und dieses Recht besagt nichts anderes, als daß es ohne Revolution keinen wirklichen Fortschritt der Gesellschaft geben kann. Da mit der proletarischen Revolution die ausgebeuteten Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums die Macht ergreifen, um die Ausbeutung des Menschen durch den Manschen zu beseitigen, vertreten die Proletarier gerade in ihrem Klassenkampf die Interessen der Menschheit und haben es in keiner Weise nötig,
sich auf einen allgemeinen Willen jenseits ihrer Klasse zu berufen. Es ist umgekehrt: weil die Arbeiterklasse im Kampf für ihre Interessen die Zukunft der Menschheit vertritt, schließen sich der proletarischen Revolution Kräfte an, deren besondere Interessen durch die Geschichte überholt werden.

Aus dem Inhalt
Kommunistische Volkszeitung Nr. 20

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

01. Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Frankreich 1789. ,,Seit acht Jahren habe ich im Auftrag des Königs das Kommando über die Provinzen im Inneren des Landes, bestehend aus den Provinzen Ile de France ohne die Stadt Paris, Soissonnais, Berry, Bourbonnais, Orleannais, Touraine und Maine. Die zahlreichen Aufgaben in den ausgedehnten Gebieten vermehrten sich im April des Jahres 1789 noch durch den spürbaren Mangel an Getreide, der eine nahe Hungersnot ankündigte. Die Knappheit an Brot und die ungewisse Zukunft verbreiteten Angst und Schrecken und steigerten die allgemeine Unruhe. Auf den Märkten kam es zu Tumulten... Die immer stärker werdende Unruhe sowie die Knappheit der Lebensmittel erzwangen die Anwendung der in ähnlichen Fällen gebräuchlichen Mittel, das heißt, die beiden Regimenter der Palastwache und der Schweizergarde wurden eingesetzt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten."

(Die Französische Revolution in Augenzeugenberichten, S. 22/23)

Deutschland 1848. ,,Während in England und Frankreich eine mächtige, reiche, in großen Städten und namentlich in der Hauptstadt konzentrierte Bourgeoisie den Feudalismus völlig vernichtet oder wenigstens, wie in dem erstgenannten Lande, auf einige wenige, bedeutungslose äußere Formen reduziert hatte, war dem Feudaladel in Deutschland ein großer Teil seiner alten Privilegien erhalten geblieben. Fast überall herrschte noch das System des feudalen Grundbesitzes... So gelangte die Bourgeoisie mit wachsendem Reichtum und zunehmender Ausdehnung ihres Handels bald zu einem Stadium, wo sie sich in der Entfaltung ihrer wichtigsten Interessen durch die politische Verfassung des Landes gehemmt sah: durch dessen kunterbunte Zersplitterung unter sechsunddreißig Fürsten mit gegensätzlichen Bestrebungen und Launen, durch die feudalen Fesseln, die die Landwirtschaft und die mit ihr verbundenen Gewerbe beengten; durch die aufdringliche Überwachung, der eine unwissende, anmaßende Bürokratie alle ihre Geschäfte unterzog. Gleichzeitig führten die Ausdehnung und Festigung des Zollvereins, die allgemeine Einführung der Dampfkraft in den Verkehr, die wachsende Konkurrenz auf dem inneren Markt, zur gegenseitigen Annäherung der kommerziellen Klassen der verschiedenen Staaten und Provinzen, zur Ausgleichung ihrer Interessen und zur Zentralisation ihrer Kraft."

(F. Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland)

Frankreich 1871. ,,Unternehmer und Großindustrielle wurden reich und zusammen mit dem Finanzier maßgebend im Staate... Der Sieg des Kapitalismus, die industrielle Konzentration, führte... zu einer ungeheuren Ausbeutung der Lohnarbeiter, insbesondere der Frauen und Kinder. Die Lage des Arbeiters war die des Lohnsklaven bei der damals üblichen 12–14-, 16–17stündigen Arbeitszeit."

(Pariser Kommune 1871, Berichte und Dokumente..., S. 2 ff.)

Kohlebergwerke	1863	1872
durchschnittlicher Jahreslohn eines Arbeiters	763 francs	980 francs
durchschnittliche Jahresproduktion pro Arbeiter	146,5 t	172,5 t
jährlich geschaffener Wert pro Arbeiter	1645 francs	2390 francs

Quelle: versch. Statistiken dieser Zeit, zusammengefaßt nach Levasseur, Histoire des Classes Ouvriers et de L'industrie en France de 1789 a 1870, S. 717

,,Die Lebenserwartung, nach Creusot, beträgt 24 Jahre. Die Löhne erlauben gerade zu überleben. Von 1850 bis 1870 steigen sie theoretisch um 15 bis 30%, aber die Lebenshaltungskosten steigen auch um 45 % mit Spitzen, die besonders die Arbeiter treffen: 50% bei den Nahrungsmitteln, 100 bis 150% bei den Mieten, daraus folgt eine wachsende Verelendung des Proletariats."

(Dictionnaire de la Commune, a.a.O., S. 144)

Rußland Ende 1908. ,,Der Ingenieur I.M. Kosminych-Lanin hat ein Buch über die Länge des Arbeitstages und des Arbeitsjahres in den Fabriken und Werken des Gouvernements Moskau herausgegeben... Das vom Verfasser gesammelte Material bezieht sich auf das Ende des Jahres 1908 und erfaßt 219669 Arbeiter, d.h. etwas mehr als 7/10 aller Fabrikarbeiter des Gouvernements Moskau (307773). ... Aus den Tabellen des Verfassers geht hervor, daß 33466 Arbeiter mehr als 10 Stunden täglich arbeiten! Das sind über 15% aller hier erfaßten Arbeiter. 13189 Arbeiter arbeiten mehr als 11 Stunden täglich und 75 Arbeiter mehr als 12 Stunden täglich. Die Hauptmasse der Arbeiter, die die Last eines so unmäßig langen Arbeitstages zu ertragen haben, entfällt auf die Textilindustrie.... Schließlich zeigen die Angaben des Ingenieurs Kosminych-Lannin, daß selbst das gänzlich veraltete russische Gesetz von 1897, das einen Arbeitstag von 11 ½ (!!!) zuläßt, von den Fabrikanten nicht eingehalten wird. Nach diesem Gesetz darf bei Arbeit in zwei Schichten die Arbeitszeit des Arbeiters, berechnet für einen Zeitraum von 2 Wochen, nicht 9 Stunden täglich überschreiten. In Wirklichkeit aber haben von den vom Verfasser erfaßten 83990 in zwei Schichten tätigen Arbeitern 14376 mehr als 9 Stunden gearbeitet. ...Insgesamt sind es 16500 Arbeiter, die – sogar nach offiziellen Angaben – gezwungen werden, länger zu arbeiten, als gesetzlich zulässig ist!"

(Lenin, Werke Band 18, S. 249f.)



,,Der chinesische Kuchen": von links: die Präsidenten, Kaiser oder Könige von Deutschland, Frankreich, Rußland, Japan, USA, England
aus: Geschichte 8 (Schulbuch), Berlin 1969, S. 115

Der Kaiser verabschiedet die nach China abgehenden Truppen
(sogen. Hunnenrede vom 27.7.1900 – Ausschnitte)
Aber Ihr sollt auch rächen den Tod unseres Gesandten und so vieler, nicht nur Landsleute, auch anderer Europäer! Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen.

Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre Euch in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!
Ebeling, Reise in die Vergangenheit IV (Schulbuch), S.44

Die Imperialisten ersticken die chinesische Ökonomie

Eisenbahnbau	jährlicher Zuwachs: 500km Länge des Gesamtnetzes 1911: 9618km ausländischer Anteil 1911: 9₅%
Dampfschiffahrt	von und aus chinesischen Häfen: ausländische Tonnage 1902: 44 Mio. ausländische Tonnage 1907: 63 Mio. d.h. 84% aller Dampfschiffbewegungen

ge, bedeutungslose äußere Formen reduziert hatte, war dem Feudaladel in Deutschland ein großer Teil seiner alten Privilegien erhalten geblieben. Fast überall herrschte noch das System des feudalen Grundbesitzes... So gelangte die Bourgeoisie mit wachsendem Reichtum und zunehmender Ausdehnung ihres Handels bald zu einem Stadium, wo sie sich in der Entfaltung ihrer wichtigsten Interessen durch die politische Verfassung des Landes gehemmt sah: durch dessen kunterbunte Zersplitterung unter sechsunddreißig Fürsten mit gegensätzlichen Bestrebun-
durchschnittlicher Jahreslohn eines Arbeiters 763 francs 980 francs
durchschnittliche Jahresproduktion pro Arbeiter 146,5 t 172,5 t
jährlich geschaffener Wert pro Arbeiter 1645 francs 2390 francs
Quelle: versch. Statistiken dieser Zeit, zusammengefaßt nach Levasseur, Histoire des Classes Ouvriers et de L'industrie en France de 1789 a 1870, S. 717
,,Die Lebenserwartung, nach Creusot, beträgt 24 Jahre. Die Löhne erlauben gerade zu überleben. Von 1850 bis 1870 steigen sie theoretisch um 15 bis 30%, aber die Lebenshaltungskosten
Fabrikanten nicht eingehalten wird. Nach diesem Gesetz darf bei Arbeit in zwei Schichten die Arbeitszeit des Arbeiters, berechnet für einen Zeitraum von 2 Wochen, nicht 9 Stunden täglich überschreiten. In Wirklichkeit aber haben von den vom Verfasser erfaßten 83990 in zwei Schichten tätigen Arbeitern 14376 mehr als 9 Stunden gearbeitet. ...Insgesamt sind es 16500 Arbeiter, die – sogar nach offiziellen Angaben – gezwungen werden, länger zu arbeiten, als gesetzlich zulässig ist!"
(Lenin, Werke Band 18, S. 249f.)
Seite 37 Kommunistische Volkszeitung Quellenhefte 01


,,Der chinesische Kuchen": von links: die Präsidenten, Kaiser oder Könige von Deutschland, Frankreich, Rußland, Japan, USA, England
aus: Geschichte 8 (Schulbuch), Berlin 1969, S. 115
Der Kaiser verabschiedet die nach China abgehenden Truppen
(sogen. Hunnenrede vom 27.7.1900 – Ausschnitte)
Aber Ihr sollt auch rächen den Tod unseres Gesandten und so vieler, nicht nur Landsleute, auch anderer Europäer! Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen.
Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre Euch in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!
Ebeling, Reise in die Vergangenheit IV (Schulbuch), S.44
Die Imperialisten ersticken die chinesische Ökonomie
Eisenbahnbau jährlicher Zuwachs: 500km
Länge des Gesamtnetzes 1911: 9618km
ausländischer Anteil 1911: 9₅%
Dampfschiffahrt von und aus chinesischen Häfen:
ausländische Tonnage 1902: 44 Mio.
ausländische Tonnage 1907: 63 Mio.
d.h. 84% aller Dampfschiffbewegungen

Bergbau 1914	Anteil an ausländischen Direktinvestitionen: 3% Kohleförderung: 4,7 Mio. t ausländische Kontrolle: 91% Eisenproduktion: 83837 t ausländisch kontrolliert: zu 100%

Quelle: Bastid/Bergere/Chesneaux, De la guerre franco-chinoise a la fondation du parti communiste chinois 1885/1921 (Histoire de la Chine 2). Paris 1972, pp.99f.

Jährliche Einzahlungen auf und Einkünfte aus ausländischen Investitionen in China (in Mio. Chin. Dollar)

Zeitraum	Einzahlungen auf: Reg.-anleihen	Einzahlungen auf: Direkt-invest.	Einzahlungen auf: Summe	Einkünfte aus: Reg.-anleihen	Einkünfte aus: Direkt-invest.	Einkünfte aus: Summe	Netto-einkünfte
1894-1901	21,3	–	–	20.9	–	–	–
1902-1913	61,0	52,8	113,8	89,2	69,3	158,5	44,7
1914-1930	23,8	73,6	97,4	70,9	138,8	209,7	114,3
1928	4,0	96,0	100,0	63,0	179,0	242,0	142,0
1929	0.0	170,0	170,0	79,1	198,5	277,6	107,6
1930	0,0	202,0	202,0	111,4	198,0	309,4	107,4
1931	-	-	43,6	135,2	87,2	222,4	178,8
1932	–	–	60,0	90,0	56,0	146,0	86,0
1933	–	–	30,0	93,0	24,0	117,0	87,0
1934	–	–	80,0	112,6	15,0	127,6	47,6
1935	–	–	140,0	107,4	55,0	162,4	22,4
1936	–	–	60,0	127,8	70,0	197,8	137,8

a.a.O., S.99

Unausgeglichene Handelbilanz Chinas

	Import	Export	Saldo
1865	55715458	54103274	– 1612184
1875	67803247	68912929	+ 1109682
1885	88200018	65005711	– 23194307
1895	171696715	143293211	– 28402504
1905	447100082	227888197	– 219212549
1911	471503943	377338166	– 94165777

Austauschrate in Taels: 1871 1 englisches Pfund Sterling = 3 Taels, 1903 = 7,5 Taels.

Quelle: Yu-kwei Cheng, Foreign Trade and Industrial Development of China (Washington D.C. 1956), S.258f.; Angabe in: I.C.Hsü, The Rise of Modern China, Oxford 1970, S.512



Chinesische Karikatur: Britische Soldaten auf der Suche nach Nahrung
aus: Stokes/Stokes, modern China and Japan. A Concise History, London 1967, S. 34.

3. ,,Die Revolution von 1911 hat lediglich den Kaiser verjagt." (Mao)

Das Programm der ,,Chinesischen Revolutionären Liga"

Am 30. Juli 1905 fand in Tokio das erste gemeinsame Treffen statt, an dem 70 Delegierte von verschiedenen revolutionären Organisationen teilnahmen. Sie bschlossen, die ,,Chinesische Revolutionäre Liga" zu bilden. Als politisches Programm wurde Sun Yat-sens Parole übernommen, die aus 16 chinesichen Schriftzeichen bestand und lautete: ,,Vertreibung der Tataren (Mandschu), Widergeburt Chinas, Gründung einer Republik und Ausgleich des Bodenrechts."
(aus: Die Revolution von 1911, Peking 1977, S. 36)

Sun Yat-sen: Zum Programm der Liga

Der Sturz der Mandschu-Regierung ist durch die Vertreibung der Mandschu eine nationale Revolution und auch eine politische Revolution durch die Niederschlagung der Monarchie. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Aufgabe in zwei Stufen zu erfüllen ist. Die politische Revolution wird die Errichtung der konstitutionellen Demokratie zum Ergebnis haben. Von unserem jetzigen politischen Gesichtspunkt aus wäre eine Revolution notwendig, auch wenn der Monarch ein Han wäre.
(aus: Die Revolution von 1911, S. 39)